

Wolfgang Weiss

Vom Tagebuch
bis zum Todesurteil

Erinnerungsbericht



Dietz Verlag Berlin

1988

Bildnachweis:

Deutsche Staatsbibliothek, Berlin (1); Dietz Verlag Berlin,
Bildarchiv (3); Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED,
Zentrales Parteiarchiv (5);
Zentrales Staatsarchiv Potsdam, Dienststelle Leipzig (4)
Stadtarchiv Leipzig (2); Wolfgang Weiss (61)

Reproduktionsaufnahmen:

Dietz Verlag/Renate und Horst Ewald (49); Gisela Harich (1)

Weiss, Wolfgang: Vom Tagebuch bis zum Todesurteil: Erinnerungsbericht /
Wolfgang Weiss. – Berlin: Dietz Verl., 1988. – 291 S.: 76 Abb.

ISBN 3-320-01056-5

Mit 76 Abbildungen

© Dietz Verlag Berlin 1988

Lizenznummer 1 • LSV 0288

Redaktionelle Bearbeitung: Peter Bachmann/Harry Popow

Gesamtgestaltung: Uwe Niekisch

Printed in the German Democratic Republic

Gesamtherstellung: Offizin Andersen Nexö,

Graphischer Grossbetrieb Leipzig

Bestell-Nr.: 7584224

01050

Vorwort

Dieses Buch ist keine Biographie. Weder von Wolfgang Heinze, dessentwegen es geschrieben wurde, noch von mir, der ich mit ihm freundschaftlich so verbunden war, dass ich von ihm nicht berichten, über ihn nicht schreiben kann, ohne auch von mir zu sprechen.

Zu einer Biographie über Wolfgang Heinze gehörte eine genaue Darstellung seines Lebens. Von der Kindheit bis zum Ende seines Lebensweges. Zu dem Ende weiss ich nicht Weniges zu sagen, weil ich vieles davon mit ihm erlebt habe. Über die Kindheit wäre ich auf Berichte Dritter angewiesen; das reicht für mich nicht, weil es nicht unmittelbar genug ist. Aus der «Jugendzeit» – das heisst bis zum Schulabschluss durch das Abitur – gibt es Tagebücher; sie sind auszuwerten. Sie reichen auch noch kurz in die Studienzeit hinein, also in die Zeit, in der ich Wolfgang Heinze kennenlernte und aus der ich deshalb zwar ziemlich viel, aber längst nicht alles weiss. Ich habe mir aber vorgenommen, nur von dem zu sprechen, was ich aus eigener Kenntnis, aus schriftlich von Wolfgang Heinze Fixiertem oder aus Berichten von Menschen weiss, die in unserer beider Zeit lebten. Dieses Schreibprinzip, das notwendigerweise Lücken offenlässt, war von Anbeginn an meine Arbeits- und Denkrichtlinie.

Schwierigkeiten gab es, weil ich kein Tagebuch geführt habe. Warum nicht? Die Frage ist schwer zu beantworten. Ich bedauere es. Aber es gibt dafür gewichtige Gründe, die hier darzulegen zu weit vom Thema wegführen würden. Ich habe versucht, es – gewissermassen mit einer Art Rückblendetechnik – nachzuholen. Doch das gelang nicht. An die Stelle der für ein Tagebuch unerlässlichen Faktendarstellungen schoben sich immer wieder Meditationen in den Vordergrund.

Ich kann also als Grundlage für das, was ich berichte, vielfach nichts anderes als Erinnerungen – meine eigenen und die anderer Menschen aus jener Zeit – in Anspruch nehmen, Erinnerungen, die sich in ihrer unmittelbaren und konkreten Beweiskraft nicht mit dem messen können, was durch schriftlich Überkommenes belegt werden kann. Nicht zuletzt deshalb habe ich mich bemüht, neben dem von der Sache her notwendigen dokumentarischen Material auch solches heranzuziehen und zu verwerten, das sich auf das Rahmengeschehen für bestimmte Einzelheiten und Episoden bezieht.

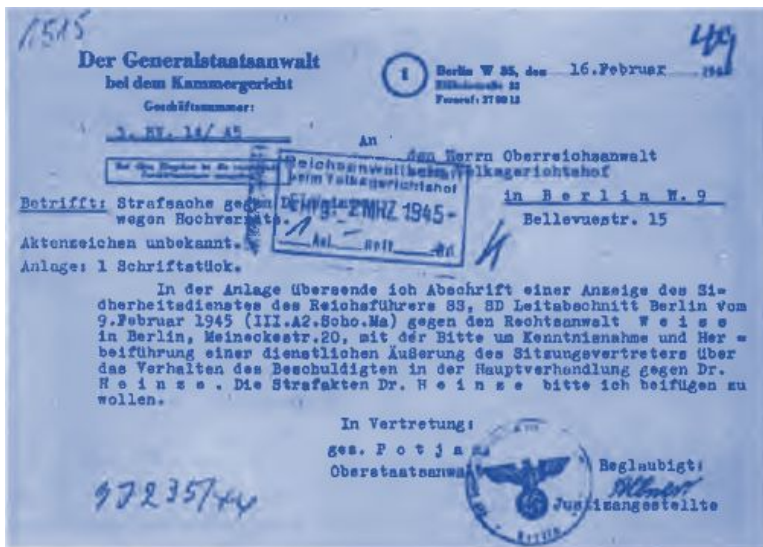
Schliesslich: Warum schreibe ich erst jetzt? Früher wären doch noch mehr Erinnerungen wach gewesen, hätten mehr Gespräche mit Menschen der Zeit, um die es geht, geführt werden können. Das ist sicher richtig. Doch dieser Frage stehe ich nicht allein gegenüber. Die Biographien oder Berichte von und über Menschen, die durch die Weimarer Republik und durch die Zeit des Faschismus gegangen sind, erschienen insgesamt relativ spät. Zuerst erklärlicherweise von denen, deren Beruf das Schreiben ist. Von den anderen meist erst dann, wenn sie aus der Zeit des ständigen An- und Eingespanntseins durch Arbeit und politisches Wirken herausgekommen waren. Bei mir, der ich kein berufsmässiger Schreiber bin, kommt noch eines hinzu: die Schwierigkeit, das Emotionale zu verarbeiten, das hervorbricht, wenn es um den Bericht vom Tod des besten Freundes geht, den zu verhindern dem Schreiber, der gewissermassen dicht daneben stand, nicht gelungen ist.

Ein Faksimile

Unvergesslich ist dieser Abend für mich. Im Sommer des Jahres 1960 war es. Auf dem Nachhauseweg schaute ich in unsere Buchhandlung hinein, um zu sehen, ob es etwas Neues gab. Mein Blick fiel auf eine Broschüre mit dem Titel «Die Schumann-Engert-Kresse-Gruppe». Das war doch ..., natürlich, das war die Leipziger Widerstandsgruppe, zu der auch mein Freund Wolfgang Heinze gehört hatte. Als Rechtsanwalt, der ich damals war, hatte ich ihn vor dem Volksgerichtshof verteidigt, ihn aber nicht vor dem Todesurteil, das am 24. November 1944 gegen ihn ausgesprochen wurde, bewahren können – und auch nicht vor dessen Vollstreckung. Am 12. Januar 1945 wurde er hingerichtet.

Ich kaufte die Broschüre sofort. Ich musste doch wissen, was da geschrieben worden war über Dinge, Ereignisse und vor allem Menschen, die mich so sehr beschäftigt hatten. Ich kam erst am späten Abend dazu, in die Broschüre hineinzusehen. Beim ersten Durchblättern stellte ich fest, dass sie eine kurze Biographie von Wolfgang Heinze sowie ein Foto von ihm enthielt, das ich kannte. Dann sah ich mir das Inhaltsverzeichnis an und zuckte zusammen. Ich las, dass auf Seite 147 der Broschüre ein «Begleitschreiben zur Beschwerde des Sicherheitsdienstes gegen den Rechtsanwalt Weiss (Faksimile)» abgedruckt war. Ich schlug die Seite 147 auf und fand dort tatsächlich das Faksimile eines Schreibens des Generalstaatsanwaltes beim Kammergericht an den Herrn Oberreichsanwalt beim Volksgerichtshof vom 16. Februar 1945, mit dem diesem eine «Anzeige des Sicherheitsdienstes des Reichsführers SS ... gegen den Rechtsanwalt Weiss» übersandt wurde, und zwar «mit der Bitte um ... Herbeiführung einer dienstlichen Äusserung ... über das Verhalten des Beschuldigten in der Hauptverhandlung gegen Dr.Heinze ...»

Mehr als fünfzehn Jahre waren vergangen seit diesem Schreiben, das ich an jenem Abend im Sommer 1960 zum ersten Mal sah. Und doch überlief es mich eiskalt. Ich wusste ja sehr genau, was das für Institutionen gewesen waren, die da genannt wurden: der Sicherheitsdienst des Reichsführers SS (Chef: Heinrich Himmler) und der Volksgerichtshof (Präsident: Roland Freisler). Und ich wusste, was es damals für den Betroffenen bedeutete, wenn sich Himmlers oberste Behörde über ihn beschwerte und wenn er dabei bereits als «Beschuldigter» bezeichnet wur-



de, also – nach der damaligen juristischen Definition dieses Begriffs – als jemand, der einer strafbaren Handlung verdächtig ist und gegen den ein Ermittlungsverfahren läuft oder zumindest beantragt worden ist. Die sich mir sofort aufdrängenden Fragen: Wie ist das weitergegangen? Wieso bin ich davongekommen? konnte ich 1960 nicht beantworten.

Fast zwanzig Jahre vergingen, ehe ich mehr erfuhr. Bei den Recherchen für dieses Buch fand ich die Originalprozessakten des Volksgerechtigthofs aus den Verfahren, die im November 1944 gegen Mitglieder der Leipziger Widerstandsgruppe durchgeführt worden waren. In diesen Akten befindet sich die Anlage zu dem bereits erwähnten Begleitschreiben. Sie sieht so aus:

Sicherheitsdienst des Reichsführers SS
SD-Leitabschnitt Berlin

Berlin C 2, den 9.2.1945
Kaiser-Wilhelm-Str. 22

Herrn
Generalstaatsanwalt
beim Kammergericht Berlin
Berlin W
Elssholzstr. 34

Betr.: Rechtsanwalt Weiss
Berlin W 15, Meinikestr. 20

In einem Bericht aus Dresden wird darauf hingewiesen, dass der oben genannte Rechtsanwalt als Verteidiger des wegen Hochverrats angeklagten Dr. Heinze, zuletzt als juristischer Direktor bei den Köllmann-Werken in Leipzig, seine Verteidigung in einer eines Nationalsozialisten unwürdigen Form geführt hat. Die Verhandlung fand vor dem Volksgerichtshof statt. Sie ergab das klare Bild eines absoluten Gesinnungslumpen und Hochverrätters, der alten und führenden Kommunisten in Leipzig Vorschläge machte, die noch über ihre eigenen Absichten hinausgingen. Dr. Weiss versuchte mit völlig fadenscheinigen und nebensächlichen Argumenten den Angeklagten zu entlasten und ging dabei so weit, dass er eine Rüge vom Vorsitzenden einstecken musste.

Dr. Weiss, von dem bekannt ist, dass er häufig politisch zweifelhafte Mandanten hat, ist als Verteidiger vor dem Volksgerichtshof unmöglich. Seine Zulassung als solcher dürfte zu überprüfen sein.

LA.
gez. Unterschrift
SS-Untersturmführer

Das war ein Schreiben, das für den Betroffenen, also den Rechtsanwalt Weiss, alles andere als ungefährlich war. Zwar konnte ihm der Vorwurf, er habe «seine Verteidigung in einer eines Nationalsozialisten unwürdigen Form geführt», nichts anhaben, da er nie ein Nationalsozialist gewesen war. Doch der Hinweis, dass er «häufig politisch zweifelhafte Mandanten» gehabt habe, dass er «als Verteidiger vor dem Volksgerichtshof unmöglich» sei, hätte, wäre er der nazistischen Justizpraxis entsprechend weiterverfolgt worden, im Zweifel zu weit mehr geführt als nur zu einer Überprüfung seiner Zulassung. Nicht ohne Grund hatte schliesslich der Generalstaatsanwalt beim Kammergericht das Schreiben des Reichsführers SS als «Anzeige» gekennzeichnet und von einem Beschuldigten gesprochen.

Wieso die Sache damals trotzdem nicht weiterverfolgt worden ist, lässt sich nicht mehr feststellen. Wahrscheinlich lag es an den schon arg verwirrten Umständen jener Zeit. Denn in den Monaten Februar/März 1945 wurde es von Tag zu Tag deutlicher, dass das Ende des «Dritten Reiches» nahe war und immer näher rückte.

Abschrift aus I. RT. 11 / 49

50,

Sicherheitsdienst des Reichsführers SS

Berlin O.2, den 9.2.1945
Kaiser - Wilhelm- Str. 22

SD - Leitabschnitt Berlin

III A 2 Scho/Ma.

Herrn Generalstaatsanwalt
beim Kammergericht Berlin

Betr.: Rechtsanwalt W e i s s,
Berlin W. 15, Meinecke Str.20.

Berlin W.
Elsholzstr. 35

In einem Bericht aus Dresden wird darauf hingewiesen, dass der obgenannte Rechtsanwalt als Verteidiger des wegen Hochverrats angeklagten Dr. H e i n s e, zuletzt als juristischer Direktor bei den K8llmann- Werken in Leipzig, seine Verteidigung in einer eines Nationalsozialisten unwürdigen Form geführt hat. Die Verhandlung fand vor dem Volkegerichtshof in Dresden statt. Sie ergab das klare Bild eines absoluten Gesinnungselumpen und Hochverrätters, der alten und führenden Kommunisten in Leipzig Vorschläge machte, die noch über ihre eigenen Absichten hinausgingen. Dr. W e i s s versuchte mit völlig fa-denscheinigen und nebensächlichen Argumenten den Angeklagten zu entlasten und ging dabei so weit, dass er eine Rüge vom Vorsitzenden einstecken mußte.

Dr. W e i s s, von dem bekannt ist, dass er häufig politisch zweifelhafte Mandanten hat, ist als Verteidiger vor dem Volkegerichtshof unmöglich. Seine Zulassung als solcher dürfte zu überprüfen sein.

I. A.
gez. Unterschrift,
SS- Untersturmführer.

Und wenn auch dem deutschen Durchschnittsbürger nicht bekannt war, dass Hitler am 19. März 1945 einen Befehl erlassen hatte, in dem es hiess: «Alle militärischen, Verkehrs-, Nachrichten-, Industrie- und Versorgungsanlagen sowie Sachwerte innerhalb des Reichsgebietes, die sich der Feind für die Fortsetzung seines Kampfes irgendwie sofort oder in absehbarer Zeit nutzbar machen kann, sind zu zerstören», so war die militärische Situation, aus der heraus ein solcher «Befehl» entstand, doch allenthalben spürbar und trug mit dazu bei, dass auch im staatlichen Machtapparat der Nazidiktatur vieles in Unordnung geriet.

Hinzu kam, dass das Gebäude des Volkegerichtshofs in der Bellevue-

strasse 15 (nahe dem Potsdamer Platz) am 3. Februar 1945 zum zweiten Mal von einer Fliegerbombe getroffen worden war. Dabei fand nicht nur Freisler, der berühmte Präsident dieser höchsten Unrechtsinstanz des faschistischen Staates, an dem Ort sein Ende, an dem er gegen unzählige unschuldige Menschen seine Mordurteile verkündet hatte. Auch der Verwaltungsablauf wurde noch undurchsichtiger als nach dem ersten Bombentreffer, der am 24. November 1943 auf dieses Gebäude niedergegangen war. Ich habe das in dem Verfahren gegen Wolfgang Heinze erlebt. Am 25. September 1944 hatte ich meinen Antrag auf Zulassung als Verteidiger in die Bellevuestrasse in Berlin geschickt. Doch am 28. September fand ich eine Telefonnotiz meiner Sekretärin, aus der sich ergab, dass die Sache in Potsdam – wohin der Volksgerichtshof nach dem ersten Bombenschaden einen Teil seiner «Arbeit» verlagert hatte – bearbeitet würde, und zwar von einem Amtsgerichtsrat Krebs. Dieser selbe Amtsgerichtsrat schickte mir einen anderen von mir gestellten Antrag mit seiner Ablehnung «urschriftlich» zurück, und zwar mit dem von ihm selbst mit der Hand geschriebenen Absender Berlin, am 2. Oktober 1944.

So wechselten die Anschriften und Absenderangaben während des gesamten Prozesses. Das wurde nach dem zweiten Bombentreffer noch schlimmer. Vor allem wussten offenbar die Nazidienststellen selbst nicht mehr, wo nun was bearbeitet wurde. Denn das den Rechtsanwalt Weiss betreffende Schreiben des Generalstaatsanwaltes beim Kammergericht war an die Bellevuestrasse adressiert. Doch der Sitzungsvertreter des Oberreichsanwalts in der Hauptverhandlung gegen Wolfgang Heinze, Dr. Drullmann, schrieb unter seine «Dienstliche Äusserung»: Potsdam, den 23. März 1945, unter seine Weiterleitungsverfügung an seinen Abteilungsleiter aber: Berlin, den 23. März 1945.

Der Abteilungsleiter forderte dann noch – ohne Ortsangabe neben dem Datum – die «Hauptakte», also die Akte aus dem Strafverfahren gegen Wolfgang Heinze, an. Doch damit endet die Sache. Sie hatte sich offenbar in diesem Durcheinander totgelaufen.

Doch genug von dem «danach» eingeleiteten und nie durchgeführten Verfahren gegen den Rechtsanwalt Weiss. Als es darauf ankam, als Verteidiger seines Freundes Wolfgang Heinze tätig zu werden, stand er zur Verfügung.

Ein Tag im August 1944

Wie begann es? Womit beginne ich?

Immer, wenn ich daran denke, was damals geschehen ist, kommt als erstes die Erinnerung an jenen Tag Anfang August 1944, an dem mir die Sekretärin im Anwaltsbüro mitteilte, dass eine Frau Fehling mich zu sprechen wünsche.

Martha Fehling war eine zuverlässige Mitarbeiterin Wolfgang Heinzes, der bei den Köllmann-Werken in Leipzig tätig war, in einer Berliner Tochtergesellschaft dieses Betriebes, der Deutschen Getriebe GmbH. Dass sie ohne vorherige Anmeldung kam, passte nicht zu ihr. Ich hatte ein ungutes Gefühl. Als sie in mein Zimmer trat und ich sie ansah, verstärkte sich dies. Und als sie, kaum dass sie die Tür hinter sich geschlossen hatte, sagte: «Wolfgang Heinze ist verhaftet», wusste ich eigentlich schon genug. Trotzdem stellte ich noch die Frage: «Von wem?» Ich erhielt die von mir befürchtete Antwort: «Von der Gestapo.»

Wir kannten einander durch Wolfgang Heinze, hatten auch einige Male zusammengesessen und über das gesprochen, was in Deutschland und durch Deutschland angerichtet worden war. Auch der mit ihr verbundene Mann sass aus politischen Gründen hinter Gittern. Wir wussten, dass wir miteinander offen sprechen konnten. Doch sie wusste nicht mehr als eben die Tatsache der Verhaftung und konnte deshalb nicht mehr berichten. Es hatte keinen Sinn, sie mehr zu fragen.

Aber sie hatte eine dringliche Frage: Ob ich die Verteidigung übernehmen könnte? Auch ich hatte daran sofort gedacht. Und wollte es auch. Aber konnte ich es?

Wusste ich aus den Gesprächen mit meinem Freund – dem einzigen Menschen, dem ich damals diese Benennung zugestand – nicht zu viel von dem, was er getan hatte? War ich mir nicht klar darüber, was es nach der sogenannten Gesetzgebung der Hitlerregierung und nach der sogenannten Rechtsprechung der Nazijustiz für Folgen für mich haben würde, wenn die Gestapo Kenntnis davon erhielt, dass Wolfgang Heinze und ich seit vielen Jahren befreundet waren, dass er jedesmal, wenn er nach Berlin kam – und das geschah sehr häufig –, bei uns wohnte? Wenn sie erfuhr, welcherart unsere Freundschaft war?

Mit der Möglichkeit, dass dies bei den Vernehmungen vor der Gestapo

zur Sprache kam, musste ich rechnen. Und erst wenn sie ausgeschlossen oder zumindest wenig wahrscheinlich geworden war, konnte ich versuchen, die Verteidigung zu übernehmen. Ich deutete dies Martha Fehling an und erklärte ihr, dass ich noch nicht sagen könnte, ob ich als Verteidiger würde tätig sein können.

Und dann überlegte ich, was zu tun sei. Als erstes, das war mir klar, musste ich alles aus meiner Korrespondenz, meinen sonstigen Unterlagen und auch aus meiner Bibliothek vernichten oder gut verstecken, was bei einer etwaigen Haussuchung verdächtig erscheinen konnte. Vor allem also die vielen Briefe Krischans – nur so nannten wir Wolfgang Heinze im engeren Kreis, und ich werde ihn auch in diesem Buch oft so nennen, weil er unter diesem Namen in meinem Gedächtnis lebt – aus unserem jahrelangen Briefwechsel; das fiel mir am schwersten.

Noch am selben Abend, sobald ich nach Hause gekommen war, begann ich damit. Und sicher habe ich dabei manches zerrissen und verbrannt, was mir als Material für dieses Buch von grossem Nutzen gewesen wäre. Einige Bücher, von denen mich zu trennen ich nicht fertigbrachte, reihte ich ganz sachwidrig in meinen sonst sehr geordneten Bücherbestand ein, hoffend, dass man sie dort nicht suchen und deshalb auch nicht finden würde. Unter den Zeitschriften befanden sich einige vollständige Jahrgänge der «Weltbühne», aus denen ich mehrere Artikel und Gedichte ausschnitt und in Bücher legte, die irgendwie verwandte Themen zum Gegenstand hatten. Diese Ausschnitte besitze ich noch heute.

Nachdem ich dies getan hatte, konnte ich zunächst nichts anderes tun als warten. Entweder ich erhielt eine Vorladung zur Vernehmung; dann konnte ich – unabhängig davon, wie diese verlief – die Verteidigung meines Freundes nicht übernehmen. Oder ich erfuhr etwas, was es zumindest sehr wahrscheinlich machte, dass ich nicht in die Sache hineingezogen würde; dann konnte ich die erforderlichen Schritte unternehmen, um als Verteidiger zugelassen zu werden.

Die erste schriftliche Nachricht aus Leipzig erhielt ich wenige Tage nach dem Besuch Martha Fehlings von Oskar Fehlig, dem Schwiegervater von Wolfgang Heinze. Sie enthielt lediglich die Mitteilung, dass seine Tochter und sein Schwiegersohn verhaftet seien. Ich verstand den Brief, der an meine Wohnadresse gerichtet war, als eine indirekte Anfrage danach, ob ich die Verteidigung übernehmen würde. Doch ergab ein

Schreiben des Rechtsanwalts Hermann Nieland aus Leipzig – unterzeichnet von seiner Schwester Dr. Gerda Kröber-Nieland –, das am 22. August in meinem Büro einging, etwas anderes. Danach hatte Wolfgang Heinze – in dem Brief Herr H. genannt – «in einem an seine Schwiegereltern gerichteten Schreiben gebeten, ihren Bruder ... zu seinem Verteidiger zu bestellen». Unter Hinweis darauf, dass ihr Bruder zur Zeit in Urlaub sei und zur Übernahme der Verteidigung eine Genehmigung des Volksgerichtshofes benötige, fragte sie bei mir an, ob ich «unter Umständen bereit und in der Lage (sei), die Verteidigung zu übernehmen».

Das Schreiben – mit dem übrigens meine Anwaltsakte über diesen Prozess beginnt, die einzige Akte, die ich, als ich Anfang April 1945 meine Anwaltstätigkeit aufgab, aus dem Büro in meine Wohnung mitgenommen und so über die Nazizeit hinweggerettet hatte – enthielt noch eine andere Mitteilung: «Die Ermittlungen sollen abgeschlossen und Herr und Frau H ... geständig sein.»

Diese Mitteilung war sehr wichtig für mich. Waren nämlich die Ermittlungen abgeschlossen, ohne dass ich vernommen worden war, so konnte ich mit ziemlicher Sicherheit davon ausgehen, dass die Verbindungen zwischen Wolfgang Heinze und mir nicht zur Sprache gekommen waren. Da Frau Dr. Kröber-Nieland mit Hildegard Heinze – der Frau Krischans, die ebenfalls am 3. August verhaftet worden war – befreundet war und mir beide Nielands schon früher von Heinzes als aufrechte Menschen geschildert worden waren, vertraute ich dieser Mitteilung und beschloss, die Verteidigung Krischans zu übernehmen. Noch am 22. August übersandte ich zwei Vollmachtsformulare an Herrn Oskar Fehlig mit der Bitte, sie von Wolfgang Heinze unterschreiben zu lassen und möglichst bald an mich zurückzuschicken.

Das schien mir der schnellste und sicherste Weg zu sein, da es Oskar Fehlig als Direktor der Leipziger Zweigstelle der Thyssen-AG und als Mitglied der NSDAP offenbar gelungen war, an die Gestapo heranzukommen und einiges von ihr zu erfahren.

Die unterschriebene Vollmacht – erste Voraussetzung dafür, dass ich überhaupt irgendetwas in der Sache tun konnte – ging am 7. September bei mir ein. Oskar Fehlig schrieb dazu: «Die Vernehmungen bei der Geh. Staatspolizei sind, wie ich höre, beendet, die Überweisung an die Justiz ist bis zur Stunde noch nicht erfolgt, kann aber jeden Tag erwartet werden.»

Was bedeutete das? Vier Wochen Gestapountersuchungen waren

nicht viel. War das gut? War das schlecht? Alles konnte man vermuten – aber nichts Sicheres daraus entnehmen. Auch nicht aus dem, was Oskar Fehlig noch schrieb. Dass es sich nämlich in dem Verfahren um das Abhören von ausländischen Radionachrichten, um ein kommunistisches Flugblatt und um eine von Wolfgang Heinze verfasste Abhandlung über die Neugestaltung des Lohnwesens «für eine etwa kommende neue Regierung» handele. Das habe er von der Gestapo erfahren, und ausserdem – das besagte ein handschriftlicher Zusatz in dem Brief – habe er «von der Geh. Staatspol. ... noch Folgendes (gehört):

1. In der Wohnung von Wolfgang H. sollen führende Kommunisten verkehrt haben.
2. Wlfg. H. soll eine Geiselliste aufgestellt haben!

Hierüber läge ebenfalls das Eingeständnis vor.»

Später stellte ich fest, dass die Gestapoleute damit fast alles ausgeplaudert hatten, was dann Gegenstand des Strafverfahrens gegen Wolfgang Heinze vor dem Volksgerichtshof wurde. Doch damit konnte ich, als ich den Brief von Oskar Fehlig erhielt, noch nicht rechnen. Denn die Gestapobeamten unterlagen sehr strengen Geheimhaltungspflichten und hielten diese in aller Regel auch sehr genau ein. Das wussten Verteidiger, die in solchen Sachen tätig waren, sehr genau. Hatten sie doch gerade deshalb, solange die «Überweisung an die Justiz» nicht erfolgt war, keinerlei Möglichkeit, etwas Authentisches über die betreffende Sache zu erfahren oder gar mit ihrem Mandanten zu sprechen.

Oskar Fehlig erklärte mir übrigens in dem Schreiben vom 5. September auch, warum er sich nicht gleich mit der Bitte um Übernahme der Verteidigung an mich gewandt hatte: Es sei ihm nicht bekannt gewesen, dass ich auch beim Volksgerichtshof zugelassen sei. «Ich hatte mir deshalb», so schrieb er, «bereits vor einigen Wochen durch die Herren meiner Berliner Firma einen beim vorgenannten Gericht zugelassenen Anwalt nennen lassen und mich mit diesem, und zwar Herrn Justizrat Dr. Rudolf Dix ..., wegen der Vertretung benommen». Und er fügte hinzu: «Ich möchte es nun gerne so halten, dass Genannter die Vertretung meiner Tochter behält, während Sie Wolfgang Heinze vertreten.»

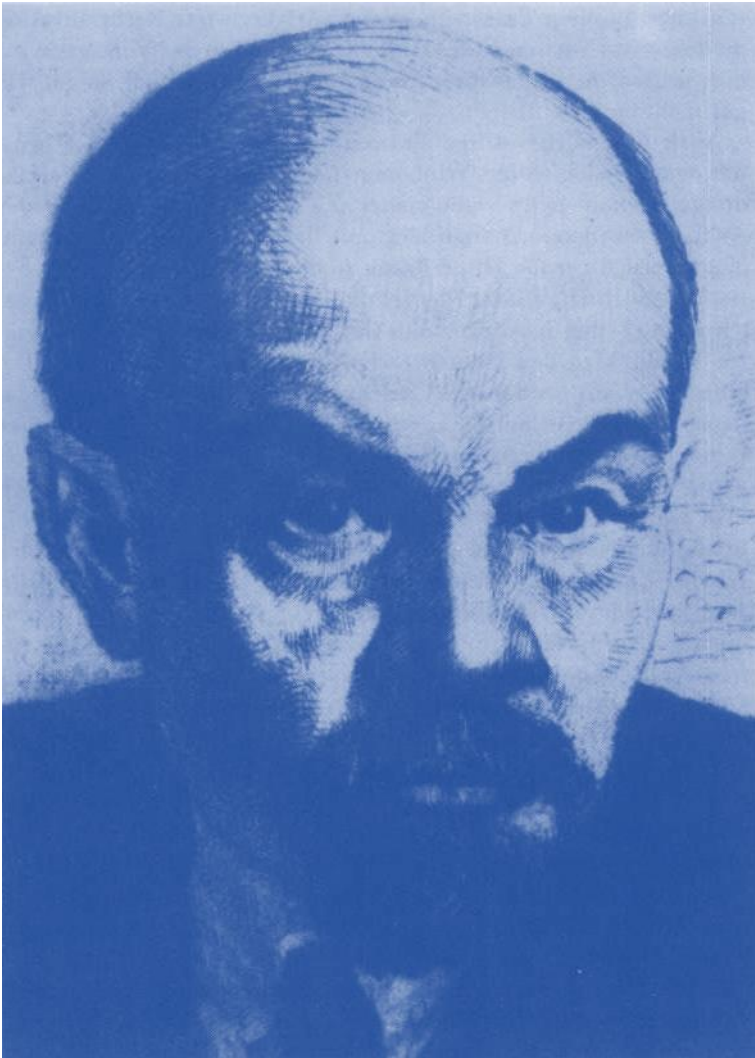
Herr Justizrat Dix – damals bekannt als einer der prominentesten Berliner Anwälte für Zivilprozesse, in denen es um grosse Beträge ging – hatte die Verteidigung übernommen und war in der Anklageschrift des Oberreichsanwalts auch noch als Verteidiger von Hildegard Heinze ge-

nannt worden. Doch als er die Anklageschrift erhalten hatte, legte er die Verteidigung schleunigst nieder – und zwar am 15. November, also neun Tage vor der Hauptverhandlung. Er, der es später im Nürnberger Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher erreichte, dass sein Mandant Hjalmar Schacht, also einer der mächtigsten und gefährlichsten Finanzgewaltigen und Förderer Hitlers, freigesprochen wurde – allerdings gegen den Einspruch des sowjetischen Mitglieds des Internationalen Militärgerichtshofs –, hatte es sicher als eine Zumutung empfunden, dass er eine Kommunistin verteidigen sollte.

Zum Glück hatte Rechtsanwalt Dr. Nieland, als er von der Bitte Wolfgang Heinzes, ihn zu verteidigen, gehört hatte, vorsorglich um seine Zulassung ersucht und sie auch noch erhalten. So konnte er in letzter Minute einspringen und ist für Hildegard Heinze vor dem Volksgerichtshof mutig aufgetreten.

Die Zahl der Verteidiger, die sich nach 1933 in solchen politischen Verfahren ernsthaft für ihre Mandanten einsetzten, war zwar nie sehr gross gewesen. Doch im Laufe der Jahre war sie immer geringer geworden. Die Erfahrungen, die einige mutige Rechtsanwälte, wie beispielsweise Dr. Hegewisch und Dr. Roetter, bei ihren Versuchen gemacht hatten, wirklich etwas für Ernst Thälmann zu tun, hatten ihre Wirkung gehabt. Nachdem beide, die keineswegs Kommunisten waren, ihres hohen persönlichen Einsatzes wegen selbst in Haft genommen worden waren, liessen auch Anwälte, die keine Nationalsozialisten waren, ihre Hände am liebsten von solchen Verteidigungen.

Deshalb war es im Jahr 1944 gar nicht einfach, einen Verteidiger für ein Verfahren vor dem Volksgerichtshof zu finden. Für einen der Mitangeklagten, für den Arzt Dr. Josef Schölmerich, dessen Frau ich sofort, nachdem ich erfahren hatte, dass auch er verhaftet worden war, davon unterrichtet hatte (beide kannte ich durch Krischan seit Jahren), und die mich daraufhin bat, auch ihren Mann zu verteidigen, habe ich, da ich das nicht für gut hielt, einen mir gut bekannten und zuverlässigen Berliner Anwalt, Dr. Boyke, empfohlen, der die Verteidigung übernommen und getan hat, was er konnte. Aber nur diese drei Angeklagten (Wolfgang und Hildegard Heinze sowie Josef Schölmerich) hatten in dem Verfahren Wahlverteidiger, also solche, die sie sich selbst gewählt hatten. Die anderen sieben Angeklagten hatten sogenannte Pflichtverteidiger, das heisst solche, die ihnen vom Gericht bestellt worden waren. Das aber wa-



Radierung «Lenin» von Alfred Frank

ren in politischen Prozessen solcher Art fast stets Rechtsanwälte, die mehr das Vertrauen des Gerichts – hier also des Volksgerichtshofs – besaßen als das ihrer Mandanten, für die sie sich so gut wie gar nicht einsetzten.

Auch Angehörige Alfred Franks, des «Malers mit dem Stern», mit dem, wie ich wusste, Wolfgang Heinze seit Jahren enge Verbindungen gehabt hatte – die später mit zum Hauptgegenstand der Anklage wurden –, hatten sich mit der Bitte an mich gewandt, einen Verteidiger für Alfred Frank zu besorgen. Es gelang mir, den Rechtsanwalt Dr. Walter Menzel dafür zu gewinnen. Er war – wie ich wusste – der Schwiegersohn Carl Severings, der in der Weimarer Republik zu den rechten Sozialdemokraten zählte und zu Beginn der zwanziger Jahre als Reichs- und Staatskommissar und danach als Reichsminister des Inneren sowie als preussischer Innenminister eine recht unrühmliche Rolle bei der Niederwerfung von grossen Streikbewegungen gespielt hatte. Menzel wurde nach 1945 aktiver Funktionär der westdeutschen SPD, war von 1946 bis 1950 Innenminister und Stellvertretender Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen und von 1949 bis zu seinem Tod im Jahr 1963 Mitglied des Bonner Bundestages, zeitweise sogar parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Fraktion. Als Verteidiger Alfred Franks hat er, soweit mir berichtet wurde, seine Pflicht getan, konnte aber das Todesurteil ebenfalls nicht abwenden.

Hatte jemand, der damit rechnen musste, vor dem Volksgerichtshof angeklagt zu werden – und deshalb bestimmt in Haft war –, einen Verteidiger «seiner Wahl» gefunden, so war noch längst nicht sicher, dass dieser ihn vor Gericht würde verteidigen können. Denn für die Verfahren vor dem von den Nazis geschaffenen Volksgerichtshof galt die Sonderbestimmung, dass die Wahl des Verteidigers der Genehmigung des Vorsitzenden des betreffenden Senats des Volksgerichtshofes bedurfte.

Einen Antrag auf Erteilung einer solchen Genehmigung konnte der Verteidiger aber erst stellen, wenn die Sache bei dem Volksgerichtshof eingegangen war. Das klingt wie eine Selbstverständlichkeit – und ist auch eine. Trotzdem spreche ich sie aus, weil auch hier wieder sichtbar wird, mit welchen Mitteln die Nazigesetzgebung arbeitete: Diese Vorschrift führte nämlich notwendigerweise dazu, dass die Zeit des Wartens auf die Zulassung des Verteidigers – und damit auf das erste Gespräch mit dem Angeklagten – noch mehr verlängert wurde.

Ich erfuhr das Aktenzeichen des Volksgerichtshofes am 25. September 1944, und zwar wiederum durch einen Brief von Oskar Fehlig. Nunmehr wusste ich, dass die Sache beim Volksgerichtshof eingegangen war. Endlich konnte ich die Anträge auf Zulassung als Verteidiger, auf Sprecherlaubnis und auf Genehmigung der Akteneinsicht stellen. Ich tat es noch am selben Tag.

An den Schwiegervater schrieb ich damals: «Aus anderen Fällen, die ich bereits beim Volksgerichtshof bearbeitet habe, weiss ich, dass teilweise die Sprecherlaubnis auch für den Verteidiger erst verhältnismässig spät erteilt wird.» Das bestätigte sich. Am 8. Oktober ging mir zwar vom Volksgerichtshof die Mitteilung zu, dass meine Wahl als Verteidiger genehmigt sei – was sehr wichtig war, weil damit für Wolfgang Heinze wie für mich endlich geklärt war, dass ich als sein Verteidiger würde auftreten können (was ich ihm deshalb auch sofort schriftlich mitteilte). Doch eine Sprecherlaubnis wurde mir noch immer nicht erteilt. Sie kam so spät, dass ich Wolfgang Heinze erst am 25. Oktober aufsuchen konnte. (Die Reisebeschränkungen waren damals bereits so gross, dass ich für die Reise nach Dresden, wohin Krischan inzwischen als Untersuchungsgefangener überführt worden war, eine Genehmigung des Präsidenten der Rechtsanwaltskammer einholen musste.)

Das waren die äusseren Schwierigkeiten, die sich von Anfang August bis Ende Oktober hinzogen, gesehen aus der Sicht des Verteidigers. Schwerer als für den Verteidiger war alles für den, der diese ganze Zeit – also fast drei Monate – im Kerker verbracht hatte, und dabei noch den grössten Teil bei der Gestapo. Wie lang musste diese Zeit für ihn gewesen sein! Für ihn, der wusste, dass auch seine Frau – von ihm, weil sie eine geborene Fehlig ist, nur Feh genannt – in Haft sass; der inzwischen sicher erfahren hatte, dass die, mit denen er bei seiner Widerstandsarbeit unmittelbaren Kontakt gehabt hat^e, ebenfalls verhaftet worden waren und ausser ihnen noch viele andere, vor allem auch die führenden Kräfte der Leipziger Gruppe. Da musste ihn doch der Gedanke verfolgen und quälen, dass vielleicht die ganze Widerstandsarbeit in Leipzig zusammengebrochen war. Und unter Umständen sogar nicht nur die in Leipzig! Denn davon, dass bereits Anfang Juli in Berlin führende Mitglieder der kommunistischen Widerstandsorganisation verhaftet worden waren, hatte man in Leipzig schon einiges gehört. Und den 20. Juli sowie die ersten Reaktionen Hitlers und Himmlers auf das Attentat hatte Krischan noch vor seiner Verhaftung erlebt.

Das hatte ihn sicher zunächst zusätzlich belastet, weil er auch in diesem Zusammenhang einmal tätig gewesen war.

In einem Gespräch, das Anfang des Jahres 1944 stattgefunden haben muss, hatte mir Krischan erzählt, dass es eine im Wesentlichen bürgerlich orientierte, zugleich aber in hohe Kreise der Wehrmacht hineinreichende Gruppierung gäbe, deren Ziel die Beseitigung Hitlers sei. Er habe, so erklärte er mir, davon das erste Mal etwas von Max Günther gehört, der ihn in Leipzig besucht und erklärt hatte, er stehe mit dieser Gruppierung über den ihm aus seiner früheren gewerkschaftlichen Tätigkeit bekannten Bernhard Göring in Verbindung und möchte etwas über einen hohen Wehrmachtsoffizier – seinen Namen habe ich nicht mehr im Gedächtnis – erfahren, der einige Zeit in Ostpreussen tätig gewesen sei und zu der Gruppierung gehören sollte.

Max Günther, der in der Weimarer Zeit der SPD angehört und viele Jahre lang wichtige Gewerkschaftsfunktionen innegehabt hatte, war damals bei der Deutschen Getriebe GmbH tätig. Ich kannte ihn durch Krischan seit mehreren Jahren und stand in ständiger Verbindung mit ihm. Er erzählte mir von den Tarifikämpfen der Weimarer Zeit, in denen er für die Gewerkschaften an vielen Verhandlungen mit den Arbeitgeberverbänden teilgenommen hatte, und vermittelte mir damit ein Bild von der Praxis dessen, was ich während meines Studiums in den Vorlesungen über Arbeitsrecht theoretisch gelehrt bekommen hatte. Mit ihm zusammen unterstützte ich Martha Fehling mit Lebensmitteln für ihren Lebensgefährten, den sie nach seiner Flucht aus dem Gefängnis auf ihrem kleinen Grundstück in Schwerin – einem Dorf in der Nähe von Berlin – versteckt hielt.

An Krischan hatte sich Max Günther mit seiner Anfrage gewandt, weil dieser einen Teil seiner Referendarzeit in Tilsit, also im damaligen Ostpreussen, verbracht hatte. Krischan bat daraufhin einen zuverlässigen Bekannten aus Tilsit namens Marksches – auch ihn kannte ich durch Krischan –, ihn einmal in Leipzig zu besuchen. Marksches reagierte schnell und kam. Er erklärte, dass der Betreffende sich zwar nicht wie ein typischer Nazi aufgeführt habe, aber auch keineswegs in irgendeiner Weise fortschrittlich. Er sei als ausgesprochen konservativ – im Sinne der Deutschnationalen Volkspartei – einzuschätzen. Diese Antwort gab Krischan an Max Günther weiter.

Wahrscheinlich hat Krischan dann mit seinen Leipziger Freunden

über diese Sache gesprochen, denn einige Zeit später erklärte er mir, er wisse inzwischen mehr über diese Gruppierung. Insbesondere habe er erfahren, dass zu ihr auch einige fortschrittliche Leute gehörten, zu denen Verbindungen aufgenommen werden sollten. Er bat mich deshalb, zu versuchen, ein Gespräch zwischen ihm und einem dieser Leute, der in Berlin wohnte, zu verabreden. Ich habe ein entsprechendes Telefonat geführt, und das Gespräch hat stattgefunden.

Der Name seines Gesprächspartners hat sich damals nicht in meinem Gedächtnis festgesetzt. Ich hörte ihn zum ersten Mal und habe ihn wahrscheinlich nicht zum Sich-daran-Erinnern, sondern im Gegenteil, zum möglichst baldigen Vergessen zur Kenntnis genommen. Doch als ich jetzt, bei der Vorbereitung dieses Buches, die Geschichte des 20. Juli genauer studierte und dabei immer wieder auf den Namen Reichwein stiess, der als linker Sozialdemokrat zu dem Kreisauer Kreis, also zu der fortschrittlichsten Gruppe der Verschwörer, gehört hatte, kam ich mehr und mehr zu der Überzeugung, dass er es gewesen war, mit dem Krischan gesprochen hatte. In das Bild von ihm, das sich ergibt, wenn man die Ereignisse um den 20. Juli analysiert, würde es passen. Denn er hat zusammen mit dem ehemaligen sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Julius Leber am 22. Juni 1944 ein erstes Gespräch mit Anton Saefkow und Franz Jacob – zwei der führenden Kommunisten der Berliner Widerstandsorganisation – geführt und wurde – wie diese und Julius Leber – verhaftet, bevor es zu einem zweiten Gespräch kam.

Auch ein Satz in dem Buch von Gerhard Ritter «Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung», das 1955 in Stuttgart erschien, könnte dafür sprechen, dass es Reichwein war, mit dem ich telefoniert habe und mit dem Krischan gesprochen hat. In einer Anmerkung auf Seite 462 dieses Buches, in der davon berichtet wird, dass Reichwein mit einem Kommunisten in Fühlung gekommen sei, «der Verbindung zu dem illegalen Zentralkomitee der KPD besass und als Vermittler diente», heisst es nämlich: «Die erste Aussprache mit einer Nebenfigur (Hein?) verlief ergebnislos.»

Ich zitiere dieses Buch nicht gern, weil Ritter die Vorgeschichte und die Ziele der Verschwörergruppierung ganz vom Standpunkt Goerdelers und seines engsten Kreises aus darstellt. Nach ihm hatten beispielsweise solche Menschen wie die Mitglieder der Roten Kapelle «mit «deutschem Widerstand» nichts zu tun ... Sie standen ganz eindeutig im Dienste des

feindlichen Auslandes» und waren deshalb «Landesverräter – nicht nur nach dem Buchstaben des Gesetzes». Ganz etwas anderes war es für Ritter hingegen, wenn Goerdeler mit Beck im Juli 1944 nach Paris fliegen wollte, um einen Waffenstillstand auszuhandeln, «nach dem die britisch-amerikanischen Armeen in Frankreich stehenbleiben und das deutsche Westheer zur Abwehr der Russen quer durch Deutschland nach der Ostfront abrücken liessen». Denn, so heisst es in einer «Geheimen Denkschrift Goerdelers, für die Generalität bestimmt» vom 26. März 1943: «Nur Deutschland kann den Bolschewismus aufhalten.»

Wenn ich trotzdem auf das Buch von Ritter Bezug nehme, so deshalb, weil mir beim Lesen des Satzes über eine Aussprache Reichweins mit einer Nebenfigur (Hein?) der Gedanke kam, ob mit dem in Klammern gesetzten und mit einem Fragezeichen versehenen Namen Hein nicht Heinze gemeint sein kann. Dass er als «Nebenfigur» bezeichnet wird, kann ebenso wenig Wunder nehmen wie die Bemerkung, dass die Aussprache «ergebnislos» verlief. Denn Wolfgang Heinze hatte sich – nur so vermochte er dem schwierigen Auftrag, den er sich gestellt hatte, gerecht zu werden – stets mit aller Strenge an die Grundregel aller illegalen Arbeit gehalten, die besagt, dass man nicht mehr wissen und niemand mehr kennen solle, als für den eigenen Aufgabenbereich unbedingt notwendig ist. Deshalb war sein Name – zumal er kein «alter Leipziger» war – nicht nur innerhalb der eigenen Widerstandsorganisation weithin unbekannt, sondern auch sonst – bei Freunden wie bei Feinden.

Es wird kaum noch feststellbar sein, ob es Reichwein war, mit dem Krischan ein Gespräch geführt hat. Doch scheint mir das so wichtig nicht zu sein. Wichtiger ist, dass Krischan in diese bedeutsame und diffizile Angelegenheit einbezogen wurde. Denn das zeugt von dem Vertrauen, das er bei der Leitung der Leipziger Widerstandsorganisation genoss.

Der ersten Besuch Im Untersuchungsgefängnis

Am 24. Oktober also fuhr ich nach Dresden, um am nächsten Tag möglichst früh zu Krischan ins Untersuchungsgefängnis gehen zu können. Ich übernachtete in einem Hotel, dessen Namen ich nicht mehr weiss.

Meine nach 1945 unternommenen Versuche, das Hotel wiederzufinden, waren ergebnislos. Es lag in einem der Stadtteile Dresdens, die durch die Bomben US-amerikanischer und britischer Flugzeuge so zerstört waren, dass es für einen nicht sehr Ortskundigen kaum möglich war, sich zu orientieren.

Am nächsten Morgen, zwischen 8.30 und 9.00 Uhr, begab ich mich in das Untersuchungsgefängnis, wurde auf Grund meiner Sprecherlaubnis und meines Anwaltsausweises ohne Verzögerung hineingelassen und betrat die Zelle, in der mein Mandant, mein Freund Wolfgang Heinze, allein, also in Einzelhaft, eingeschlossen war.

Wir hatten uns – was seit Jahren nicht geschehen war – mehr als drei Monate lang nicht gesehen. Auf der Fahrt von Berlin nach Dresden, abends im Hotel und auf dem Weg zum Untersuchungsgefängnis waren mir die Fragen nicht aus dem Kopf gegangen: Wie werde ich ihn antreffen? Vor allem: Was hatte man ihm angetan inzwischen?

Schliesslich war er von der Gestapo vernommen worden und hatte mehr als zwei Monate im Gestapogefängnis verbracht. Und Strafverteidiger, die wie ich häufiger in politischen Strafprozessen auftraten (nicht als blosse Figuren zur Vervollständigung des nazistischen Justizensembles, sondern um wirklich zu helfen), hatten zwar keine genaue Kenntnis, aber doch mehr als eine blosse Ahnung davon, wie «Vernehmungen» bei der Gestapo allzu oft aussahen. Denn zuweilen kamen Mandanten ins Büro, die zwar immer noch sehr zurückhaltend, aber doch – zumindest in Andeutungen – einiges darüber berichteten. Ausserdem gab es ja die «Feindsendungen» von Radio Moskau und von BBC London. All das vermittelte schon Vorstellungen davon, wie schrecklich und grauenhaft das sein musste, was geschah, wenn die Folterknechte ans Werk gingen. Aber es blieben doch Vorstellungen, die sich nicht zum wirklichen Wissen verdichteten. Wozu noch der Umstand kam, dass das Vorstellungsvermögen nicht ausreichte, um das in sich aufzunehmen, was von der Gestapo bei ihren Vernehmungen – und mehr, viel mehr noch in den Konzentrationslagern – tatsächlich an Unmenschlichem getan wurde. Das gelangte voll erst nach 1945 in das Bewusstsein derer, die es nicht mit eigenen Augen gesehen, die es nicht am eigenen Körper erfahren hatten. Erst deren Berichte vermittelten die schreckliche Wahrheit.

Dass es schlimm sein konnte, sehr schlimm sogar bei Gestapoverneh-

mungen, war mir also bewusst. Und gerade deshalb kam die in mir bohrende Frage, kam immer wieder und liess mich nicht los: Hat es auch Krischan getroffen? Und wenn ja: Wie hat er es überstanden? Physisch und psychisch? Und dann die Frage: Wie hat es seine Feh überstanden? Oder haben sie gar einen vor den Augen des anderen gequält, um einen von ihnen vor den Augen des anderen zum Sprechen zu bringen?

All das, was mich immer und immer wieder beschäftigt und verfolgt hatte in meinen Gedanken, jagte mir jetzt, beim Eintreten in die Zelle, noch einmal in einem rasanten, konzentrierten Ablauf durch den Kopf.

Und dann war es schon ganz anders. Krischan kam mir entgegen, drückte mir die Hand und sah mich mit seinen Augen, deren Blick ich so gut kannte, voll an. Noch bevor der Wachtmeister die Zelle verlassen und von draussen abgeschlossen hatte, und bevor wir uns umarmen konnten, wusste ich: Sie haben ihn nicht zerbrochen. Und nach wenigen Minuten – ich konnte die Frage nicht zurückhalten, ich musste sie stellen – wusste ich auch, dass man ihn bei den Vernehmungen nicht physisch gequält hatte.

Krischans erste Frage war: «Was weisst du von Feh?» Aus der Korrespondenz, die ich mit ihrem Vater geführt hatte, wusste ich, dass es ihr den Umständen nach einigermassen ging. Man warf ihr viel weniger vor als Krischan. Für sie stand es also besser.

Das ungefähr sagte ich Krischan. Sein Gesicht hellte sich auf: «Da hat es also etwas geholfen.»

Das verstand nun ich nicht, und das sah er mir wohl an. «Wir haben uns zu Beginn der Vernehmungen einmal kurz getroffen. Als ich das Vernehmungszimmer verliess, kam sie gerade herein. Ich konnte ihr zuflüstern: ‚Sie wissen viel. Was sie wissen, gib zu!‘»

«Das war gutgetan. Und klug!» erwiderte ich. «Aber wie war es bei dir?» «So, wie ich es Feh gesagt habe. Sie wussten einige Einzelheiten so genau, dass es keinen Sinn gehabt hätte, sie abzustreiten. Also habe ich die Fakten, die sie wussten, zugegeben und alles darangesetzt, sie anders zu interpretieren. Da ich die Frage, ob ich Mitglied der Kommunistischen Partei sei, ohne zu schwindeln, verneinen konnte – und sie dies offensichtlich auch wussten –, habe ich es darauf angelegt, den Eindruck zu erwecken, dass ich kein Kommunist sei – wie sie ihn sich vorstellen –, sondern mehr ein Intellektueller, der es nicht hat verwinden können, dass man seinen Vater 1933 aus dem Staatsdienst hinausgeworfen und

eine Zeitlang in ‚Schutzhaft‘ genommen hat, obwohl er doch ein so guter und anständiger Mensch ist. Du verstehst, welche Strategie ich versucht habe einzuleiten. Und du erinnerst dich unserer Gespräche, wie man sich verhalten sollte, wenn es schief ginge. Auch in unserem Leipziger Kreis haben wir in der letzten Zeit häufig darüber diskutiert und sind zu dem Ergebnis gekommen, dass wir mit allen Mitteln versuchen sollten, durchzukommen. Denn wir wollten dabei sein, wenn der Nazispuk vorbei ist. Weil wir dann gebraucht werden.»

Und ob ich das verstand! Wie ich mich an solche Gespräche erinnerte! Und auch daran, dass Krischan in der letzten Zeit – neben all seiner Arbeit und neben seinem ständigen Bemühen, sich Wissen anzueignen – begonnen hatte, Russisch zu lernen. «Das brauchen wir nachher», pflegte er zu sagen.

Ich erinnerte mich aber auch daran, wie Krischan mir erzählt hatte, was mit seinem Vater geschehen war. Es war bald nach der sogenannten Machtübernahme. Und es war der erste konkrete Bericht, den ich über so etwas erhielt. Zum erstenmal erfuhr ich von der Methode, die Verhafteten mit erhobenen Armen und mit dem Gesicht zur Wand hinstellen, wo sie jeden Augenblick damit rechnen mussten, von hinten einen Schlag mit der Faust oder mit einem Knüppel zu bekommen. In das Konzentrationslager Sonnenburg hatten sie den Vater gebracht, wo er mehr als ein Jahr zubringen musste.

Von seinem Vater also und dessen Schicksal hatte Krischan dem Gestapovernehmer erzählt und dabei – wie er mit einem für ihn typischen siegesbewussten Lächeln berichtete – einen Coup gewagt, der ihm gelang, obwohl er ohne Schwierigkeiten aufzudecken war: Er hatte seinen Vater, der seit seiner Jugend aktiver Gewerkschafter und seit vielen Jahren tätiges Mitglied der SPD gewesen war, zum Mitglied der «Staatspartei», also der Partei gemacht, die sich bis zum Jahre 1930 «Deutsche Demokratische Partei» genannt und sich dann den Namen «Deutsche Staatspartei» gegeben hatte.

So vieles schob sich zusammen in meiner Erinnerung bei diesem Gespräch. Doch es lenkte mich nicht ab. Im Gegenteil, es trieb mich an, möglichst viel zu erkunden und zu erfahren, was ich noch nicht wusste, von dem, was zu Krischans Verhaftung geführt hatte.

«Wie und wann hast du eigentlich von den Verhaftungen in Leipzig erfahren?» fragte ich.

«Weisst du, das war alles sehr schwierig und kompliziert für uns», ant-

wortete er. «Feh und ich waren ein paar Tage vor dem 20. Juli aus Stralsund, wo wir unseren Urlaub verbracht hatten, nach Leipzig zurückgekehrt. Hier hörten wir zunächst, dass es in Berlin Anfang Juli viele Verhaftungen gegeben hatte und dass zu den Verhafteten auch führende Berliner Genossen gehören sollten. Dazu kam der 20. Juli mit all den aufregenden und unsicheren Nachrichten und Gerüchten. Wir erfuhren, dass die Gestapo auch in Leipzig zugeschlagen hatte und dabei offenbar in den Kreis eingedrungen war, zu dem wir, also Feh und ich, Verbindung hatten. Besonders betroffen waren wir, als wir hörten, dass auch Alfred und Gertrud Frank verhaftet worden waren.»

«Und da konntet ihr nicht irgendwo untertauchen?» fragte ich.

Krischan verneinte. «Wir haben das überlegt und sind zu dem Ergebnis gekommen, dass wir das nicht verantworten können. Wir hätten doch nur zu sehr guten und zuverlässigen Freunden gehen können.»

«Beispielsweise zu uns!» warf ich ein.

«Natürlich seid ihr auch im Gespräch gewesen. Aber wir hatten von zu vielen Fällen gehört, in denen etwas schiefgegangen war. Da hatte irgendetwas nicht geklappt, und schon war alles geplatzt. Und eine neue Verhaftungswelle setzte ein. So etwas wollten wir auf gar keinen Fall auslösen. Deshalb haben wir nichts Derartiges unternommen. Und bei dir kam noch etwas hinzu. Was meinst du, warum ich mich wegen meiner Verteidigung zunächst an Nieland gewendet habe?»

Ich sah Krischan an und drückte ihm über den Tisch hinweg die Hand: «Ich verstehe das ja. Und doch ...»

So manches Mal habe ich in den seit damals vergangenen Jahren darüber nachgedacht, was geworden wäre, wenn ... Schliesslich hat Daggi, also meine Frau, in dieser Zeit jüdische Freunde – ein Ehepaar Cohn – dadurch gerettet, dass sie ihnen, als das Haus, in dem sie wohnten, ausgebombt war, sogenannte Postausweise verschafft hat, die auf einen anderen – «arisch» klingenden – Namen lauteten. Mit diesen Postausweisen hat sie die beiden in ein kleines Dorf in der Nähe von Schwerin geschickt, wo der Mann auf einem Gut in der Gutsverwaltung unterkam und beide die Nazizeit überlebten.

Wäre so etwas nicht auch mit Krischan möglich gewesen, wenn ... Es hat keinen Sinn, sich in Was-wäre-gewesen-wenn-Illusionen zu verliehen.

Es hätte damals auch keinen Sinn gehabt, das Gespräch über diese

Frage fortzusetzen. Ich wechselte deshalb das Thema: «Was wirft man dir nun konkret vor?» fragte ich.

«Eigentlich kaum etwas, was du nicht weisst. Denk an unsere vielen Gespräche, daran, was ich dir erzählt habe über die Radiosendungen des BBC und aus Moskau, über meine nicht immer ganz leichten, aber oft erfolgreichen Bemühungen, den ausländischen Arbeitern, die in den Köllmann-Werken arbeiteten, zu helfen.»

«Ich entsinne mich», fügte ich hinzu, «wie wir uns darüber gefreut haben, dass deine Begründung, wenn die in der Arbeit etwas leisten sollten, dann müssten sie auch einigermassen zu essen bekommen, anerkannt worden war.»

Er brachte es fertig, sich auch jetzt noch darüber zu freuen, und lächelte kurz. Und dann erinnerte er mich an ein Gespräch, das mir sofort in den Sinn gekommen war, als ich von der Verhaftung erfuhr und überlegte, was der unmittelbare Anlass gewesen sein könnte. Es hatte auf dem Anhalter Bahnhof in Berlin stattgefunden, wohin ich ihn gebracht hatte. Ich weiss nicht mehr, ob wir zu früh auf dem Bahnhof waren oder ob der Zug Verspätung hatte, jedenfalls hatten wir unerwartet lange Zeit, um miteinander zu sprechen, und taten dies auf einem leeren Gepäckkarren sitzend. Im Verlauf dieses Gesprächs berichtete er mir, dass er vor einiger Zeit einen Arbeiter aus den Köllmann-Werken, von dem er erfahren hatte, dass er ein Genosse sei, zu sich bestellt und ihm erklärt habe, dass er ebenfalls gegen die Nazis und an Berichten über die Stimmung im Betrieb interessiert sei.

Es war das erste Mal gewesen, dass Krischan mit mir davon sprach, dass er in den Köllmann-Werken Verbindungen zu Menschen aufgenommen hatte, die unmittelbar an der Widerstandsarbeit teilnahmen. Ich erinnerte mich deshalb sehr genau daran. Und jetzt, bei dem Gespräch in der Gefängniszelle, spürte ich sofort, wie ihn gerade das in der Hauptverhandlung belasten würde.

Erregt fragte ich ihn deshalb: «Das wussten sie also auch?» «Ja, das wussten sie und wollten mir einreden, dass ich solche «Stimmungsberichte» nicht nur für mich, sondern vor allem zur Weitergabe an meine «Gesinnungsgenossen» haben wollte.»

«Und?»

«Hier wurde es natürlich bedenklich. Zumal ich nicht wusste, was Loeber, so hiess dieser Arbeiter, und was Alfred Frank – er war es, der mich gefragt hatte, ob ich etwas über die Stimmung der Arbeiter in den Köllmann-Werken erkunden könnte – ausgesagt hatten.

So nutzte ich das, was ich einer Frage des Vernehmers entnommen hatte, der mir nämlich nur *ein* Gespräch mit Loeber zur Last legte. Das griff ich auf und erklärte, dass es – schon wegen unserer Verhaftung – zu keinem weiteren Gespräch mit Loeber gekommen sei, dieser mir also gar nichts habe berichten können und ich deshalb nichts erfahren hätte, was ich hätte weiterleiten können. Mehr kam bei der Vernehmung zu diesem Punkt nicht heraus.»

Der Schlussbericht der Gestapo, den ich las, als ich am 17. November endlich die Akten einsehen konnte, bestätigte das. Denn er schliesst mit den Sätzen ab: «Er (Wolfgang Heinze – *W.W.*) hat sich nicht gescheut, Angestellten seines Betriebes, die ebenfalls dem NKFD angehörten, zu eröffnen, dass er ihr Gesinnungsfreund wäre. In diesem Zusammenhang hat er den ihm unterstellten Loeber gebeten, ihm Informationen über die Stimmung der Gefolgschaft seines Betriebes zu verschaffen.» Mehr wurde ihm also zu diesem Punkt selbst von der Gestapo nicht vorgeworfen.

In den handschriftlichen Notizen, die sich in meiner Rechtsanwaltsakte über das erste Gespräch mit Krischan im Untersuchungsgefängnis befinden, steht dazu nur die kurze Bemerkung: «Loeber (KP-Mann bei Köllmann): ‚wenn mal was ist.‘» Aus dieser Notiz ist unser Bemühen zu erkennen, die Bedeutung des Gesprächs, das Krischan mit Loeber geführt hatte, herabzumindern. Denn wir spürten sehr wohl – Krischan vor allem auf Grund der Art und Weise, wie er gerade zu diesem Punkt vernommen worden war –, dass dies einer der kritischsten und gefährlichsten Punkte der Anklage werden könnte. Die Hauptverhandlung vor dem Volksgerichtshof bestätigte das. Und für mich war es klar, als ich in dem Schlussbericht der Gestapo den Satz las: «Wenn man bei einem überzeugten und fanatischen Kommunisten für seine illegale Betätigung ein gewisses Verständnis haben kann, muss man einen Mann wie Heinze als einen ganz üblen Verräter bezeichnen.»

Bei dieser Anprangerung als «ganz übler Verräter» ging es nicht um den Vorwurf des Hochverrats, des Landesverrats oder des Geheimnisverrats, um all das also, was aus dem Strafgesetzbuch herausgesucht wurde, um die Anklage juristisch zu begründen. Es ging um Schlimmeres. Es ging um den Verrat der Klasse, der jene angehörten, die den Vorwurf erhoben und in die sie auch den glaubten einordnen zu müssen, gegen den der Vorwurf sich richtete – obwohl er überhaupt nichts mit ihr zu tun hatte, weder seiner Herkunft noch seiner Gesinnung nach.

In meinen Notizen über das Gespräch mit Krischan am 25. Oktober 1944 im Untersuchungsgefängnis in Dresden gibt es noch weitere Hinweise darauf, was ihm bei den Vernehmungen vor der Gestapo zur Last gelegt wurde. Flugblätter soll er – von Frank – zwar erhalten, aber nicht weitergegeben, sondern auf Anraten Fehs vernichtet haben; mit ihrem Inhalt sei er auch nicht einverstanden gewesen. Durch eines der Flugblätter – Plattform genannt – habe er zum ersten Mal etwas von dem «Nationalkomitee Freies Deutschland» gehört.

Die Aufstellung der Geiselliste – als Schutz für die in Haft befindlichen Widerstandskämpfer beim Zusammenbruch des Faschismus gedacht – habe er Alfred Frank in einem Gespräch vorgeschlagen; doch sei eine solche Liste niemals angefertigt worden. Auf Franks Bitte habe er – gestützt auf seine Kenntnisse und Erfahrungen als Personalchef der Köllmann-Werke – eine achtzeilige Notiz über Lohnfragen angefertigt und Frank übergeben, die gegen die Lohnpolitik der Hitlerregierung gerichtet war.

Obwohl ich die Akten noch nicht kannte, versuchte ich schon bei diesem ersten Gespräch mit Krischan möglichst viel Konkretes zu erfahren, weil es mir darum ging, jetzt schon eine Verteidigungsstrategie festzulegen, in die dann alles eingebaut werden musste. Ich sagte Krischan das, und er war sehr damit einverstanden.

Dann griff ich in meine Aktentasche und reichte ihm das, was ich ihm – unerlaubterweise – zum Essen mitgebracht hatte. «Du weisst», sagte ich, «du musst das gleich essen. Man darf es nachher nicht bei dir finden.»

«Wer soll das wissen, wenn nicht ich?» antwortete er, und begann auch schon zu essen. «Etwas besser als die Gefängniskost schmeckt es ja», fügte er hinzu – und ich war froh, dass ich ihm wenigstens diese kleine Freude machen konnte.

«Wenn wir also bei dieser Linie der Verteidigung bleiben wollen», sagte er dann, «wäre es doch vorteilhaft, wenn wir dem Gericht einige positive Äusserungen aus dem Betrieb und überhaupt so etwas wie Leumundzeugnisse vorlegen könnten. Oder nicht?»

«Sehr gut wäre das», erwiderte ich. «Sag mir die Namen. Ich wollte sowieso über Leipzig nach Berlin zurückfahren und mit jemand Massgeblichem in den Köllmann-Werken sprechen. Zu wem soll ich gehen? Zu Köllmann selbst?»

«Wenn du ihn erreichst, ja. Wenn er nicht da ist, wende dich zunächst an Direktor Bergmann. Das ist kein schlechter Kerl. Und wir konnten im-

mer recht gut miteinander. Wichtig könnte ein Gespräch mit dem Prokuristen Beaumont sein, der ist Abwehrbeauftragter. Bekomme keinen Schreck, er ist trotzdem ein anständiger Mensch und kein Nazi. Ich habe viel mit ihm zusammengearbeitet, namentlich, wenn es um die ausländischen Arbeiter ging. Du verstehst! Er soll dir eine Bescheinigung geben ... Am besten schreibst du das mal wörtlich auf und liest es ihm – aber nur ihm allein! – vor. Also: «Schriftliche Bestätigung der Zahl der Anzeigen von Ausländern wegen Arbeitsbummelei – Beaumont nach Rücksprache mit Heinze.»

Als ich das so notiert hatte, kam von Krischan plötzlich, ohne jeden Übergang die Frage: «Wie sind meine Chancen?» Krischan war ein sehr klar und logisch denkender Mensch, dessen Art es nicht war, von einem Thema zum anderen zu springen. Doch dass diese Frage, die ihn nun schon fast drei Monate lang beschäftigt hatte, ohne dass er mit jemandem darüber hatte sprechen können und auf die ich mit Bangen gewartet hatte, irgendwann kommen musste, war mir klar.

Was sollte ich antworten? Als sein Freund. Als sein Verteidiger. Ich konnte weder Gemeinplätze daherreden noch um das Problem herumgehen. Abgesehen davon, dass er das sofort gemerkt hätte, einmal, weil er im Grunde selbst genau wusste, wie ernst es war, und zum anderen, weil er mich viel zu gut kannte. Deshalb beschränkte ich mich auf einen Satz: «Es ist sehr ernst, Krischan.» Auch seine Antwort war kurz: «Ich weiss es.»

Und ich ging weiter vor, wie wir es in unseren Diskussionen und Gesprächen gewohnt waren, wenn wir vom Thema abgekommen waren: «Also lassen wir das jetzt und überlegen, wie wir es mit der Geiselliste machen werden.»

Er sah mich an, dass es mir durch und durch ging. In dem Blick lag alles: Wissen, Verstehen, Vertrauen, Selbstüberwindung und Freundschaft. Und er sagte nur ein Wort: «Einverstanden.»

Ich spürte, wie er umschaltete. «Also», begann er, «das war wirklich mein Gedanke. Er kam mir in einem Gespräch mit Alfred Frank – du weisst, dem Maler, mit dem wir sehr befreundet sind und den du immer mal kennenlernen solltest. Aber du kamst ja kaum nach Leipzig. Ich kam viel öfter zu euch nach Berlin, schon weil ich dort dienstlich viel zu tun hatte. Bei der Geiselliste – die wir nie so genannt haben, der Name stammt von der Gestapo – ging es mir um Folgendes: Wenn es zu dem

grossen Krach kommt, wenn es zu Ende geht mit der Naziherrschaft, besteht die grosse Gefahr, dass die, die abtreten müssen, noch ein letztes grosses Blutbad anrichten, dass sie möglichst viele von denen umbringen lassen, die am meisten von ihren Methoden der Gewalt und der Grausamkeit wissen. Dem gilt es vorzubeugen. Deshalb die sogenannte Geiselliste, auf der die Namen derer stehen sollten, die von uns festgenommen werden müssten, bevor sie dieses Unheil anrichten können. Mit ihrem Leben sollten sie dafür einstehen, dass den Unseren nichts mehr geschieht.»

Ich musste fragen: «Und was haben Frank und die anderen dazu gesagt?»

«Wir waren noch zu keiner Entscheidung gekommen, weil es natürlich sofort mit dem Streit darüber losging, ob das nicht eine uns grundsätzlich fremde Terrormethode sei.»

«Umso verwunderlicher ist es, dass die Gestapo, als du vernommen wurdest, offenbar schon davon wusste!»

«Sie wusste leider noch viel mehr. Woher? ... Ich weiss es nicht.»

Der letzte Satz war voll tiefer Trauer gesprochen. Musste nicht der Gedanke in ihm hochgekommen sein und in schweren Stunden mehr und mehr an Wahrscheinlichkeit gewonnen haben, dass doch jemand schwach geworden war bei den Vernehmungen? Und konnte man wissen, mit welchen Mitteln sie diesen «Jemand» dazu gebracht hatten, zu sprechen? Konnte man ihn deshalb verdammen? Oder war es der Gestapo gelungen, einen Spitzel in die Organisation einzuschleusen?

Ich spürte, wie schwer es Krischan war, diesen Gedanken weiter zu verfolgen, und lenkte unser Gespräch wieder auf das, was für die Hauptverhandlung zu klären war. «Wir müssten versuchen», sagte ich, «das mit der Geiselliste als etwas darzustellen, was aus einem irgendwie menschlichen Gedankengang eines ‚Intelligenzlers‘ entstanden ist, dem es darum ging, zu verhindern, dass noch mehr Menschenleben vernichtet würden, nachdem der Krieg die Deutschen schon so viele Opfer gekostet hatte.»

Wir wurden uns darüber einig, dass wir es – wenn sich bei meiner Akteneinsicht nichts ergeben sollte, was dagegen sprach – bei solch einer Erklärung belassen wollten, zumal sie in unsere grundsätzliche Verteidigungsstrategie hineinpasste. Alles Nähere konnten wir sowieso erst festlegen, nachdem ich die Gerichtsakten genau studiert hatte.

Als wir merkten, dass wir für das erste Mal genug gesprochen hatten,

fragte ich Krischan, was ich – abgesehen von meiner Verteidigungsaufgabe – noch für ihn tun könnte. Wie es seiner Art entsprach, war er auf eine solche Frage vorbereitet. Er zog aus einem Buch einen kleinen Zettel hervor, auf dem er notiert hatte, worum er mich bitten wollte: «Schreib doch bitte an Agnes und Hermann (seine Eltern – *W.W.*), dass ich keine Tauschwäsche brauche, weil die Wäsche im Untersuchungsgefängnis gewaschen wird, dass ich aber gern einen etwas wärmeren Anzug (am besten den alten braunen), einige Unterhemden und ein paar dicke wollene Strümpfe hätte. Und die Leica – du weißt, ich liebe sie sehr – nimm doch erst einmal an dich. Das wär's.

Aber noch etwas: Ich bin froh, dass es nun doch so gelaufen ist, dass du mein Verteidiger bist.»

«Ich auch, Krischan», erwiderte ich.

Wir drückten uns die Hände, lange und fest, und beendeten das Gespräch. Und zwar sehr kurz. So kurz, wie man es tut, wenn es einem sehr schwerfällt, die Worte zu sagen, die man sich ungezählte Male gesagt hat: «Bis zum nächsten Mal!», wissend oder zumindest als wahrscheinlich damit rechnend, dass man diese Worte einander nicht mehr oft wird sagen können.

In den Köllmann-Werken

Ich sass an diesem Abend noch lange in meinem Hotelzimmer und überdachte den Tag, der hinter mir lag. Obwohl sie nach vorn drängte, liess ich die Trauer, die unterschwellig nicht ausschaltbar war, nicht die Oberhand gewinnen. Ich musste, gerade auch für die Gespräche in Leipzig am nächsten Tag, genau überdenken, was ich erfahren hatte über Krischans Wirken in den Köllmann-Werken, was ich dort erreichen wollte und wie das am klügsten anzupacken sei.

Ich hatte den Direktor Bergmann noch telefonisch erreicht. Dieser hatte sich, als ich ihm sagte, wer ich sei und worum es ginge, sofort bereit erklärt, mit mir zu sprechen. Der Generaldirektor Köllmann war nicht in Leipzig. Ob ich ihm vielleicht über den Sohn Erich als Freund Wolfgang Heinzes bekannt war, wusste ich nicht. Auch nicht, ob darüber in den Köllmann-Werken etwas verlautet war, nachdem ich die Verteidigung

KÖLLMANN-WERKE A.G. · LEIPZIG OS

Besuchsschein N. 05276 Datum *16. Okt. 44.*

Herr *W. Kr.*

Firma *Rechtsanwalt*

wünscht Herrn *fr. Dr. Kr.*

Angelegenheit *angemeldet*

geb. _____ in _____ Wohnort _____

Angemeldet <i>10:50</i> Uhr	Verhandelt bis _____ Uhr	Name
--------------------------------	-----------------------------	------

Form. 21. VIII. 44. 50 Bl.

Krischans übernommen hatte. Also musste ich mit beiden Möglichkeiten rechnen, sowohl damit, dass ich nur als Rechtsanwalt behandelt werden würde, wie auch damit, dass man in mir zugleich den Freund sah. Aber, so fragte ich mich gleich, wie würden sich die leitenden Männer eines Rüstungsbetriebes zu einem Rechtsanwalt verhalten, der mit jemandem befreundet ist, der unter dem Verdacht des Hochverrats oder – was vielleicht noch schlimmer war – der Kommunistenfreundschaft steht? Auf alle diese Varianten musste ich vorbereitet sein, um so viel wie möglich zu erreichen.

Das war das Ergebnis meines Nachdenkens an diesem Abend im Hotelzimmer. Und als ich am nächsten Morgen nach Leipzig fuhr, wusste ich, wie ich mich bei den Gesprächen in den Köllmann-Werken zu verhalten hatte.

Als ich dorthin kam, lag beim Pförtner bereits mein Besucherzettel, der übrigens Bestandteil der Köllmann-Akten und später des Archivs wurde, in dem ich ihn bei meinen Recherchen für dieses Buch im Jahr 1978 wiederfand. Etwas war also doch nicht ganz unbedenklich an dem Besuch dieses Rechtsanwalts gewesen.

Doch bei dem Besuch selbst wurde ich mit ausgemachter Höflichkeit

Köllmann Werke
 Zahnäder - Schneidäder - Fräsmaschinen - Bohrmaschinen

Herrn
 Rechtsanwalt Wolfgang Heine
 (1) Berlin - W 15
 Heineckestraße 20

Abg. Max. 10. 11. 1944

Eingegangen:
 1. 11. 1944

Abg. Zeichen: /./.
 Abg. Zeichen von: /./.
 Unser Zeichen: Bt./Ro.
 Beauftragter: Beaumont
 Nummer: 47
 Datum: 16.11.1944.

Abw. : Wolfgang Heine.

In seiner Eigenschaft als Leiter der Personalabteilung, hatte der Obenanw. ofürte ebenfalls die bei uns beschäftigten Ausländer, sowie deren Unterkünfte zu betreuen. Als Abwehrbeauftragter hatte ich daher auch mit H. zu arbeiten, der mir während der Dauer seiner Tätigkeit eine Anzahl von Ausländern zur Meldung brachte, deren Verhalten das Eingreifen polizeilicher Dienststellen erforderlich machte.

Heil Hitler!
 Köllmann - Werke
 Aktionsgesellschaft
Wolfgang Heine
 Abwehrbeauftragter

Dokument: Kf 1000000
 Datum: 1.11.44
 Form: 1.11.44
 Nummer: (siehe 404)
 Zeichnung: G. 1000000
 Ist der Zeichnung 1.11.44

und – was wichtiger war – Freundlichkeit und Hilfsbereitschaft empfangen. Es wurde besprochen, auf welche Weise die Köllmann-Werke durch entsprechende Bescheinigungen die Verteidigung Wolfgang Heines unterstützen könnten. Ich erhielt einige wichtige Zusicherungen.

War es ein Zufall, dass sich nach Beendigung der Gespräche der Prokurist Beaumont erbot, mich zum Ausgang zu begleiten? Ich glaube nicht. Jedenfalls hatte ich – nunmehr allein mit ihm – die Gelegenheit, ihm wörtlich vorzulesen, was ich nach Krischans Diktat niedergeschrieben hatte. Er ging nicht weiter darauf ein, sondern sagte nur: «Ich verstehe. Sie werden solch einen Brief von mir bekommen.» Dann verabschiedeten wir uns.

Auf dem Weg zum Bahnhof überdachte ich die Gespräche und kam zu dem Ergebnis, dass ich Grund hatte, zufrieden zu sein. Nur die Sache mit dem Prokuristen Beaumont kam mir etwas seltsam vor. Gerade für die ausländischen Arbeiter hatte Krischan viel getan. Das wusste ich aus seinen Erzählungen. Doch Bescheinigungen darüber waren für den Prozess natürlich alles andere als geeignet. Aber das, was Krischan mir für Beaumont diktieren hatte, war doch ebenfalls merkwürdig. Krischan konnte

doch nicht wollen, dass er plötzlich als einer dastand, der hinter den ausländischen Arbeitern her war, um sie der Polizei auszuliefern. Doch Beaumont, über den Krischan so gut gesprochen hatte, schien Krischan verstanden zu haben. Sonst hätte er nicht sofort zugesagt. Ich war gespannt, wie sein Schreiben aussehen würde.

Wenige Tage später wusste ich, dass Krischan dem Richtigen vertraut hatte. Beaumonts Brief bewies es. Er lautete nämlich:

Herrn
Rechtsanwalt Wolfgang Weiss
(1) Berlin W 15
Meineckstrasse 20

16.11.1944

Betrifft: Wolfgang Heinze

In seiner Eigenschaft als Leiter der Personalabteilung hatte der Obenanführte ebenfalls die bei uns beschäftigten Ausländer zu betreuen.

Als Abwehrbeauftragter hatte ich daher auch mit H. zu arbeiten, der mir während der Dauer seiner Tätigkeit eine Anzahl von Ausländern zur Meldung brachte, deren Verhalten das Eingreifen polizeilicher Dienststellen erforderlich machte.

Heil Hitler!
Köllmann-Werke
Aktiengesellschaft
ppa. Beaumont Abwehrbeauftragter

Man braucht kein Jurist zu sein, um zu erkennen, dass dieses Schreiben überhaupt nichts aussagt, was fassbar ist. Weder ist die «Anzahl» genannt, noch sind die Verhaltensweisen konkretisiert, noch ist gesagt, ob denn nun die «polizeilichen Dienststellen» zum Eingreifen veranlasst worden sind und ob sie eingegriffen haben.

Ich habe dieses Schreiben in der Hauptverhandlung vor dem Volksgerichtshof nur dem Inhalt nach erwähnt – die Bezugnahme auf einen «Abwehrbeauftragten» konnte das Gericht unter Umständen beeindrucken –, es aber vorsichtshalber nicht zu den Gerichtsakten gegeben. Doch nicht daran lag es, dass es nicht zur Entlastung Krischans genutzt werden konnte. Denn nichts von dem, was ich zu seiner Entlastung vor-

gebracht hatte, wurde von dem Volksgerichtshof als entlastend anerkannt. Aber das Schreiben hatte wenigstens auch keine nachteiligen Folgen für Beaumont, die er nicht verdient hätte, mit denen man aber durchaus hatte rechnen müssen.

Rückblick auf eine Freundschaft

Am späten Nachmittag fuhr ich von Leipzig nach Berlin zurück. Meine Gedanken waren auf dieser Rückreise – wie konnte es anders sein – bei dem, was ich an beiden Tagen, besonders am ersten Tag in der Zelle des Untersuchungsgefängnisses, erlebt hatte. Und ich stellte sehr bald fest, dass sich eigentlich nichts ereignet hatte, was aus dem Rahmen fiel, in dem mein Freund Krischan für mich stand und hineinpasste und hineingehörte.

1944 schrieben wir. Und unsere Freundschaft bestand seit mehr als dreizehn Jahren. Im Sommersemester 1931 hatten wir uns als Jurastudenten an der Berliner Universität kennengelernt. Doch näher kamen wir uns erst auf einem Sportplatz in Eichkamp, in der Nähe des Funkturms. Dort trafen sich Menschen, die Sport nicht trieben, um Meister zu werden oder Pokale zu erringen, sondern aus Freude am sportlichen Treiben. Man konnte dort alle leichtathletischen Disziplinen betreiben; die notwendigen Geräte waren vorhanden und standen zur Verfügung; man konnte sich einer von zwei Faustballmannschaften anschliessen, die sich von Zeit zu Zeit bildeten (Volleyball wurde damals bei uns noch nicht gespielt); man konnte auf einem etwas abgegrenzten Teil des Sportplatzes nach FKK-Art sonnenbaden. Und all das war ganz billig. Für wenig Geld – 30 Pfennig, wenn ich mich recht entsinne – konnte man dort den ganzen Tag verbringen.

Die dorthin kamen, waren übrigens zum überwiegenden Teil keine Nazis. Das zeigte sich am 1. Mai 1933, als zum ersten Mal Herr Hitler zur Maidemonstration aufgerufen hatte.

Krischan und ich waren zur Zeit der Demonstration auf diesem Sportplatz, und die meisten von denen, die dort zu sein pflegten, auch, dass

Bei einem Sonnenbad auf diesem Sportplatz erfuhr ich übrigens, dass

Wolfgang Heinze im Freundeskreis nur Krischan genannt wurde – weniger, weil einer seiner Vornamen Christian war, als deshalb, weil der Name zu ihm, der von der Ostseeküste kam, so gut passte. Ich erfuhr das von Alfred Sulz, einem Freund Krischans, der Clamor genannt wurde. Clamor ist das lateinische Wort für Geschrei. Und Clamor fiel, wenn er sich erregte, mit seiner ziemlich hohen Stimme tatsächlich sehr leicht in ein «Geschrei» – für uns fast jedes Mal ein Grund zum Lachen oder zumindest zum Lächeln. Auch ich erhielt dort einen Namen, den ich aber nur in diesem kleinen Freundeskreis trug: Blanko. Nach einer kleinen Zigarette mit Pappmundstück, die ich damals rauchte und die Blanko hiess.

Krischan und Clamor leben nicht mehr. Der Name Blanko hat sich nur in Stralsund, in Krischans Familie, erhalten. Seit dem Tod von Krischans Eltern werde ich nur noch von seiner Schwester Eva und seinem Neffen Christian so angedet. Darüber, dass sich das dort erhalten hat und dass Christian, der häufig in Berlin zu tun hat, dann stets – wie damals Krischan – bei uns wohnt, bin ich froh.

Auf dem Sportplatz in Eichkamp führten Krischan und ich auch unsere ersten wirklichen Gespräche. Ich wollte erst schreiben, unsere ersten «ernsten» Gespräche. Doch das wäre nicht richtig gewesen. Denn was hiess damals für uns «ernst»? War uns zeitweise nicht alles ernst? Oder zuweilen auch gar nichts? Sprachen wir nicht beispielsweise über den lieben Gott genauso ernst oder heiter, kritisch oder satirisch wie über zahllose andere Probleme? Konnten wir die Religion, den Glauben, das Christentum, wie es sich entwickelt hatte bis dahin, trennen von den Hexenverbrennungen, von der Inquisition und – was damals noch viel schwerer wog für uns, denn das «Mittelalter» hatten wir ja lange hinter uns – von dem «lieben Gott», in dessen Namen im Krieg von 1914 bis 1918 in Deutschland die Waffen des Kaisers Wilhelm und Hindenburgs und in Frankreich die Poincarés – von 1913 bis 1920 französischer Staatspräsident – gesegnet worden waren?

Nicht ohne Grund sicher bin ich dazu gekommen, als Beispiel dafür, dass uns damals zuweilen nichts «heilig» war in unseren Gesprächen, die Religion zu nennen. Denn sie war, so seltsam dies nach dem, was ich gerade geschrieben habe, erscheinen mag, das Diskussionsthema, das mir als erstes in die Erinnerung kam, als ich mir unsere Gespräche in Eichkamp vergegenwärtigen wollte. Wir hatten mit irgendetwas Scherzhaftem begonnen. Ich hatte von meinem Konfirmationsunterricht er-

zählt, bei dem mich der Pfarrer, der zu gerne wollte, dass ich in seine Fusstapfen träte, gefragt hatte, welches der höchste Beruf sei, und jemand hinter mir zwar leise, aber doch laut genug, dass es der Pfarrer hörte, geantwortet hatte: «Schornsteinfeger». Krischan lachte ein bisschen und fragte dann: «Warum wollte er aus dir einen Pfarrer machen?» Und als ich antwortete, dass mein Grossvater Pastor gewesen sei und ich auch einen Onkel hatte, der Pastor war, kam plötzlich eine ernste Frage von Krischan: «Und du wolltest nie Pastor werden?» Ich zögerte etwas mit der Antwort und sagte dann so ungefähr, dass es doch in der Bibel sehr viel Schönes und vor allem Gutes zu lesen gäbe, beispielsweise in der Bergpredigt. Clamors Zwischenruf «Ein schöner Pastor wärst du geworden» kam seltsamerweise nicht an. Krischan und ich waren auf das ernste Geleis gefahren. «Ich habe darüber nicht selten nachgedacht», sagte er, «und ich bin so ungefähr zu dem Ergebnis gekommen, dass nur schwache Menschen, nur solche, die keinen eigenen Weg zu gehen, keine eigenen Entscheidungen zu treffen die Kraft finden, eine Religion brauchen. Und dass die Kirche, jedenfalls die christliche, das sehr genau weiss und deshalb den auf der Erde Schwachen das Paradies im Himmel verspricht.»

Es war ein sehr in die Tiefe gehendes Gespräch, das sich da entwickelte. Doch nicht nur deshalb ist es mir so in Erinnerung geblieben. Sondern mehr wohl deshalb, weil es an dem Tag stattfand, an dem die eigentliche Freundschaft zwischen Krischan und mir begann.

Denke ich heute, im Jahr 1986, nach den Erfahrungen aus der Zeit des Faschismus und konfrontiert mit der Atomkriegsgefahr und der weltweiten Friedensbewegung, an jene Zeit zurück, so wird mir wieder um einige Grade klarer, *was* sich verändert hat seit damals und wie schwer es mitunter ist, den richtigen Massstab für die Analyse und die Bewertung historischer Vorgänge und Entwicklungen zu finden. Hat es nicht in der Zeit des Naziregimes eine ganze Reihe von Christen gegeben, die sich in die Front des Widerstandes einreihen, die aufrecht blieben, die gebrochen werden mussten, weil sie sich nicht beugten? Sind heute nicht zahlreiche Geistliche der katholischen wie der evangelischen Kirche ehrliche Kämpfer gegen die Politik des die ganze Menschheit bedrohenden Atomunheils? Haben nicht viele von ihnen die Notwendigkeit einer Koalition der Vernunft zur Sicherung des Friedens erkannt? Und wenden sich nicht manche jungen Menschen in ihrer Sorge um das, was aus dieser Welt,

was aus der Menschheit angesichts der riesigen Gefahren, von denen täglich die Rede ist, werden soll, einer Religion zu, hoffend, dort eine Möglichkeit zu finden, diese Gefahren zu bannen? Sie wollen dabei mithelfen, wollen für den Frieden kämpfen – wissen nur nicht den richtigen Weg. Ihnen – mit viel Geduld, aber auch mit Verständnis für jugendliches Denken und Handeln – diesen Weg zu zeigen, sie vor allem davon zu überzeugen, dass es nur eine einzige wirkliche Gewähr für die Bewahrung des Friedens gibt, nämlich die Stärkung des Sozialismus, ist eines unserer wichtigsten politischen Anliegen.

Mit grossem Nachdruck hat Wolfgang Heinze in dem letzten Gespräch, das wir miteinander führten, betont, dass es eine unserer – das heisst der Überlebenden – wichtigsten Aufgaben sein werde, eine neue Jugend heranzuziehen. Sicher meinte er damit vor allem die erste junge Generation, die, belastet durch die unseligen zwölf Jahre, vor den Problemen des völligen Neubeginns stehen würde. Doch die Aufgabe bleibt. Auch wenn es längst nicht mehr um diese erste junge Generation geht. Wir müssen ihr gerecht werden. Das können wir aber nur, wenn wir uns den Fragen stellen – und sie beantworten –, die die Jugend, um die es in einer bestimmten historischen Periode geht, bewegen. Und das sind heute, angesichts der neuen, veränderten und im buchstäblichen Sinne des Wortes lebensgefährlichen Situation in vielfacher Weise neue oder jedenfalls andersartige Fragen. Auf sie einzugehen, sie zu beantworten sollte keine Gelegenheit ausgelassen werden. Auch dann nicht, wenn, wie in diesem Buch, von Menschen berichtet wird, deren Jugend fünfzig und mehr Jahre zurückliegt, die aber in einer Zeit heranwuchsen, in der grosses Unheil vorbereitet wurde und geschah.

Wie war das damals überhaupt mit uns? Warum waren wir «links» eingestellt? Warum lag ein Mitgehen (oder später «Mitlaufen») mit den Nationalsozialisten so völlig und absolut ausserhalb unserer Vorstellungen? Warum kam das überhaupt nicht in Betracht? Zumal der allergrösste Teil der Studenten – und schon gar der Jurastudenten – in diese Richtung tendierte und sich ihr – je näher die «Machtübernahme» heranrückte – in ständig wachsender Zahl anschloss. Von der Zeit nach dem 30. Januar 1933, in der dann plötzlich Scharen von Braunhemden in der Universität auftauchten, gar nicht zu reden.

Gesprochen haben wir darüber kaum. Sicher deshalb nicht, weil die Linksposition für uns zu selbstverständlich war. Aber wieso eigentlich?

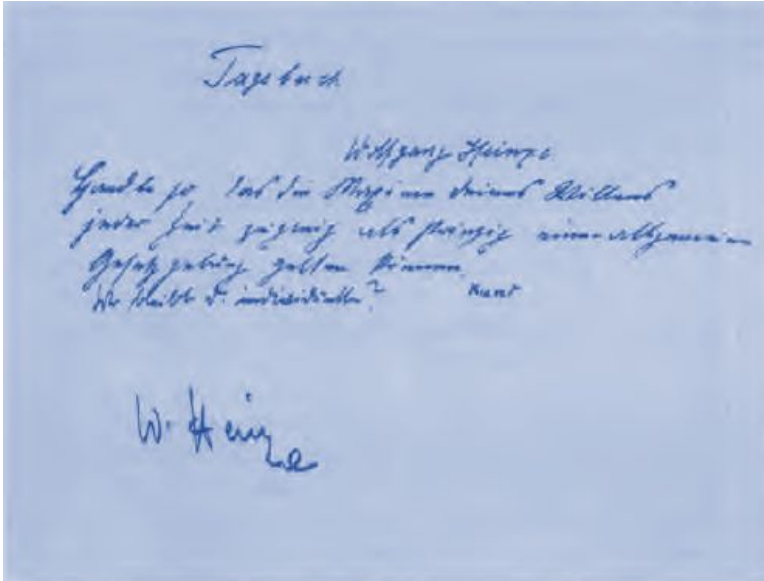
Was hatte beispielsweise ich von zu Hause mitbekommen? Mein Vater starb, als ich gerade drei Jahre alt war. Dass mein Grossvater und einer meiner Onkel Pastoren waren, hinderte mich nicht, sobald ich mündig, also 21 Jahre alt, geworden war, aus der Kirche auszutreten. Und meine Mutter, diese gute Frau, die meinen Bruder und mich mit ihrem kläglichen Gehalt als Volksschullehrerin bis zu unserem Abitur durch die Jahre brachte, wusste von zu Hause aus praktisch nichts von der Politik. Doch sie ging gedanklich mit den Söhnen mit, die beide nach links tendierten. Sie wählte von da an die Demokratische Partei – weiter brachte ich sie bis 1933 nicht – und trat sogar noch aus der Kirche aus, mit der sie aufgewachsen war. Ihr schrieb ich im Herbst 1932 einen ausführlichen Brief, in dem ich ihr mein politisches Credo darlegte. Ich teilte ihr mit, dass und weshalb ich der «Roten Studentengruppe» beigetreten war, nämlich vor allem deshalb, weil ich der Meinung war, dass Hitler, wenn er an die Macht kommen sollte, nicht, wie viele damals behaupteten, nach wenigen Wochen oder höchstens Monaten abgewirtschaftet haben, sondern eine Schreckensherrschaft von langer Dauer und mit schlimmen Folgen errichten würde. Auch dieser Brief hat die Nazizeit leider nicht überstanden.

Krischans Entwicklung verlief in mancherlei Beziehung anders. Sein Vater, erst Lokomotivheizer, dann Lokomotivführer und schliesslich – bis zu seiner Entlassung im Jahr 1933 – Finanzbeamter, war – das wurde schon gesagt – seit vielen Jahren Mitglied und vielfacher Funktionär der SPD und der Gewerkschaften. Sicher war das nicht ohne Einfluss auf Krischans frühe Hinwendung zum politischen Denken, das schon in den letzten Schuljahren – in der Oberrealschule in Stralsund – einsetzte.

Die Tagebücher

Wie lange Wolfgang Heinze Tagebuch geführt hat, weiss ich nicht. Jedenfalls hat er sehr früh damit begonnen.

Vor mir liegt sein offenbar erstes Tagebuch, das er im Jahr 1927 zu schreiben begonnen hat. Sein Motto lautet: «Handle so, dass die Maxime deines Willens jederzeit zugleich als Prinzip einer allgemeinen Gesetzge-



«Grundgesetz der reinen praktischen Vernunft» geschrieben ist dieses Motto in der alten deutschen Schriftart, die Krischan zeit seines Lebens beibehielt.

Rechts darunter steht in kleinen römischen Druckbuchstaben der Name des Autors: Kant. Und links darunter ist – in steilerer Schrift, wie sie später zuweilen bei Krischan erscheint – bereits die erste kritische Bemerkung zu lesen:

«Wo bleibt d. individuelle?» – bezogen offenbar auf die von Kant genannte Gesetzgebung!

Dass Wolfgang Heinze als Sechzehnjähriger für sein Tagebuch gerade dieses «Grundgesetz der reinen praktischen Vernunft», wie Kant es definierte, zum Motto nahm, dürfte davon zeugen, dass auch ihn – wie viele junge Menschen jener Zeit – dieser «kategorische Imperativ» zunächst stark beeindruckt hat. Doch seine später hinzugefügte Frage, wie es denn mit der individuellen Seite der Sache sei, zeigt, dass er da schon nicht mehr mit Kant einverstanden war. Denn was Kant mit der «allgemeinen Gesetzgebung» meinte, hat er in seinen Anmerkungen zu diesem «Grundgesetz» sehr eindeutig erklärt: «Doch muss man, um dieses Gesetz als *gegeben* anzusehen, wohl bemerken, dass es kein empirisches, sondern das einzige Faktum der reinen Vernunft sei, die sich dadurch als

ursprünglich gesetzgebend ... ankündigt.» Neben so *gegebenen* Gesetzen ist natürlich kein Raum für eine individuelle Gesetzgebung.

Das Motto steht auf der ersten Rückseite des Tagebuchs. Auf der zweiten Rückseite – die Vorderseite ist unbeschrieben geblieben – steht oben, gleichsam als zweites Motto:

«Verfluchtes dumpfes Mauerloch
Wo selbst das liebe Himmelslicht
Trüb durch gemalte Scheiben bricht.»

Und darunter, wieder in kleineren Buchstaben: «Goethe Faust».

Auf die Zeit zurückblickend und sein Alter bedenkend, kann man, namentlich wenn man zur selben Zeit ungefähr gleich alt war, ahnen, was im Kopf dessen, der seinem Tagebuch solche Sätze voranstellte, vor sich ging, womit seine Gedanken sich beschäftigten.

Leider fehlen die nächsten Seiten des Tagebuchs, und es ist auch nicht feststellbar, wie viele Seiten es sind, die fehlen, da die Seiten nicht nummeriert sind. Doch eine Notiz vom 20. März 1927 zeigt, dass das Faust-Zitat nicht nur so hingeschrieben worden ist. Denn da steht zu lesen: «Wenn ich doch endlich aus diesem andauernden Stadtleben herauskäme. Man bekommt Ansichten, die direkt nach Stadtluft riechen. Dies viele Lesen und Musizieren macht einen beinahe kaputt. Wenn doch endlich der Körper auch mal wieder aus diesem faulen Leben herauskommen möchte.»

Wohlgemerkt: Die Stadt hiess nicht Berlin oder Leipzig oder Hamburg, sie hiess Stralsund; die Stadt, in der Krischan zwar nicht geboren war – sein Geburtsort ist Angermünde –, aber, da er bereits ein Jahr nach seiner Geburt dorthin gekommen war, praktisch seine ganze Jugend verbracht hat.

Und dann folgt eine längere Passage – vom 25. Juni 1927 –, aus der einiges zitiert sei, da es merkwürdig ist:

«Warum schreibe ich Tagebuch. Ich weiss es nicht. Man muss wohl etwas haben, dem man sich anvertrauen möchte. Und doch! Ist ein Stück Papier es wert, dass man ihm das Wünschen und Sehnen eines pulsenden Menschenherzens anvertraut? Ich glaube nicht. Man muss etwas Lebendiges, Mitfühlendes haben, dem man sich anvertraut ...»

Das Suchen nach diesem «Lebendigen, Mitfühlenden» führte ihn zu den Fragen nach dem Sinn des Lebens, die ihn und seine damaligen Freunde bewegten. Er berichtet davon, wie «voller Enttäuschung» ein

Freund, der ihn gefragt hatte, ob er eine Lebensauffassung habe, über seine Antwort gewesen sei. Und zwar deshalb, weil er in der Antwort Nietzsche und Haeckel erwähnt habe.

Doch auch die Schriften dieser beiden waren Stationen so mancher jungen Menschen jener Zeit auf dem Weg zur geistigen Klärung. Wer konnte sich auch der Sprachgewalt eines Nietzsche entziehen, wenn er den Zarathustra zum ersten Mal las? Und wen drängte es nicht, sich mit Haeckels Ausdeutung der Entwicklungslehre als Schlüssel zum Verständnis der Natur auseinanderzusetzen! Daran konnten wir doch nicht vorbeisehen damals in unserem Denken. Das mussten wir doch verarbeiten.

Wolfgang Heinze tat das. Und was er dann – gewissermassen als Antwort auf die Frage nach seiner «Lebensanschauung» – notiert, geht bereits wieder über das hinaus, was er da gelesen hatte. Er schreibt nämlich: «Das Leben ist nicht nur eine Laune eines geistigen Geschöpfes. Leben ist Dasein. Und durch das Dasein haben wir die Pflicht, etwas zu schaffen, was dem Dasein etwas Höheres gibt.» Was dieses «Höhere», das es zu schaffen gilt, ist, vermag er noch nicht zu sagen. Als er es erkannt hatte, hat er dafür gekämpft.

Das Tagebuch reicht bis zum April 1930 und wurde keineswegs regelmässig geführt. Pausen von Monaten finden sich und Eintragungen, die nur wenige Tage auseinander liegen. Vom Gegenstand her sind sie überaus verschieden. So gibt es einen viele Seiten langen Bericht über eine Reise mit seiner Schulklasse ins Riesengebirge im Sommer 1928. Schöne Naturbeschreibungen sind da zu lesen. Man spürt: Der das geschrieben hat, war stark beeindruckt und verstand es, dem Ausdruck zu geben. Beim Blick von einer hochgelegenen Baude: «Klar und schön liegt das schlesische Land vor uns ... Ein ungewohntes Bild für uns Küstenmenschen, wenn man Land nicht mehr von Luft unterscheiden kann und eine Dunstschicht alles in sich aufsaugt.» Doch es bleibt auch der Blick auf das reale Leben. Als sie zur Josephienhütte kommen («in all dieser Schönheit ein schmutziger grauer Fleck»), notiert er: «Glühende Hitze strahlte der grosse Ofen aus, Menschen mit weissen Hemden, roten Köpfen formen mit maschinenartigen Bewegungen Glassachen. Kein Griff zu viel. Die Stückzahl wird gerechnet. Das Leben kostet Geld. Verbraucht sehen die Männer aus, die hier tagtäglich 8 Stunden am glühenden Ofen stehen, ihre Lungen auspumpen.»

Ein Jagdtagebuch, beginnend 1925 und endend 1928, findet man zwischen Eintragungen aus dem Jahr 1930, mit einer noch recht unausge-

schriebenen Handschrift und nicht nur deshalb aus dem Rahmen der sonstigen Eintragungen fallend. Die Berichte werden von Jahr zu Jahr kürzer und beschränken sich im Jahr 1928 auf einige zahlenmässige Angaben. Man gewinnt den Eindruck, dass der Schreiber das Interesse an der Jagd, das jahrelang ziemlich gross gewesen zu sein scheint, verloren hat.

Doch hat das offenbar auch menschliche Gründe gehabt. Zur Jagd fuhr Krischan immer zu einer Familie Heidschmidt, den Eltern seines Klassenkameraden Conni, der für ihn Freund war. Doch am 17. November 1928 notierte er in seinem Tagebuch: «Schon 1 Jahr fühle ich es unbewusst. Conni H. kann mir nicht mehr Freund sein. Er ist Mensch und Jäger. Mehr nicht. Er hat gesundes Urteil, ist aufrichtig und war mir in vielem ein Freund. Er versuchte, mich zu verstehen. Er scheitert aber an sich selbst. Vielleicht ist es auch meine Schuld. Ich kann nicht alles, mein geheimstes Fühlen, aufdecken. Ich kann mich keinem anvertrauen. Warum? Man würde vieles Denken sparen. Es fehlt aber wohl der richtige Freund.»

Interessanterweise schliesst sich an diese Feststellung die Frage an: «Ob Peter Witthöft mir einer sein kann? Er hat gesunden Widerspruch, gibt nicht auf, zu widersprechen ..., und kann, glaub' ich, doch auch das andere verstehen. Er ist Idealist. ... Seine Hoffnung ist Ideal, seine Schönheit sieht er im Ideal, und ich in der Wirklichkeit.

Man sagt. Gegensätze erhalten Freundschaft. Ob wir beide innerlich gefestigt sind, dass wir ohne Bruch durch die Gegensätze reifen werden?

Freundschaft muss ein Geben und Nehmen sein. Sonst artet sie zu einem herzlosen Kennen aus ... Den Wert eines Menschen erkennt man an der Art seiner Freunde.»

Die Freundschaft zwischen Krischan und Peter Witthöft bestand viele Jahre. Beide haben während dieser Zeit offenbar einen umfangreichen Briefwechsel geführt. Einen Teil der Briefe, die er bekommen hatte, hat Peter Witthöft nach 1945 nach Stralsund, an Krischans Schwester, zurückgeschickt. Ich konnte sie deshalb in dieses Buch einbeziehen.

Aufschlussreich für die Art und Weise, in der beide korrespondierten, ist ein Brief Wolfgang Heinzes vom 16. Februar 1929, in dem es am Anfang heisst: «... Deshalb danke ich Dir nicht für Deinen Brief, will ich keinen Dank für meinen; denn man schreibt *sich* etwas vom Herzen.» Und eine Seite später ist aus dem Brief zu ersehen, wie Krischan in dieser

Etappe seiner Entwicklung zu Grundfragen des Lebens stand: «Ich möchte Dir einmal meine augenblickliche Auffassung vom Leben, die ich im Aufsatzthema gebrauchen will, ... als Gerippe zeigen: Auf der einen Seite Leben, auf der anderen Tod. Zwischen beiden pendelt der Mensch. Leben heisst Lieben. Tod erdulden heisst Leiden. Genug lieben und genug leiden ist der Sinn des Da-Seins ...»

Achtzehn Jahre alt war Wolfgang Heinze, als er dies schrieb. Mit fünf- unddreissig ging er den Weg zum Schafott.

Kurze Zeit später, am 8. April 1929, charakterisiert er Peter Witthöft in seinem Tagebuch so: «Ein Phantast. Und doch: klar, kritisch, scharf. Von berauscher gedanklicher Sinnlichkeit. Er wird geleitet von einem Gedanken: Nicht Masse sein, sondern Mensch.»

Krischans Tagebucheintragungen befassen sich – von den verschiedensten Seiten her – immer wieder mit Grundfragen des Lebens, mit solchen vor allem, wie sie für die Siebzehn- und Achtzehnjährigen jener Zeit typisch waren. Als er 1928 Schillers «Braut von Messina» liest, packt ihn ein Satz, der fast am Ende des Stückes von dem Chor gesprochen wird: «Soweit die Sonne leuchtet, ist die Hoffnung auch, nur vor dem Tod gewinnt sich nichts. Bedenk' es wohl!» Diese Worte regen ihn an, über sie nachzudenken. «Der Mensch hat in sich den Trieb zum Leben», schreibt er und fährt fort: «Leben heisst festhalten am Sein, Suchen nach Licht, nach Erkenntnis des Alls, des Daseins.» Hoffen ist für ihn «das geistige Rückgrat des Menschen». Denn: «Mächtig ist die Hoffnung», und «Schwach ist der Tod der Hoffnung gegenüber ... Nichts mehr wollen, nichts mehr hoffen, das heisst tot sein.»

Ich, der ich das letzte Gespräch mit Wolfgang Heinze geführt habe, allein mit ihm in der Gefängniszelle, nach der Verkündung des Todesurteils, kann bezeugen, dass er nie in diesen Zustand des Nichts-mehr-Hoffens, des Nichts-mehr-Wollens geraten ist. Auch seine letzten Briefe beweisen das.

Fragen der Religion beschäftigten ihn mehrfach. «Muss der Mensch Religion haben?» fragt er am 11. September 1928 und antwortet: «Er muss sie haben, wenn Religion das Glauben an etwas Hohes in sich ist, wenn sie als Mittel zu einer Entwicklung dient ... Die Masse ist ein Herdentier, das dunkel fühlt, es könnte uns besser gehen. Die Religion vertröstet sie auf das Jenseits. Das Jenseits ist gross, ewig, schön. Es ist der geheime Wunsch, der lange im Menschen ist ...»

Der Satzesatz dieser Niederschrift lautet: «Wenn der Mensch aufhört, ein Herdentier zu sein, hört er auf, eine Massenreligion zu haben. Keiner anderer kann ihm seine Religion geben. Er muss sie sich selbst erfüllen, man kann wohl sagen, erarbeiten.»

Als ich dies jetzt las, kam mir unser erstes längeres Gespräch auf dem Sportplatz in Eichkamp ins Gedächtnis. Und mir wurde klar, was ich damals nur geahnt oder gespürt hatte: Hier hatte jemand Gedanken geäußert, die ihm nicht im Augenblick gekommen waren, sondern das Ergebnis langen und tiefen Denkens und sicher auch manchen inneren Kampfes gewesen waren.

Schon in jener ersten Zeit unserer Freundschaft fiel mir auf, wie fundiert das meiste war, was Krischan sagte, wie er fast stets konkrete Beispiele für das anführte, was er als seine Meinung kundtat, und wie schwer es deshalb meist war, ihn zu widerlegen. Bald merkte ich, woran das lag. Krischan ging den Dingen auf den Grund. Er gab sich nicht mit allgemeinem, nichtssagendem Gerede zufrieden.

Diese Gründlichkeit hatte er sich offenbar früh angeeignet. Eine Stelle aus einem Brief an Peter Witthöft vom 16. Februar 1929 beweist es: «Die Studienarbeit macht mir immer mehr Sorgen. Hoffentlich habe ich mich nicht überschätzt. Ich arbeite augenblicklich die Malerei von 1850-1922 durch, um mir überhaupt erst über Ziele und Richtungen klarzuwerden. Dasselbe dann noch in der Musik, Literatur ...; mir graut. Aber der Reiz ist zu groß. Wenn keine Penne wäre, würde sie mich gänzlich in Anspruch nehmen.»

Schon die zweite Eintragung in das Tagebuch, datierend vom 6. März 1928, näherte sich übrigens dem Politischen. «Frauenbewegung» ist sie überschrieben. Noch ist es – das gilt auch für eine Eintragung vom 20. September 1928 mit der Überschrift «Die Frau in der Krisis der Kultur» – im Wesentlichen ein Sich-klar-Werden darüber, dass die Frau aus ihrer Rolle als Mutter und Wirtschaftlerin heraus- und in den Arbeitsprozess hineinwächst. Dabei formuliert Krischan aber doch schon – mit 17 Jahren! – Sätze wie diese: «Das Weib hat recht, wenn es sich seinen Beruf wählt. Der Beruf ist Rückgrat, soll an der Persönlichkeit bauen.» Oder: «Die Frau soll es sich zur Pflicht machen, nicht nur sinnlich, sondern auch als Persönlichkeit zu handeln.»

Das Jahr 1930 brachte für Krischans Leben einen Einschnitt, mit dem er sich in seinen Tagebucheinträgen ziemlich viel beschäftigte: Mit

dem Abitur würde die Schulzeit zu Ende gehen und die Studienzzeit beginnen. Auch damit macht er es sich nicht einfach.

Im Sommer 1929, also ein Jahr davor, weiss er noch nicht, wohin mit sich: «Wendezeit ist für mich gekommen. Schule bald vorbei und dann? Wer bin ich? Was bin ich? Ich weiss nichts Festes. Kein wirklicher Glaube an bestimmte Ziele ... Bin ich genug Vernunft-Mensch, dass ich die Welt da aussen mit aufbaue? Jura-Studium ein Grauen. Politik ... Ist das Ziel edel genug, um Fehler zu decken? Was soll sonst das Leben? Es ist gut? ! –»

Und am 6. Januar 1930 vermerkt er noch einmal, wie er am Suchen ist. «Nur eines noch bedrängt mich! Welches meine Bahn. Wohin die Kräfte lenken, die ans Licht drängen. Hätte ich doch den Weg, der freudig sich begehen lässt durch mich ...»

Doch dann kommt der harte Schlussstrich. Am 16. März 1930 notiert er: «Das war der Abschied. 13 Jahre Schulzeit. Wenn man zurückblickt? Bis zum Halse steigt einem die Wut! Es bleibt eine Anstalt der Erziehung, aber nicht des Verständnisses. Man verlangt es ja gar nicht. Aber Ehrlichkeit sollte doch wenigstens herrschen. Nicht das dauernde Gerede, ‚wir behandeln die Schüler nach ihrer Veranlagung ...‘ Der Chef in der Peripherie seines Wesens frei gesinnt, im Kern alt, unfähig, sich zu lösen. Seine Lebensaufgabe besteht vor allen Dingen ... darin, bei niemandem Anstoss zu nehmen! Und alle anderen? Traurig. Die Lehrer, die geistig unfähig sind, benehmen sich uns Schülern gegenüber am besten. Scheint die Tragik zu sein, dass Können notwendig das andere ausschliesst. Nur einem bin ich dankbar. Muss es sein. Mein Rückblick zeigt, dass ich 3 Jahre von ihm abhängig war: Torgow ...»

Studienrat Torgow war Krischans Deutschlehrer. Die Achtung, die Krischan ihm entgegenbrachte, äussert er mehrfach. So schrieb er in einem Brief an Peter Witthöft: «Torgow ist augenblicklich auf der Höhe. Sein Deutsch-Unterricht kann, wenn er aufgelegt ist, wohl nicht besser sein. (Ich denke speziell an mich.)»

Zwischen beiden entwickelte sich später eine Freundschaft, wie sie zwischen Lehrer und ehemaligem Schüler nicht allzu häufig anzutreffen ist. Torgow schrieb darüber nach 1945 an Krischans Eltern: «Wolfgang Heinze ... war in den zwanziger Jahren einer meiner begabtesten und liebsten Schüler, zuletzt im Deutschunterricht in der Oberstufe bis zur Reifeprüfung, bei der er auf dem Zeugnis ‚sehr gut‘ erhielt. Diese Note habe ich in 25 Jahren im Ganzen nur sechsmal gegeben.»

An einer anderen Stelle des Briefes heisst es: «Bis 1944 hat mich mit ihm eine Art Freundschaft verbunden, die sich in Besuchen auslebte, weil unser Briefwechsel an der beiderseitigen schlechten Handschrift scheiterte. Bei diesen Besuchen sprachen wir über Fragen der Kunst, Dichtung, Erziehung und Politik ... Aus seiner aktiven kommunistischen Tätigkeit hat er vor mir nie ein Hehl gemacht, weil er mir mit Recht volles Vertrauen schenkte. Ich warnte ihn mehrfach, dass es dabei um seinen Kopf ginge und weil solche Menschen gerade nach einem völligen Zusammenbruch unersetzlich seien. Als echter geistiger Kämpfer lachte er darüber ...»

Mit den auf den «Abschied von der Schule» folgenden Eintragungen beginnt die konkrete Politik in dem Tagebuch ihren Platz einzunehmen. Am 19. März 1930 schreibt Krischan, ohne Überschrift und ohne Einleitung: «Die Luft scheint zum Bersten geladen. Auf dem Lande, die Nachbarn v. L, haben Patronen, Gewehre vergraben! Warum? Niemand weiss es. Reden deuten es an. Einer sieht oder hört ähnliches vom anderen. Die Lage ist auch zu trostlos ... Und doch. Wo ist der Ausweg? Ich glaube nicht, dass mit Gewalt etwas zu ändern ist. Dazu kommt die unaufhörliche Hetze, besonders der Nationalsozialisten. Auffallend, wie ihre Werbetätigkeit zugenommen hat. Gerade die Jugend, am empfänglichsten für Geschrei, ist von ihrem in Wirklichkeit unmöglichem Programm hingerissen.»

Zum ersten Mal in seinem Tagebuch erwähnt er hier die Nationalsozialisten. Doch wenige Tage später, am 23. März 1930, spricht er sie schon direkter an:

«Gestern habe ich wieder, wie so häufig, eine interessante Unterredung mit einigen Gymnasiasten gehabt. Politik. Ich versuchte, diese Nationalsozialisten zu überzeugen ... Wertvoll war für mich einmal, ihr Verhalten zu beobachten, und ausserdem, mich zum Reden zu trainieren. Ich musste wieder einmal staunen. Ich sparte nicht mit derben Kraftausdrücken. Und sie! Steckten es ein und schluckten es hinunter ... Mein Selbstvertrauen ist wieder stabil ... Und doch merkt man immer: Das beste Rüstzeug ist doch eine Bildung ...»

Auch theoretisch beginnt er jetzt, zu den Grundfragen der Zeit vorzudringen. So stellt er sich am 18. April 1930 in seinem Tagebuch die Frage: «Welches sind die Grundaufgaben des Sozialismus?» «Und wie wird seine Zukunft sein?» fragt er dann.

Noch findet er, da er sich an den Marxismus gerade erst herantastet,

keine befriedigenden Antworten auf diese Fragen. Deshalb versucht er, von einer anderen Seite an die Probleme, die ihm sichtbar zu werden beginnen, heranzukommen. Der erste Versuch hierzu ist eine etwa sechs Seiten lange Ausarbeitung mit der Überschrift «Wirtschaftsveränderung und Arbeitslosigkeit». Hier finden sich durchaus interessante Erwägungen zu solchen Phänomenen wie den Wirtschaftskrisen, dem Kapitalismus und der Arbeitslosigkeit. Wo die Wunden des Bestehenden sind, erkennt er schon ziemlich klar und genau. Doch zur richtigen Diagnose und deshalb zur erfolversprechenden Therapie reicht es nicht.

Ich kannte Wolfgang Heinze damals noch nicht. Ich hatte mein Abitur ein Jahr früher gemacht als er und die drei ersten Semester an drei verschiedenen Universitäten – Halle, Berlin und Bonn – verbracht. Allerdings noch nicht als Student der Staats- und Rechtswissenschaften, sondern als Student der Philologie – wobei mein Interessengebiet in allererster Linie in meinem Hauptfach, nämlich der Germanistik, lag. Doch der Weg, der zum Schuldienst an höheren Schulen führte, sagte mir nicht zu. Und so geschah es, dass ich im Sommersemester 1930 in Bonn, nachdem ich einige Vorlesungen aus den Gebieten des Strafrechts und der Kriminalistik gehört hatte, zu dem Entschluss kam, die Fakultät zu wechseln. Dabei hatten mich die Vorlesungen gar nicht sosehr ihres juristischen Gehaltes wegen angezogen, sondern vielmehr deshalb, weil sie in die Gebiete des Sozialen und des Psychologischen vorstießen. Mich interessierte, warum Menschen in Situationen gerieten, in denen sie zu Kriminellen wurden, und welche Wege es gab, um sie, wenn sie Kriminelle geworden waren, in die Gesellschaft zurückzuführen. In meiner juristischen Tätigkeit – bis 1945 im Wesentlichen als Rechtsanwalt und vor allem als Strafverteidiger und nach 1945 einige Jahre in den zentralen Justizinstitutionen unseres neuen Staates – habe ich mich bemüht, in diesem Sinn zu wirken.

Im Wintersemester 1930/31 begann ich dann mein juristisches Studium an der Berliner Universität. Dort hatte Wolfgang Heinze ein Semester vorher, also im Sommersemester 1930, sein Studium aufgenommen, das er im Wintersemester 1930/31 in Innsbruck fortsetzte.

Sein erster Bericht aus Berlin ist recht zwiespältig. Er steht in einem Brief an Peter Witthöft vom 30. April 1930, der mit den Worten beginnt: «Dieser Brief wird eine Enttäuschung sein. Für mich und für Dich. Er wird nicht viel zu sagen haben. Ein beschämendes Ergebnis für mich. Ich

habe nichts erlebt.» Doch gleich darauf berichtet er sich: «O doch. Ich kenne einigermaßen Berlin, war in einem eleganten Kaffee am Zoo... Trotzdem Pet. Ich weiss nichts von dem Geheimnis einer grossen Stadt. Fühle es, wenn ich abends durch die Strassen bummle. Aber dies ungeheure Chaos entschlüpft mir wieder aalglatt ... Die Universität – ungeheurer Verwaltungsapparat, funkt wie ein Bahnhof, nur nicht stehenbleiben; was verzapft wird, ist teils, teils. Eines ist sicher. Durch Torgow sind wir tatsächlich so verwöhnt, dass man jammern könnte manchmal über den Kuddelmuddel und die teilweise recht flache Art des Redens ...»

Die nächsten Äusserungen Krischans über Berlin und seine Atmosphäre befinden sich in seinem zweiten tagebuchartigen Heft, das noch weniger ein Tagebuch im herkömmlichen Sinne als das erste ist und von ihm auch nicht so benannt wird. Die erste Eintragung ist ein offenbar nicht abgeschickter Brief, auf dem oben rechts steht: «Berlin, V. 30.» Die dann folgende Anrede «Lieber Hans» ist dick durchstrichen. (Wer dieser Hans ist, habe ich nicht feststellen können – PK.) Krischan schreibt dort: «Ich bin hier in einem Arbeitszentrum gelandet, das weit entfernt von jugendlicher Problematik, Anmassung und Schwärmerei ist. Die Lehren in Lesungen der Professoren, die unbestritten die führenden Köpfe Deutschlands sind, zeigen sie als Menschen, die nicht aus emotionalen Schwingungen heraus befruchtend wirken wollen oder auch können, sondern denen der Schweiß des mühseligen logischen Forschens meterweit vorausseilt. Noch bin ich unfähig, die Frage zu klären: Ist das die eigentliche Aufgabe, die für mich entstehen wird – dann werde ich nicht besonders tauglich sein, oder ist es nur die Einführung in ein Gebiet, das letzten Endes in dem seelisch weiten Raum der menschlichen Schaffenskraft liegt und nur mit *diesen Mitteln* erkaufte werden muss. Hoffentlich. Aus diesem kannst Du ersehen, dass von Befriedigung bei mir nicht die Rede sein kann. Die Gefahr, in der Grossstadt seelisch zu verkümmern, ist wirklich ungemein grösser, als man glauben möchte. Das Gewimmel, die Unruhe ... machen müde und abgespannt.»

Doch Krischan wehrt sich dagegen; er will sich nicht unterkriegen lassen. Noch auf derselben Seite des Briefes geht er auf Fragen der Religion, insbesondere der christlichen, ein, setzt sich mit Ansichten auseinander, die offenbar von dem Adressaten seines Briefes vertreten worden waren,

und erklärt dann: «Ich bin fest gewillt, in meinem Leben und meinen Gründen endlich einmal mit den alten Anschauungen aufzuräumen.»

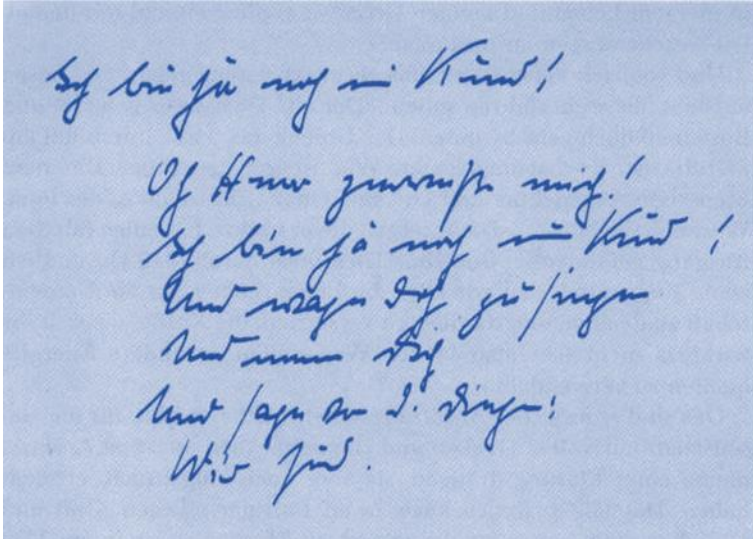
Und sogleich versucht er, das zu praktizieren, indem er Thesen aufstellt, die weiterführen sollen: «Der alte Dualismus von Gut und Böse muss doch verschwinden. Das Unheil, das schon durch ihn angestiftet ist, wächst ungeheuer. Was ist gut und böse? Das dem Menschen Angenehme und Unangenehme. Ein Mensch, der tötet. Warum ist er böse? ... Die Energie, die er besitzt, hat einen falschen Ausgang gefunden ... Gewöhne Dich doch daran, dass Du und ich keine Engel sind, dass wir aber die Pflicht haben, an die Gemeinschaft zu denken, und darüber zu versuchen, die Kräfte, die sich ihr wirklich, nicht scheinbar in den Weg stellen, in andere Energiequellen zu verwandeln.»

Das sind ganz sicher Ansätze zu einem zielbewussten, für die Gesellschaft nutzvollen Denken und Handeln. Aber eben erst Ansätze, die zu einer Klärung drängen, sie aber noch längst nicht erreicht haben. Das lässt zuweilen auch Zweifel an der eigenen Kraft und Fähigkeit aufkommen, zu der erstrebten Klarheit zu gelangen. Wie sich das auswirkt, zeigen die ersten Worte einer Aufzeichnung vom 10. Mai 1930: «Eine Gefahr scheint riesengross heraufzuwachsen: Innerlich zu erstarren. Langsam, unmerklich klammert sich dieser neue Geist an mich. Ich merke seinen stickenden Atem. Kann mich nicht lösen. Wer wird den Sieg davontragen ...?»

Eintragungen aus der Zeit des Wechsels von der Schule zur Universität, von Stralsund nach Berlin, sind dies, die sichtbar machen, wie schwer auf ihm lastet, was ihm an Neuem, an bisher nicht Gekanntem, noch nicht Erlebtem entgegentritt. Seinen poetischen Niederschlag findet das in einem Gedicht aus dieser Zeit, das die Überschrift trägt: «Ich bin ja noch ein Kind!» und dessen erste Strophe lautet:

«O Herr zerreisse mich!
Ich bin ja noch ein Kind!
Und wage doch zu singen
Und nenne Dich
Und sage von den Dingen: Wir sind.»

Kein Zweifel, das ist ein Aufschrei eines Menschen, der sucht, der es sich schwer macht mit sich und der Welt. Und der trotzdem sein «Wir sind!»



in den Raum stellt. Nicht die Flucht ins Nebelhafte, ins nicht Erkennbare tritt Krischan an. Er bleibt der ihn umgebenden Welt, der Realität verbunden.

Das beweisen die Eintragungen, die jetzt folgen. Sie befassen sich mit durchaus realen Problemen: «Pan-Europa-Plan» ist der Titel der ersten Niederschrift dieser Art. Keine vier Seiten lang ist sie und vermittelt doch einen erstaunlich klaren Überblick über eine Problematik, die im September 1929 auf der Tagesordnung des Völkerbundes stand. Vorgelegt hatte das Paneuropaprojekt der französische Ministerpräsident Briand, der – so Wolfgang Heinze in seiner Niederschrift – «erkannt (hatte), dass Frankreich den höchsten Punkt des Aufstieges erreicht (hatte)» ... «Wie helfen?» fragt Wolfgang Heinze, damit es keinen Abstieg von dem höchsten Punkt gibt, und antwortet: «Eine neue Idee prägen, die Frankreich als Führer erscheinen lässt mit Hilfe eines moralischen Mantels.» Dass er damit genau das Richtige und Wesentliche getroffen hatte, wird von Wolfgang Ruge fündunddreissig Jahre später in seinem Buch «Stresemann. Ein Lebensbild» bestätigt, der schreibt: «Der Briandsche Plan sollte die Vormachtstellung Frankreichs in einem reaktionären Europa verankern.»

Einen ähnlichen sicheren politischen Blick lässt eine Niederschrift

vom 30. Juni 1930 erkennen, die sich mit einem ganz anderen Thema befasst und mit dem Satz beginnt: «Für kurze Zeit schien es, als wollten sich neue Bindungen innerhalb der Parteien herausarbeiten.» Gemeint sind die Parteien der Weimarer Republik – von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten –, für die der Verfasser eine Charakteristik anbietet, die spüren lässt, dass hier jemand selbständig gedacht hat. Den gleichen Eindruck gewinnt man, wenn man liest, dass eine Ausarbeitung (vom 6. Juli 1930), die die Überschrift «Finanzpolitik» trägt, mit dem apodiktischen Satz eingeleitet wird: «Die Inflation begann 1914.»

Und dann steht plötzlich, mit dem Datum vom 16. Juli 1930, gross auf einer Seite die Überschrift: «Kommunistisches Manifest». Und darunter sind – in thesenartiger Form – acht Grundsätze des Manifestes formuliert, von denen nur einer, nämlich der erste, wörtlich aus dem Manifest übernommen worden ist; es ist der, mit dem der erste Abschnitt beginnt: «Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft ist die Geschichte von Klassenkämpfen.» Die anderen Thesen sind eigene Formulierungen – ein Beweis dafür, dass es sich nicht um einfache Abschriften handelt, sondern dass der, der sie niedergeschrieben hat, zuvor gedacht und dann das Gedachte in seine Worte umgesetzt hat.

Man sieht: Die ernsthafte Beschäftigung mit dem Marxismus hat begonnen. Und die nächsten Notate zeigen: Sie setzt sich fort. Zunächst offenbar in der Weise, dass möglichst viel von dem gelesen wird, was von anderen über den Marxismus geschrieben worden ist. Denn es finden sich zahlreiche Zitate oder Exzerpte aus Schriften und Büchern von Oppenheimer und Vorländer, von Max Adler, von Otto Bauer und von Bucharin. Doch dann sieht man sehr bald, dass Wolfgang Heinze beginnt, sich ernsthaft und gründlich, wie es seine Art war, mit dem zu beschäftigen, was Karl Marx und Friedrich Engels selbst geschrieben haben. Wie er sich dabei bemüht hat, zu verarbeiten – und damit wirklich zu begreifen –, was er da las, zeigen seine Niederschriften über solche Begriffe wie Staat, Diktatur, Nation und «Revolutionismus» (ein wohl von ihm selbst geprägter Begriff).

Doch neben all dem Theoretischen finden sich immer wieder Analysen bestimmter politischer Ereignisse jener Zeit. Doch es sind nur einige solche Ereignisse, auf die er eingeht. Manches von dem, was diese Zeit prägte, was entscheidend für die Entwicklung nicht nur in Deutschland, sondern teilweise in der Welt war, behandelt er nicht. Zum Beispiel fin-

sentlichen politischen Ereignissen der Jahre, in denen begonnen wurde, das «Ende von Weimar» vorzubereiten, keine schriftlich fixierten Äusserungen Wolfgang Heinzes gibt, kann man heute nur spekulieren. Möglich ist, dass er, der damals immer noch nicht älter als 18, 19 Jahre war und so etwas – wie wir alle – zum ersten Mal erlebte, noch nicht zu der historisch-politischen Sicht gekommen war, die er für nötig hielt, um seine Ansicht schriftlich zu fixieren. Möglich ist aber auch, dass das, was er darüber niedergeschrieben hat, in den Wirren der darauffolgenden Zeit verlorengegangen ist.

Die Reichstagsauflösung

Auf keinen Fall aber hat Wolfgang Heinze an den wichtigen politischen Ereignissen jener Zeit vorbeigelebt oder sie seinem Denken ferngehalten. Das beweist mit aller Eindeutigkeit die wahrscheinlich aufschlussreichste Ausarbeitung, die in den Tagebüchern zu finden ist und die Überschrift «Reichstagsauflösung» trägt.

Den unmittelbaren Anlass zur Auseinandersetzung mit diesem Ereignis hatte ihm offenbar die Auflösung des Reichstages durch den Reichspräsidenten von Hindenburg am 18. Juli 1930 gegeben. Doch da Wolfgang Heinze seine Ausarbeitung, die immerhin 21 Seiten umfasst, die sehr in die Tiefe geht und viele Fragen aufwirft, schon am 19. Juli 1930 – also einen Tag danach – niedergeschrieben hat, muss er sich bereits längere Zeit vorher mit dieser Problematik beschäftigt haben. Und dass er ein Thema aufgegriffen hatte, das von wesentlicher und unmittelbar akuter politischer Bedeutung war, ist daraus zu ersehen, dass das Zentralkomitee der KPD am selben Tag, also am 19. Juli 1930, in der «Roten Fahne» ein Manifest mit der Überschrift «Die KPD zur Reichstagsauflösung» veröffentlichte, dem der Satz vorangestellt war: «Wir zeigen den Weg aus der Katastrophe.» Mit aller Härte wird dort ausgesprochen, worum es ging: «Die Regierung des Stahlhelms und des christlichen Zentrums, der Trustkapitäne und der Grossagrariere hat ihn (den Reichstag – W. W.) auseinandergejagt, um das Regieren des Ausnahmeartikels 48 unbehindert ... durchzuführen.» Und die «Errichtung der Herrschaft des Artikels 48, die Auflösung des Reichstags» werden als das charakteri-

siert, was sie waren: als «entscheidende Schritte auf dem Weg zur faschistischen Diktatur des Finanzkapitals in Deutschland».

Es ist nicht anzunehmen, dass Krischan dieses Manifest sowie den Artikel Ernst Thälmanns, der in derselben Ausgabe der «Roten Fahne» abgedruckt war, gelesen hatte. Sonst wäre er sicher irgendwie darauf eingegangen. Doch ist seine Ausarbeitung auch ganz anders angelegt. Das ZK der KPD wandte sich in seinem Manifest an die Arbeiter und Arbeiterinnen, an die Angestellten und an die schaffenden Bauern, die es unmittelbar ansprach, und gab ihnen Anleitung für ihr konkretes politisches Verhalten in den nächsten Tagen und Wochen, insbesondere bei den bevorstehenden Reichstagswahlen. Krischan hingegen unternahm den Versuch, solchen Erscheinungen wie der Reichstagsauflösung und der Diktaturgewalt des Reichspräsidenten mehr theoretisch auf den Grund zu gehen. Das war für einen Studenten der Rechts- und Staatswissenschaften mit starkem politischem Interesse ein durchaus verständliches Unternehmen.

In dem Manifest des ZK der KPD hiess es: «Die Regierung der Bourgeoisie zerschlägt selbst die ‚demokratische‘ Fassade, bricht selbst ihre eigene Verfassung, streift selbst das Kleid der Gesetzlichkeit ab.» Krischan beginnt mit den Sätzen: «Das Flickwerk und Geschuster der Fraktionen, der dauernde Kuhhandel um grösste und kleinste Notwendigkeiten hat ein gewaltsames Ende gefunden. Ein Ende, das in die schwerste Krise des Kapitals und der gesamten Wirtschaft hineinfällt. Die SPD, die die letzte Zeit in Zurückgezogenheit fern jeder Verantwortung sich gehalten hat, sei es aus Unvermögen oder auch aus taktischer Angst, hat das Ende gewollt, weil Notverordnung, dauernde Drohung des Artikels 48, antisozialer Kurs der Regierung, Agrareinstellung zu stark wurden. Hugenberg (langjähriger Vorsitzender der konservativen Deutschnationalen Volkspartei und Repräsentant ihres extrem rechten Flügels – *W.W.*) mit seinem Kreis hat sich bewusst auf Blamage des jetzigen Systems eingestellt, in der Hoffnung, aus dem Widerwillen gegen solche Plackereien das System reif zum Fällen zu machen.»

Die Worte sind andere. Doch der Sinn ist der gleiche, mag davon gesprochen werden, dass die eigene Verfassung zerbrochen wird, oder davon, dass ein System reif zum Fallen gemacht wird.

Worum ging es überhaupt? Ein kurzer historischer Exkurs erscheint angebracht. Er geht zurück in die Jahre von 1918 bis 1933, bis in die Zeit der Weimarer Republik also, die allenthalben so genannt wird, weil die

«Verfassungsgebende Nationalversammlung» nicht, wie man erwartet hatte, in der Hauptstadt Berlin, sondern in Weimar tagte. Nicht etwa, um der jungen Republik den Segen der Stadt Goethes und Schillers mit auf den Weg zu geben, sondern aus ganz anderen Gründen. Die erste republikanische Regierung in der deutschen Geschichte, die von dem Vorsitzenden der SPD Friedrich Ebert geleitet wurde – der dieses Amt von dem Prinzen Max von Baden, dem letzten Reichskanzler des Kaisers Wilhelm II, übergeben bekommen hatte und seine Regierung in völlig irreführender Weise zunächst «Rat der Volksbeauftragten» nannte –, hielt das für sicherer. In dem unruhigen Berlin hätte doch etwas geschehen können, was nach richtiger Revolution aussah!

Und da die Reichsverfassung dann in Weimar beschlossen wurde, erhielt sie sehr bald den Namen «Weimarer Verfassung» – was übrigens zur Folge hatte, dass das Wort Weimar nach und nach eine Doppelbedeutung bekam. Es war nicht mehr nur der Name der Stadt der deutschen Klassik, sondern wurde ausserdem der Name des Staatswesens, das von 1918 bis 1935 in Deutschland bestand. Zum Beweis dafür, wie sehr sich das Wort in dieser zweiten Bedeutung verselbständigt hat, sei darauf verwiesen, dass einer der besten Kenner dieser Zeit, der Historiker Wolfgang Ruge, einem seiner Bücher den Titel «Weimar – Republik auf Zeit» und einem anderen den Titel «Das Ende von Weimar» gegeben hat.

Am 19. Januar 1919 fanden die Wahlen zur «Verfassungsgebenden Nationalversammlung» statt. Es waren die ersten Wahlen in der ersten deutschen Republik, die das Ergebnis einer Revolution der Arbeiter und Soldaten war, durch die das imperialistische deutsche Kaiserreich, der Auslöser und Verlierer des ersten Weltkrieges, abgelöst werden sollte. Und wie war das Ergebnis dieser Wahlen? 16,4 Millionen Stimmen – das waren über 54 Prozent! – wurden für die bürgerlichen Parteien abgegeben und 13,8 Millionen – also wenig mehr als 45 Prozent – für die SPD und die USPD. In der Nationalversammlung, die den historischen Auftrag hatte, die erste republikanische Verfassung zu schaffen, standen danach den 185 Abgeordneten der beiden Arbeiterparteien 233 der bürgerlichen Parteien gegenüber. Dabei ist zu beachten, dass ein grosser Teil der bürgerlichen Abgeordneten ausgesprochene Gegner einer – wie immer gearteten – deutschen Republik waren.

Die KPD hatte sich an den Wahlen nicht beteiligt. Auf ihrem Gründungsparteitag, der zur Jahreswende 1918/1919, also unmittelbar vor

diesen Wahlen, stattfand, hatte es heftige Diskussionen um diese Frage gegeben. Aber obwohl sich solche führenden und angesehenen Genossen wie Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, Käthe Duncker und Fritz Heckert für eine Beteiligung an den Wahlen ausgesprochen hatten, lehnte der Parteitag die Beteiligung mit einer Mehrheit von 62 zu 23 Stimmen ab.

Lenin hat diese Entscheidung, die er den «Radikalen» in der KPD zur Last legte, in seiner bald danach erscheinenden Schrift «Der ‚linke Radikalismus« die Kinderkrankheit im Kommunismus» scharf kritisiert. Ich erinnere mich daran, dass wir später sehr eingehend darüber diskutiert haben, ob die Nichtbeteiligung der KPD an den Wahlen richtig war. Ich weiss nicht mehr, ob wir damals die Schrift Lenins schon kannten oder gar studiert hatten. Ich weiss aber, dass wir zu dem Ergebnis gekommen waren, die Entscheidung der KPD sei falsch gewesen. Auch unter Berücksichtigung der Tatsache, dass die KPD gerade erst gegründet worden war, noch über keine Erfahrung im parlamentarischen Kampf verfügte und es bei der Kürze der Zeit, die ihr für die Wahlvorbereitung und die Wahlpropaganda zur Verfügung gestanden hätte, sehr schwer gehabt hätte, waren wir der Meinung, dass sie sich den Wählern hätte stellen sollen. Denn dann hätten ihre Abgeordneten die Tribüne dieses ersten deutschen Parlaments, das sich um keines Kaisers Wünsche zu kümmern brauchte, für das nutzen können, wofür in den zwei Wochen des Bestehens der Partei kaum Zeit gewesen wäre, nämlich für die Propagierung der Grundzüge ihrer Politik und für den Hinweis auf die konkreten Massnahmen, die ihrer Meinung nach ergriffen werden mussten, um so viel wie möglich von der Revolution zu retten. Dort hätten ihre Abgeordneten auch die grosse Anklage gegen die Mörder ihrer beiden Besten – Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg – erheben und die Frage stellen können und müssen, ob man es als einen Zufall bezeichnen könne, dass diese infamen Meuchelorde vier Tage vor den Wahlen zur Nationalversammlung ausgeführt wurden. Und den am 11. Februar 1919 zum provisorischen Reichspräsidenten gewählten Friedrich Ebert, der am Tage des Mordes Reichskanzler gewesen war, hätte der Sprecher der KPD fragen müssen, wie es zu erklären sei, dass man denen nicht rechtzeitig auf die Spur gekommen sei, die mit ihren offen zum Mord aufrufenden Plakaten, auf denen stand: «Schlagt ihre Führer tot! Tötet Liebknecht!», angekün-

dig hatten, was sie vorhatten. Das hätte seine Wirkung auf die Abgeordneten und auf die breite Öffentlichkeit sicher nicht verfehlt.

Auch die bürgerliche Mehrheit konnte nicht verhindern, dass im Artikel 1 der von der Nationalversammlung beschlossenen «Verfassung des Deutschen Reiches» der oberste Verfassungsgrundsatz einer Republik verankert wurde: «Die Staatsgewalt geht vom Volke aus.» Demzufolge war der Reichstag, der aus den von allen wahlberechtigten Bürgern gewählten Abgeordneten bestand, das höchste Staatsorgan. Und seine wesentlichste Funktion war die Gesetzgebung: «Die Reichsgesetze werden vom Reichstag beschlossen» – so steht es ohne jede Einschränkung im Artikel 68, Absatz 2 der Verfassung.

Nach der Weimarer Verfassung gab es aber auch einen Reichspräsidenten, der nach Artikel 41 vom ganzen deutschen Volk zu wählen war. Die Aufgabe dieses Reichspräsidenten war es nicht, zu regieren. Dazu gab es eine Reichsregierung. Sie bestand aus dem Reichskanzler und den Reichsministern, die zwar vom Reichspräsidenten ernannt und entlassen wurden, aber nach Artikel 54 der Verfassung «zu ihrer Amtsführung des Vertrauens des Reichstags» bedurften. Dies alles entsprach dem «parlamentarischen System», das für die Weimarer Republik gelten sollte.

Doch enthielt diese Verfassung auch Bestimmungen, die geeignet waren, dieses parlamentarische System auszuhöhlen. Es waren die Bestimmungen, die dem Reichspräsidenten eine übergrösse Machtfülle anboten.

Nach Artikel 25 der Verfassung konnte er den Reichstag – das höchste Staatsorgan! – auflösen. Liest man das, so sucht man verständlicherweise nach den Gründen, aus denen er dies tun konnte. Doch man findet in der Verfassung keinen solchen Grund, sondern nur eine einzige Beschränkung dieser doch wirklich nicht unwichtigen Befugnis, und zwar in demselben Satz, der ihm diese Befugnis gibt: «... jedoch nur einmal aus dem gleichen Anlass.»

Diese Beschränkung ist nicht nur ohne Sinn, da ein einmal aufgelöster Reichstag nicht noch einmal – aus welchem Grunde auch immer – aufgelöst werden kann. Sie ist ausserdem derart allgemein formuliert, dass sie als Hindernis für die Auflösung des Reichstags überhaupt nicht ernst genommen werden kann.

Deshalb ist es auch kein Wunder, dass nicht ein einziger der in der Weimarer Republik gewählten Reichstage die für ihn in der Reichsver-

fassung vorgesehene Legislaturperiode von vier Jahren überstanden hat. Sie alle sind von dem Reichspräsidenten – die ersten von Friedrich Ebert, die anderen von Paul von Hindenburg – vorzeitig aufgelöst worden.

Wie leicht das war, zeigen die Begründungen, von denen zwei zitiert seien.

Friedrich Ebert begründete die von ihm am 20. Oktober 1924 verfügte Auflösung des Reichstags so: «Parlamentarische Schwierigkeiten machen die Beibehaltung der gegenwärtigen Regierung und gleichzeitig die Bildung einer neuen Regierung auf der Grundlage der bisher verfolgten Innen- und Aussenpolitik unmöglich. Auf Grund des Art. 25 der RVerf. löse ich deshalb den Reichstag auf.»

Noch allgemeiner und noch unkonkreter lässt sich eine solche politisch bedeutungsvolle Entscheidung kaum begründen.

Herr von Hindenburg fand allerdings, als er den Reichstag am 18. Juli 1930 auflöste – diese Reichstagsauflösung war es, die Wolfgang Heinze zu seiner Ausarbeitung veranlasste –, eine weit unverfrorenere Begründung. Sie lautete: «Nachdem der Reichstag heute beschlossen hat, zu verlangen, dass meine auf Grund des Art. 48 der Reichsverfassung erlassenen Verordnungen vom 16. Juli ausser Kraft gesetzt werden, löse ich auf Grund des Art. 25 der Reichsverfassung den Reichstag auf.»

Der Artikel 48, auf den sich Herr von Hindenburg hier beruft, wurde in den letzten Jahren der Weimarer Republik zu einem Charakteristikum dieses Staates, der es fertigbrachte, sich mit Hilfe einer Verfassungsbestimmung, die seiner Erhaltung, seiner Sicherung dienen sollte, selbst sein Grab zu schaufeln.

Der Absatz 2 dieses Artikels lautet: «Der Reichspräsident kann, wenn im Deutschen Reich die öffentliche Sicherheit und Ordnung erheblich gestört und gefährdet wird, die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nötigen Massnahmen treffen, erforderlichenfalls mit Hilfe der bewaffneten Macht einschreiten.»

So der Text der Verfassung. Liest man ihn, so denkt man an Begriffe wie Ausnahmezustand oder Belagerungszustand oder gar Kriegszustand. An gewaltsame Aktionen denkt man, mögen sie von aussen oder von innen kommen, an bewaffnete Unruhen, kurz: an etwas, wogegen der Staat notfalls «mit Hilfe der bewaffneten Macht» einschreitet und einschreiten muss. Dem entsprach es auch, dass der Reichspräsident dem Reichstag unverzüglich von solchen Massnahmen Kenntnis zu geben hatte und

RECHTSGEBUNG
18. Juli 1930

Verordnung

des Reichspräsidenten über die Auflösung des Reichstags
vom 16. Juli 1930.

Nachdem der Reichstag heute beschlossen hat, zu verlangen, dass meine auf Grund des Artikel 48 der Reichsverfassung erlassene Verordnung vom 16. Juli über Reichungsmassnahmen des Reichsbankensatzes 1930 ausser Kraft gesetzt werde, löse ich auf Grund Artikel 25 der Reichsverfassung den Reichstag auf.

Berlin, den 16. Juli 1930.

Der Reichspräsident

von Hindenburg

Der Reichskanzler

H. Brüning

dass die Massnahmen auf Verlangen des Reichstages ausser Kraft zu setzen waren. Beides stand eindeutig im dritten Absatz des Artikels 48.

Nicht nur der Jurist, auch der unbefangene juristische Laie wird diese Verfassungsbestimmung so lesen und verstehen und in ihr eine verfassungsgesetzliche Norm sehen, die dazu da ist, den Staat und seine Verfassung vor erheblichen Störungen und Gefährdungen zu schützen, und zwar auf eine in solchen Situationen gebotene Weise, notfalls mit militärischen Mitteln.

Von all dem kann in den Fällen, von denen hier gesprochen wurde, überhaupt nicht die Rede sein. Ein Reichstag – also das höchste Organ der Staatsgewalt –, der nicht einverstanden ist mit dem, was der Reichspräsident tun will, stört oder gefährdet damit nicht die öffentliche Sicherheit und Ordnung, sondern nimmt seine verfassungsgemässigen Rechte wahr. Und eine daraufhin erfolgende Auflösung des Reichstages ist keine «Massnahme», die notfalls «mit Hilfe der bewaffneten Macht» durchzusetzen ist. Das scheint so eindeutig und klar zu sein, dass es keiner weiteren Begründung bedarf. Es wird sogar von jemandem bestätigt, der an dem Missbrauch des Artikels 48 von Anfang an aus nächster Nähe beteiligt war, nämlich dem Leiter des Büros des Reichspräsidenten, dem Staatssekretär Otto Meissner. Von ihm erschien im Jahre 1950 in Hamburg ein Buch mit einem Titel, der allein schon ausreicht, um zu zeigen, wes Geistes Kind sein Autor war. «Staatssekretär unter Ebert-Hindenburg-Hitler» (man übersehe die Bindestriche zwischen den drei Namen nicht!) lautet er. In diesem Buch steht zu lesen, dass das ausserordentliche «Gesetzgebungsrecht des Reichspräsidenten, das ursprünglich nur für Revolten und Unruhen gedacht war ..., sich in der Praxis unter Rechtsfertigung durch die Rechtslehre und unter Billigung durch höchstrichterliche Gerichtsentscheidungen allmählich auf alle Gebiete des öffentlichen Lebens aus(dehnte)».

Eine kleine Bestätigung für diese Feststellung fand ich, als ich jetzt den Wortlaut des Artikels 48 in meiner Textausgabe, die aus meiner Studenzeit stammt, überprüfte und dabei am Rande des Artikels 48, Abs. 2 den mit Bleistift geschriebenen Vermerk fand: «Diktaturgewalt des RPr.». Von Diktaturgewalt des Reichspräsidenten hat also der Hochschullehrer, bei dem ich die entsprechende Vorlesung hörte, gesprochen, und schon nicht mehr von seinem «ausserordentlichen Gesetzgebungsrecht». Und so wurde der Artikel 48 in zunehmendem Masse entgegen

seinem Wortlaut und vor allem seinem Sinn praktiziert, wobei der offene, nicht mehr zu übersehende Missbrauch dieser Verfassungsbestimmung mit dem Antritt der Regierung Brüning begann.

Als Brüning am 30. März 1930 zum ersten Mal vor dem Reichstag erschien, um diesem seine Regierung vorzustellen, erklärte er dem Sinne nach, seine Regierung sei an keine Koalition gebunden, und er selbst fühle sich nur dem Auftrag verpflichtet, den er vom Reichspräsidenten erhalten habe. Was das bedeutete, zeigte sich wenige Monate später. Am 16. Juli 1930 wurde vom Reichspräsidenten die erste, ihm von Brüning zur Unterzeichnung vorgelegte Notverordnung – gestützt auf den Artikel 48 – erlassen. Am 18. Juli gab Brüning dies – wie das Gesetz es befahl – dem Reichstag zur Kenntnis. Und als der Reichstag nicht einverstanden war und deshalb verlangte, die «Massnahmen ausser Kraft zu setzen» – so der Wortlaut des Absatzes 3, Satz 3 des Artikels 48 –, meldete sich der Reichskanzler, der mit einem solchen Beschluss des Reichstags gerechnet hatte, zu Wort und verlas eine «Anordnung des Reichspräsidenten» – die er sich vorsorglich vorher hatte unterzeichnen lassen –, durch die der Reichstag aufgelöst wurde. Die Begründung kennen wir schon: Der Reichstag hatte sich erlaubt, das zu tun, wozu er durch die Verfassung ausdrücklich ermächtigt war.

Gegen diesen ersten Versuch, durch eine Notverordnung solche sozial einschneidenden Massnahmen wie die Erhöhung der Einkommensteuer, die Einführung einer Bürgersteuer und einer Ledigensteuer sowie die Herabsetzung der Gehälter der Beamten und Staatsangestellten durchzusetzen, hatte der Reichstag noch seine Stimme erheben können. Als Brüning wenige Tage danach die nächste Notverordnung, die «Verordnung des Reichspräsidenten zur Behebung finanzieller, wirtschaftlicher und sozialer Notstände», herausbrachte, brauchte er so etwas nicht mehr zu befürchten. Es war ja kein Reichstag da, der sie hätte ausser Kraft setzen können.

Aus zwei Gründen bin ich hierauf so ausführlich eingegangen. Einmal, um etwas darzustellen, über das wir uns heute klar sind, das aber damals nur von sehr wenigen klar gesehen wurde – dass nämlich mit der Regierung Brüning die Periode der Präsidialregierungen begann, die keine drei Jahre dauerte und dann nahezu nahtlos in die zwölf Jahre währende Hitlerdiktatur hinübergeführt werden konnte. Und zum anderen, um auf die erstaunliche Tatsache zu verweisen, dass ein junger Mensch wie Wolfgang Heinze, der noch nicht den Weg zum politischen Organisiert-

sein gefunden hatte, der sich selbst theoretisches Wissen aneignete und mit dem dadurch gewonnenen sicheren Blick die politische Entwicklung sah, erkannte, was die Reichstagsauflösung vom 18. Juli 1930 bedeutete und wohin sie führen würde. Denn wer ahnte das damals? Und wer wusste es gar? Einzig und allein die KPD war es, die es sah und aussprach. In dem schon erwähnten Manifest zur Reichstagsauflösung wurden die Dinge beim Namen genannt: Von entscheidenden Schritten auf dem Weg zur faschistischen Diktatur war die Rede.

Ob es weitere Schritte auf diesem Wege geben und wie sie aussehen würden, hing wesentlich vom Ergebnis der nächsten Wahlen ab. Das sah auch Krischan und beschäftigte sich deshalb in seiner Ausarbeitung «Reichstagswahlen» damit besonders ernsthaft.

Die erste Frage, die er in diesem Zusammenhang aufwarf, war kurz, aber sehr konkret: «Welche Aussichten für die kommende Wahlperiode?» Und auch die Antwort war kurz und konkret: «Kommunisten wesentlich gleich, SPD behauptet sich einigermaßen, DVP und Demokraten bauen ab. DNVP schon jetzt gesplittert. NSDAP wird gewinnen.»

Die Wahlen für die «kommende Wahlperiode» fanden am 14. September 1930 statt. Wie Krischans Wahlprognose einzuschätzen ist, verdeutlicht ein Vergleich der Ergebnisse der Wahlen vom 14. September 1930 mit denen der Wahlen vom 20. Mai 1928, den letzten, die davor stattgefunden hatten:

Reichstagswahlen vom: (in Millionen Stimmen)	20. Mai 28	14. September 30
KPD	3,3	4,6
SPD	9,2	8,6
DDP	1,5	1,3
DVP	2,7	1,6
DNVP	4,4	2,5
NSDAP	0,8	6,4

Gewiss, Krischans Wahlprognose, formuliert unter dem unmittelbaren Eindruck der Reichstagsauflösung vom 18. Juli 1930, also fast zwei Monate vor den Wahlen, auf die sie sich bezog, war nicht in allen Punkten voll zutreffend. Doch welche Wahlprognose, auch von erfahrenen Politikern, kann das für sich in Anspruch nehmen?

Und doch war sie in ihrer Grundtendenz für einen Neunzehnjährigen, der gerade damit beginnt, sich mit konkreten Fragen der praktischen Politik zu beschäftigen, erstaunlich richtig. Das gilt vor allem für eine Erscheinung, die für die damalige Entwicklung charakteristisch und von wesentlicher Bedeutung war, nämlich für den Rückgang der für die bürgerlichen Parteien, die er anführt, abgegebenen Stimmen.

In Krischans Wahlprognose fehlt die Partei, die sich «Zentrum» nannte. Es war die einzige bürgerliche Partei, die ihre Stimmenzahl all die Jahre hindurch – von der Wahl zur Nationalversammlung bis zur ersten Wahl im Nazistaat – fast unverändert gehalten hat. Die Zahl ihrer Wähler schwankte in diesen Jahren lediglich zwischen 4,7 und 5,8 Millionen. Und sie war daher in allen Reichstagen – ausgenommen den am 6. November 1932 gewählten – die zweit- oder drittstärkste Fraktion. Ausserdem war sie die einzige Partei, die von 1919 bis 1932 in jeder Regierung vertreten war. Vielleicht war sie für Krischan gerade deshalb als Gegenstand seiner Wahlprognose uninteressant.

Krischans Einschätzung der Aussichten der SPD – «behauptet sich einigermassen» – war für eine Partei, die im Mai 1928 mit 9,2 Millionen so viel Stimmen erhalten hatte wie bei keiner Reichstagswahl zuvor und im September 1930 mit 8,6 Millionen ihr zweitbestes Ergebnis erzielte, zutreffend. Noch bemerkenswerter wird sie, wenn man sie im Zusammenhang mit dem Wahlergebnis der KPD sieht, deren Stimmenzahl nicht nur «im Wesentlichen gleich» blieb, sondern wesentlich anstieg, was dazu führte, dass die Zahl der für diese beiden Parteien abgegebenen Stimmen sich um fast eine dreiviertel Million erhöhte. Dieses Ergebnis war allerdings für Krischan sehr schwer vorauszusehen, da zur Zeit, als er seine Wahlprognose niederschrieb, die Frage, welche Haltung die KPD zur Sozialdemokratie einnehmen würde, noch keineswegs geklärt war. Die «Programmerklärung der KPD zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes», die erstmals mit aller Eindeutigkeit zur Herstellung einer möglichst breiten Front der Werktätigen für den Kampf gegen den drohenden Faschismus aufrief, wurde erst am 24. August 1930, also mehr als einen Monat nach Krischans Niederschrift, veröffentlicht. Und es kann durchaus angenommen werden, dass eine nicht geringe Zahl neuer Wähler der KPD Arbeiter waren, die bisher die SPD gewählt hatten und in der Programmerklärung der KPD den Weg gewie-

sen sahen, der gegangen werden musste, um das Unheil des Faschismus abzuwenden.

Leider wurde Krischans Einschätzung «NSDAP gewinnt» im Prinzip auch bestätigt, wobei kaum anzunehmen ist, dass er damit gerechnet hat, dass die Nazipartei, die seit ihrer erstmaligen Beteiligung an den Wahlen im Jahr 1924 mit ihrer Stimmenzahl bisher immer an letzter oder vorletzter Stelle gelegen hatte, jetzt an die zweite Stelle rücken würde. Fast 6,4 Millionen hatten für sie gestimmt – das war eine Zahl, die davor überhaupt nur die SPD erreicht oder überboten hatte, welche bei dieser Wahl noch einmal, aber eben zum letzten Mal, die meisten Stimmen für sich buchen konnte. Doch die Zahl der für die NSDAP abgegebenen Stimmen war seit der Wahl im Mai 1928 um das Achtfache gestiegen.

Das Wahlergebnis brachte natürlich auch eine völlig andere Zusammensetzung des Reichstages mit sich. Plötzlich war die Nazipartei mit 107 Abgeordneten die zweitstärkste Fraktion geworden. Schien damit nicht die Übergabe der Macht an Hitler in greifbare Nähe gerückt zu sein?

Diese Aussicht veranlasste einige Herren aus den Kreisen des Monopolkapitals, die zu gegebener Zeit das entscheidende Wort zu sprechen haben würden, dazu, für diesen Fall einen «legalen» Weg zu ebnen. Es waren die, denen die Art und Weise, in der dieser Hitler in seinen Agitationsreden davon sprach, was er als vom Schicksal erkorener Retter und Führer Deutschlands erreichen wollte, nicht ganz passte. Da war zu viel von Gewalt die Rede, von der Missachtung und Beschimpfung dessen, was nun einmal nach der Weimarer Verfassung rechtens war. Gewiss, ein nicht geringer Teil der Wähler wurde gerade dadurch angezogen. Aber andere Kreise der Bevölkerung, die zu gewinnen auch notwendig war, wurden davon eher abgestossen. Für sie musste daher etwas gefunden werden, das die Glorie des «Legalen» trug.

In dieser Situation kam den Herren, die die Fäden zogen, ein gerade vor dem Reichsgericht in Leipzig schwebender Hochverratsprozess sehr gelegen. Auf der Anklagebank sassen drei Reichswehroffiziere, unter ihnen übrigens der Leutnant Scheringer, der bald danach mit dem Nationalsozialismus brach und sich der KPD zuwandte. Ihnen wurde zur Last gelegt, dass sie in der Reichswehr Propaganda für die NSDAP getrieben hätten. Die entsprechend gesteuerte Verteidigung stellte den Antrag, den obersten Chef dieser Partei – also Adolf Hitler – als Zeugen zu laden. Er

sollte bestätigen, dass eine Betätigung für seine Partei niemals Hochverrat sein könne, weil er keineswegs auf gewaltsamem Wege zur Macht gelangen wolle und werde, sondern mit ganz legalen Mitteln.

Dem Beweisantrag wurde stattgegeben. Hitler wurde als Zeuge geladen, erschien vor dem höchsten deutschen Gericht und nahm zunächst die Gelegenheit wahr, eine grosse Propagandarede für den Nationalsozialismus vom Stapel zu lassen. Dann bestätigte er das, wofür er als Zeuge geladen worden war, und beschwor es. Nunmehr konnten alle, die das für wichtig oder nötig hielten, diesen «Legalitätseid» bei ihrer Agitation ins Feld führen. Und die NSDAP selbst hatte jetzt die Legitimation – vor allem ihren fanatischen Mitgliedern gegenüber –, nicht nur auf der Strasse und in den grossen Massenveranstaltungen, sondern auch im Parlament bei der Aushöhlung des parlamentarischen Systems in Deutschland kräftig mitzumischen.

Mit welcher Konsequenz dies nicht nur von den Nationalsozialisten, sondern von all denen betrieben wurde, die es einfach nicht wahrhaben wollten, dass es in Deutschland so etwas wie ein parlamentarisches System gab, zeigen einige Zahlen aus den Jahren von 1930 bis 1932: War der deutsche Reichstag 1930 noch zu 94 Sitzungen zusammengetreten, so tat er dies im Jahr 1931 nur noch 4mal und 1932 sogar nur 13mal; waren 1930 vom Reichstag 52 Gesetze beschlossen worden und vom Reichspräsidenten nur 5 Notverordnungen erlassen worden, so gab es 1931 nur noch 19 Gesetze und dafür 41 Notverordnungen. Und 1932 standen den 60 Notverordnungen ganze 5 Gesetze gegenüber.

Es war also wirklich eine Aushöhlung des parlamentarischen Systems, die sich in diesen drei Jahren vollzog und die mit der Auflösung des Reichstages am 18. Juli 1930 begonnen hatte. Wenngleich Krischan, als er einen Tag danach zur Feder griff, um seine Gedanken dazu niederzulegen, sicher nicht so deutlich sah – und sehen konnte –, dass damit der erste Schritt auf dem Weg getan worden war, der über die Aushöhlung des parlamentarischen Systems zu dessen Ablösung durch die faschistische Diktatur führen sollte, so beweist die Tatsache, dass er gerade dieses Ereignis zum Anlass genommen hatte, sich in seinem Tagebuch mit einer konkreten politischen Situation auseinanderzusetzen – sie blieb die einzige Tagebuchniederschrift dieser Art –, wie klar er erkannte, dass sich hier etwas ganz Bedeutsames ereignet hatte.

Bemerkenswert ist auch die Sicherheit, mit der er die Tendenzen der

künftigen politischen Entwicklung, wie sie sich in den Wahlergebnissen niederschlug, voraussagte. Denn eine Überprüfung der Ergebnisse aller folgenden Reichstagswahlen – bis zu den schon im Hitlerstaat stattfindenden Wahlen vom 5. März 1933 – zeigt, dass die Grundtendenzen, von einigen Ausnahmen abgesehen, so blieben, wie Krischan sie vorausgesehen hatte. Die SPD «behauptete sich einigermassen»; die Stimmen, die sie verlor, wurden zum grossen Teil von der KPD aufgefangen, deren Stimmenanteil auch weiterhin nicht nur «wesentlich gleich» blieb, sondern sich erhöhte. Die DVP und die Demokraten «bauten weiter ab»; die «gesplitterte» DNVP erholte sich zwar ein wenig, erreichte aber sogar am 3. März 1933 nur die Hälfte der Stimmen, die sie einmal gehabt hatte. Und die NSDAP gewann weiter – mit einer Unterbrechung bei den Wahlen vom 6. November 1932, auf die an anderer Stelle noch einzugehen sein wird.

Dabei war es Krischan, als er seine Gedanken zu jener Reichstagsauflösung niederschrieb, gar nicht so sehr um die Wahlen und auch nicht so sehr um die Artikel der Weimarer Verfassung gegangen, die dem Reichspräsidenten die Möglichkeit gaben, das Parlament mit einem Federstrich aufzulösen. Er wollte mehr klären, wollte zu den Ursachen, vor allem zu den ökonomischen, vordringen: «Es wird gut sein, genauer die Entwicklung, zuerst der Parteien, dann aber auch der Wirtschaft nach dem Krieg zu betrachten.» Und das versucht er nun. Darüber, ob die von ihm dabei aufgestellte These, die «ursprünglichen Grundentscheidungen der Parteien» hätten ihre Wurzel in den Gegensätzen konservativ und revolutionär gehabt, richtig ist, kann man sich streiten. Doch die Denkergebnisse, zu denen er – von dieser These ausgehend – kommt, sind bemerkenswert, besonders wenn man rückblickend betrachtet, was sich in der Weimarer Republik im Verhältnis zwischen den damaligen grossen (oder zumindest grösseren) Parteien zugetragen hat.

Krischans erste Feststellung lautet: «Durch die Revolution (von 1918 – *W.W.*) waren ... die vorher revolutionären Schichten an die Regierung gekommen, die nun kein Interesse an einer Umwälzung mehr hatten, vielmehr den status quo sanktionierten.»

Daraus folgert er: «Die SPD wurde ... zur konservativen Partei. Die revolutionär Unzufriedenen wanderten ab zu den Kommunisten.»

Ausserdem vollzöge sich, «so paradox es klingen mag», ein «Bündnis

von Kapital und Masse und zwar auf der Ebene des Konservatismus». Denn: «Die SPD muss heute aus ideologischen und staatspolitischen Gründen diese Basis einnehmen, will sie fähig zur Mitarbeit sein, entgegen ihren wirtschaftlichen Ansichten.» Und der Kapitalist? Er ist «aus wirtschaftlichen Gründen gezwungen, die weltanschaulichen, ideologischen Ansichten zur Seite zu schieben».

Krischan begnügte sich nicht mit dem Hinweis auf das Bestehen dieses «Bündnisses auf konservativem Boden». Er stellte vielmehr die Frage, ob denn ein solches Bündnis von Bestand sein könne, und beantwortete sie mit einem eindeutigen «Unmöglich», für das er eine durchaus zutreffende Begründung gab. Nach dem nochmaligen Hinweis darauf, dass «der Gegensatz, der sich hier trifft» – der Gegensatz von Besitz und Nichtbesitz nämlich –, «mit Ideologien verkleidet, mit Phrasen umgeben» wird, schrieb er: «Aber immer deutlicher tritt dieses Widerspiel hervor. Ist es der Masse zum vollen Bewusstsein gekommen, dann wird diese Basis zerreißen; denn die Auseinandersetzung hat nicht mehr den Zweck, die ... weltanschauliche Richtung konservativ oder revolutionär zu bestimmen, sondern sie will die wirtschaftliche Strukturwandlung durchführen ... Da die Nichtbesitzenden in der gewaltigen Überzahl sind, ist vorauszusehen, dass der Kampf auf Kosten der Besitzer durchgeführt wird. Erst wenn diese Umwandlung sich vollzogen hat, kann aus neuer Durchblutung auch der Staatsgedanke zu neuem Leben erwachen ...» Sind das nicht, wenn auch mit teilweise ungewohnten Formulierungen, Gedanken und Erwägungen, die dem Marxismus zumindest sehr nahe sind?

Dabei verliert sich Krischan nicht in abstrakten, die politische Realität ausser Acht lassenden Vorstellungen. Er bohrt weiter und tiefer: «Nun ergibt sich von selbst die Frage: Ist tatsächlich der Kapitalismus schon zu sehr verbraucht, zu verkalkt, zu lebensmüde? Hat er den Gipfel, den die heutige Zeit nach vielen Aussagen ... bilden soll, schon überschritten...?»

Wie oft haben wir diese Frage diskutiert! Welche Auseinandersetzungen hat es über sie gegeben! Unter marxistischen Wissenschaftlern darüber, welches die richtige theoretische Antwort auf diese Frage sei. Und – was für die politisch-historische Entwicklung von noch unmittelbarer Bedeutung war – unter denen, die die strategische Linie der Politik für eine bestimmte Periode festlegen mussten.

Bereits Lenin hatte doch in seiner Schrift «Der Imperialismus als

höchstes Stadium des Kapitalismus» den Imperialismus auch als «sterbenden Kapitalismus» bezeichnet. Und das Vorwort zur französischen und deutschen Ausgabe dieser Schrift endete mit den Sätzen: «Der Imperialismus ist der Vorabend der sozialen Revolution des Proletariats. Das hat sich seit 1917 im Weltmassstab bestätigt.»

Hier soll und kann keine Darstellung der vielfältigen theoretischen Äusserungen zu dieser Frage gegeben werden. An welche Zeiträume Lenin gedacht hat, als er vom «Vorabend der sozialen Revolution des Proletariats» sprach, ist nicht feststellbar. Und dafür, welche Zeiträume für solch eine revolutionäre Umwälzung grössten Ausmasses, wie es die Abschaffung jeglicher Ausbeutung ist, vorgesehen werden müssen, wird es kaum eine beweisbare und deshalb überzeugende These geben. Und zwar heute noch weniger als vor mehr als 60 Jahren, als Lenin davon schrieb. Denn vieles hat sich seitdem ereignet in dieser Welt, was auch Lenin nicht in seine Gedanken einbeziehen konnte, weil es noch nicht vorhanden, weil es nicht sichtbar und deshalb nicht erkennbar war.

Es ist schon der Beachtung wert, dass Krischan die grosse Problematik, um die es hier geht und die nichts von ihrer Aktualität und ihrer Kompliziertheit verloren hat, bereits im Jahre 1930 gesehen hat.

Da im Kernpunkt dieser Problematik die These Lenins vom sterbenden Kapitalismus steht, soll aber nicht versäumt werden, auf das zu verweisen, was Lenin in seiner letzten Schrift, die den aufschlussreichen Titel trägt: «Lieber weniger, aber besser», dazu gesagt hat. Ausgehend davon, «dass die gigantische Mehrheit der Bevölkerung der Erde schliesslich durch den Kapitalismus selbst für den Kampf geschult und erzogen wird», erklärt er: «In diesem Sinne ist der endgültige Sieg des Sozialismus vollständig und unbedingt sicher.»

«Was bedeutet Kapital?» fragt Krischan weiter. Und bei dem Suchen nach einer Antwort auf diese Frage gelangt er zu einer Reihe von erstaunlichen Feststellungen und Erkenntnissen, denen man anmerkt, dass er Marx und dessen Lehre zu Rate gezogen und verarbeitet hat.

Den Kapitalismus analysierend, schreibt er: «Im Vordergrund stand bei dieser Wirtschaftsform der Verdienst, den Marx folgendermassen deutet: Die Aneignung unbezahlter Arbeit ist die Grundform des Kapitalismus. Und wenige Zeilen später: Der Kapitalismus entwickelte in sei-

nem eigenen Schosse seinen stärksten Gegner, den Sozialismus, der nicht a-kapitalistisch, sondern antikapitalistisch war.»

Das ist doch für jemanden, der sich als Neunzehnjähriger im ersten Studienjahr, ganz auf sich allein gestellt, an den Marxismus heranarbeitet, eine sehr interessante Formulierung. Und bis in die Problematiken, die heute, mehr als fünfzig Jahre danach, von ganz aktueller Bedeutung sind, geht das, was er dann über den Sozialismus schreibt: «Gewaltige Stosskraft entstand in dieser Bewegung durch die neuen Entdeckungen des Menschen. Die Mechanisierung der Naturwissenschaften dehnte sich auch auf den menschlichen Körper aus. Es gab nur Körper. Seelische oder von Natur begünstigte Veranlagungen wurden verneint.»

Das sind sicher heute etwas absonderlich klingende Formulierungen, aber uns, die wir uns damals mit ähnlichen Fragen herumgeschlagen haben, sind sie nicht fremd. Ebenso wenig wie das, was hierauf folgt: «Die Religion, die so lange als Trösterin zwischen den Armen und den geistig Armen gestanden hatte und das zentrale Denken in sich ableitete, ohne dass es an die Oberfläche kam, versagte. Sie liebäugelte mit dem Obrigkeitsstaat, verbürokratisierte und ging ... an der neuen Umwertung der Gesellschaft vorüber. Sie hatte keinen Sinn für die neue Machtgruppierung, die durch die Technisierung entstand. Vielleicht, bei genügender Einsicht, hätte sie sich in den Dienst der Mühseligen und Beladenen stellen müssen und hätte sich zur Vorkämpferin gemacht. Wahr ist, dass diese Bewegung fern vom religiösen Leben entstand, einseitig sich ausbreitete und heute manchmal ein neuer Ton sich bemerkbar macht.»

Als ich dies las, wurde ich wieder an unser Gespräch in Eichkamp, auf dem Sportplatz, erinnert. Klang in dem, was Krischan damals sagte, nicht auch etwas von einem «neuen Ton» mit? Und ist man nicht versucht, das «Heute», von dem da die Rede ist, auf das heutige «Heute» zu beziehen? Denn ohne Zweifel haben nicht wenige Repräsentanten wie auch Pfarrer und Priester christlicher Kirchen und anderer religiöser Strömungen schon seit geraumer Zeit begonnen, sich dieser «Mühseligen und Beladenen» anzunehmen.

Doch zurück zu Krischans damaligen Gedanken. Ausgehend von den bekannten Grundsätzen über Beziehungen zwischen Produktionsverhältnissen, Produktivkräften und Überbau, die Karl Marx im Vorwort zu seiner Schrift «Zur Kritik der politischen Ökonomie» formuliert hat,

kommt Krischan zu der eindeutigen und klaren Schlussfolgerung: «Da die Menschen wie die Verhältnisse sind, müssen vor allem diese geändert werden.»

Doch wie vollzieht sich das?

Krischan erinnert an die These von Karl Marx, dass sich alles – wie in der Natur, so auch in der Gesellschaft – gesetzmässig vollzieht. Auch für die Entwicklung der Gesellschaft soll also die Hegelsche Dialektik gelten, und zwar in folgender Weise:

«Position:	Privateigentum
Negation:	Expropriation des Kapitalismus
Negation der Negation: Kommunismus.»	

Und schon ist die nächste Frage provoziert: «Wozu aber dann all der Kampf? Geht die Entwicklung nicht sicher, ganz ohne sich ablenken zu lassen, diesen Weg?»

Krischan weiss, dass er eine der Grundfragen, die Frage nach der Rolle und der Verantwortung des Menschen in der Geschichte, aufwirft, und bohrt deshalb weiter: «Ist die Arbeit des Menschen von Einfluss? Gilt die idealistische Fortschrittsidee?»

Er gibt keine Antwort. Er kommt vielmehr zu einer für ihn charakteristischen eigenen These: «Fortschritt ist eine fortschreitende Klärung des Vernunftgehaltes der Welt, eine fortschreitende Annäherung an das Reich der Vernunft und Sittlichkeit.» Und stellt dann die Alternativfrage: «Oder gilt der naturalistische Glaube, dass eine Entwicklung stattfindet ohne Ziel? Vielleicht nach einem Ideal, das ausserhalb des Menschen liegt, zu dem die Menschen nur Träger sind?»

Krischan weiss, was für Fragen er damit in den Raum gestellt hat. Der nächste Satz, mit auffallend anderer Schrift geschrieben – also offensichtlich nach einer grösseren Denkpause – lautet: «Die ewigen Fragen, die nur durch die innerlich bedingte Veranlagung des Menschen entschieden werden können.»

Wenige Jahre später traf er die Entscheidung und handelte.

Eine Sentenz aus der Abhandlung mit der Überschrift «Reichstagsauflösung» – die ja den Rahmen der Überschrift viele Male sprengt – sei noch zitiert, weil sie die Grundfrage unserer Zeit betrifft: «Sozialismus ... muss gegen den Krieg sein, weil dieser menschliches Werk vernichtet. Nicht aus dem Prinzip der einfachen Verneinung des Krieges. ... Er sollte zur Unmöglichkeit werden. Denn die Menschen haben Raum zu leben. Krieg darf kein Gewinn sein ...»

Die Studentenzeit in Berlin

Die Niederschrift über die Reichstagsauflösung war die letzte Tagebucheintragung, die Krischan 1930 in Berlin schrieb, dem Ort also, an dem er das erste Semester seines Studiums verbracht hatte. Die nächste Eintragung enthält zwar keine Angabe über Ort und Zeit ihrer Abfassung. Doch aus einem Satz – «Manchmal schneit es hier in den Bergen» – ist zu entnehmen, dass sie dort geschrieben worden ist, wo Krischan in seinem zweiten Semester studiert hat, nämlich in Innsbruck. Wieder ist die Eintragung in Form eines Briefes – ohne Anrede – gehalten, und wieder weiss man nicht, ob es der Entwurf eines Briefes oder ein nicht abgesandter Brief oder einfach eine Form, sich zu äussern, ist. Ruhe hat er noch nicht gefunden. Die ersten Sätze der ansonsten nicht sehr viel aussagenden Eintragung zeigen es: «Ich muss also doch schreiben, weil irgendetwas stärker ist als das Können. Verlange nichts. Warte ab. Vielleicht erzähle ich, warum ich Sozialist geworden bin.» Dass er sich als solcher fühlt, formuliert er hier zum ersten Mal.

Es folgen Notizen über Museumsbesuche – nicht selten verbunden mit verallgemeinernden oder kritischen Bemerkungen über Kunst und Kultur – oder über Landschaften, die er zum ersten Mal erlebt. Wir erfahren auch, dass er in Italien war, wo er, wie mir Feh später erzählte, seine ersten Erfahrungen mit dem praktizierten Faschismus machte: Er wurde einige Male aus nichtigen Gründen für kurze Zeit eingesperrt.

Doch bald findet man wieder Eintragungen, die in Berlin geschrieben worden sind, also in dem Sommersemester 1931, in dem Wolfgang Heinze und ich uns kennenlernten.

Für mich war es das zweite Semester meines Jurastudiums in Berlin. Von den Vorlesungen war ich ebenso wenig begeistert wie Krischan. Mit theoretischen Problemen, die in die Politik hineinreichten, insbesondere mit solchen, die zum Marxismus hinführen, hatte ich mich zwar nicht annähernd so gründlich beschäftigt wie Krischan. Doch hatte ich auf andere Weise versucht, Klarheit in meinen Kopf zu bringen.

Hierzu muss ich an erster Stelle von einem Menschen berichten, der mir in starker Erinnerung geblieben ist, obwohl ich ihn nur wenige Jahre erlebt habe. Er hiess Julius Philippsen und war in meinem letzten Schuljahr, also in der Oberprima des Domgymnasiums in Halberstadt, unser

Deutschlehrer. Seine Art, zu unterrichten und uns besonders an die neuere deutsche Literatur heranzuführen, war gegenüber allem Unterricht, den wir bis dahin in dem alten verkalkten Gymnasium erlebt hatten, so völlig anders, dass sie für die meisten meiner Mitschüler ein Schock war. Für mich und einen Schulfreund hingegen war sie eine Offenbarung. Wir beide waren besessene Leser und suchten vor allem immer an die neuesten Bücher heranzukommen, von denen wir im bisherigen Deutschunterricht nie etwas zu hören bekommen hatten und die in der «Halberstädter Zeitung» – die den schönen Untertitel «Intelligenzblatt» trug – entweder mit Stillschweigen übergangen oder verrissen wurden. Julius Philippson half uns dabei, zu einem Verstehen gerade solch neuer Bücher zu gelangen, und lieh uns dazu Bücher aus seiner Bibliothek. Wir besuchten ihn in seiner Wohnung und lernten bereits damals ungemein viel von ihm. Kein Schulwissen war es, was er uns bei solchen Gesprächen vermittelte, sondern erstes Wissen um das wirkliche Leben, um Lebenshaltungen, um das Verhältnis zu anderen Menschen, um Lebensziele, für die zu wirken des Menschen erstes Anliegen sein müsse.

Wir dachten viel nach über das, was uns dabei zum ersten Mal nahegebracht worden war, und waren froh, als wir Julius Philippson im Wintersemester 1929/30 in Berlin, wohin er inzwischen versetzt worden war – heute nehme ich an, nicht ohne sein Zutun –, wiedertrafen.

Er erklärte uns, dass er Mitglied des ISK (Internationaler Sozialistischer Kampfbund) sei, berichtete uns einiges über die Ziele dieses Bundes und forderte uns auf, einmal zu einer Versammlung zu kommen. Wir folgten dieser Aufforderung, gingen nicht nur einmal, sondern öfter hin und erfuhren so, dass die Mitglieder des ISK in der praktischen Politik grundsätzlich die Position der KPD einnahmen und für sie wirkten, in der philosophischen, weltanschaulichen Haltung aber einen vom Marxismus abweichenden Standpunkt einnahmen.

Leonard Nelson, der Begründer, Leiter und führende Kopf des ISK, hat einer grundsätzlichen Schrift zu diesem Problem den aufschlussreichen Titel «Die bessere Sicherheit» gegeben. Mit Selbstverständlichkeit davon ausgehend, dass die Errichtung der kommunistischen Gesellschaft das einzige überhaupt in Betracht kommende Ziel politischen Handelns sei, vertrat er – die Gedanken der klassischen deutschen Philosophie, insbesondere Fichtes und Hegels aufnehmend und weiterfüh-

rend – den Standpunkt, dass die Menschen, die sich für die Erreichung dieses Zieles einsetzten, dies nicht nur tun sollten, weil sie von der Erkenntnis ausgingen, dass das Erreichen dieses Zieles der historisch-materialistischen Gesetzmässigkeit entspreche, sondern auch – und gerade – deshalb, weil sie aus ideellen Gründen der Überzeugung waren, dass der Kommunismus die einzige dem Menschsein und damit der Menschlichkeit gemässe Lebensform sei.

Julius Philippson war es, der mich auf den Weg zum Kommunismus gebracht hat. Vor allem deshalb, weil er in der Zeit meines Reifwerdens der erste Mensch war, bei dem ich feststellte, dass sein Tun in voller Übereinstimmung mit seinem Denken und seinen Worten stand. Ähnliche Haltungen fand ich bei anderen Mitgliedern des ISK, die mir deshalb in guter Erinnerung geblieben sind.

Gewiss, sie hatten eine Reihe von Eigenheiten wie die, dass sie – mit der Begründung, dass alles Leben zu achten sei – Vegetarier waren. Aber das war ja nichts Schlechtes. Und ich fand es sehr achtenswert, dass sie sich beim Eintritt in den ISK bereit erklärten und verpflichteten, alles Geld, das sie über einen bestimmten Monatsbetrag hinaus verdienten – wie hoch der Betrag war, weiss ich nicht mehr, aber ich weiss noch, dass er ziemlich gering war –, an die Kasse des ISK abzugeben.

Meine Verbindung zu Julius Philippson riss 1933 ab. Wahrscheinlich war er in die Illegalität gegangen. Im Sommer 1937 war im «Völkischen Beobachter» auf der ersten Seite zu lesen, dass er vom Volksgerichtshof zu lebenslangem Zuchthaus verurteilt worden war. Erst vor Kurzem las ich, dass er 1943 in Auschwitz umgebracht worden ist.

Im Übrigen war Berlin damals genau das, was ich suchte und brauchte. Abgesehen von meinen ständigen Theaterbesuchen – fast immer auf den Stehplätzen für 60 Pfennige, wobei wirklich frühes Kommen (verbunden mit schnellem Rennen die Treppen hinauf) die besten Plätze sicherte – und vielen Konzertbesuchen – jeden Montagabend konnte man in der Philharmonie in der Bernburger Strasse für 50 Pfennige das Philharmonische Orchester hören – waren es Veranstaltungen, in denen Auseinandersetzungen über geistige Fragen der Zeit zu hören und zu erleben waren. Zuweilen waren es solche, die in einem grossen Saal stattfanden, zum Beispiel in der Hasenheide, wo ich zum ersten Mal erlebte, wie Erich Weinert seine Kraft und Optimismus ausstrahlenden Gedichte vortrug.

Meist aber besuchte ich kleinere Veranstaltungen, in denen das zur Sprache kam, was mir damals am meisten am Herzen lag. Und das waren zunächst einmal die Fragen, an die durch solche Publikationen wie die «Weltbühne» herangeführt worden war. So besuchte ich Ausspracheabende der «Liga für Menschenrechte» und hörte dort auch Carl von Ossietzky sprechen. Oder ich ging, da ich selbstverständlich gegen den Krieg – und zuerst gegen jeden Krieg – war, zu Veranstaltungen pazifistischer Organisationen. Auch Zusammenkünfte linker Studentenorganisationen besuchte ich und erlebte harte Auseinandersetzungen zwischen kommunistischen, sozialdemokratischen und anderen linksgerichteten Studenten. Aber ich war noch nicht so weit, dass ich in die Diskussion eingreifen konnte. Ich weiss nur, dass es mich immer dahin drängte, wo es am «linksten» war.

Doch nicht nur das war es, was mich interessierte und anlockte. Durch mein Jurastudium war ich an die Kriminalistik und über diese an die Psychologie herangekommen. Damals war die Psychoanalyse in aller Munde; um sie und ihren Begründer Sigmund Freud wurde heftig diskutiert. Das interessierte mich. Lehrte Freud doch, dass man bestimmte psychische Erscheinungen dadurch erklären – und damit heilen – könne, dass man im Wege der Analyse den Ursachen nachging, die in das Unterbewusste verdrängt waren. Das konnte für einen zum Kriminalistischen neigenden angehenden Juristen recht wichtig sein. Also hörte ich eine Vorlesung über Psychoanalyse und nahm an Diskussionsabenden teil, die der Dozent Dr. Herzberg in seiner Wohnung durchführte. Einen Sonderdruck aus einer medizinischen Zeitschrift, den er an die Teilnehmer dieser Abende verteilte, habe ich über die Zeiten gerettet.

Doch es ging noch weiter. Weil ich die «Galgenlieder» und ähnliche Gedichte von Christian Morgenstern sehr liebte – und deshalb auch ihn selbst schätzte –, besuchte ich, nachdem ich erfahren hatte, dass es nicht nur diesen Morgenstern gab, sondern auch den, der sich zu den Schülern Rudolf Steiners zählte, eine Zeitlang Veranstaltungen der Anthroposophischen Gesellschaft. Ich wollte erfahren, was einen Christian Morgenstern dazu bewegt hatte, sich dieser Lehre anzuschliessen. Ich fand dort «gute Menschen», die von Liebe zur Menschheit erfüllt waren. Doch was ich vernahm, war mir zu mystisch. Ich wandte mich sehr bald wieder davon ab.

Noch manches dieser Art könnte ich berichten. Doch geht es mir hier nicht um Vollständigkeit, sondern darum, zu zeigen, wie gross die Vielfalt

dessen war, was dem geistig Interessierten zu jener Zeit in Berlin angeboten wurde.

Das war auf der einen Seite von grossem Nutzen, da man Einblick in viele Gebiete des geistigen Lebens einer Stadt wie Berlin gewann. Es hatte aber auch seine bedenkliche Seite: Es konnte die Zeit sehr verlängern, die man aufwand, bis man zu einem klaren Standpunkt in den Grundfragen des Lebens – und damit meine ich, wenn ich es von heute aus sehe, die politischen Grundfragen – gelangte. Aber so sah es Ende der zwanziger und zu Beginn der dreissiger Jahre in Berlin aus – wobei ich alles, was von der politisch rechten Seite propagiert wurde, völlig ausser Acht gelassen habe, weil es für mich ausschied.

Wahrscheinlich lag hier, nämlich in unser beider völligen Unempfänglichkeit für alles, was politisch rechts war – und das begann eben für uns rechts von der Sozialdemokratie –, einer der entscheidenden Gründe dafür, dass Krischan und ich, nachdem wir einmal – damals im Eichkamp – richtig ins Gespräch gekommen waren, recht schnell in persönliche Beziehungen traten, die einem Begriff zugeordnet werden konnten, an den wir beide sehr hohe Ansprüche stellten, nämlich dem der Freundschaft.

Von Krischan habe ich aus Tagebuchnotizen und Briefen einige Aussagen zitiert, die das klar zum Ausdruck brachten. Ich hätte ihnen damals sofort zugestimmt und tue es noch heute. Denn wenn ich jetzt, im fortgeschrittenen Alter, auf mein Leben zurückblicke, bleibt die Zahl der Menschen, die mir wirkliche Freunde waren oder sind, sehr, sehr klein. Und Wolfgang Heinze steht in dieser geistigen Liste meiner Freunde ganz oben, an erster Stelle.

Dabei wusste ich damals, als wir uns kennenlernten, und auch danach, nicht annähernd soviel aus seinem Leben und von seinen inneren geistigen Auseinandersetzungen, wie ich heute weiss, nachdem ich die Tagebücher und die Briefe, von denen die Rede war, gelesen habe. Und ich bin fast versucht, zu sagen, dass, wer dieses Buch jetzt gelesen hat, mehr von ihm weiss, als ich damals wusste.

Doch das wäre nicht richtig. Denn natürlich erfuhr ich in den Jahren unserer Freundschaft so manches von ihm, was er nie zu Papier gebracht hat, und so manches auch, was man eben nur miterleben und nicht aus Geschriebenem herauslesen kann.

Unsere Freundschaft entwickelte sich sehr bald in einer Selbstverständlichkeit, die bei einem Rückblick fast seltsam erscheint. Aus bestimmten Anlässen und bei bestimmten Ereignissen und Geschehnissen

waren wir mit derselben Selbstverständlichkeit zusammen, mit der wir anderes unternahmen, ohne den Freund zu beteiligen oder auch nur zu informieren. Wir waren beide künstlerisch interessiert, aber auf verschiedenen Gebieten. Krischans grosse Liebe galt der bildenden Kunst, und er war deshalb ein sehr häufiger Besucher von Museen. Soweit ich mich erinnere, habe ich nur ein einziges Mal mit ihm zusammen ein Museum besucht. Ich dagegen war – ich sagte es schon – ein eifriger Theatergänger. Doch nur selten war ich mit Krischan zusammen im Theater. Oder: Als normale junge Menschen hatten wir, bevor wir heirateten, einige Freundinnen. Diese haben wir einander nicht vorgeführt und das Thema kaum behandelt in unseren Gesprächen. Und wenn, dann nur ganz theoretisch und natürlich von dem ausgehend, was Friedrich Engels hierzu verkündet hatte. Doch die Frau, die wir dann heirateten, kannte der andere selbstverständlich, bevor die Hochzeit stattfand. Und dass der eine beim anderen als Trauzeuge fungierte, war schon wieder fast selbstverständlich.

So gelangten wir – verhältnismässig wenig voneinander wissend, was unser bisheriges Leben betraf, einander achtend und deshalb jedem seine Sonderinteressen lassend, trotzdem aber vieles gemeinsam unternehmend und vor allem viel und vielerlei diskutierend – zu einem Vertrauensverhältnis seltener Art, das sich später, in der schweren Zeit, voll bewährte.

Als ich jetzt seine Tagebücher las – von deren Existenz ich damals natürlich nichts wusste; Tagebücher schreibt man ja für sich allein –, fielen mir viele Gespräche nicht nur vom Gegenstand her wieder ein, sondern auch deshalb, weil ich in ihnen so manchen Gedanken wiederfand, mit dem er mich – und wenn der Diskussionskreis grösser war, auch andere – zuweilen überraschte. Dabei brachte Krischan sein Wissen und seine oft ungewöhnliche Sachkunde ohne jede Überheblichkeit ins Gespräch. Er würgte eine weitere Diskussion dadurch nicht etwa ab, sondern im Gegenteil, er provozierte sie geradezu. Doch stets merkte man: Hier spricht jemand, der vorher sehr gründlich gedacht und die Beweise für seine Thesen parat hat.

Bei der Durchsicht seines zweiten Tagebuchs fiel mir besonders auf, dass ein grosser Teil der etwa 50 Seiten, die auf das Sommersemester 1931 entfallen, einem Thema gilt, mit dem er in seiner Niederschrift «Reichstagsauflösung» konfrontiert worden war, ohne eine Lösung zu finden. Es ging um das Problem der Gesetzmässigkeit der gesellschaftli-

chen Entwicklung, in Verbindung gebracht insbesondere mit der Rolle, die der Mensch dabei spielt. Immer häufiger findet man in dem Tagebuch Notizen über die Fragen der Kausalität, über die Gegenüberstellung ihres Wirkens im Bereich der Natur und im Bereich der gesellschaftlichen Entwicklung, ergänzt durch zahlreiche Exzerpte, besonders aus Max Adlers Buch über die materialistische Geschichtsauffassung.

Zu einer befriedigenden Schlussfeststellung kommt er in dem Tagebuch nicht. Im Oktober 1931 zieht er sogar – auf den Sommer zurückblickend – eine fast resignierende Bilanz: «Es ist unbegreiflich; die letzten Monate haben keine Ausdehnung für mich gehabt. Ich weiss, dass der Roggen grün auf dem Halm stand und sich im Wind neigte, weiss noch von dem Toben und Tollen im Wasser, aber es ist vorbeigegangen, ohne an mich gerührt zu haben. Jetzt ist alles aus, und viele rastlose Zeit hat sich dazwischengedrängt.»

Ging es ihm bei diesem Rückblick wirklich nur um den Roggen und darum, dass dessen Ausreifen unbemerkt an ihm vorübergegangen ist? Ich meine, es ging ihm um mehr. Darum nämlich, dass er in seinem Nachdenken über bestimmte Grundfragen der gesellschaftlichen Entwicklung nicht weitergekommen war. Und eine dieser Grundfragen war eben die nach der Gesetzmässigkeit der gesellschaftlichen Entwicklung, über die wir damals sooft und so viel diskutiert haben.

Ich hatte dieser Frage ernsthaft zum ersten Mal gegenübergestanden, als ich in meinem ersten Studiensemester an der Universität Halle eine Vorlesung über die Geschichte der Philosophie hörte und als in dieser Vorlesung die Frage aufgeworfen wurde, wie denn das Verhältnis von Determinismus und Indeterminismus in der Natur und in der Entwicklung der Gesellschaft sei. Daran, dass in der Natur alles gesetzmässig verläuft, gab es keinen Zweifel. Doch wie ist es in der gesellschaftlichen Entwicklung? Verläuft auch dort alles gesetzmässig? Ist, wenn das so sein sollte, nicht alles vorausbestimmt und demzufolge kein Raum für die Möglichkeit – und damit für die Freiheit – des Menschen, zu entscheiden, was er tut und was er unterlässt? Kann er dann überhaupt zur Verantwortung gezogen werden für das, was er tut oder unterlässt? Und umgekehrt: Wenn es eine solche Freiheit des Menschen gibt, wenn es deshalb nicht nur gerechtfertigt, sondern sogar notwendig ist, ihn für das, was er tut oder unterlässt, zur Verantwortung zu ziehen, können dann solche Kategorien wie Kausalität und Gesetzmässigkeit im Bereich der gesellschaftli-

chen Entwicklung Geltung beanspruchen? Gilt hier nicht der Indeterminismus?

Eines Abends brachte Krischan in der Diskussion um diese Problematik einen ganz neuen Aspekt ein, der die Brisanz des Themas und der Auseinandersetzung mit ihm jäh erhöhte: nämlich die Auswirkung auf das politische Verhalten und Handeln des Menschen. Denn genau das hatte er gemeint, als er in seinem Tagebuch die Frage aufgeworfen hatte: «Wozu dann all der Kampf? Geht die Entwicklung nicht sicher, ohne sich ablenken zu lassen, ihren Weg?» Diese Fragestellung machte die Problematik für uns noch komplizierter.

Schliesslich waren wir gerade dabei, uns der konkreten politischen Arbeit zu nähern. Konnten wir es uns da leisten, darauf zu vertrauen, dass schon alles so verlaufen würde, wie wir es uns wünschten? Das ging doch gar nicht. Also mussten wir – nicht mehr aus abstrakten theoretischen Gründen, sondern als Stütze für unser politisches Verhalten – davon ausgehen, dass der Mensch im Prinzip – innerhalb bestimmter Grenzen, die abzustreiten wir für unsinnig hielten – in seinen Entscheidungen frei und deshalb verantwortlich ist für das, was er tut oder zu tun unterlässt.

Uns zu diesem Entschluss durchzuringen, war gar nicht einfach. Denn irgendwo in unseren Köpfen geisterte noch immer die Vorstellung, dass wir, die wir die Möglichkeiten hatten, zu studieren, in erster Linie die Aufgabe hätten, uns mit theoretischen Problemen zu befassen und Klarheit über sie zu schaffen.

Aus heutiger Sicht gesehen ist es sicher leicht, zu sagen, dass das ein falscher Standpunkt war. Aber das für uns Charakteristische bestand ja darin, dass wir Suchende waren. Mit ganz gutem Willen gewiss. Aber häufig noch mit sehr absonderlichen Vorstellungen von diesem oder jenem. Wir kamen ja nicht aus dem Proletariat. Das so wichtige Klassenbewusstsein, an das so oft appelliert wurde, obwohl es auch bei denen, die aus der Arbeiterklasse kamen, keineswegs stets und mit der von manchen unterstellten Selbstverständlichkeit und Stärke zum Ausdruck kam, war uns ja nicht in die Wiege gelegt worden. Wir mussten erst zu ihm vordringen, mussten es uns aneignen. Und es gab kein Parteilehrjahr, das uns dabei half.

Aber was es gab, waren politische Ereignisse, an denen wir nicht vorbeigehen konnten, die wir nicht nur zur Kenntnis nehmen, sondern über die wir uns Klarheit verschaffen mussten.

Doch das war oft alles andere als leicht. Wir wussten beispielsweise bei

unseren Diskussionen im Sommer 1931, dass sich die Weltwirtschaft seit Oktober 1929, also seit mehr als anderthalb Jahren, in einer grossen Krise befand, die wegen ihres Ausmasses Weltwirtschaftskrise genannt wurde. Doch was wussten wir konkret?

Gewiss, wir verbrachten jeden Morgen eine gewisse Zeit im Zeitungslesesaal der Universität und bemühten uns, aus den verschiedenen Zeitungen zu erfahren, was in der Welt geschah. Aber unsere Zeit reichte nie aus, um alles Nötige zu lesen; vieles konnten wir nur überfliegen. Das genügte natürlich nicht, um uns auch nur einigermassen vollständig zu informieren. Der Informationsfluss war eben damals nicht so wie heute. Den Menschen wurden nicht von morgens bis abends über Fernsehen und Rundfunk die Nachrichten ins Haus geliefert. Sie mussten sich schon selbst bemühen.

Über eines allerdings setzten die Informationen – besonders in den linksgerichteten Zeitungen – kaum aus: über die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland. Waren es Anfang des Jahres 1931 schon nahezu fünf Millionen gewesen, so erhöhte sich ihre Zahl bis zum Jahresende auf beinahe sechs Millionen. Das waren fast 45 Prozent der Arbeiterschaft. Rechnete man die Zahl der Kurzarbeiter hinzu, so ergab sich, dass im Jahre 1931 nur ein Drittel der deutschen Arbeiter voll beschäftigt war.

Das waren ungeheuerliche Zahlen, über die wir uns nicht beruhigen konnten. War das nicht, so fragten wir uns, der unwiderlegbare Beweis dafür, dass ein Wirtschaftssystem, das nicht imstande ist, zwei Dritteln der arbeitswilligen und arbeitsbereiten Menschen eine volle Beschäftigung zu geben, versagt, dass es abzutreten hat?

Wir wollten genau wissen, was Marx und Engels dazu gesagt hatten, und sahen dort nach, wo wir bisher immer eine Antwort auf die Grundfragen, die uns bewegten, gefunden hatten: im Kommunistischen Manifest. Und wir fanden da einen Satz, der uns weiterhalf. Er lautete: «In den Krisen bricht eine gesellschaftliche Epidemie aus, welche alle früheren Epochen als ein Widersinn erschienen wäre – die Epidemie der Überproduktion.»

Das war ein Satz, der uns zwar nicht alle Fragen beantwortete, die uns in diesem Zusammenhang beschäftigten, der uns aber den wichtigen Hinweis auf das Wesentliche brachte. Denn als wir über ihn nachdachten und diskutierten, stellten wir sehr bald fest, dass sich in den fast hundert Jahren, die vergangen waren, seitdem Marx und Engels ihn formuliert hatten, zwar so manches im wirtschaftlichen Leben verändert hatte, dass

aber die in dem Satz enthaltene Aussage richtig geblieben war. Und heute, nachdem weitere fünfzig Jahre vergangen sind und sich noch weit mehr verändert hat, grassiert diese Epidemie – wenn auch mit teilweise anderen Symptomen – in den kapitalistischen Ländern mit ihrem Überangebot an Waren auf der einen und an Arbeitskräften auf der anderen Seite noch immer. Aber das Wirtschaftssystem, in dem diese Epidemie ihre Wurzeln hat, das den Faschismus gezeugt und grossgezogen, das mit ihm den zweiten Weltkrieg mit all seinen Folgen ausgelöst hat, übersteht sie noch immer. Es sind ja auch nicht die Herren und Nutzniesser dieses Systems, die von ihr befallen werden.

Auch darüber, wie sich die Weimarer Republik als Staatsform weiterentwickelte, führten wir häufig Gespräche, nicht selten sogar angeregt durch bestimmte Vorlesungen. Krischan und ich waren im Sommersemester 1931 Hörer einer Vorlesung (soweit ich mich erinnere von Professor Peters) über das deutsche Staatsrecht, in der auch die Weimarer Verfassung behandelt wurde. Als der Professor auf den Reichstag zu sprechen kam, machte er – scheinbar mehr nebenher – eine Bemerkung darüber, dass sich die Reichstagsabgeordneten ja zur Zeit in einem längeren Urlaub befänden. In der Pause sprach ich Krischan daraufhin an. «Hast du das vergessen?» fragte er. «Du wolltest doch heute abend sowieso zu mir kommen. Da werden wir uns darüber unterhalten. Es ist eine Frage, die mich schon lange interessiert.»

Als wir abends zusammensassen – Clamor war auch dabei – und etwas gegessen hatten, griff Krischan in seinen Kartothekkasten, der ein für ihn ebenso typisches wie unentbehrliches Arbeitsmittel war, zog eine Karte heraus und las vor: «Am 20. März 1931 hat der Reichskanzler Brüning im Reichstag den Antrag gestellt, den Reichstag vom 26. März bis zum 13. Oktober zu vertagen. Dem Antrag wurde – mit den Stimmen der SPD – zugestimmt.»

«Jetzt erinnere ich mich», rief ich. «Da haben die Reichstagsabgeordneten ja wirklich einen schönen langen Urlaub. Und die Abgeordneten der SPD haben dem Herrn Brüning für mehr als ein halbes Jahr freie Bahn für seine Notverordnungs politik gegeben.»

«Und Brüning hat das natürlich genutzt», fuhr Krischan fort. «Denn Anfang Juni brachte er bereits die zweite Verordnung zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen heraus, und du kannst sicher sein, dass weitere folgen werden.»

Hier schaltete sich Clamor ein: «Ich bin zwar nicht so auf dem Laufenden

den wie ihr. Aber manches lese ich doch und mache mir auch meine Gedanken. Wenn ich es richtig in Erinnerung habe, hat doch vor gar nicht so langer Zeit eine Sitzung von Vertretern der Kommunistischen Internationale stattgefunden, auf der erneut verkündet wurde, dass die Sozialdemokratie die Hauptstütze der Bourgeoisie sei, und ihr wart damit gar nicht so recht einverstanden. Aber ist an dieser Einschätzung nicht doch etwas dran, wenn die SPD so etwas fertigbringt?»

Ich widersprach: «Nein! Wir müssen uns endlich daran gewöhnen, dass man in unserer Situation von *der* Sozialdemokratie überhaupt nicht sprechen kann und darf. Wenn die KPD nicht lernt, dass sie trennen muss zwischen der rechten SPD-Führung, die leider immer noch die führende Kraft in der SPD ist, und den sozialdemokratischen Arbeitern, um die es geht, wird sie mit ihrer Einheitsfrontpolitik gegen den Faschismus nicht weiterkommen. Und diese Einheitsfrontpolitik ist die einzige, die Aussicht hat, den Faschismus aufzuhalten.»

«Das ist sicher richtig, was du sagst», meinte Krischan. «Aber das durchzusetzen wird noch viel Kraft kosten. Und zwar – für die KPD gesehen – nach innen und nach aussen. Denn die Zahl der Kommunisten, die noch immer von Sozialfaschisten reden, wenn sie die Sozialdemokraten meinen, ist ebenso wenig gering wie die Zahl der Sozialdemokraten, die gegen jedes Zusammengehen mit den Kommunisten sind. Das ist es, was überwunden werden muss.»

Als wir Ende des Jahres 1931 wieder auf dieses Thema zu sprechen kamen, war der ideologische Klärungsprozess innerhalb der KPD etwas weiter gediehen. In der in Berlin erscheinenden Zeitschrift «Die Internationale» erschien nämlich ein Artikel von Ernst Thälmann mit der Überschrift «Einige Fehler in unserer theoretischen und praktischen Arbeit und der Weg zu ihrer Überwindung», der sich gegen das linke Sektierertum in der Partei wandte und mit allem Nachdruck zur Schaffung der Einheitsfront gegen den Faschismus aufrief.

Wie notwendig eine solche Politik war, zeigte sich bald. Im Oktober 1931 hatte die berühmte Harzburger Tagung stattgefunden, auf der sich alle reaktionären rechten Kräfte – von der NSDAP bis zur DNVP, von der SA bis zum Stahlhelm, vom Grosskapital bis zum Junkertum und den rechtsten Kräften in der Reichswehr – trafen, alle jene also, die entschlossen auf die Errichtung einer rechten Gewaltherrschaft hinarbeiteten. Über den Weg, der dabei beschritten werden sollte, waren sie sich

noch nicht einig. Aber dass zu den Hauptrednern dieser Tagung der Nazichef Hitler, der DNVP-Vorsitzende Hugenberg und der bei solchen Gelegenheiten immer wieder auftretende – und im Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozess trotzdem (oder gerade deswegen) freigesprochene – Finanzgewaltige Dr. Hjalmar Schacht gehörten, zeigt, wer sich damals zusammentat, um der Weimarer Republik ein Ende zu bereiten.

Als scheinbar legales Mittel dazu hatten sie bereits die «Diktaturgewalt des Reichspräsidenten» genutzt, von der schon gesprochen wurde. Sie wurde in den knapp drei Jahren, die zwischen der Berufung Brünings zum Reichskanzler und dem Machtantritt des Diktators Hitler lagen, zu einer als selbstverständlich hingenommenen Institution. Brüning hatte sie mit aller Konsequenz praktiziert, als er die vier Verordnungen «zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen» erwirkte, die sämtlich gegen die Arbeiter, die Angestellten und die Beamten gerichtet waren, deren Löhne und Gehälter gekürzt wurden, und den Unternehmern durch Steuererleichterungen und andere Massnahmen finanzielle Vorteile brachten. Beim ersten Mal hatte die KPD noch den Reichstag zusammenrufen lassen und dort den Antrag gestellt, die Notverordnung aufzuheben. Doch nachdem der Antrag mit den Stimmen der bürgerlichen Parteien und der SPD abgelehnt worden war und die SPD ihre Tolerierungspolitik gegenüber der Brüning-Regierung auch auf anderen Gebieten fortsetzte, verlegte die KPD das Schwergewicht ihrer Tätigkeit noch mehr als bisher auf andere Bereiche des politischen Lebens, vor allem auf Arbeitskämpfe, auf politische Propaganda (in grossen Veranstaltungen, aber auch in Schulungen der verschiedensten Art) sowie auf die Agitation, wobei der täglichen Überzeugungsarbeit, sowohl am Arbeitsplatz wie auch im Wohngebiet, besondere Bedeutung beigemessen wurde. Denn um die Gewinnung der Menschen ging es.

Die Stehkonvente

In den Jahren, in denen an den Universitäten die sogenannten studentischen Verbindungen eine grosse Rolle spielten, als es kaum Studenten gab, die keiner solcher Verbindung angehörten, trafen sich diese in den

vorlesungsfreien Zeiten zu einer bestimmten Zeit an einer bestimmten Stelle des Universitätsgeländes und blieben dort stehen, bis die nächste Vorlesung begann. Die Zusammenkünfte, die zuweilen einen gewissen Werbecharakter für die betreffende studentische Verbindung hatten, hiessen Stehkonvente. Ich nehme an, dass dieser Brauch bei dem Pate gestanden hat, was sich zu Beginn der dreissiger Jahre an der Berliner Universität entwickelte. Damals begannen sich nämlich die Studenten, die sich politisch engagiert fühlten, in den Pausen zwischen den Vormittagsvorlesungen in der Eingangshalle der Universität zu treffen. Jede politische Gruppe hatte da ihren festen Platz. Auf der linken Seite – vom Haupteingang «Unter den Linden» aus gesehen – standen, wie sollte es anders sein, die Linken, getrennt voneinander die Mitglieder und Sympathisierenden der Roten Studentengruppe und die des Sozialistischen Studentenbundes. Auf der rechten Seite sammelten sich, ebenfalls entsprechend unterteilt, die Rechten. Die Treffs gehörten bald zum Alltag des Universitätslebens. Man ging dorthin und demonstrierte damit: Hier stehe ich! Hierhin gehöre ich!

Krischan und ich machten da bald mit. Natürlich standen wir auf der linken Seite, und zwar bei der Roten Studentengruppe. In der ersten grösseren Diskussion, in die wir hineingerieten, ging es um die Reichspräsidentenwahlen. Es gab vier Kandidaten: den bisherigen Reichspräsidenten von Hindenburg, der vom Zentrum, von deren Schwesterpartei, der Bayerischen Volkspartei, und – neben ein paar kleinen Gruppierungen – von der SPD aufgestellt worden war; den Stahlhelmführer Duesterberg, den die Deutschnationalen und der «Stahlhelm» vorgeschlagen hatten; Ernst Thälmann als Kandidaten der KPD und schliesslich den von den Nazis vorgeschlagenen Adolf Hitler.

Das war eine Vorschlagsliste, die zu harten Streitigkeiten geradezu aufreizte. Auf der linken Seite nicht nur zwischen dem Sozialistischen Studentenbund und der Roten Studentengruppe, sondern auch in diesen Gruppen selbst. Am meisten empört waren die kommunistischen Studenten, aber auch viele sozialdemokratische darüber, dass die SPD den alten Reaktionär Hindenburg mit vorgeschlagen hatte.

Dabei machten es sich einige der sozialdemokratischen Studenten gar nicht einfach. «Was soll denn die SPD tun?» fragte einer. «Nun, vielleicht einmal mit den Kommunisten zusammengehen», antwortete jemand von uns.

Die Frage «Meint ihr, die Sozialdemokraten würden für Thälmann stimmen?» fand die Entgegnung: «Ich weiss nicht, ob man hier von *den* Sozialdemokraten sprechen kann. Ich könnte mir vorstellen, dass gar nicht wenige von ihnen, wenn sie die Wahl zwischen Hindenburg und Thälmann hätten, doch sehr überlegen würden, für wen sie stimmen.»

Prompt kam die Antwort: «Das können sie ja tun. Wir haben freie Wahlen.»

«Aber eure rechte SPD-Führung wird den Kandidaten der KPD wie üblich so schlecht machen, dass kaum ein SPD-Mitglied es über sich bringen wird, für ihn zu stimmen.»

«Und euer ZK? Wäre das bereit, zur Wahl eines Sozialdemokraten aufzurufen?»

«Warum nicht? Ich glaube, die KPD würde jeden auch nur einigermaßen aussichtsreichen Versuch, Hindenburg von diesem Stuhl herunterzuholen, unterstützen. Denn Ernst Thälmann hat es gesagt: ‚Wer Hindenburg wählt, wählt Hitler, wer Hitler wählt, wählt den Krieg!‘ Vergesst das nicht! Sonst werdet ihr erleben, dass es so kommt.»

Seltsamerweise kam von der sozialdemokratischen Seite kein Widerspruch. Doch eine kleine Pause trat ein. Dann fragte jemand: «Glaubt ihr etwa, dass Ernst Thälmann eine Chance hat, gewählt zu werden?»

«Das ist eine ganz andere Frage. Wenn es keinen anderen Kandidaten gibt, dem ein Kommunist seine Stimme geben kann – und so ist es bei Hindenburg wie bei Duesterberg, die sich für einen Kommunisten in nichts unterscheiden, von Hitler gar nicht zu sprechen –, bleiben der KPD nur zwei Möglichkeiten. Entweder fordert sie ihre Mitglieder und ihre potentiellen Wähler auf, nicht zur Wahl zu gehen, sie also zu sabotieren. Dann lässt sie aber alle, die sie wählen wollen, im Stich. Und das darf sie nicht. Also muss sie die andere Möglichkeit wahrnehmen und selbst einen Kandidaten aufstellen. Und zwar einen Kandidaten, der möglichst viele Stimmen erhält. Diese Stimmen fehlen dann auf jeden Fall den Kandidaten, die ausgesprochene Feinde der Arbeiterklasse sind.»

Die Diskussionen über die Reichspräsidentenwahlen erstreckten sich über eine ziemlich lange Zeit, weil zwei Wahlgänge nötig waren. Denn beim ersten Wahlgang am 15. März 1932 hatte Hindenburg zwar wie erwartet die meisten Stimmen bekommen, aber nicht die erforderliche absolute Mehrheit. Im zweiten Wahlgang am 10. April, als er sie nicht mehr

brauchte, erhielt er sie. 19,4 Millionen Wähler stimmten für diesen Mann, machten ihn, der sich für seine erste Kandidatur im Jahre 1925 die Genehmigung seines gewesenen Kaisers eingeholt hatte, zum zweiten Mal zum Reichspräsidenten der ersten deutschen Republik.

Einige Tage nach dem zweiten Wahlgang sassen wir zu dritt – Krischan, Clamor und ich – zusammen. Ich hatte gerade etwas über die politische Blindheit vieler Deutscher gesagt, die noch immer nicht gelernt hätten, was es bedeutet, in einem republikanischen Staat zu leben, als Clamor mir in die Rede fiel: «Ich verstehe euch nicht. Soviel ich weiss, war Hindenburg bei seiner ersten Wahl achtundsiebzig und bei der zweiten sogar fünfundachtzig Jahre alt. Was soll denn so ein alter Mann, von dem ich eigentlich ausser ziemlich blöden Witzen über ihn kaum etwas höre, so Schlimmes anrichten?»

«Diese Frage scheint etwas für sich zu haben», erklärte Krischan. «Aber ich meine, dass diejenigen, die ihn seinerzeit zuerst als Kandidaten aufgestellt haben, alles andere als dumm waren. Sie haben sich dabei schon etwas gedacht. Vor allem wussten sie – und auf diesen Punkt werden wir immer wieder zurückkommen, wenn wir versuchen, die politische Situation in der Weimarer Republik zu analysieren –, dass er ein absoluter und völlig unbelehrbarer Gegner alles Kommunistischen ist.»

«Ausserdem wussten sie – ich meine jetzt zunächst die Konservativsten, vor allem also die Deutschnationalen –, fügte ich hinzu, «dass er im Grunde seines Herzens alles wieder so haben möchte, wie es zu Kaisers Zeiten gewesen ist. Woraus folgte, dass er auf gar keinen Fall etwas noch Republikanischeres oder noch Demokratischeres aufkommen lassen möchte, als es die seltsame Weimarer Republik ist.»

«Ganz richtig», ergänzte Krischan. «Und diese Grundtendenz war allen bürgerlichen Parteien recht.»

«Aber die Sozialdemokraten haben doch auch zur Wahl Hindenburgs aufgerufen!» warf Clamor ein.

«Das ist ja das Schlimme», antwortete Krischan, «dass die Sozialdemokraten – zumindest ihre rechten Führer, und die machen die Politik der SPD – da mitspielten.»

«Und warum?» fragte Clamor.

«Der Hauptgrund bleibt immer der gleiche», war Krischans Antwort.

«Sie wollen mit den Kommunisten nichts zu tun haben. Auch sie bleiben eben Antikommunisten.»

«Das scheint mir etwas zu vereinfacht zu sein», warf ich ein. «Gewiss ist es so, dass die rechten SPD-Leute von den Kommunisten nichts wissen wollen. Aber für ihre politische Grundhaltung und damit für viele ihrer politischen Entscheidungen muss man auch etwas anderes beachten. Ich erinnere mich noch sehr gut an eines ihrer Wahlplakate, das zwar mit der positiv erscheinenden Aufforderung begann: ‚Schlagt Hitler!‘, dann aber schlussfolgerte: ‚Darum wählt Hindenburg!‘ Ich habe mich damals gefragt und frage mich immer wieder, ob die Sozialdemokraten, die das formuliert haben, daran wirklich geglaubt haben. Aber die Losung war doch nichts anderes als ein – wenn auch schon bis zum Absurden getriebener – Ausdruck ihrer Politik des kleineren Übels. Und diese Politik ist wiederum nur zu erklären aus der bei den sozialdemokratischen Parteien offenbar immer mehr in den Vordergrund rückenden Illusion von den Möglichkeiten einer bürgerlichen Demokratie.»

«Jetzt wird das aber sehr kompliziert», rief Clamor. «Wir sprachen doch eigentlich von Herrn Hindenburg. Und ich möchte zu gern wissen, ob dieser Herr mit seinen fünfundachtzig Jahren überhaupt noch in der Lage ist, irgendwie und irgendwo eine selbständige Rolle zu spielen, oder ob er nichts weiter ist als eine Schau- und Renommierfigur.»

«Soweit es um die Grundfrage geht», antwortete ich, «um die Frage also: mehr Demokratie und Fortschritt oder mehr Reaktion und Rückschritt, kann Herr von Hindenburg sehr wohl etwas Eigenes einbringen, weil das, was er da zu vertreten hat, seinem ureigensten Wesen entspricht. Wie weit dann in der Praxis konkrete politische Entscheidungen von ihm nur gebilligt oder exakt gewollt oder vielleicht in gestimmten Fällen nicht einmal richtig verstanden werden, wird sich nachträglich kaum feststellen lassen. Aber ich meine, das ist gar nicht so wichtig. Wichtig ist vielmehr, dass mit Hindenburg ein Mann gefunden worden war, der bereit und geeignet war, die Rolle, für die ihm die Weimarer Verfassung das Textbuch lieferte, zu spielen, und dass er diese Rolle – von einigen nicht ganz richtigen Texten oder kleinen falschen Auftritten abgesehen, die vielleicht sogar seine Glaubwürdigkeit erhöhen – zur Zufriedenheit derer spielt, die ihn für diese Rolle engagiert haben.»

«Und genauso jemanden brauchten sie», betonte Krischan. «Besonders seitdem der Präsidialkanzler Brüning die Regierungsgeschäfte übernom-

men hatte, dem es darum ging, seine unsozialen Massnahmen auf dem Wege der Notverordnung durchzusetzen. Wie hätte er das schaffen können, wenn es nicht einen Reichspräsidenten gegeben hätte, von dem er wusste, dass er unterschreiben würde, was er ihm vorlegte. Das Schlimmste hierbei ist aber wieder das Verhalten der SPD. Denn diese Notverordnungs politik wurde von der Reichstagsfraktion der SPD ‚toleriert‘, und zwar auf eine sehr seltsame, mit der Regierung vereinbarte Weise. Verabredet worden war nämlich, dass die SPD, wenn sie in den Reichstag kommen würde, bestimmten gesetzgeberischen Vorhaben im Reichstag ihre Zustimmung versagen, gegen entsprechende Massnahmen aber nichts unternehmen, sie also nicht vor den Reichstag bringen würde, wenn sie in der Form von Notverordnungen angeordnet wurden.»

«Und das soll noch jemand verstehen?» fragte Clamor.

«Am liebsten ist es denen sicherlich, wenn es möglichst wenige verstehen», antwortete Krischan. «Und weil dies am besten garantiert ist, wenn möglichst wenig im Reichstag geschieht, war es nur eine Konsequenz dieser Tolerierungspolitik, dass die SPD im März 1931 der Vertagung des Reichstages auf die Dauer von acht Monaten zustimmte. Denn für diese Zeit war sie jeder Sorge dieser Art enthoben. Das Instrumentarium der Verfassung funktionierte, und dem äusseren Anschein nach sogar legal.»

Es funktionierte ganz so, wie es denen genehm war, die wirklich zu bestimmen hatten, wie es weiterging. Für sie war Brüning, nachdem er mehr als zwei Jahre lang Notverordnungs politik betrieben hatte, nicht mehr der richtige Mann. Deshalb wurde er mit genau den Methoden, die er in seiner Kanzlerzeit praktiziert hatte, am 30. Mai 1932 kurzerhand nach Hause geschickt. Nach Artikel 53 der Verfassung war der Reichspräsident ja dazu ebenso «legitimiert» wie zur Berufung eines neuen Reichskanzlers. Von dieser Legitimation machte er sehr schnell Gebrauch: Zwei Tage später war Herr von Papen Reichskanzler, der die besten Beziehungen zu allem hatte, was reaktionär war, und über die notwendigen Mittel verfügte, um zu bestimmen, wer wie zu regieren hatte.

Herr von Papen war es, der keine zwei Monate nach seinem Regierungsantritt einen Staatsstreich durchführte, den man getrost als Generalprobe für den 30. Januar 1933 bezeichnen kann. Nachdem er durch eine Notverordnung – also wieder ganz «legal» – zum «Reichskommissar von Preussen» ernannt worden war, setzte er zunächst den Preussi-

schen Ministerpräsidenten Braun und dessen Innenminister Severing und später auch die anderen preussischen Minister ab.

Für den 31. Juli 1932 waren Reichstagswahlen anberaumt. War es ein Zufall, so fragten wir uns damals, dass dieser «legale» Staatsstreich ausgerechnet elf Tage vor diesen Wahlen arrangiert worden war? Wollte man vielleicht einmal ausprobieren, wie die Wähler auf so etwas reagieren würden?

Die Rote Studentengruppe

Krischan und ich hatten inzwischen einen entscheidenden Schritt in unserem politischen Leben getan. Aus Sympathisierenden waren wir zu Mitgliedern der Roten Studentengruppe geworden. Auf sehr unkonventionelle Weise. Wir waren zu einer Versammlung der Gruppe gegangen und wurden beim Eintreten in den kleinen Raum – das Hinterzimmer einer Berliner Kneipe – gefragt, ob wir Mitglieder seien. Als wir mit «Nein» antworteten, fragte uns der an der Eingangstür stehende Genosse, ob wir denn nicht Mitglieder werden wollten; er sehe uns doch sooft in ihrem Kreise. Wir blickten uns an, und einer von uns sagte: «Eigentlich wird es ja Zeit.» Wir unterschrieben den Aufnahmeantrag, über den dann gleich zu Beginn der Versammlung abgestimmt wurde. Wir wurden einstimmig aufgenommen.

Wenn ich heute daran zurückdenke, so meine ich, dass uns gerade dieses Dabeisein bei politischen Diskussionen und Auseinandersetzungen, das Gefühl, dass man etwas unterstützen, dass man helfen, aber auch Hilfe und Unterstützung bekommen kann, wenn es vonnöten ist, dazu brachte, den ersten Schritt zur organisierten politischen Arbeit zu tun.

Dieser Schritt fiel uns, die wir bisher nur im kleinen Kreis diskutiert, in grossen Veranstaltungen Reden und Ansprachen angehört oder uns in kleineren, meist von Intellektuellen besuchten Zusammenkünften umgesehen und umgehört hatten, gar nicht so leicht. Nachdem wir ihn getan hatten, mussten wir in vielerlei Beziehung um- und neudenken. Jetzt ging es nicht mehr sosehr darum, ob der eine oder der andere von einigen Diskussionspartnern recht hatte.

Es ging vielmehr darum, was in einer konkreten politischen Situation gesagt oder auch getan werden musste. Wir, die wir jahrelang nur theoretisiert und uns bemüht hatten, den Dingen abstrakt auf den Grund zu gehen, mussten uns und unsere Theorie in der Praxis erproben. Eine neue Etappe hatte für uns begonnen.

Darüber wurden wir uns sehr bald klar. Zu deutlich waren die Auswirkungen auf unsere Lebens- und Verhaltensweisen: Nun war es Pflicht für uns, zu den «Stehkonventen» in der Eingangshalle der Universität zu gehen. Und wenn für einen Abend, an dem wir eigentlich ins Theater oder in ein Konzert gehen wollten, eine Versammlung der Roten Studentengruppe anberaumt wurde, so mussten wir in diese gehen und den Theater- oder Konzertbesuch vertagen. Wir sahen das natürlich ein – aber eine Umstellung war es trotzdem.

Nicht, dass wir von nun an nur noch in Politik machten. Wir besuchten weiter die Vorlesungen, soweit sie nutzvoll oder wenigstens erträglich waren, wobei zu vermerken ist, dass es auch solche gab, in denen die Studenten auf den Treppenstufen sassen, weil die Sitzplätze nicht ausreichten, zum Beispiel die hervorragenden Vorlesungen von Professor Martin Wolf über ein so nüchternes Gebiet wie das Sachenrecht. Und wir gingen weiterhin ins Theater, in Konzerte und in Museen, hatten unbeschwerte Abende im Freundeskreis und gingen auch tanzen.

Aber es war einiges anders geworden. Es gab Pflichten, die wir vorher nicht gekannt hatten. Beispielsweise die, dass wir bei den nächsten Reichstagswahlen – es waren die vom 31. Juli 1932 – Wahlhilfe zu leisten hatten. Das bedeutete, dass wir am Tag vor dem Wahlsonntag Flugblätter in die Wohnbriefkästen steckten, wobei es, wenn sich die betreffende Wohnungstür öffnete, auch nötig wurde, mit denen, die wissen wollten, was wir wollten, zu sprechen, zu diskutieren. Auch das war in seiner Unmittelbarkeit etwas Neues für uns.

Am Wahlsonntag standen wir dann vor einem Wahllokal und drückten den Wählern, die an uns vorbeikamen, Zettel mit der Aufforderung, die KPD zu wählen, in die Hand. Oder versuchten es zumindest, denn manche wollten von uns und unseren Flugblättern nichts wissen. Auch einige dumme und freche Bemerkungen bekamen wir zu hören. Doch zu Handgreiflichkeiten gegen uns kam es nicht. Allerdings standen in un-

serer Nähe einige recht kräftig aussehende Männer, die sich notfalls schnell und nachdrücklich eingemischt hätten.

Am nächsten Tag warteten wir mit grosser Spannung auf die Wahlergebnisse. Das erste, was wir sahen, als wir die Zeitungen aufschlugen, war der riesige Stimmengewinn der Nationalsozialisten: Mehr als verdoppelt hatte sich die Zahl der für sie abgegebenen Stimmen gegenüber den Wahlen vom September 1930; zur stärksten Fraktion im Reichstag waren sie geworden.

Das war schrecklich. Über den Schreck half uns auch die Tatsache nicht hinweg, dass die KPD fast eine Million Stimmen mehr erhalten hatte als bei den Wahlen von 1930. Gewiss, darüber freuten wir uns. Aber uns liess die Frage nicht los, wie es möglich war, dass derart viele Wähler für die NSDAP gestimmt hatten, für eine Partei also, die sich nicht scheute, ihre chauvinistischen, vor allem aber ihre unmenschlichen Ziele offen zu verkünden, ja sich sogar damit zu brüsten. Woher kamen diese Wähler?

Am Abend sassen wir bei Krischan zusammen und grübelten. «Fast 14 Millionen deutsche Männer und Frauen wollen also, dass dieser Hitler seine Herrschaft antritt», sagte ich. «Ist das nicht ein schlimmes Zeugnis für die Deutschen überhaupt!»

«Da müssen aber auch viele Arbeiter für diese schöne Partei gestimmt haben», bemerkte Clamor.

«Moment mal», rief Krischan. «Einiges lässt sich ja kontrollieren.» Er zog eine Kartothekkarte heraus: «Hier haben wir die Ergebnisse der Reichstagswahlen seit 1924. Ich habe sie mir schon einmal zusammengestellt. Seht sie euch an. Ihr werdet feststellen, dass die Zahl der für die beiden Arbeiterparteien abgegebenen Stimmen seit den Wahlen im Jahr 1924 ständig angestiegen ist. Bei den letzten Wahlen, also 1930, waren es 13,2 Millionen Stimmen – immerhin nahezu 4 Millionen mehr als 1924. Und nun wollen wir sehen, wie es dieses Mal aussieht.»

Ich nahm die Zeitung und las die Zahlen nochmals vor: «KPD: 5,4 und SPD: 8,0 Millionen, das sind zusammen 15,4 Millionen Stimmen, also 200'000 mehr als vor zwei Jahren. Das ist doch schon etwas. Vor allem aber kann man daraus meiner Meinung nach den Schluss ziehen, dass die meisten Wähler der NSDAP nicht aus dem Kreis derer stammen, die bisher eine der beiden Arbeiterparteien gewählt haben. Das ist für mich schon beruhigend.»

«Beruhigend würde ich nun auch nicht sagen», erwiderte Krischan, «denn schliesslich haben die Nazis allein fast eine halbe Million Stim-

men mehr bekommen als SPD und KPD zusammen. Hoffentlich überlegt sich die SPD-Führung endlich einmal, was das bedeutet.»

Clamor wollte es genau wissen. «Nach deinen Notizen haben die beiden Parteien zusammen immer mehr Stimmen erhalten. Wie denn? Alle beide gleichmässig oder wie?» Krischan sah noch einmal in seiner Kartothekkarte nach: «Im Jahre 1924, in dem es zwei Reichstagswahlen gab, war es etwas schwankend. Aber seit 1928 gibt es eine eindeutige Tendenz: Die Zahl der KPD-Wähler stieg an (von 5,3 auf 5,4 Millionen), und die der SPD-Wähler ging zurück (von 9,2 auf 8,0 Millionen).»

Schon lag das nächste Problem für uns auf dem Tisch. Sollten wir, durften wir uns darüber freuen, dass die Zahl der KPD-Wähler zugenommen, die Zahl der SPD-Wähler aber abgenommen hatte? Lag das im Sinne der Erklärung von Ernst Thälmann auf der ZK-Tagung vom 24. Mai 1932, nach der es unbedingt erforderlich sei, zu einer Einheitsfrontpolitik zu kommen und die «Mauer, die zwischen sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeitern besteht, zu beseitigen»? Kam es, wenn man diesen Appell richtig verstand, nicht darauf an, die Gesamtzahl der Wähler für *beide* Arbeiterparteien zu erhöhen und dadurch einen wirklichen Wall gegen den anrückenden Faschismus – verkörpert durch die immer ungehemmter werdenden SA-Trupps – zu errichten?

Es wurde wirklich alles immer komplizierter. Wir waren überzeugt, dass die neue strategische Linie der KPD, die durch den Aufruf des Zentralkomitees der KPD zur antifaschistischen Aktion vom 25. Mai 1932 nochmals bekräftigt und ergänzt worden war, den richtigen Weg wies. Aber sie musste von immer mehr Menschen verstanden werden. Deshalb musste sie diskutiert und weitergetragen werden.

Für uns sahen wir die beste Möglichkeit dafür in den «Stehkonventen» in der Universitätsvorhalle, zu denen Krischan und ich jetzt regelmässig gingen und bei denen die Einheitsfrontpolitik immer mehr zum Drehpunkt der Diskussionen wurde. «Das geht doch nur, wenn die SPD ihre Politik grundsätzlich ändert», sagte der eine, und der andere stellte die provokatorische Frage: «Sollen wir nun auch die Politik des ‚kleineren Übels‘ betreiben und den armen kranken Kapitalismus schön pflegen, damit er wieder gesund wird?»

«Natürlich nicht», erklärten die Befürworter der Einheitsfront.

«Die rechten SPD-Führer werden wir sowieso nicht von ihrem Kurs abbringen. Um die geht es auch gar nicht. Zunächst und überhaupt geht es um die Arbeiter, die noch immer die SPD wählen. Sie müssen, sofern sie nicht zu uns kommen, dazu gebracht werden, von unten, auf dem demokratischen Weg, von dem ihre Parteiführung so gern redet, eine Kursänderung zu erzwingen. Denn – und das ist das Entscheidende – auf andere Weise als mit einer gemeinsamen und konsequenten antifaschistischen Aktion wird es nicht möglich sein, den Faschisten den Weg zur Macht, also zur faschistischen Diktatur, zu versperren.»

«Genau darüber müssen wir mit den Sozialdemokraten sprechen», rief einer. «Da drüben stehen sie doch, und es sieht so aus, als ob sie auch recht heftig diskutieren. Gehen wir doch zu ihnen und fragen sie, wie sie zu dem Aufruf der KPD zur Einheitsfront und zur antifaschistischen Aktion stehen.»

Wir gingen hinüber und kamen sehr schnell ins Gespräch. Wir bemühten uns, all die alten Argumente, die wir uns immer wieder entgegengehalten hatten, wegzulassen. Die führten doch jetzt nicht weiter. Nach einigem Hin und Her stellte vielmehr einer der kommunistischen Studenten die harte Frage: «Und wie wollt ihr mit den Faschisten fertig werden, wenn sie von ihren Finanziers an Rhein und Ruhr an die Macht geschoben werden?»

«Das haben wir uns auch gerade gefragt», sagte einer von ihnen gerade noch. Doch weiter kamen wir nicht. Die Vorlesungspause war vorbei, und wir standen als einzige noch in der Eingangshalle. Aber man sah einigen von den sozialdemokratischen Studenten an, dass unsere Frage ihre Wirkung nicht verfehlt hatte. «Darüber müssen wir noch einmal reden», rief einer von ihnen, «aber jetzt müssen wir in die Vorlesung.» Auch wir mussten das; wir hatten aber das gute Gefühl, ein wichtiges Gespräch in Gang gebracht zu haben.

Nicht immer ging es in der Eingangshalle der Universität so friedlich zu. Namentlich dann nicht, wenn es Auseinandersetzungen zwischen rechts und links gab. Da trat sehr bald – beginnend fast immer bei den Rechten, vor allem bei den Nationalsozialisten – das Schimpfwort an die Stelle des Arguments und die Lautstärke an die Stelle des Beweises für eine Behauptung. Es dauerte nicht lange, da weitete sich das aus. Da rückten die «Rechten» – und das waren dann eben bereits die «Braunbehemdeten» –, die es offensichtlich auf Krawall abgesehen hatten, in

Scharen an. Den Schimpfworten – solche wie «Bolschewistenschweine», «Judenknechte», «Vaterlandsverräter» gehörten zu ihrem ständigen Repertoire – folgten die Handgreiflichkeiten, und es war so weit, wie sie es gewollt hatten.

Meist erschien dann sehr schnell als Autoritätsperson der Rektor der Universität. Es war damals Professor Kohlrausch, bei dem ich Vorlesungen über Strafrecht hörte und der der Herausgeber der gängigen kommentierten Textausgabe des Strafgesetzbuches (ein Exemplar habe ich heute noch) war. Seine Vorlesungen gehörten zu den besten, wie wir geboten bekamen. Sie erschienen uns damals als eine objektive, von einer abstrakten «Gerechtigkeit» ausgehende Darstellung des geltenden Strafrechts. Wir hatten den Satz aus dem Kommunistischen Manifest, dass das Recht nichts anderes ist als der zum Gesetz erhobene Wille der herrschenden Klasse, noch nicht verdaut.

Zu dem Bild, das wir von Professor Kohlrausch hatten, passte es, dass er bei einem der Krawalle, an den ich mich noch sehr genau erinnere, plötzlich mitten unter den Studenten stand und, nachdem er sich Gehör verschafft hatte, laut und deutlich erklärte, dass die Universität eine Stätte des Forschens, der Wissenschaft und des Studierens sei, nicht aber ein Ort der politischen Auseinandersetzungen, schon gar nicht, wenn sie in Tätlichkeiten ausarteten.

Die Worte des Rektors, die sicher aus ehrlicher Gesinnung kamen, wirkten damals noch. Die aneinander geratenen Gruppen trennten sich, und die Braunhemden verschwanden.

Soweit ich mich erinnere, war es das letzte Mal, dass dem Rektor das gelang. Denn sehr bald war die Zahl und damit die Macht der Nazistudenten so gross, dass gegen sie nicht mehr aufzukommen war. Wie auf den Strassen begann die SA auch in der Universität den Ton anzugeben.

Die letzten Monate vor dem Machtantritt der Faschisten

Von Krischan fand ich zwei kleine Gedichte aus dieser Zeit, die dafür zeugen mögen, wie sensible Menschen auch in solchen Zeiten – und vielleicht gerade in ihnen – das Bedürfnis haben, sich im Einfachen zu äussern, in

dem man trotzdem spürt, dass Sinn dahintersteckt. Das eine Gedicht scheint auf den ersten Blick nur ein Kindergedicht zu sein:

Nein, so was!

Es war an einem Frühlingmorgen
Erwachend atmet die Natur
Da hört ich plötzlich auf dem Flur
Ein Kinderweinen voller Sorgen.

«Was ist? Was hast? Was fehlt denn dir?»
Frag ich voll Wichtigkeit die Kleine,
Verschüchtert, ängstlich kratzt sie sich die Beine
Und sieht dann traurig auf zu mir.

Das Wetter ist so warm, so schön,
Und Mutti, die erlaubt es nicht,
Sie sagt auch, es gehört sich nicht,
Dass kleine Mädchen nackend gehn.

Geht es hier wirklich nur um das kleine Mädchen und darum, was es tun darf und was nicht? Wohl kaum.

Das andere Gedicht kann das Parabelhafte noch weniger verleugnen:

Als Mensch wär ich schon neunzig Jahre.
Sie werden drum es mir verzeihn,
Wenn ich ganz zart auf Ihre Haare
Die Pfoten lege. Sie wissen: so allein.
Wie Hunde sind, sind Menschen nie.

In Wahrheit seh'n' ich mich nach weichen Kissen
Und hab es satt, für klüger als ich bin zu gelten.
Was nutzt das bisschen Butter auf dem Bissen?
Ich bin zu alt, und meine Haut fängt langsam an zu welken.

Nur eines wünscht ich heut mir noch vom Leben,
Und Gott erbarmt gewiss sich meiner Pein.
In letzter Stund' das Hinterbein zu heben
Und protestierend in die Welt zu schreien:
Nur weil ich blöde war, blieb ich so lange stubenrein.

Man lese die letzte Zeile «Nur weil ich blöde war, blieb ich so lange ...» zweimal und lasse den Satz anders enden. Drängt es einen nicht, nach einem Wort zu suchen, das für die passt, die in den Jahren der Weimarer Republik die Möglichkeit hatten, nicht blöde zu sein, sondern ihre verfassungsmässigen Rechte wahrzunehmen, und die, hätten sie sie wahrgenommen, vielleicht hätten verhindern können, was am 30. Januar 1933 formell begann und so viel Schreckliches brachte? Hätte sich nach dem 30. Januar 1933 nicht so mancher sagen müssen: «Nur weil ich blöde war, blieb ich so lange bürgerbrav?» Denn es ging weiter in die Richtung, die wir verfolgt haben. Es ging weiter, und es wurde schlimmer.

Zwar wurde der am 31. Juli 1932 gewählte Reichstag am 30. August noch von der Alterspräsidentin Clara Zetkin, einer der grossen Revolutionärinnen der deutschen Arbeiterbewegung, eröffnet, die das Forum der obersten Volksvertretung nutzte, um dem deutschen Volk das zu sagen, was ihm nicht oft genug gesagt werden konnte: «Das Gebot der Stunde ist die Einheitsfront aller Werktätigen, um den Faschismus zurückzuwerfen, um damit den Versklavten und Ausgebeuteten die Kraft und die Macht ihrer Organisation zu erhalten, ja, sogar ihr physisches Leben.»

Doch bereits am 4. und 5. September ergingen zwei Notverordnungen, die in ihrer Arbeiterfeindlichkeit und ihrer Unternehmerhörigkeit – unter anderem wurde das Tarifrecht beseitigt und damit dem Unternehmer freie Hand für die Entlohnung der Arbeiter gegeben – alles bisher Dagewesene übertrafen. Ein darauf am 12. September im Reichstag gestellter Misstrauensantrag gegen die Regierung von Herrn von Papen, verbunden mit dem Antrag auf Aufhebung der Notverordnung vom 4. September, wurde – obwohl er von der Reichstagsfraktion der KPD gestellt worden war! – mit 512 gegen 42 Stimmen – bei fünf Stimmenthaltungen – angenommen. Lediglich 42 von mehr als 550 Abgeordneten des Deutschen Reichstages waren also für diese Regierung, die erst drei Monate vorher ihr Amt angetreten hatte.

Und was geschah? Traten der Reichskanzler und seine Minister zurück, wozu sie nach Artikel 54 der Verfassung verpflichtet waren, wenn ihnen der Reichstag, dessen Vertrauens sie nach ebendiesem Artikel bedurften, das Vertrauen «durch ausdrücklichen Beschluss» entzog? Oder wurden sie vom Reichspräsidenten, zu dessen Aufgabenbereich die Ernennung und Entlassung von Kanzler und Ministern gehörte, abberufen? Keineswegs. Das Gegenteil geschah. Der Reichstag wurde aufgelöst.

h. v. Papen 2. 11. 32.

Als Mensch wär ich schon neunzig Jahre.
Sie werden drum es mir verzeihn,
wenn ich ~~als~~^{lang} hart auf ihre Haare
die Pfoten lege. Sie wissen, so allein,
wie Hunde sind, sind Menschen nie.

In Wahrheit sehn' ich mich nach weichen Kissen,
und hab es satt, für klüger als ich bin, zu gelten.
Was nutzt das bisschen Butter auf den Bissen?
Ich bin zu ~~alt~~, und meine Haut fängt langsam an zu welken.

Nur Eines wünscht ich heut mitnoch vom Leben,
und Gott erbarmt gewiss sich meiner Pein,
im letzter Stund das Hinterbein zu heben,
und protestierend in die Welt zu schrei'n:
nur weil ich blöde war,
blieb ich solange stubenrein.

Herr von Papen hatte sich in einer – sicher zu diesem Zweck anberaumten – Sitzungspause schnell die dazu notwendige Anordnung seines Reichspräsidenten geholt, deren Begründung noch ungehemmter gegen die Verfassung verstieß als die früher zitierten. Der Reichstag sei aufzulösen, ordnete Herr von Hindenburg an, «weil die Gefahr besteht, dass der Reichstag die Aufhebung meiner Notverordnung vom 4. September dieses Jahres verlangt».

Diese Begründung stimmte zwar schon nicht mehr so recht, als Herrn von Papen das Wort zu ihrer Verlesung erteilt wurde, weil der Reichstagspräsident Hermann Göring, der zwei Wochen vorher in dieses Amt gewählt worden war – wobei die Abgeordneten des Zentrums für ihn gestimmt hatten! –, inzwischen über den Antrag auf Aufhebung der Notver-

Reichsgesetzblatt

Teil I

1932

Ausgegeben zu Berlin, den 12. September 1932

Nr. 60

Inhalt: Verordnung des Reichspräsidenten über die Auflösung des Reichstags. Vom 12. September 1932 . . . S. 441

Verordnung des Reichspräsidenten über die Auflösung des Reichstags. Vom 12. September 1932.

Auf Grund des Artikels 25 der Reichsverfassung löse ich den Reichstag auf, weil die Gefahr besteht, daß der Reichstag die Aufhebung meiner Notverordnung vom 4. September d. J. verlangt.

Berlin, den 12. September 1932.

Der Reichspräsident
von Hindenburg

Der Reichskanzler
von Papen

Der Reichsminister des Innern
Freiherr von Gasi

Das Reichsgesetzblatt erscheint in zwei getrennten Teilen — Teil I und Teil II —.

Fortlaufender Bezug nur durch die Postanstalten. Bezugspreis vierteljährlich für Teil I = 1,10 M., für Teil II = 1,50 M. Einzelbezug jeder (auch jeder älteren) Nummer nur vom Reichsverlagsamt, Berlin SW 40, Schwanenstraße 4 (Postfach 96 200). Preis für den achteiligen Bogen 15 Pf., aus abgelaufenen Jahrgängen 10 Pf. einschließlich der Postzuschlaggebühren. Bei größeren Bestellungen 10 bis 40 v. H. Preisermäßigung.

Druckort: Berlin, gedruckt in der Reichsdruckerei.

ordnung hatte abstimmen lassen. Doch das tat schon nichts mehr zur Sache. Herrn Göring und denen, in deren Auftrag er handelte, war es wichtiger, dass der Reichskanzler, Herr von Papen, der sowieso nicht mehr lange am Ruder bleiben sollte, vorgeführt bekam, auf wie schwachen Füßen seine Regierung stand.

Auch durch diesen eklatanten Verfassungsbruch wurde die rechte SPD-Führung nicht dazu bewegt, auf die von der KPD erneut erhobene Forderung zur Bildung einer Einheitsfront aller, die es ernst meinten mit dem Kampf gegen den drohenden Faschismus, einzugehen. Doch die Arbeiter in den Betrieben, die die Auswirkungen der Notverordnungen unmittelbar zu spüren bekamen, blieben nicht still. Es setzte eine Streikwelle ein, wie es sie seit Jahren nicht gegeben hatte.

Sehr häufig waren aber die von der SPD beherrschten Gewerkschaften nicht bereit, Streikvorhaben der Arbeiter aufzugreifen und die Streikführung zu übernehmen.

Darüber hatten wir damals eine interessante Versammlung der Roten Studentengruppe. Der Referent prangerte die Führung des ADGB – also des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, in dem seit seiner Gründung im Jahr 1919 die rechte SPD-Führung die entscheidende Rolle spielte – ziemlich scharf an und warf ihr vor, die Interessen der Arbeiterklasse zu verraten.

In der Diskussion stand zunächst jemand auf, der – halb ernst, halb hämisch – erklärte: «Die Gewerkschaften können doch gar nicht anders. Die müssten ja sonst gegen die Tolerierungspolitik der SPD auftreten.»

«Und weil die Kommunisten auf Grand ihrer langjährigen Erfahrungen wissen», fiel ein anderer ein, «dass die ADGB-Führung das nie tun wird, haben sie die Sache selbst in die Hand genommen. Und wo unsere RGO, unsere Revolutionäre Gewerkschaftsorganisation, die Sache in die Hand nimmt und zur führenden Kraft in den Streikkämpfen wird, da funktioniert es. Da laufen die Streiks, und es sind keineswegs nur die Kommunisten, die sich den Streiks anschließen.»

Und dann kam die harte Diskussion darüber, wie sich die Kommunisten in der Gewerkschaftsarbeit zu verhalten hätten. Die Mehrheit der Teilnehmer an der Versammlung war, wenn ich mich recht erinnere, im Prinzip für die RGO. Doch waren wir uns damals im Klaren darüber, um was für ein grundsätzliches Problem es ging? Wer von uns wusste bei-

spielsweise, dass es bereits auf dem i. Reichskongress der «Revolutionären Gewerkschaftsopposition Deutschlands» Ende des Jahres 1929 einen heftigen Streit darüber gegeben hatte, ob und wie sich die Mitglieder der RGO innerhalb des AD GB – aus dem sie zum Teil wegen ihrer von der Leitung abweichenden Haltung ausgeschlossen worden waren –, aber auch innerhalb der christlichen Gewerkschaften betätigen sollten? Schon damals und später immer wieder wurden Ansichten vertreten, nach denen Kommunisten die Arbeit in anderen Gewerkschaften ablehnen und eigene Gewerkschaften bilden sollten.

Lenin hat in der schon zitierten Schrift «Der ‚linke Radikalismus‘, die Kinderkrankheit im Kommunismus» mit solchen Auffassungen der «Radikalen» unter den deutschen Kommunisten abgerechnet. Als sinnlos hat er ihre Theorie bezeichnet und als leichtsinnig in bezug auf ihre Haltung zu den Massen, die sie doch erreichen wollten: Um an sie heranzukommen, müsse man «unbedingt dort arbeiten, wo die Massen sind».

Dieser Hinweis Lenins – den wir damals sicher auch nicht kannten – ist in der Folgezeit wohl in allen offiziellen Verlautbarungen der KPD beachtet worden. Doch immer wieder gab es Stimmen, die die andere Ansicht vertraten. Und wir neigten sehr dazu, der Ansicht solcher «Radikaler» zuzustimmen. Sicher war das, besonders aus heutiger Sicht gesehen, nicht richtig. Aber war es nicht erklärlich?

Waren Walter Ulbricht nicht schon im Juni 1928 und Wilhelm Pieck im September desselben Jahres aus dem freigewerkschaftlichen Deutschen Holzarbeiter-Verband ausgeschlossen worden? Und hatte man Ernst Thälmann nicht im April 1931 aus seiner Gewerkschaft hinausgeworfen? Hatten die Gewerkschaften nicht zu oft versagt? War die «Tolerierungspolitik» der SPD, unter deren politischem Einfluss diese Gewerkschaften standen, nicht wirklich untragbar für eine Partei, die vorgab, die Interessen der Arbeiterklasse zu vertreten?

Doch dann ereignete sich etwas, was noch wesentlich komplizierter war. Und zwar im Zusammenhang mit dem berühmten Streik der Berliner Verkehrsarbeiter im November 1932, den die RGO vorbereitet hatte. An der Urabstimmung hatten 85 Prozent aller Arbeiter der Verkehrsbetriebe teilgenommen, von denen sich 79 Prozent für den Streik aussprachen. In der Streikleitung waren neben der RGO, die ihre führende Rolle während des Streiks beibehielt, Vertreter der ADGB sowie der nichtorga-

nisierten Arbeiter. Aber auch die von den Nazis im August 1929 gegründete NSBO (die «Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation») war in der Streikleitung vertreten. Das hatte sie zur Bedingung für die Teilnahme ihrer Mitglieder an dem Streik gemacht. Nach den eigenen Worten Hitlers musste er das zulassen, weil er sonst seine «Anhänger in der Arbeiterschaft verloren» hätte – woraus man entnehmen kann, dass er selbst wusste, dass diese Anhängerschaft weder sehr gross noch ihm sehr ergeben war.

Doch die Teilnahme der NSBO an der Streikleitung war für uns überaus problematisch. Gewiss, die sich dem Streik angeschlossen hatten, waren Arbeiter, gehörten ohne Zweifel zur Arbeiterklasse. Aber sie hatten sich doch hineinziehen lassen in den Sog, der von der Nazi-Partei ausging und immer stärker wurde. Konnte, durfte man trotzdem mit ihnen in einer Front stehen? Musste man sie nicht gerade dadurch zur Umkehr bringen, dass man es ablehnte, mit ihnen zusammenzugehen, solange sie Mitglieder einer zum faschistischen Apparat gehörenden und damit dem Klassenfeind dienenden Organisation waren?

Fragen dieser Art rückten zu jener Zeit – also Ende des Jahres 1932 – mehr und mehr in den Mittelpunkt unserer Diskussionen. Und es erwies sich als weitaus schwieriger, auf solche konkreten politischen Fragen die richtige Antwort zu finden als auf solche, die sich auf die nazistische Irrlehre als solche bezogen. Sie zu widerlegen oder ad absurdum zu führen war kein Kunststück. Aber was sollten wir sagen, wenn uns entgegengehalten wurde, dass sich inzwischen – was leider nicht zu leugnen war – auch die Zahl der Arbeiter erhöhte, die auf solche Losungen wie «Brechung der Zinsknechtschaft», «Kampf den Plutokraten», «Ausrottung des Bolschewismus», «Mehr Lebensraum für das deutsche Volk» und ähnliche hineinfließen.

In unser Denken drängten sich, wenn wir solche ebenso lügnerischen wie gefährlichen Parolen hörten, Erinnerungen an unsere Schulzeit, daran, dass wir bereits in den untersten Klassen solche Lieder zu singen hatten, wie «Kein schöner Tod ist in der Welt, als wer vom Feind erschlagen ...» oder «Der Gott der Eisen wachsen liess, der kannte keine Knechte, drum gab er Degen, Schwert und Spiess dem Mann in seine Rechte». Und uns wurde dabei deutlich, dass Menschen, die mit einer Nationalhymne aufgewachsen waren, die mit den Worten begann «Deutschland, Deutschland über alles, über alles in der Welt», genau das in ihre Köpfe

eingepägt und eingedroschen bekommen hatten, woran die Nationalsozialisten anknüpften.

Gerade solche Erinnerungen und Gedanken erwiesen sich für Diskussionen mit denen, die der Naziideologie erlegen waren, als nützlich. Hatten wir doch inzwischen gelernt, welches der Weg ist, der aus Ideologien solcher Art herausführt.

Trotzdem blieben die Diskussionen schwierig. Besonders dann, wenn es sich um die Klärung von Situationen handelte, in denen man gewissermaßen nach zwei Seiten zu argumentieren hatte, wie beispielsweise bei der schon erwähnten Streikbeteiligung von NSBO-Mitgliedern, also von Nazisten. Da ging es auf der einen Seite darum, die Gewerkschafter, die auf dem Standpunkt standen, in solchen Fällen müsse man sich aus dem Streik zurückziehen, davon zu überzeugen, dass das Unsinn sei. Und auf der anderen Seite war es nötig, mit den mitstreikenden Nazis zu reden, die entweder völlig verbohrt waren oder aber – und um die vor allem ging es – selbst nicht wussten, wo sie nun als Arbeiter hingehörten.

Es war eine Situation, in welcher die Reichstagswahlen, die am 6. November 1932 stattfanden, von vielen kaum noch zur Kenntnis genommen wurden. Zu sehr hatte man sich schon daran gewöhnt, dass der Reichstag nichts mehr zu sagen hatte. Gewiss, das war falsch und schlecht. Aber es war so. Und nicht wenige stellten die Frage: «Wozu der ganze Aufwand?»

Wir bemühten uns, trotzdem bei der Stange zu bleiben. Wieder leisteten wir – diesmal schon mit mehr Erfahrung – Wahlhilfe und warteten – weniger gespannt als bei den letzten Wahlen – auf die Ergebnisse.

Und als sie vorlagen, stellten wir fest, dass etwas geschehen war, womit wir überhaupt nicht gerechnet hatten: Die Zahl der für die Nazipartei abgegebenen Stimmen, die bei den letzten beiden Wahlen so immens angestiegen war, hatte sich um mehr als zwei Millionen verringert.

Es gab auch andere Ergebnisse, die wichtig waren: Die KPD hatte ihre Stimmzahl wieder wesentlich erhöht und war mit 100 Abgeordneten zur drittstärksten Fraktion im Reichstag geworden; die SPD hatte ungefähr so viel Stimmen verloren, wie die KPD gewonnen hatte. Das aber nahmen wir kaum zur Kenntnis. Uns beschäftigte der Stimmenverlust der Hitlerpartei.

Wieder sassen wir zusammen und überlegten und diskutierten. Was

hat das zu bedeuten, fragten wir uns. Ist es der Anfang vom Ende? Das wäre zu schön, um wahr zu sein, dachten wir. Wir glaubten es nicht und wagten es nicht einmal zu hoffen. Zu sehr waren wir davon überzeugt, dass die Kräfte, die Herrn Hitler und seine Partei finanzierten, die ihn auf den Stuhl des Regierungschefs setzen und mit der Weimarer Demokratie Schluss machen wollten, nicht aufgeben würden. Es war doch so gut gegangen bisher mit Hitler und seiner Partei. Um das Siebzehnfache war die Zahl der für seine Partei abgegebenen Stimmen vom Mai 1928 bis zum 31. Juli 1932 angestiegen. Nahezu 14 Millionen Wähler hatten im Juli für ihn gestimmt, das waren fast 38 Prozent aller Wähler. Und den Legalitätseid hatte Hitler auch geschworen. Da fehlte doch nur noch so wenig, um ihm «legal» zur Macht zu verhelfen.

Und nun? Nach dem Verlust von zwei Millionen Stimmen? Wie sollte es jetzt weitergehen?

Sicher stellte man sich in der Spitze der Nazi­partei selbst und in den Kreisen des Monopol­kapitals, die Hitler an die Macht bringen wollten, dieselbe Frage, die wir uns gestellt haben: Sollte das der Anfang vom Ende sein?

Doch diese Herren begnügten sich nicht mit einer solchen Fragestellung. Sie waren nicht «blöde». Sie wussten zu genau, was sie wollten. Sie handelten.

Es waren noch keine zwei Wochen seit den Wahlen vergangen, da musste die Regierung Papen zurücktreten. Sie hatte es weder geschafft, die von den Industrie- und Finanzgewaltigen geforderten einschneidenden, gegen die arbeitenden Menschen gerichteten Massnahmen durchzusetzen, noch war sie zu einem tragbaren Arrangement für die Übergabe der Macht an Hitler gekommen.

Wieder war eine Etappe auf dem Weg zum offenen Faschismus abgeschlossen. Wieder rief die KPD zum gemeinsamen Kampf in der antifaschistischen Aktion auf. Wieder machten die SPD und die freien Gewerkschaften nicht mit.

Und kaum waren zwei weitere Wochen ins Land gegangen, da war der neue Reichskanzler – der zugleich auch zum Reichskommissar von Preussen ernannt wurde – da: Es war der bisherige Reichswehrminister von Schleicher, der hinter den Kulissen schon seit längerer Zeit eifrigst für Hitler agiert hatte.

Auch dieses Mal war es auf der linken Seite nur die KPD, die klar erkannte, was da gespielt wurde. Schon am nächsten Tag, am 4. Dezember 1932, nannte Ernst Thälmann auf einer Bezirkskonferenz der KPD die



Dinge beim Namen, indem er die Schleicher-Regierung «als ein Übergangskabinett, als ein Platzhalterkabinett zur Vorbereitung einer Hitlerkoalition bzw. Hitlerregierung» bezeichnete.

Und was tat die SPD-Führung? Einer ihrer prominentesten Repräsentanten, der AD GB-Vorsitzende Theodor Leipart, hatte am 28. November eine Unterredung mit dem Kanzlerkandidaten Schleicher, deren Hauptgegenstand die Bedingungen waren, unter denen der ADGB bereit sei, eine Schleicher-Regierung zu tolerieren.

Auf der rechten Seite war man besser orientiert und sah die Dinge nüchterner. Die ‚Deutsche Allgemeine Zeitung‘ – ein reaktionäres Blatt der deutschen Schwerindustrie – veröffentlichte am 5. Dezember 1932 einen Artikel, in dem es hiess, dass die Bildung dieser Regierung nur erfolgt sei, um «der deutschen Politik eine Atempause von zwölf Wochen zu verschaffen, in der ... zwischen den Inhabern der Gewalt und Hitler verhandelt werden kann».

So deutlich liessen sie es schreiben. Woraus man schliessen kann: So sicher waren sie ihrer Sache.

Und wie sie es hatten schreiben lassen, so handelten sie. Das allerdings zunächst hinter verschlossenen Türen. Es begann am 4. Januar 1935 mit dem Gespräch in Köln, im Hause des Bankiers Freiherr von Schroeder, der die ersten konkreten Verhandlungen mit Herrn von Papen und dem Nazichef Hitler über die Möglichkeiten und die Aufgaben einer Regierung führte, deren Reichskanzler Hitler hiess. Und es setzte sich im Lauf des Monats Januar in einer Reihe von Verhandlungen und Gesprächen fort, an denen Vertreter der entscheidenden Kräfte des Monopol- und Finanzkapitals, der reaktionären Deutschnationalen Volkspartei – in welcher der Zeitungs- und UFA-Chef Hugenberg die entscheidende Rolle spielte – und natürlich der nun immer mehr und immer sicherer zur Macht drängenden NSDAP teilnahmen.

Der 30. Januar 1933

Am 28. Januar 1933 war es so weit, dass der nächste öffentliche Schritt getan werden konnte: Die Regierung Schleicher trat zurück. Sie hatte die Aufgabe als «Platzhalterkabinett» erfüllt. Noch bevor die zwölf Wochen, die die ‚Deutsche Allgemeine Zeitung‘ als Atempause für notwendig gehalten hatte, vergangen waren, hatten sich die, in deren Hände jetzt die Entscheidung über das Schicksal Deutschlands lag, geeinigt: Zwei Tage später, am 30. Januar 1933, wir wissen es, war Adolf Hitler Reichskanzler. Und am nächsten Tag löste der Reichspräsident Herr von Hindenburg auf Antrag des neuen Reichskanzlers den Reichstag auf.

Alles war ganz «legal» vor sich gegangen. Oder war es nach Artikel 55 der Weimarer Verfassung nicht das Recht – und damit gegebenenfalls auch die Pflicht – des Reichspräsidenten, einen neuen Reichskanzler zu ernennen, wenn der alte zurückgetreten war? Gab ihm Artikel 25 der Verfassung nicht die Befugnis, den Reichstag aufzulösen? Und warum sollte er diese Möglichkeit, von der sein Amtsvorgänger Ebert und er selbst bei allen Reichstagen, die es in der Weimarer Republik gegeben hatte, Gebrauch gemacht hatten, ausgerechnet dieses Mal ungenutzt lassen?

Die Weimarer Verfassung war schon sehr brauchbar für solche Situationen und ihre «Lösung». Und Hitler konnte sich auf diese Verfassung – die ja dann auch während der gesamten zwölf Jahre Naziherrschaft formell in Kraft blieb – berufen und erklären, dass er legal zur Macht gekommen sei und seinen vor dem Reichsgericht in Leipzig geschworenen Eid nicht gebrochen habe.

Ich versuche, mich in die damalige Situation zurückzusetzen und mir zu vergegenwärtigen, wie wir auf dieses Ereignis reagierten. Es ist sehr schwer. Wussten wir, die wir uns vorher so viel mit dieser Frage beschäftigt hatten, was wirklich geschehen war, als der Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg dem Gefreiten Adolf Hitler – der noch dazu gebürtiger Österreicher und erst seit Kurzem deutscher Reichsbürger war – die Macht im Staat übergeben hatte? Waren wir uns darüber klar, was mit solch einer Macht in der Hand eines solchen Menschen angeordnet werden konnte? Hatten wir eine Vorstellung davon, wie wir uns jetzt, in der ganz neuen, ganz anderen Situation zu den Sozialdemokraten und – was wieder etwas anderes war – zu der rechten SPD-Führung verhalten sollten? Galt die in der letzten Zeit von der KPD-Führung herausgegebene Losung von der antifaschistischen Einheitsfrontpolitik auch jetzt noch? Musste man nicht zumindest der Führung der SPD vorhalten, dass sie durch ihre Politik – beginnend mit der Bewilligung der Kriegskredite im Jahr 1914 über das Abwürgen der Novemberrevolution bis zu all dem, was sie in den 15 Jahren Weimarer Republik getan oder zumindest geduldet hatte – ihr gut Teil dazu beigetragen hatte, dass es zu diesem 30. Januar kommen konnte?

Solche Fragen wurden nach dieser «legalen» Machtübernahme durch die Nazis auf neue Weise aktuell. Und daraus, dass wir diese Fragen stellen, dass wir keineswegs sofort eine klare Antwort auf sie wussten, sondern auf das Heftigste über sie diskutierten, ergibt sich – jedenfalls wenn man es jetzt rückblickend betrachtet und zu analysieren versucht –, dass wir uns zunächst keineswegs voll darüber klar waren, was die später so genannte «Machtergreifung» wirklich bedeutete. Noch konnten wir ja beispielsweise die Versammlungen der Roten Studentengruppe durchführen, obzwar wir uns dabei schon nicht mehr ganz legal vorkamen. Noch war die KPD eine offiziell zugelassene Partei und konnte formell ihre Versammlungen abhalten und ihre Zeitungen herausgeben, wenngleich sie durch die am 4. Februar 1933 erlassene «Verordnung zum

Schutze des deutschen Volkes» – natürlich wieder eine Notverordnung – praktisch in die Illegalität getrieben wurde. Aber hatte es unter den vorhergehenden Regierungen, besonders den sogenannten Präsidialregierungen, nicht auch schon solche scheinbar objektiv formulierten, in Wahrheit aber eindeutig gegen die Linken gerichteten Gesetze und Verordnungen gegeben?

Erhielten wir als «Rote Studenten» nicht auch noch nach dem 30. Januar Flugblätter und Klebezettel, die wir in den späten Abendstunden in den Stadtteilen, die uns zugewiesen waren, an Wänden und Bäumen anbrachten? Natürlich war es gefährlicher als bisher. Der plötzliche Ruf «Achtung!», wenn wir gerade beim Ankleben waren, erschreckte uns jetzt mehr. Dafür waren wir umso stolzer, wenn es uns gelungen war, unseren Auftrag auszuführen, ohne geschnappt zu werden und ohne genötigt gewesen zu sein, die Flugblätter wegzuworfen oder zu verstecken.

Wir begannen in dieser Zeit sogar, in einem kleinen Kreis von vier oder fünf Genossen der Roten Studentengruppe «Das Kapital» von Karl Marx zu studieren. Richtig von der ersten Seite an, ganz systematisch. (Den ersten Band des «Kapitals», nach dem ich damals studierte, eine «Volksausgabe», besorgt vom Marx-Engels-Lenin-Institut in Moskau, erschienen im Verlag für Literatur und Politik, Wien – Berlin im Jahr 1932, habe ich übrigens über die Zeiten hinweggerettet.)

Führt man sich das vom heutigen Blickpunkt aus vor Augen, so kann man sich eines Lächelns kaum erwehren. Wozu, so ist man geneigt zu fragen, sollte das damals, in dieser Situation, gut sein? Doch wir sahen das anders. Ein Marxist musste natürlich das Grundwerk des Marxismus kennen. Also mussten wir es studieren. Und das taten wir, rundum immer bei einem von uns in seinem möblierten Zimmer, soweit die Vermieter nicht ausgemachte Nazis waren. Ich wohnte in Charlottenburg in der Leonhardstrasse bei einem jüdischen Briefmarkenhändler. Da hatten wir nichts zu befürchten.

So ungefähr sah das meiner Erinnerung nach in den ersten Wochen nach dem 30. Januar 1933 bei uns aus. Wir hörten und lasen in den Zeitungen von den Protestaktionen, den Demonstrationen und den Streiks gegen die Hitlerregierung in Berlin und in fast allen grossen Städten, von den Demonstrationsverboten für die KPD in einigen Ländern. Wir erfuhren, dass die KPD immer wieder zur Einheitsfront mit der SPD aufrief und dass diesen Aufrufen an einigen Orten entsprechende Aktionen folg-

ten. Wir erhielten auch die ersten Nachrichten von Terrormassnahmen, besonders gegen Kommunisten, und von Ausschreitungen gegen Juden.

Und doch, und doch. Je mehr ich versuche, mich in die damalige Zeit zurückzusetzen und das, was sich damals in unseren Köpfen abspielte, mit dem zu vergleichen, was dann von dem Hitlerstaat wirklich ange richtet wurde, umso mehr wird mir klar, dass wir nicht voll begriffen hatten, was am 30. Januar 1933 geschehen war.

Der Reichstagsbrand

Doch dann kam ein besonderer Tag. Es war der 27. Februar 1933. Wir hatten in dem Hinterzimmer einer Berliner Kneipe in der Nähe der Friedrichstrasse – genau kann ich nicht mehr sagen, wo sie sich befand; zu viel hat sich inzwischen dort verändert – eine Versammlung der Roten Studentengruppe gehabt. Krischan und ich gingen von dort zum Bahnhof Friedrichstrasse, um mit der S-Bahn gen Charlottenburg zu fahren, wo wir beide unsere möblierten Zimmer hatten. Als wir – noch vor dem Lehrter Bahnhof – aus dem Fenster blickten, sahen wir grosse Flammen über die Bäume des Tiergartens hinweg zum Himmel schlagen. Natürlich wollten wir wissen, was da passiert war. Also stiegen wir am Lehrter Bahnhof aus, eilten die Treppen hinunter und liefen auf die Flammen zu. Wir brauchten nicht lange, bis wir wussten, was da brannte. Es war der Deutsche Reichstag, das Gebäude des Parlaments des deutschen Volkes.

Uns überkam ein seltsames Gefühl. Wir sprachen kaum ein Wort. Wir wollten nur so schnell wie möglich an der Brandstelle sein, um zu sehen, was sich da tat. In der Umgegend war kaum jemand zu sehen. Jeden Augenblick damit rechnend, angehalten zu werden, eilten wir weiter und kamen wirklich bis nahe an das brennende Gebäude heran. Es mögen fünfzig bis hundert Meter zwischen uns und dem Reichstag gelegen haben, als wir stehenblieben, weil wir jetzt alles sehen konnten. Es war ein irgendwie beeindruckendes Bild, wie da aus dem grossen Gebäude die Flammen in den dunklen Abendhimmel stiegen. Ein Bild, das ich heute noch vor mir sehe, für das wir aber an diesem Abend nicht empfänglich waren. Uns bewegte ganz etwas anderes. Von dem Augenblick an, in dem

wir erkannt hatten, dass es das Reichstagsgebäude war, das brannte, war uns klar, dass wir auf seltsame und wirklich zufällige Weise Zeugen eines politischen Ereignisses von hohem Rang geworden waren.

Wir blieben nicht lange stehen. Was sollten wir, was konnten wir mehr sehen, ohne in das Gebäude hineinzugehen, was selbstverständlich unmöglich war. Und wozu sollten wir uns Begegnungen mit irgendwelchen, uns sicher sehr wenig gewogenen Leuten und vielleicht sogar Vernehmungen unliebsamer Art aussetzen? Wir sahen uns an. Einer von uns sagte: «Gehen wir.» Der andere nickte zustimmend. Und wir gingen.

Wir gingen sehr schnell, denn uns wurde immer mehr bewusst, dass es für zwei Jurastudenten, die von einer Versammlung der Roten Studentengruppe kamen, nicht sehr angenehm werden würde, wenn sie vielleicht von einem SA-Trupp angehalten und gefragt werden würden, woher sie kämen und was sie hier gesucht hätten.

So gelangten wir – noch wenig redend, aber viel denkend – zum Lehrter Bahnhof, setzten uns in unseren Zug, fuhren bis zum Bahnhof Charlottenburg und gingen dann zu Krischan.

Noch immer hatten wir nicht viel gesprochen. Irgendetwas hatte uns daran gehindert. War es die Sorge, dass jemand hätte hören können, was wir sagten? Oder wussten wir einfach nicht, was wir sagen sollten? Ich weiss es nicht mehr.

In Krischans Zimmer setzten wir uns hin, sahen einander an und wussten nicht, ob wir lachen oder weinen sollten.

«Was war denn nun wirklich los?» fragte ich.

«Auf jeden Fall war das kein gewöhnlicher Brand», antwortete Krischan. «Und von Adolf Hitler werden wir bestimmt nicht erfahren, wer ihn gelegt hat.»

«Stell doch mal den Radioapparat an», sagte ich.

Krischan tat es, und es ertönte schneidige Marschmusik, wie sie um diese Zeit – abends nach 22.00 Uhr – nicht üblich war. Doch sie passte in den Rahmen dessen hinein, was uns nach dem, was wir gesehen hatten, innerlich beschäftigte.

Und dann hörte die Musik auf – ob mit dem Schluss des Musikstücks oder mitten hinein, weiss ich nicht mehr –, und ein Rundfunksprecher kündigte an, dass gleich eine wichtige Meldung durchgegeben werden würde, die wegen ihrer Bedeutung nicht bis zur nächsten Nachrichtensendung zurückgehalten werden könne. Nach einer kurzen Pause kam die Meldung: «Der Reichstag brennt?» Nun, das wussten wir. Aber was wür-

de nun kommen? Was folgte, war so abenteuerlich, dass es allein schon deshalb völlig unglaublich war. Berichtet wurde nämlich, dass der Täter, ein holländischer Kommunist namens ... (der Name klang irgendwie ausländisch, wir nahmen ihn nicht in unser Gedächtnis auf), den man im Reichstagsgebäude nur mit einer Hose bekleidet entdeckt hätte, ein volles Geständnis abgelegt habe. Bei ihm sei ein holländischer Reisepass und ein Mitgliedsbuch der holländischen Kommunistischen Partei gefunden worden.

Da die Musik wieder einsetzte, stellte Krischan den Radioapparat auf leise. Sollte noch etwas durchgesagt werden, würden wir es merken und könnten den Apparat wieder etwas lauter stellen.

«So ungefähr habe ich mir das gedacht», sagte Krischan. «Ein schöner Wahlschlager», meinte ich. «Er passt genau in ihre Konzeption von den Kommunisten als Bürgerschreck.» «Das sicher auch», antwortete Krischan. «Doch ich fürchte, es geht um mehr und um Schlimmeres als um die Wahlen. Ich sehe da einen Zusammenhang mit den Meldungen über die Durchsuchung und Schliessung des Karl-Liebnecht-Hauses, bei der sie angeblich auf Katakomben – mitten in der Stadt, wenige hundert Meter vom Alexanderplatz entfernt! – gestossen sind.» Er griff zu einer Zeitung und wies auf eine rot angestrichene Stelle: «Sogar die brave ‚Vossische Zeitung‘ meldete, dass bei der Durchsuchung eine ganze Reihe von Flugblättern der KPD beschlagnahmt worden seien, die zu hochverräterischer Betätigung oder zu Gewalttätigkeiten aufforderten. Und hier: ‚In den unterirdischen Räumen lagen viele hundert Zentner hochverräterischen Materials« – viele hundert Zentner!, stell’ dir das mal vor! –, in dem ‚zum bewaffneten Umsturz, zur blutigen Revolution‘ aufgerufen wird, bei der ‚zunächst ... überall angesehene Bürger festgenommen und erschossen werden sollen‘. Da steckt doch System dahinter!»

«Dazu passt ja auch Görings Erlass über die Einberufung von sogenannten Hilfspolizisten», fügte ich hinzu.

«Genau», rief Krischan, «hier ist die Meldung: «Die zunehmenden Ausschreitungen von linksradikaler, insbesondere kommunistischer Seite haben das nötig gemacht, weil sie» – so steht es hier im «Völkischen Beobachter» geschrieben – ‚zu einer unerträglichen, ständigen Bedrohung der staatsbewussten Bevölkerung geführt haben‘.»

Im Radio begann wieder die Ansage des Nachrichtensprechers. Wir stellten den Apparat auf grössere Lautstärke. Es kam aber nur die Wie-

derholung der ersten Meldung. Der Name des angeblichen Täters begann mit «van», schien uns aber anders zu klingen als das erste Mal. (Das war kein Wunder, denn die ersten Zeitungsmeldungen in den nächsten Tagen brachten verschiedene Namen: von Dergen, van Derling, van der Lübbe und dann van der Lubbe.)

Wir wurden immer nachdenklicher. «Ich fürchte, das ist der Beginn einer sehr bösen, einer sehr schweren Zeit», sagte Krischan schliesslich. «Diese Verbrecher haben jetzt bewiesen, wessen sie fähig sind.» «Mal sehen, was die Zeitungen morgen bringen», erwiderte ich und stand auf. «Ich glaube, es ist Zeit, schlafen zu gehen.» Wir drückten uns die Hand, und ich ging.

Am nächsten Morgen richtete ich es so ein, dass ich frühzeitig in der Universität war, um im Leseraum gleich die Zeitungen lesen zu können. Für die Stadtbahnfahrt hatte ich mir am Zeitungskiosk die ‚Vossische Zeitung‘ gekauft. Auf ihrer Titelseite stand in grossen Lettern die Hauptschlagzeile: «DER REICHSTAG BRENNT». Auf der zweiten Seite befand sich ein Beitrag mit der Überschrift: «Das Geständnis van Lübbes.» Nach einer Beschreibung seiner Person hiess es dort: «Er bleibt auch jetzt dabei, die Tat allein begangen zu haben. Man rechnet auch für die kommende Nacht mit energischen Massnahmen der Polizei, insbesondere mit weiteren Verhaftungen. Das gründet sich besonders darauf, dass man nicht daran glaubt, Lübbe habe die Tat allein begangen ...»

In diesem Ton ging es weiter; auch in den anderen Zeitungen, die ich in der Universität, wo der Andrang nach Zeitungen naturgemäss sehr gross war, zu lesen bekam. Dass der «Völkische Beobachter» mit seinen Lügenmeldungen an der Spitze lag, versteht sich. In seinem Bericht über das Geständnis *der* kommunistischen Brandstifter» – man beachte den Plural! – steht der nackte Satz: «Als Täter kommen Kommunisten in Frage.» Im nächsten Absatz folgt die «Begründung»: «Die Kommunisten haben in der letzten Woche ihr Fraktionszimmer im Reichstag zu einem Treffpunkt ihres Gesindels gemacht. Schon zu wiederholten Malen fanden in den kommunistischen Fraktionszimmern Sitzungen statt, die den Charakter von Geheimversammlungen hatten...»

Ein weiterer Artikel auf der ersten Seite des «Völkischen Beobachters» ist überschrieben mit «Das Flammenzeichen» und beginnt so: «Mit der Brandstiftung im Reichstag hat der Kommunismus in Deutschland über die Morde hinaus den Weg zu jener Art seiner Tätigkeit gefun-

den, die seit den Petroleusen der Pariser Kommune stets die Sehnsucht des Untermenschentums gewesen ist.» Und er endet mit dem Satz: «Die Untaten häufen sich, das Netz zieht sich aber auch über der politisch getarnten Verbrecherorganisation zusammen.

Sie soll die Konsequenzen ihres Tuns zu spüren bekommen.»

In den Abendausgaben der Zeitungen wurde sichtbar, wie sich diese Androhung auszuwirken begann. Die Hauptschlagzeile auf der ersten Seite der ‚Vossischen Zeitung‘ vom Abend des 28. Februar lautete: «Neue Notverordnung in Sicht.» Und der Untertitel: «Schärfste Massnahmen zum Schutz des deutschen Volkes vor der kommunistischen Gefahr angekündigt.» Im Text war da zu lesen: «Von amtlicher Seite wird hinzugefügt, es sei einwandfrei erwiesen, dass kommunistische Führer mit der Brandstiftung in direktem Zusammenhang stehen, und ferner, dass Kommunisten Terrorakte vorbereitet haben, gegen die ein sofortiges Einschreiten mit den allerschärfsten Mitteln sich als notwendig erweise...»

Dann folgt – alles in derselben Zeitung – die Überschrift: «Erste amtliche Darstellung.» Da heisst es: «Gegen zwei führende kommunistische Reichstagsabgeordnete ist wegen dringenden Tatverdachts Haftbefehl erlassen. Die übrigen Abgeordneten und Funktionäre der Kommunistischen Partei wurden in Schutzhaft genommen. Die kommunistischen Zeitungen, Zeitschriften, Flugblätter und Plakate sind auf vier Wochen verboten. Auf vierzehn Tage verboten sind sämtliche Zeitungen ... der Sozialdemokratischen Partei, da der Brandstifter an dem Reichstag in seinem Geständnis die Verbindung mit der SPD zugegeben hat. Durch dieses Geständnis ist die kommunistisch-sozialdemokratische Einheitsfront offenbare Tatsache geworden ...»

Das stand in der «Ersten amtlichen Darstellung» über den Reichstagsbrand, herausgegeben vom «Amtlichen Preussischen Pressedienst». Was die KPD immer und immer wieder gefordert, was einsichtige Mitglieder und nach und nach auch immer mehr Funktionäre der SPD verlangt hatten, was aber von den rechten SPD-Führern verhindert worden war: die Einheitsfront aller Antifaschisten – hier wurde sie als «offenbare Tatsache» hingestellt. Weil der angebliche Reichstagsbrandstifter angeblich von einer Verbindung zur SPD gesprochen hatte. Und weil so etwas der Hitlerregierung den willkommenen Anlass für ihre bereits am 28. Februar erlassene Notverordnung «Zum Schutz von Volk und Staat»

bot, durch welche die sogenannten Grundrechte der Weimarer Verfassung aufgehoben wurden und der Regierung, wie das ‚Berliner Tageblatt‘ vom 1. März 1933 eine entsprechende Verlautbarung zitierte, die Möglichkeit geboten werden sollte, «mit aller Brutalität gegen die Kommunisten vorzugehen».

So sah das aus. So setzte sich in Aktion, was den Namen Faschismus trug. Und das war erst der Anfang. Wenngleich es nicht der erste Schritt war, der enthüllte, was «offene faschistische Diktatur» – so hatte die KPD die Hitlerregierung bereits in ihrem Aufruf zum Generalstreik vom 30. Januar 1933 charakterisiert – bedeutete. Den ersten solchen Schritt hatte Hitler höchstselbst getan, als er noch am Abend des Reichstagsbrandes von der Brandstelle aus, noch ehe die «Vernehmung» van der Lubbes abgeschlossen war – falls sie überhaupt stattgefunden hat! –, ausrief: «Das ist ein von Gott gegebenes Zeichen. Niemand wird uns nun daran hindern, die Kommunisten mit eiserner Faust zu vernichten.»

Dass alles gelogen war, was von den Nationalsozialisten, ihren Finanziers, ihrer Presse und ihren Mitgängern im Zusammenhang mit dem Reichstagsbrand gesagt wurde, dass sie sich am laufenden Band selbst widersprachen, dass sie alles für den Brand und die nachfolgenden Terrormassnahmen – einschliesslich der «Verordnung zum Schutz von Volk und Staat» vom 28. Februar 1933 – bis in die Einzelheiten vorbereitet hatten, ist inzwischen viele Male beschrieben und dargestellt worden.

Nachgewiesen wurde es zum ersten Mal in dem sogenannten Gegenprozess, der vom 14. bis 20. September 1933 – also vor dem Leipziger Reichstagsbrandprozess – in London stattfand. Damals bereits wurde festgestellt, dass – obwohl sich der Wahlkampf auf dem Höhepunkt befand – weder Hitler noch Goebbels am 27. Februar für eine Wahlversammlung vorgesehen waren. Ein Blick in die verschiedenen Ausgaben des «Völkischen Beobachters», die in der Woche vor dem Reichstagsbrand erschienen, zeigt, dass es in der Zeit vom 23. bis zum 28. Februar in jeder Ausgabe eine gesonderte Spalte darüber gab, wann und wo «der Führer» in Kundgebungen zur Vorbereitung der Reichstagswahlen, die am 5. März stattfinden sollten, sprechen würde. In allen diesen Ankündigungen waren die Tage vom 26. bis zum 28. Februar ausgespart. Das war eindeutig – wobei es recht merkwürdig anmutet, wenn man jetzt in jeder dieser Ankündigungen liest, dass es «Unklarheiten» über diese Termine gegeben habe. Doch den Höhepunkt nazistischer Berichterstat-

tung gab es in der norddeutschen Ausgabe des «Völkischen Beobachters» vom 28. Februar. Diese Zeitung brachte auf der Titelseite eine offenbar in letzter Minute eingegangene – und eingefügte – Meldung aus Berlin vom 27. Februar mit der Überschrift «Der Führer in Berlin», nach der dieser «am Vormittag (dieses 27. Februar – W.W.) wieder in Berlin ein(traf), wo er sofort seine amtlichen Geschäfte aufnahm».

Doch nach der zweiten Seite dieser selben Zeitung stimmte das gar nicht. Da war nämlich ein «Drahtbericht unseres HS-Berichterstatters» aus Nürnberg, ebenfalls vom 27. Februar, mit der Überschrift «Hitlertag in der Stadt der Meistersinger» zu lesen, in dem es hiess: «Um 6.00 Uhr traf der Führer, von einer begeisterten Volksmenge erwartet, auf dem Flughafen Nürnberg-Fürth ein ... Nach einer Reihe wichtiger Besprechungen sprach der Führer am Abend in der Festhalle.» Und dann folgt die seltsame Mitteilung: «Diesmal wurde die Rede nicht durch den Rundfunk übertragen, da die Rede des Ministers Goering über die deutschen Sender ging.»

Dieser 27. Februar war, es muss noch einmal gesagt werden, der Tag, an dem der Reichstag brannte, an dem sowohl Hitler wie Göring sehr bald nach dem Ausbruch des Brandes an der Brandstätte erschienen und Hitler, nachdem er von dem «von Gott gegebenen Zeichen» gesprochen hatte, zu einem ausländischen Journalisten sagte: «Sie sind Zeuge einer grossen neuen Epoche in der deutschen Geschichte. Dieser Brand ist ihr Beginn.» Dieses «historische Ereignis», das die Schlagzeilen sowohl der Berliner wie der Münchener Ausgabe des «Völkischen Beobachters» – und auch die der anderen Berliner Zeitungen – vom 28. Februar 1935 prägte, wurde in der norddeutschen Ausgabe des «Völkischen Beobachters» nicht mit einem Wort erwähnt.

Jahre danach berichtete mir ein befreundeter Journalist, dass der «Propagandaminister» Goebbels auf einer Pressekonferenz den klassischen Satz ausgesprochen habe: «Was ich Ihnen hier sage, ist keine Propaganda. Es ist die Wahrheit!» Ob der sein Metier – so, wie er es verstand – recht sehr beherrschende Goebbels im Augenblick, in dem er diesen Satz aussprach, genau wusste, was er da gesagt hatte, kann bezweifelt werden. Doch passte es sehr gut zu der Art und Weise, mit der schon zu Beginn des Jahres 1933 die Zeitungsleser «informiert» wurden.

Hitler hatte in seinem Gespräch mit dem ausländischen Journalisten

von einer «neuen Epoche» gesprochen, die begonnen habe. Hier hat er wirklich einmal die Wahrheit gesagt. Denn mit dem Reichstagsbrand begann eine neue Epoche für Deutschland – allerdings keine grosse, sondern eine so grauenhafte, wie es sie in der deutschen Geschichte noch nicht gegeben hatte.

So gesehen, kann man den ersten Monat der Naziherrschaft als eine Art Anlaufperiode bezeichnen. Sie begann mit der sogenannten Machtergreifung, die sich formell in ihrer verfassungsrechtlichen Struktur – einschliesslich der ihr folgenden Auflösung des Reichstages durch den Reichspräsidenten – in nichts von der Übergabe der Regierungsgeschäfte an Herrn von Papen und Herrn von Schleicher, ja, im Prinzip auch nicht von der an den Zentrumsolitiker Herrn Brüning unterschied. Und sie sollte wahrscheinlich mit den Reichstagswahlen am 5. März 1933 enden, durch die Hitler die Zweidrittelmehrheit im Reichstag erreichen wollte. Denn mit ihrer Hilfe hätte er sich dann durch ein «Ermächtigungsgesetz» – genauso «legal», wie er am 30. Januar die Regierungsgeschäfte übertragen bekommen hatte – aller verfassungsrechtlichen Beschränkungen entledigen können.

Krischan und ich hatten schon an dem Abend des Reichstagsbrandes, als wir in seinem Zimmer zusammensassen und uns fragten, was da geschehen sei, über den Zusammenhang zwischen diesem Geschehnis und den bevorstehenden Reichstagswahlen gesprochen. In den folgenden Tagen kamen wir darauf zurück. Sollte es wirklich ein Zufall sein, fragten wir uns, dass der Reichstag knapp eine Woche vor den Wahlen angezündet wurde? Dass die erste grosse Welle der Verhaftungen, der Grausamkeiten und des hemmungslosen Terrors gerade in dieser Woche das Land überflutete? Hatten die Terroraktionen nicht die Aufgabe, die Wähler einzuschüchtern? Sie davon abzubringen, ihre Stimme einer anderen Partei als der NSDAP zu geben?

Und noch etwas war geschehen, was uns in Aufregung versetzte. Ernst Thälmann war am 3. März verhaftet worden. Wir fragten uns, ob man das nicht hätte verhindern können. Ob man sich nicht um ihn, den gerade in einer solchen Situation unentbehrlichen Vorsitzenden der KPD, mehr hätte kümmern, ihn nicht schärfer hätte absichern müssen. Doch, so fragten wir uns sehr bald: Wer war in diesen Tagen des brutalsten Terrors, der grössten Unsicherheit und Gefahr der «man», der das hätte tun sollen und können?

Auf jeden Fall warteten wir mit grösster Ungeduld auf die Wahlergeb-

nisse. Und als sie vorlagen, waren wir zunächst wieder entsetzt. Mehr als 17 Millionen Stimmen hatten die Nationalsozialisten erhalten. Das waren mehr, als je eine Partei bei den Reichstagswahlen erzielt hatte. Und es bedeutete, dass 288 Abgeordnete der Naziapartei in den Reichstag einziehen würden. So viele Abgeordnete hatte noch keine Partei im Reichstag gehabt.

Doch als wir alles nachrechneten, stellten wir fest, dass die Hitlerpartei ihr Ziel, nämlich die Zweidrittelmehrheit, nicht erreicht hatte. Selbst wenn man die 52 Mandate ihres sogenannten Koalitionspartners, also der DNVP, hinzuzählte, reichte es nicht.

Noch konnte Hitler also mit dem Reichstag nicht machen, was er wollte, zumal die meisten Gegenstimmen bei den beiden Arbeiterparteien lagen: Allem Terror zum Trotz hatten fast fünf Millionen Wähler ihre Stimme der KPD gegeben, die damit ihre dritthöchste Stimmenzahl in der ganzen Zeit der Weimarer Republik erhielt, und mehr als sieben Millionen Stimmen waren – wie am 31. Juli 1932 – für die SPD abgegeben worden.

Im Kreis einiger roter Studenten sassen wir zusammen und überlegten, wie es nun weitergehen würde. «Ist es nicht wieder so eine Situation wie nach den Wahlen im November 1932, als die Hitlerpartei über zwei Millionen Stimmen verloren hatte?» fragte einer. Ein anderer ergänzte: «Und wie dieses Mal hatten die KPD und die SPD zusammen ihre Stimmenzahl fast gehalten.» Ein Dritter warnte: «Das klingt zwar sehr gut. Aber ich sehe, so seltsam es klingen mag, gerade hier die Gefahr. Damals – es ist übrigens noch keine vier Monate her – war die Zielstellung der Regierenden noch geringer. Es genügte ihnen, dass sie den Reichstag mit Notverordnungen ausser Funktion setzen und ihre Politik ohne ihn machen konnten. Jetzt, wo Hitler an der Macht ist, wollen sie mehr. Jetzt wollen sie die nackte Diktatur. Und dazu müssen sie härter zuschlagen.»

Keiner von uns widersprach. Und wenige Tage später wussten wir, dass unsere Sorge berechtigt gewesen war. Wir erfuhren, wie es unter solchen Bedingungen gemacht wird, wenn eine Wahl nicht das gewünschte Ergebnis gehabt hat. Die KPD konnte am 5. März ihre gewählten 81 Abgeordneten nicht in den Reichstag entsenden. Denn als dieser Reichstag am 21. März 1933 mit einem Gottesdienst in der Potsdamer Garnisonskirche – verbunden mit einer Massenkundgebung – formell eröffnet wurde, gab es keine kommunistischen Abgeordneten mehr. Am

9. März hatte die Hitlerregierung diese auf verfassungsmässigem Wege erkämpften Mandate einer zugelassenen Partei annulliert.

Doch für eine Zweidrittelmehrheit der Hitlerpartei reichte es noch immer nicht. Es musste ausser der DNVP noch eine Partei gefunden werden, die sich bereit erklärte, dem zuzustimmen, was die Nazipartei anstrebte. Es war die Zentrumspartei, die das tat. Sie wollte auch dieses Mal dabeisein. Und als dann am 23. März die erste ordentliche Sitzung dieses Reichstages – in der Krolloper – stattfand und Hitler den Erlass eines «Ermächtigungsgesetzes» beantragte, das den schönen Namen «Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich» tragen sollte, stimmten auch die anderen bürgerlichen Parteien zu, darunter die Deutsche Staatspartei, die einmal Deutsche Demokratische Partei geheissen hatte, und die Deutsche Volkspartei, die einmal die Partei Stresemanns gewesen war.

Nur die 94 anwesenden Abgeordneten der SPD – die anderen 26 waren emigriert oder verhaftet – stimmten dagegen. Einen vorher in der Reichsfraktion der SPD gestellten Antrag, an der Reichstagsitzung nicht teilzunehmen und dadurch zu manifestieren, dass dieser Reichstag nicht mehr als verfassungsmässiges Organ anzuerkennen sei, hatte die Mehrheit der Fraktion abgelehnt.

Mit diesem Ermächtigungsgesetz, das völlig verfassungswidrig zustande gekommen war, hatte Hitler alles erreicht, was mit dem Reichstag zu erreichen war. Jetzt konnte die von ihm geleitete Reichsregierung nach ihrem Belieben und ohne Befragung des Reichstags Gesetze und Verordnungen erlassen, und zwar auch solche, deren Inhalt mit der Reichsverfassung nicht vereinbar, also verfassungsändernd war. Damit war der Reichstag vollständig ausgeschaltet, und die Weimarer Verfassung, auf die Hitler keine zwei Monate vorher noch seinen Amtseid geschworen hatte, war praktisch ausser Kraft gesetzt.

Die Periode der «Legalität» war damit endgültig abgelaufen. Aber die Zeit, in der sich Hitler auf solche Begriffe aus dem parlamentarischen oder demokratischen Reservoir berief, war auch vorbei. Er hatte das nicht mehr nötig. Jetzt wurde der Weg, der mit der Annullierung der kommunistischen Reichstagsmandate beschritten worden war, mit unverhüllter Konsequenz fortgesetzt. Nach wenig mehr als vier Monaten gab es in Deutschland ausser der NSDAP keine legale politische Partei mehr. Durch das «Gesetz gegen die Neubildung von Parteien» vom 14.

Juli 1933, das jede Fortführung oder Neubildung von Parteien mit Strafe bedrohte, wurde das offiziell verkündet.

Wir hatten das miterlebt und fragten uns nach der Bekanntgabe dieses Gesetzes trotzdem, wie denn das zugegangen sei.

Wir überprüften die Veröffentlichungen und stellten fest, dass ausgerechnet über das direkte Verbot der KPD nichts verlautbart worden war. Ihr hatte man durch die Annullierung ihrer Reichstagsmandate – der durch das «Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich» vom 31. März die Annullierung der Landtagsmandate folgte – sowie durch Polizeimassnahmen verschiedenster Art praktisch jegliche legale politische Tätigkeit unmöglich gemacht. Gegenüber der SPD, die ja immerhin noch dem Reichstag angehörte, verfuhr man etwas anders. Ihr wurde in einer «Amtlichen Mitteilung» vom 22. Juni 1933 erklärt, sie sei «als eine staats- und volksfeindliche Partei anzusehen, die keine andere Behandlung mehr beanspruchen kann, als wie sie der Kommunistischen Partei gegenüber angewandt worden ist». Folgerichtig wurden auch ihre Abgeordnetenmandate annulliert. Noch am 17. Mai, also wenig mehr als einen Monat vorher, hatten die sechzig Abgeordneten, die noch an der Sitzung teilnehmen konnten, einer Erklärung zur Aussenpolitik zugestimmt, durch die sich der Deutsche Reichstag in der «für das Leben der Nation entscheidenden Schicksalsfrage der Gleichberechtigung hinter die Reichsregierung» stellte.

Und die bürgerlichen Parteien? Sie mussten ebenfalls erkennen – soweit sie es nicht vorher gewusst oder zumindest einkalkuliert hatten –, dass sie mit der Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz ihr Todesurteil unterschrieben hatten: Sie lösten sich selbst auf. Am interessantesten und am charakteristischsten war dabei die von der Zentrumsparterie abgegebene Erklärung, in der es hiess, dass die Anhänger dieser Partei weder übersehen werden könnten noch wollten, wenn es darum gehe, «die Volkskräfte unauflöslich aneinanderzuschweissen und Staat und Volk gegen die feindlichen Mächte der Zersetzung zu schützen».

Schon vorher, unmittelbar nach dem 1. Mai, den Hitler auch für sich zu annektieren suchte, waren die Gewerkschaften aufgelöst und, ganz nebenbei, «enteignet» worden; Deutsche Arbeitsfront nannte sich das, was sich erdreistete, die Nachfolge dieser traditionsreichen Arbeiterorganisation anzutreten.

Und am 15. Juli 1935 – einen Tag nach dem «Gesetz gegen die Neubildung von Parteien», ein Zufall? – berief der «Führer» der Partei, die

sich herausnahm, in ihrem Namen das Wort «sozialistisch» zu tragen, den «Generalrat der deutschen Wirtschaft» und demonstrierte damit in aller Öffentlichkeit, wes Geistes und vor allem wes Geldes Kind er war. Denn zu diesem Generalrat gehörte alles, was im Bereich des Monopolkapitals und des Grossgrundbesitzes Rang und Namen hatte: die Herren Krupp, Thyssen, von Schröder und von Siemens; der Aufsichtsratsvorsitzende der Commerz- und Privatbank, der Präsident des Zentralverbandes des deutschen Bank- und Bankiergewerbes sowie die Generaldirektoren des Bochumer Vereines für Gussstahlfabrikation und des Deutschen Kalisyndikats, um nur die prominentesten des achtzehnköpfigen Gremiums zu nennen, dessen Zusammensetzung keinen Zweifel mehr darüber liess, wer die Macht wirklich ergriffen hatte.

Dies alles war öffentlich geschehen, war sichtbar, war nachzulesen in Zeitungen und Gesetzblättern. Und war schon schlimm genug. Doch um ein Vielfaches schlimmer war das, was nicht sichtbar, nicht nachlesbar war, was nicht öffentlich geschah: die ungezählten Verhaftungen, die Morde, die grauenvollen Folterungen und sonstigen Quälereien, all das, was sich im Verlauf der unseligen zwölf Jahre ins schier Unermessliche steigerte und Ausmasse annahm, die in ihrem ganzen Umfang und ihrer ganzen Unmenschlichkeit erst nach 1945 bekannt wurden. Und was da geschah, war – es muss immer wieder ins Gedächtnis zurückgerufen werden – aus dem Schoss der Weimarer Republik hervorgegangen, jenem Schoss, den Brecht zumindest auch gemeint haben muss, als er im Epilog zu seinem Stück «Der aufhaltsame Aufstieg des Arturo Ui» von ihm sagen liess, dass er noch fruchtbar sei, jenem Schoss, der wie jeder andere nichts gebären konnte, womit er nicht befruchtet worden war.

Was sollten wir tun?

Wie verhielten wir uns, was taten wir in diesem Jahr 1933? Ganz sicher waren wir ausserstande, all das so klar zu sehen, wie es sich dem heutigen Betrachter erschliesst. Dazu reichten auch nicht die Gespräche mit den Genossen der Roten Studentengruppe, mit denen wir noch einige Monate lang Verbindung hatten und zusammenkamen, wenn auch schon auf illegale Weise, die zu beherrschen und zu meistern uns, die wir

in der praktischen politischen Arbeit wenig erfahren waren, recht schwerfiel. Wenn wir uns trafen, informierten wir uns gegenseitig über das, was wir unabhängig voneinander an Neuem erfahren hatten – selten gab es dabei Gutes zu berichten –, und suchten in langen Diskussionen nach Lösungen. Doch eines Tages war mein Verbindungsmann – nur ihn kannte ich noch – nicht mehr da. Eine vorsichtige Anfrage bei seiner Zimmervermieterin ergab, dass man ihn abgeholt hatte. 1945 traf ich ihn wieder, in Uniform der US-Armee. Wir kamen zwei- oder dreimal zusammen. Dann brach ich die Verbindung ab. Unsere politischen Anschauungen waren zu verschieden geworden. Damals muss er sich gut verhalten haben. Denn Krischan und ich kamen davon.

Aber die Verbindung zur Roten Studentengruppe war zerrissen. Wahrscheinlich hat die Gruppe damals zu bestehen aufgehört. Und nun? Krischan und ich blieben natürlich zusammen. Als Freunde und – was von unserer Freundschaft nicht zu trennen, was einer ihrer wesentlichen Bestandteile war – als Nazigegner.

Darüber, wie wir über den Nationalsozialismus, über ihren «Führer» Adolf Hitler und über all das dachten, was ihm aus dem «deutschen Wesen, an dem die Welt genesen» sollte, entgegenkam, mag ein kleines Gedicht Auskunft geben, das Krischan damals geschrieben hat:

Adolf N. S.

Wir leben im Land der geschwellenen Phrase
Von Gott und von Adolf dem grossen Mann.
Wir fühlen vor Sehnsucht teutonisches Rasen
In uns und gehorchen so gerne und stehen stramm.

Uns klingt ja so lieblich das Klappen der Hacken,
Uns rutscht vor Begeisterung das Herz in die Hos',
Hör'n wir so manndeutsch das «Juda verrecke!» und
«Alles muss deutsch sein!» und «Tod dem Franzos'!»

Für uns hat's noch niemals Probleme gegeben.
Ein wenig mehr Stimmen und alles zerfliegt.
Drum frisch nur und frei, seid deutsch nur im Leben!
Es lebe der Adolf, der Duce, der Krieg!

Das ist sicher kein dichterisches Meisterwerk Krischans. Und doch hielt ich es für richtig, es hier einzufügen, weil es – gerade wegen seiner fast billig zu nennenden Form – zum Ausdruck bringt, was in uns gärte: der Abscheu vor dem, was da an die Macht gekommen war, aber auch vor den Millionen Deutscher, die für Hitler eingenommen waren und ihn mit an die Macht gebracht hatten, weil er das verkündete, was ihnen als den Deutschen zukommend erschien.

Gerade darüber sprachen wir in dem kleinen Kreis, der nach dem Auseinanderfallen der Roten Studentengruppe geblieben war, sehr häufig. Was war denn nun den Deutschen gemäss und ihnen eigentümlich? Zu dem Kreis gehörten ausser Krischan und mir Clamor, von dem schon gesprochen wurde, sowie der aus Leipzig stammende Kunststudent Erich Köllmann, der in Krischans Leben noch eine wichtige Rolle spielen sollte. Wir kamen zwar nicht regelmässig, aber dennoch häufig zusammen. Die beiden waren auch weitab von nazistischem Denken, aber nicht so unmittelbar politisch engagiert wie Krischan und ich. Wir diskutierten im Wesentlichen die gleichen Probleme wie vorher in den Gesprächen mit den Genossen der Roten Studentengruppe. Aber wir kamen nicht weiter.

Gewiss: Krischan und ich hatten die ernste Warnung Ernst Thälmanns «Wer Hitler wählt, wählt den Krieg» vollauf verstanden und in Diskussionen immer vertreten. Wir konnten auch die beiden Freunde von der Richtigkeit dieser These überzeugen. Doch wie weiter? Wie konnten wir wirksam werden, ohne sofort der SA in die Hände zu fallen? Wir wussten es nicht. Und fanden, da wir ja in die Kommunistische Partei selbst oder auch nur in den Kommunistischen Jugendverband noch nicht hineingeschaut und auch keine Verbindung zu einem ihrer Mitglieder hatten, niemanden, zu dem wir genug Vertrauen hatten, um es mit ihm zu besprechen.

Krischan hat darüber offenbar in ganz besonderer Weise nachgedacht. Und dabei sehr in die Tiefe geblickt. Denn schon damals hat er die Frage aufgeworfen, die seither immer wieder gestellt worden ist, für die noch niemand eine wirkliche Antwort gefunden hat und über die nachzudenken nicht aufhören kann, wer – vor allem als Deutscher – hinter den Sinn der Geschichte zu kommen trachtet und wissen will, welche Rolle der Mensch in dieser Geschichte spielt und welche Verantwortung er, von dessen Verhalten letztlich alles abhängt, trägt.

In einem Gedicht, überschrieben «Erntedankfest 33», beschreibt Kri-
schan zunächst den seltsamen Zug, der sich aus diesem Anlass «durch
die festlich schimmernden Strassen der Stadt zwängt», und lenkt dann
den Blick auf die Menschen, die ihn bilden:

Aber sieh' nur diesen und den:
Nicht nur, dass er weggibt
Vom schwachen Schlag seines Herzens
Und von der allzu grossen Enge der Seele
Einen Teil, zu den Schmerzen,
Die das Leben zu Hauf von uns fordert.
Auch von dem Tun seiner Hände
Bleibt nichts mehr
Als des kahlen Lebens dürftigen Anspruch
Am Morgen, Mittag und Abend zu stillen.

Sieh nur diesen und den.
Kannten sie je das Glück
Des fertigen Werks?
Wussten sie je von stiller, ruhiger Grösse,
Wussten sie je vom Wachstum nach innen?
An ihnen wurden schon lange zum Hohn
Die Worte vom inneren Glanze der Armut,
Und schon lange wurden sie
Zum Richter und zur sinkenden Waage
Der Menschheit.
Bleibt aber nicht unlösbar das Rätsel
Des heutigen Zuges?

Nie ward die Zahl Geopferter grösser.
Den besiegten Feind zwar zwang man,
In Ketten geschlagen, voranzugehen
Dem siegestrunkenen Zuge.
Wer aber zwingt die, die heute
Lachenden Mundes, nach Klängen
Dürftiger Lieder, ihrem Henker
Voranzugehen?
Wer zwang sie?
Oder ist es nur der Jahre trübe Gewohnheit
Und schleichendes Gift,
Das dunkel ihnen die Augen machte

Und den Mund verstummen liess,
Worte zu sagen, die das Herz
Ihnen eingibt?

Oder liegt hier des dunklen Abgrunds
Unfassbare Tiefe,
Den zu überwinden nur Mitleid und Macht
Und vor allem die Gnade vermag?

Wo aber ist der, so reinen Herzens,
Mit seinen Händen nur die Brücke zu schlagen
Und zu widerstehen dem Schwindel der Höhe
Und der Versuchung der Grösse?
Wo ist der, der davon weiss:
Unfassbar ist uns das Leben und der Tod.
Dazwischen liegt manches,
Das zu erkennen not ist.
Wo ist der, der solche Grenzen kennt?

Die Fragen bleiben offen. Der sie stellt, weiss noch nicht weiter. Doch er weiss, dass es die geben muss, welche die Antwort wissen. Und die Antwort nicht nur mit Worten geben werden.

Einer von ihnen gab sie Ende des Jahres 1933 zwar mit Worten, aber mit Worten, die zugleich Taten waren: Georgi Dimitroff. Im Reichstagsbrandprozess vor dem Reichsgericht in Leipzig.

Die Naziführung hatte offenbar damit gerechnet, dass dieser Prozess ein grosser propagandistischer Erfolg für sie werden würde, und hatte deshalb die Übertragung des Prozesses durch den Rundfunk angeordnet. Doch sie hatte sich verkalkuliert. Sie hatte den grossen Repräsentanten des Kommunismus, sie hatte Georgi Dimitroff unterschätzt.

Ich hörte die Radioübertragungen, so oft ich irgend konnte, und weiss heute noch, wie ungeheuer beeindruckt ich war, wenn ich hörte, wie Dimitroff seinen Feinden eine Niederlage nach der anderen beibrachte. Mit Klugheit und Mut, mit souveräner Überlegenheit. Höhepunkt dabei war die Vernehmung Görings, den Dimitroff so in die Enge brachte mit seinen Fragen, dass aus dem Zeugen, als der er erschienen war, unversehens ein Angeklagter wurde – nicht nur wegen des Reichstagsbrandes, sondern wegen des ganzen Unheils des Nazismus. Als Göring nicht mehr ein noch aus wusste, brüllte er Dimitroff mit den Worten an: «Hinaus

mit Ihnen, Sie Schuft!» Der Senatspräsident – ein «unabhängiger» Richter – nahm das als Weisung und ordnete an: «Führt ihn hinaus!» Die Frage, die Dimitroff daraufhin an Göring richtete, habe ich heute noch in den Ohren: «Sie haben wohl Angst vor meinen Fragen, Herr Ministerpräsident?»

Es waren die letzten Worte, die ich von Georgi Dimitroff damals im Radio hören konnte. Vom nächsten Tag an wurde der Prozess nicht mehr übertragen. Offenbar hatten diese Worte auch Herrn Goebbels klarwerden lassen, mit wem sie sich da eingelassen hatten. Mit einem Mann nämlich, der es nicht nur geschafft hatte, aus dem Zeugen Göring einen Angeklagten zu machen, sondern der selbst aus einem Angeklagten zum grossen Ankläger wurde, der als «Sieger von Leipzig» in die Geschichte einging.

Erstes Staatsexamen und Referendarzeit

Für uns, als werdende Juristen, war das, was sich da in Leipzig vor dem damals höchsten deutschen Gericht abspielte, eine grosse und wichtige Lehre. Wir erhielten sie gerade noch zur rechten Zeit. Denn unsere Studienzeit näherte sich dem Ende, und wir mussten beginnen, uns auf unser erstes juristisches Examen – das Referendarexamen – einzustellen. Nachdem wir das Glück gehabt hatten, nach der «Machtübernahme» weder verhaftet noch exmatrikuliert zu werden, waren wir daran interessiert, das Examen möglichst schnell abzulegen – ehe vielleicht neue Nazibestimmungen herauskamen, die uns das unmöglich machten.

Dazu war jetzt die nötige Vorbereitungsarbeit zu leisten. Das bedeutete in erster Linie, dass wir einen sogenannten Repetitor in Anspruch nahmen, das heisst einen Juristen, der sich darauf spezialisiert hatte, die Examenskandidaten im letzten halben Jahr vor der Prüfung so zu drillen, dass sie das wussten, was im Examen geprüft zu werden pflegte. Es war dies eine seltsame Einrichtung jener Zeit, die sich herausgebildet hatte, weil die meisten Vorlesungen derart langweilig waren, dass sie wenig und vor allem kaum regelmässig besucht wurden. Ausserdem vermittelten sie selten das konkrete Wissen, das für das Examen gefordert und deshalb gebraucht wurde. Die dadurch entstandene Lücke wussten die

Repetitoren auf kluge und lehrreiche Weise zu füllen. Mein Repetitor – ein jüdischer Rechtsanwalt – nutzte dazu sehr gern und mit viel Erfolg seinen herrlichen halb jüdischen, halb Berliner Witz und verstand es, bestimmte Dinge über diesen Witz so zu vermitteln, dass man sie einfach behalten musste. Auch verfügte er über eine Zusammenstellung von Notizen über die Eigenheiten der einzelnen Prüfer, die sehr nützlich sein konnten. (Für einen Prüfer wurde der Rat erteilt: «Reden lassen!»)

Namentlich in den letzten Wochen vor dem Examen sprachen Krischan und ich oft darüber, was wir nach dem Examen machen würden. Vom Ablauf her war das für die ersten drei Jahre klar. Denn um ein vollwertiger Jurist zu werden, musste damals jeder «Referendar» – diese Berufsbezeichnung erhielt man nach dem bestandenen Referendarexamen – drei Jahre lang unentgeltlich bei den verschiedenen Instituten des Justizwesens – von der Staatsanwaltschaft bis zur Strafanstalt, vom Vormundschaftsgericht bis zum Grundbuchamt, vom Strafgericht bis zur Rechtsanwaltschaft usw. – eine gewisse Zeit arbeiten, um alle Bereiche der Justiz kennenzulernen. Während dieser Zeit konnte man auch überlegen, in welchem Bereich man später seinen eigentlichen Beruf finden würde. Für uns war es von Anfang an klar, dass wir auf keinen Fall Richter oder Staatsanwalt der Nazijustiz werden wollten. Ich neigte dazu, Rechtsanwalt zu werden, während Krischan nach Möglichkeit in der Wirtschaft tätig werden wollte.

Doch zunächst ging es darum, wo wir die sogenannte Referendarzeit ableisten sollten. In Berlin war uns beiden nicht sehr wohl, weil wir immer wieder Studenten begegneten – meist in SA-Uniform –, die uns noch aus der Zeit der «Stehkonvente» kannten und uns alles andere als freundlich anblickten. So manches Mal veranlasste uns das – einzeln oder auch zusammen – dazu, an der nächsten Ecke in eine Nebenstrasse einzubiegen und dann zurückzublicken, ob uns auch niemand nachging.

Nachdem ich am 9. Mai 1934 mein erstes juristisches Staatsexamen bestanden hatte, richtete ich deshalb ein Gesuch an den Oberlandesgerichtspräsidenten in Naumburg, der für Halberstadt, wo meine Mutter noch immer wohnte, zuständig war, mich als Referendar zu übernehmen und mich zur Ableistung des ersten Teils des sogenannten Vorbereitungsdienstes an das Amtsgericht Wernigerode zu überweisen. Wernigerode hatte ich mir ausgesucht, weil dies schöne kleine Städtchen am Harz mir die Möglichkeit gab, in meinen freien Stunden kleine Ausflüge

in den Harz zu unternehmen, ohne dafür besondere Fahrkosten aufzuwenden. Ich habe das häufig genutzt, an Sonntagen zuweilen auch zusammen mit meiner Mutter, die froh war, auf diese Weise auch etwas von der Harzluft geniessen zu können und mit ihrem Sohn zusammen zu sein.

Mit Schreiben vom 21. Juli 1934, gerichtet schon an meine Heimatadresse in Halberstadt, wurde meinem Gesuch stattgegeben. Durch eine Urkunde vom selben Tag, die dem Schreiben beilag, wurde ich «unter Berufung in das Beamtenverhältnis zum Referendar im Bezirk des Oberlandesgerichtes Naumburg (Saale) ernannt», und zwar mit dem Zusatz, dass ich durch diese Ernennung «nicht lebenslänglich angestellter Beamter» geworden sei. Das wollte ich auch auf keinen Fall werden.

So begann ich meine juristische Tätigkeit beim Amtsgericht in Wernigerode, wohin ich jeden Morgen mit der Bahn fuhr, um im Laufe des Tages nach Halberstadt zurückzufahren. Dadurch, dass ich in dieser Zeit mit meiner Mutter einen gemeinsamen Haushalt führte, wurde unser Leben billiger, was mir vor allem meiner Mutter wegen sehr wichtig war. Denn eine Gelegenheit, nebenbei etwas zu verdienen, ergab sich für mich in Halberstadt nicht.

Krischan machte sein Examen einige Zeit später. Seine finanzielle Situation war der meinen sehr ähnlich. Denn die Pension, die sein Vater erhielt, nachdem er auf Grund des «Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums» aus dem Staatsdienst entlassen worden war, reichte kaum aus, um seine Familie, also seine Frau, Krischan und dessen Schwester Eva, zu versorgen. Auch das war ein Grund dafür, dass Krischan Clamors Angebot annahm, seine Referendarzeit in Tilsit oder an einem Amtsgericht in der Nähe von Tilsit zu beginnen. Denn dann konnte er im Haus von Clamors Eltern wohnen, hatte keine Ausgaben für Miete und brauchte wenig Geld für den Lebensunterhalt.

So war es uns beiden gelungen, unsere Tätigkeit in der Justiz an Orten und bei Behörden zu beginnen, wo uns niemand kannte und niemand etwas von unserer politischen Haltung wusste. Dass wir das so eingerichtet hatten, war gut. Denn es war gerade die Zeit, in der man damit begann, alle, die im Staatsdienst tätig waren, mehr oder weniger direkt aufzufordern, in die NSDAP oder eine ihrer Organisationen einzutreten.

Von den Gerichtsreferendaren, die man für die Nazijustiz haben wollte, erwartete man mit Selbstverständlichkeit, dass sie dieser Auffor-

derung nachkamen. Und die übergrosse Mehrheit der Referendare tat das auch. Nicht wenige waren darunter, die es nicht aus Überzeugung taten, sondern weil sie meinten, sonst könnten sie als Juristen nicht weiterkommen.

An dem kleinen Amtsgericht Wernigerode verlief so etwas zunächst noch verhältnismässig ruhig ab. Unter den Richtern und Staatsanwälten, aber auch unter den sonstigen Justizangestellten, die dort tätig waren, gab es noch kaum erklärte echte Nationalsozialisten. Die dort amtierten, waren – zum grossen Teil ältere – preussische Beamte, für die es zwar selbstverständlich war, dass sie sich so verhielten, wie es die neue Regierung erwartete. (Bei einer echten Linksregierung wäre das sicher anders gewesen!) Aber richtige NS-Politiker waren sie noch nicht. So war es zunächst nicht allzu schwer für mich, entsprechende Ermahnungen – mehr war es kaum – geflissentlich zu überhören. Günstig war auch, dass mich in Wernigerode niemand kannte, da ich ja nie dort gewohnt hatte und jeden Tag nach Halberstadt zurückfuhr, wo ich in dieser Beziehung in keiner Weise behelligt wurde. Denn dort wohnten wir nicht im «Viertel der Reichen», sondern in der sogenannten Altstadt, in der der Boden für die NS-Ideologie ohnehin nicht sehr gut war.

Doch so ging das nur eine gewisse, nicht sehr lange Zeit. Dann setzte sich der Nazismus auch am Amtsgericht Wernigerode durch. Die Aufforderungen, sich zum Faschismus zu bekennen und sich in seinem Sinne zu betätigen, wurden dringlicher und waren nicht mehr zu überhören. Und als dazu schriftliche Anmahnungen von meinem höchsten Dienstvorgesetzten, dem Oberlandesgerichtspräsidenten in Naumburg, kamen, merkte ich, dass das mit der Kleinstadt und dem kleinen Amtsgericht doch anders war, als ich angenommen hatte.

Nach einigem Überlegen beschloss ich daher, nach Berlin zurückzukehren, um dort zu versuchen, in der grossen Menge unbemerkt zu bleiben. Meine Mutter zeigte wieder einmal ihr Verständnis für meine Situation und erklärte sich sofort bereit, mit mir nach Berlin zu ziehen, obwohl sie eine Wohnung aufgab, in der sie über zwanzig Jahre gewohnt, ihren Mann verloren und meinen Bruder und mich grossgezogen hatte. Also liess ich mir eine Woche Urlaub geben, fuhr nach Berlin, wo ich bei meinem Bruder unterkommen konnte, und ging auf Wohnungssuche. Das war damals in Berlin nicht schwer. Man brauchte nur durch die Strassen zu gehen und zu sehen, wo an den Häusern vermietbare Woh-

nungen angekündigt waren. Nach wenigen Tagen hatte ich eine geeignete Zweizimmerwohnung gefunden, mietete sie, fuhr zurück nach Halberstadt, zog mit meiner Mutter um und stellte an den Kammergerichtspräsidenten den Antrag, als Referendar nach Berlin übernommen zu werden.

Ich war mir klar darüber, dass ich etwas unternommen hatte, was ich nicht hätte tun dürfen. Denn noch gehörte ich ja zur Zuständigkeit des Oberlandesgerichtspräsidenten in Naumburg und hätte – vor dem Umzug – zunächst an diesen einen entsprechenden Antrag richten müssen. Doch ich wusste genau, dass die Chancen, auf diesem Weg nach Berlin zu gelangen, sehr gering waren.

Wie erwartet, bekam ich sehr schnell vom Kammergerichtspräsidenten eine Vorladung und von dem Kammergerichtsrat, zu dem ich dort gelangte, eine gehörige Abkanzlung. Ich nahm sie widerspruchslos entgegen und erklärte, dass ich mir das wohl nicht richtig überlegt hätte, jetzt aber schon den Umzug mit meiner armen Mutter und einen eigentlich unsere Möglichkeiten überschreitenden finanziellen Aufwand hinter mir hätte, und bat um Verständnis. Ich hatte Glück: Nach einigem Hin und Her wurde meinem Antrag am 30. März stattgegeben. Am 5. April konnte ich meinen Dienst am Landgericht Berlin beginnen.

Ich hatte mir fest vorgenommen, in Berlin zur Finanzierung unseres Haushaltes beizutragen. Doch musste ich damit etwas warten, da nach unserem Umzug nach Berlin zunächst einiges zu erledigen war, das ich nicht meiner Mutter überlassen konnte, die sich in dem grossen Berlin erst zurechtfinden musste. Da mein Vorsatz, Rechtsanwalt zu werden, inzwischen endgültig geworden war, hatte ich vor, eine Stelle als Hilfsarbeiter in einem Anwaltsbüro zu suchen, die mir zwar nicht viel, aber doch etwas Geld einbringen würde. Das war schwieriger, als ich gedacht hatte. Ich lief von Anwaltsbüro zu Anwaltsbüro, und zwar vorwiegend zu solchen, in denen Strafverteidiger oder Spezialisten des Urheberrechts tätig waren. Ende des Jahres fand ich einen Spezialisten des Urheberrechts, der sich bereit erklärte, mich einzustellen und mir monatlich 80,- RM zu zahlen. Da ich aber mit diesem Anwalt nicht klar kam, hörte ich sehr bald bei ihm auf und suchte nach einem anderen. Ein bekannter Strafverteidiger, bei dem ich mich auch bewarb, der aber schon einen Referendar beschäftigte, empfahl mir, mich an die Rechtsanwälte Kaute und Kremendahl zu wenden. Ich tat dies und kam zu zwei Anwälten, die mir von Anfang an sehr gefielen. Sie waren damit einverstanden, dass

ich bei ihnen arbeitete, und boten mir monatlich 100 RM an. Beide waren anständige Menschen, die halfen, wo sie konnten, insbesondere auch jüdischen Menschen.

Eines Tages wurde mir jemand mit dem Bemerken vorgestellt, er sei ebenfalls Anwalt, könne aber seine Tätigkeit zur Zeit nicht ausüben. Ich verstand: Es war ein jüdischer Anwalt. Er kam häufig in die Praxis und wurde von allen – auch von den Büroangestellten – so behandelt, als gehöre er dazu. Ich merkte bald, dass er zuweilen Mandanten empfahl, wahrscheinlich solche, die früher zu ihm gekommen waren, und dass er bei manchen Besprechungen mit diesen Mandanten zugegen war. Darüber, ob und wie das mit finanziellen Abmachungen verbunden war, wurde nie gesprochen.

Bei den Rechtsanwälten Dr. Franz Kaute und Hans Kremendahl begann ich Anfang 1936 und arbeitete dort während meiner gesamten Referendarzeit. Diese sogenannte Nebenbeschäftigung wurde allerdings sehr bald meine Haupttätigkeit und endete meist erst in den späten Abendstunden. Die von mir noch zu absolvierenden Ausbildungsstationen bei den verschiedenen Justizdienststellen erledigte ich sehr nebenbei.

Krischans Weg in dieser Zeit verlief zwar äusserlich anders, im Grunde aber doch recht ähnlich. Sein Stützpunkt war Tilsit, und seine Pflichten als Gerichtsreferendar erfüllte er am Amtsgericht Ragnit, dicht an der Grenze zu Litauen. Im Einzelnen kann ich über diese Zeit wenig berichten, da ich Krischan damals kaum gesehen habe und wir noch keinen Briefwechsel im echten Sinne des Wortes führten. Doch während einer seiner Urlaubsreisen, von denen noch zu sprechen sein wird, machte er einen Abstecher nach Halberstadt und blieb zwei oder drei Tage bei uns. So hatten wir wenigstens Gelegenheit, unsere Erfahrungen aus unserer Tätigkeit in Wernigerode und in Ragnit auszutauschen. Dabei berichtete mir Krischan, dass es für ihn keine unliebsamen Komplikationen auf politischem Gebiet gegeben habe. Ob und wie weit dazu der Umstand beigetragen hat, dass er bei der angesehenen Hotelbesitzerfamilie Sulz wohnte und lebte, weiss ich nicht.

Aber er fühlte sich insgesamt nicht wohl dort. Er war zu sehr von all dem abgeschnitten, was ihn bewegte, vor allem von dem politischen Geschehen und von der Möglichkeit, irgendwie wirksam zu werden.

Trotzdem – oder gerade deswegen – beschäftigte er sich weiter mit Grundfragen der Zeit, insbesondere mit dem Problem, wie deutsche

Menschen mit dem Deutschland jener Zeit fertig wurden, wobei das für ihn Neue darin bestand, dass Menschen aus einem ganz anderen Teil Deutschlands und – vor allem – mit einer anderen, für ihn fremden Lebensweise um ihn waren.

Einen Widerhall fand dies in zwei Gedichten, die er im Oktober und November 1935 in Tilsit schrieb.

Für das erste, von dem es nur einen Entwurf mit einer ganzen Reihe von Korrekturen gibt, hatte er zwei Überschriften entworfen: «Fragliche Existenzen» und «Gedanken über den Versuch einer fraglichen Rechtfertigung». Hier der Text:

Es klatscht, vermischt mit weissen Flocken,
Der Regen an das Fensterglas,
Kein Hund lässt sich vom Ofen locken,
Geborgen denkst du dies und das.

Erbaust dich an den Greu'ln von Kriegen,
Die dir die Zeitung eifrig bringt,
Addierst und subtrahierst die Lügen,
Wozu dich höhere Logik zwingt.

Du treibst den Kult der höchsten Wesen,
Den Kult gekrönter Geisteshelden.
Kein Vorwurf trifft. Du bist belesen
Und ganz vom Schein-Dasein erhellt.

Dich interessieren nicht die Nöte
In ihrem platten Alltagskleid,
Um jeden ungebor'nen Goethe
Bangst du. Dir tut die Seele leid,

Die noch nicht ist. Du führst Krieg
Aus transzendenten Hintergründen
Für metaphysische Physik.
Du willst es einfach nicht verwinden,

Dass dieses Knäul von toten Wesen
Als Grenze unseres Daseins gilt.
Du möchtest dich davon erlösen –
Und suchst nach Bildern hinterm Bild.

«Ich wandle mit den grossen Geistern»,
So sprichst du, zeigst auf die Geschichte.
«Unmessbar ist die Tat der Meister!
Unfassbar jene Grösse der Gesichte!»

Die Antwort halt dir stets bereit!
Sie klingt nur manches Mal wie Hohn.
Sie flickt zwar kein zerriss'nes Kleid.
Gibt auch dem Hungernden nicht Lohn –

ABER

(so sprichst du doch!)

LEBT DENN DER MENSCH VON BROT
ALLEIN?

Die Melodie ist mir bekannt.
Mir klingt sie manches Mal zu fein.
Wächst trotzdem nicht die Not im Land?
Und lebt der Mensch von Not allein!

Spürt man in diesem Gedicht den Widerwillen gegenüber denen, die nichts sehen und nichts wissen wollen von all dem, was geschieht, so ist das andere ein Besinnen auf sich selbst, ein Drängen nach einem Ändern. (Es hat keine Überschrift.)

Nun ist die Zeit, nun wächst das Grauen
Vor Worten, die den Sinn verloren,
Vor Dingen, die noch nicht geboren
Und deren Angesicht zu schauen

Du feige nicht begehrst. Du starrst
Dem Winter plötzlich ins Gesicht.
Und was der Tag an fahlem Licht
Gezeugt, verschwand, eh' du gewahrst,

Dass noch nicht alles tot und kalt.
Zu schnell brach rauher Frost den Glanz
Des Herbst. Der wirre Blätteranz
Zerstieb, zerfetzt von der Gewalt

Des Sturms. Du ahntest kaum, dass schon
Die Zeit der Ernte war gekommen.

Du hattest still vom Jahr genommen,
Was jeder Tag gebracht. Dein Lohn

Ward nicht bemessen nach den Früchten
Die Arbeit wuchs nicht wie ein Haus,
So Stein auf Stein, wie sonst du baust,
So sichtbar, sich danach zu richten.

Fern von dem Tage lief dein Leben:
Dass dich der Winter überfiel,
Den Weg dir zeigte zu dem Ziel,
Das weit und leicht war zu verfehlen.

Und dich der Zweifel überwand. –
Das ist die Zeit, da wächst die Qual,
Wo du, gezeichnet mit dem Mal,
Die Treue schwörst dem fernen Land.

Berufliche Pläne und Erfahrungen

Als wir uns nach unseren Abstechern nach Tilsit und nach Wernigerode wiedertrafen, war es an der Zeit, uns darüber klarzuwerden, auf welche Weise wir als voll ausgebildete Juristen wirksam werden wollten. Wir stellten sehr bald fest, dass sich in unseren Meinungen grundsätzlich nichts geändert hatte. Während es mir vor allem darum ging, Menschen zu helfen, die mit der Nazijustiz, deren Wesen und deren Praxis ich ja täglich mehr kennenlernte, konfrontiert wurden, trieb es Krischan, tagtäglich hinter die Kulissen der NS-Wirtschaft zu schauen, seine dabei gewonnenen Kenntnisse politisch nutzen und vielleicht sogar auf die Wirtschaftsführung des Betriebes Einfluss nehmen zu können.

Den entscheidenden Schritt dafür hatte er bereits von Tilsit aus getan. Er hatte einen Brief nach Leipzig, an seinen Studienfreund Erich Köllmann geschrieben und ihn gefragt, ob er nicht eine Möglichkeit sähe, ihn in dem Betrieb seines Vaters – den Köllmann-Werken, einem ziemlich grossen Spezialbetrieb für Getriebe der verschiedensten Art – unterzubringen. Natürlich, ohne dem Vater etwas von seiner politischen

Haltung zu sagen. Wenige Tage später kam ein Telegramm von Erich Köllmann: Sein Vater sei im Prinzip einverstanden und bäte ihn, möglichst bald zu einem Gespräch nach Leipzig zu kommen.

Krischan liess sich ein paar Tage Urlaub geben und fuhr hin. Von diesem ersten Besuch bei dem Generaldirektor Gustav Köllmann hat er so manches Mal erzählt. Kaum sei er in das Sekretariat gekommen und habe seinen Namen genannt, da sei er auch schon vorgelassen worden. Und dann habe es ein kurzes, aber für ihn eindrucksvolles Gespräch gegeben. Nachdem ihm der Generaldirektor, sich halb von seinem Sitz erhebend, die Hand gegeben und ihn aufgefordert hatte, Platz zu nehmen, habe er ohne lange Vorrede erklärt, sein Sohn habe ihm gesagt, worum es gehe, und es passe gut, da er gerade so jemanden suche. Dann habe er gleich gefragt: «Wann können Sie anfangen?»

Krischan spürte, wie hier verhandelt wurde, und stellte sich darauf ein. «Von mir aus sofort», antwortete er. «Aber ich muss erst die Genehmigung von zwei Oberlandesgerichtspräsidenten (dem für Tilsit und dem für Leipzig zuständigen) haben.»

Die Antwort Köllmanns war wiederum kurz und konkret: «Können wir helfen?»

Krischan: «Ja, ein Brief von Ihnen würde sicher nützlich sein.» Und Köllmann: «Also gut, fangen wir gleich an.» Er drückte auf einen Knopf seines Telefons und sagte seiner Sekretärin durch: «Herr Heinze wird Ihnen einen Brief diktieren ...»

«Zwei Briefe», rief Krischan dazwischen.

«Richtig, zwei Briefe», berichtigte sich Gustav Köllmann am Telefon. «Schreiben Sie die Briefe gleich und legen Sie sie mir zur Unterschrift vor.»

Krischan erzählte später, er habe gespürt, dass hier etwas gezündet hatte, was sehr wichtig für ihn werden konnte. Doch er liess sich seine Überraschung nicht anmerken, sondern sagte nur: «Vielen Dank, Herr Köllmann. Das ist ein Arbeitsstil, der mir sehr gefällt.»

Auch Herr Köllmann sagte nicht mehr als nötig: «Erledigen Sie diese Dinge möglichst bald und kommen Sie nach Leipzig. Sobald Sie hier sind, können Sie bei uns anfangen.»

Die Verabschiedung ging ebenso schnell, aber doch über das rein Formelle hinaus: «Also auf möglichst baldiges Wiedersehen», sagte der Generaldirektor.

Offenbar hatte ihm Wolfgang Heinze gefallen. Aus den Erzählungen seines Sohnes wusste er, was für ein kluger und intelligenter Mensch sich

15. JAN. 1937

Der Präsident
des Oberlandesgerichts.
R H 127B/5.

Dresden -N.6, den 11. Januar 1937.
Hospitalstrasse 7; Fernruf: 52341.

Auf ein Gesuch von 26. November 1936.

Der Gerichtsreferendar

Wolfgang Hermann Christian Heinze

ist bis zum 20. Februar 1937 in das Gemeinschaftslager Hanne Kerll in Neues Lager (Kreis Jüterbog) eingesetzt. Im Einverständnis mit dem Herrn Präsidenten des Oberlandesgerichts Stettin überweise ich ihn mit Wirkung vom 4. Januar ~~1937~~ bis zum 3. August 1937 gestweise

der Firma Köllmann Werke Aktiengesellschaft
in Leipzig O.5, Torgauer Strasse 74,
zur Fortsetzung seines Vorbereitungsdienstes.

Während der Beschäftigung bei der vorgenannten Verwaltungsstelle hat der Referendar deren Weisungen nachzukommen und sich den dort geltenden Dienst - oder Betriebsordnungen zu fügen. Insbesondere ist er zur Verschwiegenheit über alle ihm durch die Ausbildung bekannt gewordenen Angelegenheiten verpflichtet, deren Geheimhaltung ihrer Natur nach erforderlich oder durch die Ausbildungsstelle vorgeschrieben ist. Im übrigen untersteht er nach wie vor meiner Dienstaufsicht. Gesuche jeder Art, insbesondere auch solche um Erteilung von Urlaub, sind daher über die ausbildende Stelle an mich zu richten.

Ich bin damit einverstanden, dass dem Referendar Heinze von der Verwaltungsstelle eine Vergütung gewährt wird, deren Höhe mir jedoch anzuzeigen sein würde. Da er aus Reichsmitteln Unterhaltzuschuss bezieht, erbitte ich sofortigen Bericht für den Fall, dass das Verhalten des Referendars zu Tadel Anlass gibt, oder wenn sich seine Leistungen verschlechtert.

Zwei Wochen vor Beendigung des Verwaltungsabschnitts erbitte ich ein Zeugnis nach umstehendem Muster in dreifacher Ausfertigung.

Fahrtkosten werden nicht erstattet. Die gestweise Übernahme für den letzten Ausbildungsabschnitt bedaure ich dem Referendar Heinze nicht in Aussicht stellen zu können.

Benachrichtigung erfolgt von hier aus.

Im Auftrage:
Dr. Friedrich.

An
die Firma Köllmann Werke
Aktiengesellschaft

in Leipzig/O.5.
Torgauer Strasse 74.

Ausgefertigt,
Dresden, am 11. Januar 1937.



da bei ihm vorgestellt hatte. Und da er schon während der noch laufenden Referendarzeit anfangen wollte, in der eine feste Anstellung noch nicht in Betracht kam, ergab sich eine gute Möglichkeit, festzustellen, ob und wie sich dieser kluge Mensch in der Praxis des Betriebes bewähren würde. Davon konnte man es später abhängig machen, ob man ihn fest in den Betrieb übernehmen würde oder nicht.

V Reg. /
su R 112

Bericht

gemäß § 36 der Justizausbildungsordnung vom 22.7.1934 - RGBl. I S. 727 - verb. mit § 55 der I. Durchführungsverordnung zur JAO, vom 13. September 1934 - RGBl. I S. 831 - und der VO, des sächs. Justizministeriums vom 17.10.1934 - JMinBl. S. 99 -

- 1. Name und Vornamen des Referendars: *Herrn Wolfgang*
- 2. a) Tag des Eintritts: *22. Februar 1937*
b) Tag des Austritts: *3. August 1937*
- 3. Namen der Ausbildungsleiter: *Dr. Richter, Herrmann*
- 4. Art der Beschäftigung: *Referendar*
- 5. a) Befähigung:
b) Kenntnisse:
c) Leistungen:
d) Fleiß:
e) Maß der Ausbildung:
f) Eignung für den praktischen Dienst:
- 6. Charakterliche und sonstige persönliche Eigenschaften:
- 7. Führung in und ausser Dienst:
- 8. Dienstunterbrechungen:
a) durch Urlaub:
b) durch Krankheit:
- 9. Note, mit der die Gesamtleistung des Referendars bewertet wird: (§ 18 JAO). *gut*

75, den *1937*
(Dienstbescheide)

An
den Herrn Präsidenten
des Oberlandesgerichts,
Dresden-Süd.
Hospitalstrasse 7,
Verwaltungsabteilung.

Der Generaldirektor Köllmann hatte Krischan auch nicht missfallen. Nicht nur des Arbeitsstiles wegen. «Da haben sich zwei intelligente Menschen abgetastet», sagte er einmal, als er von dieser Unterredung sprach.

Wie mit Köllmann abgesprochen, richtete der Gerichtsreferendar Wolfgang Heinze entsprechende Gesuche an die Präsidenten der Oberlandesgerichte in Stettin und in Dresden, denen stattgegeben wurde. Durch ein Schreiben des Oberlandesgerichtspräsidenten in Dresden vom 11. Januar 1937 wurde der «Gerichtsreferendar Wolfgang Hermann

Christian *Heinze* ... mit Wirkung vom 4. Januar bis zum 3. August 1937 gastweise der Firma Köllmann Werke Aktiengesellschaft ... zur Fortsetzung seines Vorbereitungsdienstes» überwiesen. Wie solch ein Schreiben in seiner Mischung von Bürokratismus und Sicherheitsvorsorge (die Köllmann-Werke wurden sehr bald wieder Rüstungsbetrieb) formuliert war, ist nicht ohne Interesse. Es wird deshalb als Dokument der Zeit mit abgedruckt. Ebenso – trotz schwerer Lesbarkeit – der Entwurf für das in diesem Schreiben erwähnte Zeugnis, das «zwei Wochen vor Beendigung des Verwaltungsabschnittes ... in dreifacher Ausfertigung» an das Oberlandesgericht zu übersenden war.

Diesen Entwurf hat – die unverkennbare Handschrift beweist es – Wolfgang Heinze selbst formuliert, und zwar – ohne jede Hemmung – mit der Note «gut oder besser» für die Gesamtleistung. Bereits nach wenig mehr als fünf Monaten seiner Tätigkeit in diesem Betrieb konnte er sich das erlauben. Es war der Betrieb, der seine einzige Arbeitsstelle bleiben sollte, in dem er in erstaunlich kurzer Zeit das Vertrauen nicht nur des Generaldirektors Köllmann, sondern der gesamten Betriebsleitung gewann, in dem er ungewöhnlich schnell in leitende Positionen gelangte, in dem er wichtige und schwierige Widerstandsarbeit leistete und in dem er am 3. August 1944 verhaftet wurde.

In den Köllmann-Werken war er, wie es in dem Schreiben des Dresdener Oberlandesgerichtspräsidenten so schön heisst, zunächst nur «gastweise» tätig und begann als sogenannter Volontär mit einem nicht sehr hohen Gehalt. Doch dass er überhaupt Geld bekam, war für ihn – vor allem der niedrigen Pension seines Vaters wegen – sehr wichtig. Als Volontär hatte er zunächst alle Bereiche des Betriebes zu durchlaufen, um diese – und dabei die Struktur des Betriebes – kennenzulernen, so wie jemand, der nach Beendigung seines «Gastspiels» für grössere Rollen vorgesehen ist.

Während dieser Zeit gehörte er weiterhin zum Personalbestand der Justiz. Daraus ergaben sich für ihn – genau wie für mich in Berlin während meiner «Nebentätigkeit» im Anwaltsbüro – bestimmte Pflichten. Eine davon war die Teilnahme an einer sogenannten Arbeitsgemeinschaft, in der unter der Leitung eines Richters eine bestimmte Zahl von Referendaren zusammengefasst war, die wöchentlich zweimal zu zweistündigen «Übungen» zusammenkamen. In diesen Übungen wurden –

meist in seminaristischer Form – bestimmte juristische Fachfragen behandelt; aber es wurde auch die Politik des Nationalsozialismus vermittelt.

In einer solchen Arbeitsgemeinschaft lernte Krischan seine spätere Frau Hildegard Fehlig kennen, mit der er mich ungefähr ein Jahr später in seinem möblierten Zimmer in der Meinickestrasse in Berlin bekannt machte. Er absolvierte damals in Berlin seine letzte Station als Gerichtsreferendar, und sie, die ihre Verwaltungsstation bei einem Leipziger Betrieb abdiene, hatte sich, um mit Krischan zusammensein zu können, in eine Berliner Filiale versetzen lassen. Sehr bald erzählte sie mir dann, wodurch ihr Krischan aufgefallen war, nämlich durch die Art seiner Fragestellungen in dieser Arbeitsgemeinschaft. In der letzten Reihe sitzend und meist mit dem Stuhl so nach hinten schaukelnd, dass sie immer Angst hatte, er werde lang hinschlagen, pflegte er mit harmlosem Gesicht harmlos klingende Fragen zu stellen, die den Leiter der Arbeitsgemeinschaft oft in arge Verlegenheit brachten. So fragte er zum Beispiel, wie es zu erklären sei, dass im Namen der Partei, deren Urfeind doch der Marxismus sei, das Wort «sozialistisch» erscheine, das doch, soweit er wisse, aus dem Wortschatz des Marxismus stamme. Die Antwort des Leiters weiss ich nicht mehr. Sicher war sie nicht so gut wie die Frage.

Noch aus einem anderen Grund fiel Krischan in den Übungen der Arbeitsgemeinschaft auf. Nicht selten kam es vor, dass er sich mit bestimmten Erklärungen des Leiters nicht zufriedengab, besonders wenn es sich um wirtschaftliche Fragen handelte, die mit den Finanz- oder Wirtschaftsbeziehungen Deutschlands zu anderen Ländern in Zusammenhang standen. Er meldete sich dann zum Wort und gab von sich aus Erläuterungen zu dem betreffenden Problem, die von ausgesprochener Sachkenntnis zeugten, aber – sozusagen zwischen den Zeilen – fast stets eine Kritik nicht nur an den Erklärungen des Lehrers, sondern zugleich – wenn auch in verbrämter Form – an der Wirtschaftspolitik der Nazi-regierung enthielten.

Seit Krischan in den Köllmann-Werken tätig war und ich in dem Anwaltsbüro Kaute/Kremendahl, hatten wir beide das gefunden, was wir uns für unsere Arbeiten in dieser schrecklichen Zeit vorgestellt hatten. Beide waren wir zwar der Form nach noch «Gerichtsreferendare», die gewisse Ausbildungsgänge zu absolvieren hatten. Doch das war für uns nichts als ein notwendiges Übel, das, wenn man es geschickt genug anstellte, zu ertragen war.

Wir hatten auch die Möglichkeit, uns ziemlich viel zu sehen und zu sprechen. Wir besuchten uns gegenseitig mit unseren Frauen in Leipzig und in Berlin.

Krischan hatte sehr häufig in Berlin bei zentralen Dienststellen oder bei der Deutschen Getriebe GmbH zu tun und kam dann stets zu uns, meist auch zum Übernachten. Dann gab es lange Gespräche zwischen uns beiden, in denen wir manches aufarbeiteten, was wir in der Zeit der Tätigkeit an unseren Amtsgerichten in Wernigerode und in Ragnit nicht miteinander hatten besprechen können.

Unseren schönen Sportplatz in Eichkamp gab es in der Art, wie wir ihn erlebt hatte, nicht mehr. Diese Art war sicher nicht nazigemäss. Aber wenn wir es zeitlich einrichten konnten, spielten wir miteinander Tennis.

Als wir einmal vom Tennisplatz, der nicht weit von unserer Wohnung entfernt lag, nach Hause gingen, erzählte mir Krischan, dass er mit der juristischen Fakultät der Universität Leipzig Verbindung aufgenommen habe, um zu klären, ob dort ein Interesse für eine Doktorarbeit bestehe, die zu schreiben er vorhatte.

Ich war zunächst erstaunt. «Waren wir uns nicht darüber einig geworden», fragte ich ihn deshalb, «dass es in dieser Zeit ziemlich ohne Sinn ist, den Doktor zu machen? Einmal, weil es eine reine Geldfrage ist – denn das Ganze kostet einiges –, vor allem aber, weil es den Aufwand nicht lohnt. Denn Themen, die uns wichtig zu sein scheinen, würden mit ziemlicher Sicherheit nicht akzeptiert werden – von der Lösung, die wir vorschlagen würden, ganz zu schweigen.»

«Da hast du schon recht», erwiderte er. «Der Meinung waren wir, als wir unser erstes Staatsexamen machten. Aber bei meinem wenig anregenden Leben in Tilsit und Umgebung habe ich wieder meine alte Vorliebe für theoretisches Arbeiten entdeckt. Ich weiss nicht, ob ich Dir schon erzählt habe, dass ich mich in jungen Jahren – er lächelte: Ich war so zwischen siebzehn und neunzehn Jahre alt – mit einigen ganz interessanten Problemen beschäftigt und die Ergebnisse meines Nachdenkens darüber aufgeschrieben habe. Diese Aufzeichnungen sind mir in Tilsit wieder in die Hände gekommen, und ich habe beim Lesen festgestellt, dass manches davon inzwischen noch interessanter geworden ist. Das gilt besonders für eine Niederschrift, die sich mit den Reichstagswahlen in der Weimarer Republik beschäftigt, mit ihren Ergebnissen und den Ursachen dieser Ergebnisse. Wobei die Versuche, hinter die Ursachen zu

kommen, noch ziemlich unvollkommen waren. Aber ich war ja damals auch erst neunzehn Jahre alt. Jetzt bin ich etwas älter und habe einiges dazugelernt. Da könnte es doch ganz reizvoll sein, das etwas genauer zu untersuchen. Und so bin ich auf den Gedanken gekommen, eine Doktorarbeit zu einem Thema zu schreiben, das etwa lauten könnte: ‚Die Struktur der Parteien in der Weimarer Republik‘.»

«Das ist natürlich ein interessantes Thema», erwiderte ich. «Aber glaubst du, dass du dazu einen Doktorvater finden wirst, der dich nicht dazu verdammt, über die Parteien in der Weimarer Republik all das zu wiederholen und vielleicht auch noch wissenschaftlich zu begründen, was die Herren Hitler und Goebbels seit Jahren über den ersten, allerdings missglückten Versuch der Deutschen, eine Republik einzurichten, geredet und geschimpft haben?»

«Dass ich das nicht tun würde, weisst du. Aber ich werde weiter vorfühlen und mich auf jeden Fall in der grossen Leipziger Bibliothek etwas in das Thema hineinlesen.»

Aus diesem Vorhaben Krischans ist nichts geworden. Gewundert hat es mich nicht. Ich vermag auch nicht mehr zu sagen, woran es lag. Aber die Tatsache, dass er eine solche Doktorarbeit hatte schreiben wollen und sich mit dieser Problematik offenbar über lange Zeit und intensiv beschäftigt hat, war mit ein Grund dafür, dass ich in diesem Buch so ausführlich auf das «Weimarer System» und auf die Reichstagswahlen eingegangen bin.

Von den «Arbeitsgemeinschaften», in denen Krischan sowohl durch seine Fragen wie durch seine Antworten der Kollegin aufgefallen war, die dann seine Frau werden sollte, wurde schon gesprochen. Auch ich gehörte in Berlin zu einer solchen Arbeitsgemeinschaft. Sie war ungemein langweilig, so dass es mir nicht schwerfiel, die Rolle zu spielen, die zu spielen ich mir vorgenommen hatte. Es war die Rolle eines Statisten, der, namentlich wenn es um Fragen ging, welche die Naziideologie betrafen, nach Möglichkeit gar nichts sagte oder – wenn er genötigt war, zu sprechen, weil er direkt gefragt worden war – so unverbindlich antwortete, dass aus der Antwort gar nichts oder alles herausgelesen werden konnte. Es war sicher keine so gute Rolle wie die, die Krischan in Leipzig spielte, aber doch eine solche, die man – das hatte ich aus meiner anwaltlichen Tätigkeit gelernt – beherrschen musste, um sich aus bestimmten Situationen heraus zu manövrieren.

Ich erinnere mich daran, wie wir eines Abends, als ich mit Krischan

bei uns zu Haus zusammensass, auf dieses Thema zu sprechen kamen. Wir hatten gerade mit Entsetzen festgestellt, dass dieses furchtbare Naziregime schon mehr als vier Jahre an der Macht war, und versuchten, uns darüber klarzuwerden, wie wir denn nun eigentlich lebten unter diesen Bedingungen, die doch alles andere als lebenswert waren. Eines der Ergebnisse, zu dem wir bei dem sich bis tief in die Nacht hinziehenden Gespräch kamen, war jedenfalls das, dass es ohne die Fähigkeit, sich zuweilen taub zu stellen oder möglichst unverbindliches Zeug zu reden, in der Nazizeit nicht möglich war, bestimmte Dinge zu erreichen.

Mir kam im Laufe dieses Gesprächs der Abend des Reichstagsbrandes in den Sinn, an dem wir in Krischans möbliertem Zimmer gegessen und uns den Kopf darüber zerbrochen hatten, was denn da nun geschehen sei. «Du hast recht gehabt», sagte ich, «als du damals erklärtest, dass es bei dem Reichstagsbrand um mehr gegangen sei als um die Reichstagswahlen, die am Sonntag danach stattfinden sollten und auch stattfanden.»

«Ich habe oft an diesen Abend gedacht», antwortete Krischan. «Was ich da gesagt habe, klang vielleicht sehr klugtuend. Aber ich sprach ja damit nichts aus, was mir an jenem Abend während unseres Gesprächs in den Kopf gekommen war. Im Gegenteil: Für mich war das, was da geschehen war, genau die Bestätigung dessen, was ich seit dem 30. Januar erwartet und befürchtet hatte. Noch schlimmer fast: Ich hatte mich seit diesem unseligen Tag gewundert, dass so etwas nicht früher gekommen war. Du erinnerst dich doch, dass wir von Anfang an fest davon überzeugt waren, dass mit dem Machtantritt Hitlers eine ganz andere, viel schlimmere Periode beginnen würde.»

«Das stimmt», bestätigte ich. «Aber zwischen der theoretischen Meinung, dass etwas in einer bestimmten Richtung verlaufen würde, und der Konfrontation mit der entsprechenden Wirklichkeit besteht doch ein gewaltiger Unterschied.»

«Wobei du überzeugt sein kannst, dass auch ich mir an dem Abend des Reichstagsbrandes nicht annähernd das habe vorstellen können, was die Nazibanditen seither angerichtet haben», erwiderte Krischan.

«Dabei können wir nur von dem sprechen, was wir wissen. Und sind doch fest überzeugt davon, dass noch vieles und viel Schlimmeres geschieht, von dem wir nichts wissen», fügte ich hinzu.,

Was Krischan darauf sagte, war für ihn ungewöhnlich und ist mir ge-

rade deshalb so im Gedächtnis geblieben: «Zuweilen frage ich mich wirklich, wie man unter solchen Umständen überhaupt leben kann. Dir wird es sicher nicht anders gehen.»

Wir schwiegen eine Weile.

Dann begann Krischan wieder: «Denk doch nur an den Fall Ernst Thälmann! Dass er wenige Tage nach dem Reichstagsbrand verhaftet wurde, haben wir noch erfahren, sogar durch offizielle Mitteilungen der Nazipresse. Und dann gab es irgendeine Nachricht, dass Anklage gegen ihn erhoben worden sei, ich glaube, dass war Ende 1934 – und seitdem, das heisst seit nahezu drei Jahren, hört man nichts mehr über ihn. Lebt er überhaupt noch?»

«Das können wir nur hoffen», sagte ich. «Und angesichts des breiten internationalen Interesses am Schicksal des Vorsitzenden der KPD meine ich sogar, dass diese Hoffnung begründet ist. Aber interessant ist doch, dass die Nazis es offenbar nach den Erfahrungen mit Dimitroff nicht wagen, einen Prozess gegen Ernst Thälmann durchzuführen.»

«Und genau das ist es, was wir trotz allem nicht vergessen dürfen», rief Krischan. «Sie haben Angst vor uns. Noch immer. Und ganz besonders vor solchen Persönlichkeiten wie Dimitroff und Thälmann. Anscheinend haben sie inzwischen mitgekriegt, dass sie denen nicht gewachsen sind. Und eine zweite solche Niederlage wie beim Reichstagsbrandprozess wollen sie verständlicherweise nicht erleiden.»

«Verdaut haben Hitler und seine Kumpane diese Niederlage wohl nie», erklärte ich. «Aber gelernt haben sie aus ihr jedenfalls, dass sie gegen einen solchen Menschen in einem gerichtlichen Verfahren nicht aufkommen. Selbst nicht vor ihrem sogenannten Volksgerichtshof.»

«Vor dem», ergänzte Krischan, «wie eine Zeitung damals meldete, als erster Angeklagter Ernst Thälmann erscheinen sollte.»

«Daraus ist offenbar nichts geworden», bemerkte ich, «denn inzwischen gibt es dieses schöne Gericht seit über drei Jahren, vor ihm sind nicht wenige Verfahren abgelaufen, aber Ernst Thälmann hat nicht auf der Anklagebank gesessen.»

Krischan wiederholte: «Ich sage dir doch: Sie trauen sich nicht! Niemals wieder werden sie Menschen solchen Formats vor ein Gericht stellen. Aber zuschlagen und notfalls morden werden sie, wenn es ihnen zu gefährlich zu werden droht. Und wann das der Fall ist, wissen sie recht gut. Als es Anzeichen dafür gab, dass aus den Ereignissen im November

1918 eine wirkliche Revolution werden könne, beseitigten sie Karl und Rosa. Und jetzt, nach dem 30. Januar, als die deutschen Arbeiter immer noch in ihrer übergrossen Mehrheit KPD und SPD wählten und damit die Gefahr bestand, dass die Arbeiterklasse zu der Einheit kommen würde, gegen die es – der Generalstreik nach dem Kapp-Putsch hatte es bewiesen – keine Gegenkraft gibt, setzten sie den Mann ausser Gefecht, dem sie zutrauten, dass er diese Einheit würde schaffen können.»

Heute wissen wir, dass die Hitlerfaschisten Ernst Thälmann nicht nur zeitweise ausser Gefecht gesetzt, sondern dass sie ihn umgebracht haben. In der Nacht vom 17. zum 18. August 1944 im Krematoriumshof des Konzentrationslagers Buchenwald, wohin sie ihn aus der Strafanstalt Bautzen gebracht hatten, um ihn dort einem von Hitler unmittelbar an Himmler gegebenen Befehl entsprechend «zu exekutieren», wie es in der handschriftlichen Notiz Himmlers heisst, und danach sofort zu verbrennen.

Von der Ermordung Ernst Thälmanns erhielten auch die Mitglieder der Leipziger Widerstandsorganisation noch Kenntnis, die im Juli und August 1944 verhaftet und dann nach Dresden ins Untersuchungsgefängnis überführt worden waren, weil der Prozess gegen sie in Dresden stattfinden sollte. Auf einem der Rundgänge auf dem Gefängnishof war es – so haben es später die berichtet, die den Prozess und damit die Nazizeit lebend überstanden haben – Otto Engert, der die Nachricht, die auf illegalem Wege zu ihm gekommen war, weitergab.

Wie mag die Nachricht auf sie gewirkt haben? Hat sie Verwunderung bei ihnen hervorgerufen? Wahrscheinlich nicht. Sicher waren sie voller Empörung, voller Wut, aber auch voller Schmerz und Trauer. Aber Verwunderung konnte bei ihnen, die gelernt und persönlich erfahren hatten, was Faschismus ist, nicht hervorrufen, was diesem gemäss war. Doch mit Sicherheit wären sie auf das Äusserste verwundert gewesen, wenn man ihnen gesagt hätte, dass es nach der Niederschlagung des Faschismus in Deutschland einen Staat geben würde, dessen Justiz einen solchen Mord mehr als vierzig Jahre ungesühnt lässt. Sie hätten das wahrscheinlich nicht für möglich gehalten.

Und Krischan? Hat er an das gedacht, was wir damals über das Schicksal Ernst Thälmanns gesprochen haben? Besonders daran, wie empört und verzweifelt er darüber war, dass man nichts hörte über diesen Menschen, vor dessen Persönlichkeit die Nazis kapituliert hatten? Und wie

wir nicht wussten, ob die Nazis ihn vielleicht schon umgebracht hatten? Nun war das geschehen. Ernst Thälmann lebte nicht mehr. Und er selbst, Krischan, würde in Kürze vor dem Volksgerichtshof stehen, vor den Thälmann zu stellen man nicht gewagt hatte.

Was alles mag da in seinem Kopf gekreist haben? Ich kann es nur vermuten, aber nicht wissen. Denn dafür, uns über Gespräche zu unterhalten, die wir Jahre zuvor geführt hatten, gab es in dem Untersuchungsgefängnis in Dresden keine Zeit.

Und was hätte es auch genutzt? Dass es grundsätzlich schlimm war mit den Verfahren vor dieser Unrechtsinstanz, wussten wir. Ausserdem hatte ich als Verteidiger einige spezielle Erfahrungen gemacht. Das legte ich meinen Gesprächen mit Krischan im Gefängnis zugrunde, um uns, so gut es irgend ging, auf die Hauptverhandlung vorzubereiten.

Dabei wäre diese Vorbereitung, auf die ich so viel Gewicht legte, sicher noch schwerer gewesen, wenn wir damals schon gewusst hätten, welches Ausmass die Mordpraxis des Volksgerichtshofs, dieses schlimmsten Auswuchses der faschistischen Justiz, gehabt hat. Heute liegen Zahlen darüber vor: In den zehn Jahren von 1934 bis 1944 (für das Jahr 1945 gibt es keine Unterlagen mehr) haben mehr als 15'000 Angeklagte vor diesem Gericht gestanden. 6214 von ihnen – das sind mehr als 40 Prozent – wurden zum Tode verurteilt! Ich glaube nicht, dass es noch ein Gericht gibt, das eine solche Bilanz aufweisen kann.

Und trotzdem ist noch nicht ein einziger Richter oder Staatsanwalt, der an diesen Verfahren beteiligt war, der solche Todesurteile beantragt oder ausgesprochen hat, vor einem Gericht der ständig sosehr auf ihre «Rechtsstaatlichkeit» pochenden und sich ihrer rühmenden Bundesrepublik Deutschland zur Verantwortung gezogen worden.

Als ich Krischan 1936 oder 1937 einmal in Leipzig besucht hatte und wir in seinem Arbeitszimmer sassen, zeigte er mir ein kleines Heft, in dem die Entwicklung der Köllmann-Werke seit ihrer Gründung dargestellt war, und zwar nach einer Reihe von Jahreszahlen untergliedert, die offenbar als besonders wichtig angesehen wurden. Ich fand diese Aufstellung bei der Sammlung des Materials für dieses Buch in einem «Werkheft» aus dem Jahre 1942 wieder, das allen «Gefolgschaftsmitgliedern» ausgehändigt wurde, um sie «über alles Wissenswerte» aus dem Betrieb zu unterrichten.

*Lieber Arbeitskamerad,
Liebe Arbeitskameradin!*

Sie arbeiten in den Köllmann-Werken und gehören damit zur Betriebsgemeinschaft. Es ist Ihr Recht und Ihre Pflicht, etwas Näheres über die Gemeinschaft zu wissen, in der Sie die meisten Stunden des Tages verbringen, der Sie Ihre Arbeitskraft zur Verfügung stellen. Das Werkheft soll Sie über alles Wissenswerte unterrichten. Es soll Sie aber auch darauf hinweisen, daß eine Gemeinschaft nur stark sein kann, wenn sich jeder ihren Gesetzen unterordnet. Darum – gute Zusammenarbeit!

Mai 1942

Heil Hitler!

Der Betriebsführer

Erste Seite aus dem Werkheft des Köllmann-Konzerns

«Hör dir an», begann Krischan – und um seinen Mund spielte das etwas spöttische, zugleich aber überlegene Lächeln, das ich so mochte an ihm –, «was hier unter der Jahreszahl 1914 steht: ‚Bis 1914 hatte die stetig wachsende Firma sehr gute Erfolge aufzuweisen, die auch durch den Ausbruch des Krieges nicht beeinträchtigt wurden. Nach anfänglichem Zögern setzten immer grösser werdende Lieferungen für Kraftwagen, U-Boote, Luftschiffe usw. ein.‘»

«Wodurch sicher die zunächst nicht beeinträchtigten Erfolge, zu Deutsch: Profite, nicht unerheblich grösser wurden», bemerkte ich.

«Natürlich nicht», fuhr Krischan fort. «Ich spüre es doch schon jetzt in fast allen Sitzungen und Gesprächen, an denen ich teilnehme und die auch nur in die Nähe dieser Thematik kommen, wie sehr man darauf wartet, dass die Firma wieder zum richtigen Rüstungsbetrieb wird, und wie froh man darüber ist, dass die Profite bereits wieder entsprechend zu steigen beginnen.»

«Deshalb ist es Köllmann und seinesgleichen ja auch so recht, dass es wieder eine allgemeine Wehrpflicht gibt», warf ich ein. «Denn mehr Soldaten brauchen mehr Waffen. Um das allen deutlich zu machen, sollte man den Satz Ernst Thälmanns etwas ändern oder ergänzen: Wer Hitler wählt, wählt die allgemeine Wehrpflicht und damit mehr Waffen und damit den Krieg!» «Herr Hitler hat es freilich anders formuliert», erwiderte Krischan und zog aus seinem Kartothekkasten eine Karte heraus. «Erinnerst du dich noch, was er gesagt hat, als er die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht verkündete? Das klang so:

„In dieser Stunde erneuert die Deutsche Regierung vor dem deutschen Volk und vor der ganzen Welt die Versicherung ihrer Entschlossenheit, über die Wahrung der deutschen Ehre und der Freiheit des Reiches nie hinauszugehen und insbesondere in der nationalen deutschen Aufrüstung kein Instrument kriegerischer Angriffe als vielmehr ausschliesslich der Verteidigung und damit der Erhaltung des Friedens bilden zu wollen.««

«Und was sagen die anderen dazu? Die Engländer? Die Franzosen? Und der Völkerbund? Glauben sie Hitler?» fragte ich. «Ja», überlegte Krischan. «Wenn man das wüsste. Ich sehe dahinter immer das eine – und muss es immer wiederholen –, was sie alle miteinander ‚beseelt‘, und das ist der Antikommunismus, von dem sie nicht wegkommen und im Grunde auch gar nicht wegkommen wollen. Und hier, genau hier liegt die grosse Chance für Hitler und seine Hintermänner, die ihm mehr oder weniger offen das Geld zufließen lassen –, aber auch die ganz grosse Gefahr für die anderen Länder, vor allem natürlich für die Sowjetunion.»

«Anders ist ja auch das Flottenabkommen, das England mit Hitlerdeutschland abgeschlossen hat, nicht zu erklären», ergänzte ich. «Ausgerechnet die Briten, die doch wirklich ihre Erfahrungen im Weltkrieg gemacht haben, vor allem mit den deutschen Unterseebooten, schliessen einen Vertrag ab, in dem sie sich damit einverstanden erklären, dass

Deutschland wieder eine Flotte mit U-Booten aufbaut. Und die anderen Staaten, die den Versailler Vertrag mitunterzeichnet haben, protestieren nicht einmal energisch dagegen.»

«Weil sie im Grunde nichts dagegen haben», setzte Krischan den Gedanken fort. «Denk doch nur mal: Die neue Armee, die es seit der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht gibt, war noch nicht ein Jahr alt, da marschierte sie bereits in die entmilitarisierten linksrheinischen Gebiete ein. Das war nun schon nicht mehr nur ein Verstoß gegen den Versailler Vertrag, sondern verletzte ausserdem das Abkommen von Locarno, das die Regierung Luther (mit dem Aussenminister Stresemann) im Oktober 1925 mit Frankreich und England abgeschlossen hatte. Und dabei war dieses Abkommen – ich weiss nicht, ob du dich daran erinnerst – die erste völkerrechtliche Vereinbarung, in der Deutschland nach 1918 Verpflichtungen gegenüber den Westmächten übernahm: Es garantierte die deutsch-französische und die deutsch-belgische Grenze. Trotzdem gab es gegen die Besetzung des Rheinlandes nichts als einen lahmen Protest der Westmächte. Und Hitler hatte dem deutschen Volk ‚sein Rheinland‘ wiedergegeben.»

So etwa diskutierten wir damals. Und wussten noch nicht einmal, dass die Hitlerregierung bereits am 21. Mai 1935 ein «Reichsverteidigungsgesetz» beschlossen hatte, durch das unter anderem Herr Dr. Hjalmar Schacht zum Generalbevollmächtigten für die Kriegswirtschaft ernannt wurde. Wir wussten das nicht, weil dies Gesetz nicht veröffentlicht wurde. Ob die Briten bei Abschluss des Flottenabkommens auch nichts davon wussten?

Wir konnten damals auch noch nicht wissen, ja nicht einmal ahnen, wovon diese deutsche Aufrüstung, die so jäh begann und so masslos anstieg, der Beginn war. Ebenso wenig konnten wir wissen, wozu die Westmächte in den folgenden Jahren noch ja sagen oder schweigen oder wogegen sie höchstens der Form halber protestieren würden – wodurch sie immer deutlicher werden liessen, dass ihr eigentliches Interesse nicht dahin ging, Deutschland ungerüstet zu lassen, sondern dahin, Deutschland so aufrüsten und dadurch so stark werden zu lassen, dass es in der Lage war, den ersten und ihrer Meinung nach entscheidenden Schlag gegen die Sowjetunion zu führen.

Je mehr ich an die Zeit zurückdenke, in der Wolfgang Heinze zu dem geworden ist, als welcher er vor dem Volksgerichtshof stand und kaum

zu Worte kam, weil ihn der Vorsitzende des Senats, der Vizepräsident dieser Unrechtsinstanz, Dr. Crohne, ständig niederbrüllte, umso mehr beschäftigt mich die Frage: Wann haben wir in den ersten Jahren der Nazierrschaft was erfahren, und auf welchem Wege erfuhren wir Dinge, die offiziell nicht verlautbart wurden? Ich vermag das nicht genau zu beantworten. Vor allem deshalb nicht, weil so vieles zu dem gehört, was inzwischen zum selbstverständlichen Bestandteil meines Wissens geworden ist. Nehmen wir ein Beispiel.

Wir waren uns klar darüber, dass Hitler nur an die Macht kommen und die Macht nur behalten konnte, weil er vom Grosskapital unterstützt worden war und unterstützt wurde. Wir wussten auch eine ganze Menge – wenn auch längst nicht alles – von dem, was der Nazistaat an Terror-massnahmen angerichtet und wie er jegliche Demokratie abgetötet hatte. Und wir hatten keinen Zweifel daran, dass das, was am 30. Januar 1933 in Deutschland zur Macht gebracht worden war, Faschismus war. Aber kannten wir die Charakterisierung des Faschismus, die Ende 1933 vom XIII. EKKI-Plenum gegeben und auf dem VII. Weltkongress der Kommunistischen Internationale, der im Juli/August 1935 stattgefunden hatte – wussten wir, dass und wann diese beiden Tagungen durchgeführt worden waren? –, von Georgi Dimitroff verkündet worden war? Jene Charakterisierung, nach der «der Faschismus an der Macht die offene terroristische Diktatur der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals ist»? Und wussten wir, dass Dimitroff den «Faschismus deutschen Schlages» als die «reaktionärste Spielart des Faschismus» bezeichnet hatte? Ich glaube, wir wussten es nicht.

Und dann wieder hörten wir Dinge, die so absurd erschienen, dass wir sie kaum zu glauben vermochten. So erinnere ich mich sehr genau – nicht exakt zeitlich, aber der Sache nach – daran, wie Krischan eines Tages sehr erregt zu mir kam und mir von einer Sendung der BBC berichtete, die er gehört hatte. Von einem Besuch sei die Rede gewesen, den ein Lord Halifax – das war der Lordsiegelbewahrer der britischen Regierung, also kein ganz unwichtiger Mann – dem «Führer» auf dem Obersalzberg abgestattet habe. Und dort hätte dieser Lord gegenüber Hitler Äusserungen getan, die man überhaupt nur verstehen könne, wenn man davon ausgehe, dass es der britischen Regierung in allererster Linie dar-

auf ankomme, jemanden zu haben, der gegen die Sowjetunion voranmarschiert.

Was Krischan damals im BBC gehört hatte, stimmte. Man kann das heute in offiziellen Dokumenten aus dem Archiv des deutschen Auswärtigen Amtes nachlesen. Danach war dieser englische Lord am 17. November 1937 auf dem Obersalzberg und hat erklärt, «er und andere Mitglieder der Englischen Regierung (wären) davon durchdrungen, dass der Führer nicht nur in Deutschland Grosses geleistet habe, sondern dass er auch durch die Vernichtung des Kommunismus im eigenen Lande diesem den Weg nach Westeuropa versperrt habe und dass daher mit Recht Deutschland als Bollwerk des Westens gegen den Bolschewismus ange-

Die eigentliche Arbeit im Beruf beginnt

Ende 1937 ging für Krischan und mich die Referendarzeit zu Ende. Wir mussten uns auf das zweite juristische Examen – offiziell die «grosse Staatsprüfung» genannt – vorbereiten. So wie bei dem Referendarexamen ging das nicht mehr. Dem stand eine «Rundverfügung» des Reichsministers der Justiz entgegen, nach der alle Referendare vor diesem Examen folgende «Dienstliche Versicherung ..., die auf sorgfältiger Erkundung und Prüfung beruht», abzugeben hatten:

«Ich habe dem in der Rundverfügung vom 2. September 1936 ausgesprochenen, mir bekannt gegebenen Verbot, Juden im Sinne der Ersten Verordnung zum Reichsbürgergesetz bei der Vorbereitung auf den Beruf des Rechtswahrers in Anspruch zu nehmen, nicht zuwidergehandelt. Ich weiss, dass ich bei wissentlich falschen Angaben die fristlose Entlassung, die Nichtigkeitserklärung der grossen Staatsprüfung und die Anfechtung meiner etwaigen späteren Anstellung zu gewärtigen habe.»

Unterschrieben war die Rundverfügung vom damaligen Staatssekretär im Reichsjustizministerium Freisler, der auch dadurch unter Beweis stellte, wie sehr er für seinen späteren Posten als Präsident des Volksgerichtshofes geeignet war.

Doch wir hatten, auf entsprechende Anfragen des Kammergerichts-

präsidenten, noch seltsamere Erklärungen abzugeben, bevor wir zu der grossen Staatsprüfung zugelassen wurden. Gewiss, mir war bekannt, dass die Freimaurerei – eine in der Aufklärung entstandene internationale bürgerlich-humanistische Bewegung, die in Logen gegliedert war – vom Nationalsozialismus bekämpft wurde. Aber ich wusste über diese Logen nichts Näheres und war deshalb leicht verwundert, als ich mit Schreiben des Kammergerichtspräsidenten vom 3. August 1937 aufgefordert wurde, ihm «umgehend ... anzuzeigen, ob ... (ich) dem Rotary-Club angehört bzw. ... die Mitgliedschaft gelöst» habe. Noch merkwürdiger war dann eine Anfrage vom 9. August 1937, die den ehemaligen «Bund Deutsche Schlaraffia e.V.» betraf. Ich konnte jedenfalls mit gutem Gewissen erwidern, dass ich kein Oberschlaraffe irgendwelcher Art gewesen war, und auch das letzte derartige Schreiben vom 18. Oktober 1937, in der nach der Zugehörigkeit zu insgesamt sechs Logen gefragt wurde, mit einem «Nein» beantworten.

Damit war der Weg zur grossen Staatsprüfung für mich frei, die ich am 17. Januar 1938 mit der Note «befriedigend» – die mir völlig ausreichte – bestand. Nun war meine juristische Ausbildung formell beendet, und meine eigentliche berufliche Tätigkeit begann.

Ich konnte mich ein Jahr lang «Probeassessor» und danach «Anwalts-assessor» nennen. Doch da ich weiterhin in dem Anwaltsbüro Kaute / Kremendahl tätig war, änderte sich an meiner Arbeit praktisch nichts.

Bereits Ende des Jahres 1938 bescheinigten mir die beiden Anwälte, dass ich «in besonders hervorragendem Masse geeignet (sei), den Beruf eines Anwalts auszuüben», und befürworteten mit dieser Begründung eine Abkürzung der dreijährigen Assessorzeit und damit eine frühere Zulassung als Rechtsanwalt für mich. Doch dem stand einiges im Wege.

Bereits am 9. Juni 1938 war mir «namens und im Auftrage des Herrn Reichsministers der Justiz ausdrücklich eröffnet worden», dass von mir eine aktive Betätigung «in der Partei, ihren Gliederungen oder Verbänden ... erwartet werde». Mit Schreiben vom 21. Januar 1939 wurde ich von dem Kammergerichtspräsidenten ersucht, binnen einer Woche eine «eingehende schriftliche Äusserung» darüber abzugeben, weshalb ich mich inzwischen nicht in dieser Weise aktiv betätigt hätte.

Meine Antwort darauf war ein drei Seiten langer Brief, in dem ich als

Der Kammergerichtspräsident .

2202 - B 2 2

Berlin, den 9. August 1937

W 35, Elsholzstraße 32

Fernruf : 27 0013 .

An
den Referendar
Herrn

Handwritten signature/initials

Unter Bezugnahme auf die AV. des Herrn Reichsministers der Justiz vom 14. Juli 1937 (Dt. Just. S. 11C2) ersuche ich, mir bis zum 20. August 1937 unter Benützung des anliegenden Vordrucks mitzuteilen, ob Sie dem ehemaligen "Bund Deutsche Schlaraffia e.V." angehört und ob Sie in diesem Bund, seinen Unterorganisationen und den ihm angeschlossenen Tochterorganisationen führende Ämter bekleidet haben .

Als führende Ämter in diesen Organisationen gelten :

- das Amt des Oberschlaraffen des Äußeren ,
- das Amt des Oberwoblaraffen des Inneren ,
- das Amt des Oberschlaraffen der Kunst ,
- das Amt des Oberschlaraffen ohne Portefeuille ,
- das Amt des Kanzlers ,
- das Amt des Marschalls ,
- das Amt des Junkermeisters ,
- das Amt des Schatzmeisters ,
- das Amt des Notenmeister und
- das Amt des Vizekanzlers .

Bejahendfalls wollen Sie angeben, von welchem Zeitpunkt ab Sie der Schlaraffia angehört haben, wann Sie aus ihr ausgeschieden sind sowie ob Sie die Schlaraffia in irgendwelcher Weise nur "gedeckt", sich also ihr gegenüber weiterhin zur Verechthaltung und zum Gehorsam verpflichtet oder ob Sie Ihre Beziehungen vollständig gelöst haben .

In Auftrage :
gez. Dr. Fanzkelsmann,
Kammergerichtsrat .

Beglaubigt :
Handwritten signature
Justizsekretär .

Grund für mein Verhalten alle möglichen beruflichen und anderen Belastungen angab.

Nachdem ich Anfang März 1959 zum Anwaltsassessor ernannt worden war, ging die Zuständigkeit für solche Anfragen an den Präsidenten der Rechtsanwaltskammer in Berlin über. Seine erste Anfrage stammt vom 24. Mai 1939. Sie war kurz: «Ich bitte um Mitteilung, welchen Gliederungen der NSDAP oder ihren angeschlossenen Organisationen Sie angehören und welche Ämter Sie dort bekleiden.»

Ich stellte mich tot und wurde mit Schreiben vom 29. Juni und 28. Juli 1939 an diese Anfrage erinnert.

Am 12. August entschloss ich mich zur Antwort, die dahin lautete, dass ich inzwischen dem NSRB (ohne Mitgliedschaft in diesem «Nationalsozialistischen Rechtswahrerbund» war keinerlei juristische Tätigkeit möglich) und der NSV (= NS-Volkswohlfahrt) beigetreten sei, aber kein Amt innehabe.

Dann gab es eine Pause bis zum 30. Januar 1941; da wurde ich erneut gefragt, ob ich nunmehr ein Amt übernommen hätte. Die Anfrage habe ich nicht beantwortet. Und nachdem ich mit Wirkung vom 7. Juli 1941 zur Naziwehrmacht eingezogen wurde, hielt ich sie für gegenstandslos.

Das war wohl auch so. Offenbar sah man die Dinge jetzt bei den zuständigen Stellen anders. Denn im Januar 1942 wurde ich zur Anwaltschaft zugelassen. Wahrscheinlich meinte man, dass ich als Angehöriger dieser Wehrmacht kein Unheil mehr anrichten könne. Doch dank meinem Herzfehler, den ich möglichst pflegte, der Hilfe guter Freunde und einiger Geschicklichkeit gelang es mir, sehr bald in Bürostellen in Berlin unterzukommen, von denen ich die Genehmigung erhielt, zu Hause zu schlafen, ausserhalb meiner Dienstzeit, die unregelmässig war, Zivil zu tragen und meine Anwaltstätigkeit auszuüben. Ich trug damals ständig eine dicke Aktenmappe mit mir herum, in der entweder die Zivilsachen oder die Uniform untergebracht waren. So oft und so bald es möglich war, verwandelte ich mich in einen Zivilisten, wozu ich mich häufig an den unmöglichsten Stellen umzog.

Für ein Verfahren vor dem Volksgerichtshof erhielt ich erst mehr als ein Jahr nach meiner Zulassung als Rechtsanwalt die Genehmigung, einen Angeklagten zu verteidigen. Dazu musste erst das Gebäude, in dem die Rechtsanwaltskammer untergebracht war, von einer Fliegerbombe

getroffen worden sein, wonach meine Personalunterlagen nicht mehr nachprüfbar waren.

Nach meiner Zulassung als Rechtsanwalt verliess ich, wie das vorher abgesprochen worden war, das Büro Kaute/Kremendahl. Durch Vermittlung einer guten jüdischen Bekannten war ich in Verbindung zu dem bekannten Strafverteidiger Walter Bahn gekommen – der übrigens seinerzeit den «Hauptmann von Köpenick» verteidigt hatte – und erhielt dort für meine nun selbständige Praxis einen Raum. Gegen ein festes Gehalt und Mietfreiheit für diesen Raum vertrat ich den Rechtsanwalt Bahn in seinen Prozessen, soweit er die Termine nicht selbst wahrnehmen wollte und ich es mit den Anforderungen meiner eigenen, langsam anlaufenden Praxis vereinbaren konnte. In einer Strafsache aus seiner Praxis fand ich auch die Gelegenheit, das erste Mal als Strafverteidiger in einer grösseren Sache in dem berühmten Kriminalgericht in Berlin-Moabit aufzutreten und mein erstes grösseres Plädoyer zu halten. Ich hatte damit den ersten Schritt auf dem Weg getan, auf den es mich drängte: als Verteidiger Menschen zu helfen, die mit den Strafgesetzen in Konflikt geraten waren, vor allem und mehr und mehr solchen, bei denen es dabei um politisches Verhalten ging.

Es dauerte nicht lange, da kannte ich durch die Besuche bei meinen Mandanten die Untersuchungsgefängnisse und wurde dort bekannt. In Plötzensee entwickelte sich ein besonderes Vertrauensverhältnis zu dem Pfarrer Buchholz – einem der Gefängnisgeistlichen, die sich sehr um die politischen Gefangenen kümmerten –, über das wir nie ein Wort gesprochen haben. Aber er bat mich nicht selten, doch einmal in eine bestimmte Zelle zu gehen und dem dort einsitzenden Untersuchungsgefangenen meine Verteidigung anzubieten. Es waren immer «Politische», zu denen er mich schickte.

Einer, ein junger Pole und Kommunist mit dem Namen Hyeronimus Wilk, ist mir unvergesslich. Er war schon im KZ gewesen und hatte jetzt ein Strafverfahren vor sich. Mit ihm entwickelte ich einen genauen Plan darüber, was er von den gegen ihn erhobenen Anschuldigungen zugeben sollte und was nicht. Die Taktik hatte Erfolg. Er erhielt «nur» eine, allerdings langjährige Freiheitsstrafe. Kurze Zeit nach dem Urteil kam in meinem Büro ein Päckchen aus Polen an, von seiner Mutter, die vorher einmal bei mir im Büro gewesen war. In dem Päckchen fand ich einen rund hineingelegten geräucherten Aal und einen kleinen Zettel, auf dem ge-

schrieben stand: «Nehmen Sie das als Dank von der Familie des Hieronymus Wilk.»

Solch einen Zettel vergisst man nicht.

Krischan hatte sein grosses Staatsexamen ebenfalls ohne Komplikationen hinter sich gebracht und blieb danach – wie ich bei meinen Anwälten – in den Köllmann-Werken, wo er mit Wirkung vom 15. April 1938 als ordnungsgemässer Angestellter geführt wurde. Er war zunächst als Justitiar – oder, wie man damals meist sagte, als Syndikus – tätig. Zu seinem Arbeitsbereich gehörte also all das, was der rechtlichen Klärung oder Überprüfung bedurfte. Das war in solchem Betrieb gar nicht wenig. Es konnten Streitfragen mit anderen Betrieben oder auch mit staatlichen Dienststellen sein, aber auch innerbetriebliche Fragen, besonders solche aus dem Gebiet des Arbeitsrechts, bei denen es darum ging, ob dem «Betriebsführer» oder dem «Gefolgschaftsmitglied» – das waren in der Nazizeit die offiziellen Bezeichnungen – recht zu geben war.

Mehrmals berichtete mir Krischan später, wenn er in Berlin zu tun hatte und den Abend bei uns verbrachte, von seiner Arbeit an einer sogenannten Stiftung, für die er sich sehr eingesetzt hatte.

Worum es dabei Herrn Köllmann ging, ist in dem schon erwähnten «Werkheft» nachzulesen, dessen erste Seite lautet:

«Lieber Arbeitskamerad, liebe Arbeitskameradin!

Sie arbeiten in den Köllmann-Werken und gehören damit zur Betriebsgemeinschaft. Es ist Ihr Recht und Ihre Pflicht, etwas Näheres über die Gemeinschaft zu wissen, in der Sie die meisten Stunden des Tages verbringen, der Sie Ihre Arbeitskraft zur Verfügung stellen. Das Werkheft soll Sie über alles Wissenswerte unterrichten. Es soll Sie aber auch darauf hinweisen, dass eine Gemeinschaft nur stark sein kann, wenn sich jeder ihren Gesetzen unterordnet. Darum – gute Zusammenarbeit!

Heil Hitler!

Der Betriebsführer»

Die «Gustav-Köllmann-Stiftung» hatte nach diesem Werkheft die Aufgabe, «für das Wohl von Gefolgschaftsmitgliedern der Köllmannwerke eingesetzt zu werden», und zwar in erster Linie für «Beihilfen ... an ehemalige Gefolgschaftsmitglieder der Köllmannwerke in Fällen der Not oder Arbeitslosigkeit» – allerdings nur, wenn sie «mindestens 25 Jahre

Der Betriebsobmann

Es ist die ganz besondere Aufgabe des Betriebsobmannes, für die Betriebsgemeinschaft zu sorgen. Er ist Berater, sowohl der Gefolgschaft, als auch der Betriebsführung. Wenden Sie sich mit allen Fragen an ihn, er wird Ihnen entweder selbst Auskunft geben oder aber die maßgebliche Dienststelle nennen, an die Sie sich wenden können.

Die Helfer zur Erledigung kleinerer Aufgaben sind die Zellenobmänner.

Unser Betriebsobmann ist Pg. Martens.

Der Betriebsführer — in ganz besonderen Fällen

Er ist für Sie immer zu sprechen, aber überlegen Sie sich selbst: Betriebsführer sind weder Seelsorger, noch Nervenärzte.

Wenn Ihnen einmal die Nerven durchgehen — was ja jedem geschehen kann — dann wählen Sie das gute Mittel: 24 Stunden warten! Geht das nicht, dann verlangen Sie nicht von Ihrem Betriebsführer, daß er Ihnen Recht gibt, bevor er auch die „andere Partei“ gehört hat oder sich über Ihre Angelegenheit unterrichtet. Er ist auch nur ein Mensch und vor allem für den ganzen Betrieb und die gesamte Betriebsgemeinschaft verantwortlich.

Betriebsführer ist Generaldirektor Gustav Köllmann.

Seite aus dem Werkheft des Köllmann-Konzerns

im Dienste der Köllmann-Werke absolviert und bei ihrem Ausscheiden das 65. Lebensjahr erreicht» hatten. Die Zahl derer, die diesen Bedingungen genügten, dürfte nicht allzu gross und die finanzielle Belastung des Betriebes dadurch nicht allzu schwer gewesen sein. Doch es wurde noch mehr versprochen, nämlich «weitere Leistungen, ... (die) nach dem Ermessen des Stiftungs-Vorsitzenden im Einverständnis mit dem Vorstand der Köllmann-Werke gewährt» werden können.

Hier eröffneten sich für jemanden, der daran interessiert war, bestimmten Personen solche Leistungen zukommen zu lassen, und der an

einer Stelle sass, von der aus er gewisse Schalthebel in Bewegung setzen konnte – und an solch einer Stelle sass Wolfgang Heinze sehr bald –, durchaus Möglichkeiten. Und Krischan nutzte sie. Nicht ohne Grund hatte er sich sosehr für diese Stiftung eingesetzt.

Genau dies entsprach der Methode, mit der es Wolfgang Heinze gelang, in den Köllmann-Werken so zu arbeiten, dass er bei der Betriebsleitung, insbesondere bei dem Generaldirektor Köllmann, der bis zum Schluss überzeugt war, niemand anderen eingestellt zu haben als eben den Freund seines Sohnes, volles Vertrauen genoss und dadurch so manches erreichte, was durchaus nicht im Sinne der Betriebsleitung lag. Das war der Weg, den er bewusst und konsequent ging, der Weg, der ihm die Gelegenheit bot, vieles zu erfahren, was strengsten Geheimhaltungsvorschriften unterlag, und davon Alfred Frank zu berichten, damit dieser es an die – Krischan selbst unbekannte – Leitung weitergab. Es war der Weg, der es ihm überhaupt – mit viel Klugheit, mit strengster Selbstbeherrschung, mit bewusster und überlegter tiärte oft gegenüber denen, für die er es tat – ermöglichte, das zu tun, was zu tun ihm sein Gewissen gebot.

Ich weiss nicht, ob Krischan in diesem Zusammenhang von einem «Gebot des Gewissens» gesprochen hätte. Wahrscheinlich hätte er, wenn man ihn gefragt hätte, auf die menschliche Vernunft verwiesen, an deren Mission zu glauben er, wie sein letzter Brief bezeugt und wie so manche seiner Tagebuchaufzeichnungen beweisen, sein Leben lang nicht aufgegeben hat. Doch wie man es auch nennen mag, er hat einem derartigen Gebot gemäss gelebt und gewirkt.

Und das war sehr, sehr schwer in jener Zeit. Denn schliesslich war, als Krischan verhaftet wurde, seit fünf Jahren Krieg in der Welt. Der zweite Weltkrieg war es. Und wie der erste, der «nur» vier Jahre gedauert hatte, war er von Deutschland ausgelöst worden. Und wie der erste Weltkrieg würde er von Deutschland verloren werden.

Waren wir uns darüber klar? Wir waren es. Seit wann? Schwer zu sagen ist das. Gehofft hatten wir es von Anfang an. Schon deshalb, weil wir überzeugt waren, dass der deutsche Faschismus einen verlorenen Krieg nie überleben würde – sowenig dies der deutsche Kaiser vermocht hatte.

Die Hoffnung auf die deutsche Niederlage hatte uns nie verlassen. Aber wann wurde die Hoffnung zum Überzeugtsein, zum Wissen?

Viel haben wir darüber diskutiert. Schon im Jahre 1938, als manche noch daran zweifelten, ob Hitler überhaupt einen Krieg beginnen würde. Für uns war das klar. Nicht nur wegen des Thälmannwortes «Wer Hitler wählt, wählt den Krieg», sondern auch wegen all dessen, was Hitler immer wieder in die Welt hinausposaunt hatte. Von der Schmach von Versailles, die es gutzumachen gelte. Von dem Lebensraum, den das deutsche Volk brauche. Von der deutschen Sendung. Von den Untermenschen jenseits der Weichsel oder gar östlich des Urals. Und so weiter.

Aber wie würde das alles vor sich gehen? Ging es Hitler und dem deutschen Monopolkapital «nur» darum, den Todfeind, den Bolschewismus also, zu vernichten? War dieses Ziel, das schon deshalb an erster Stelle stand, weil es dabei um die Niederschlagung des Klassegegners ging, das einzige? Sollte nicht auch all das geändert werden, was der Vertrag von Versailles mit sich gebracht hatte?

Ich erinnere mich recht gut an Gespräche, an harte Diskussionen, die wir über diese Problematik führten.

«Versailles war kein Werk der Russen», höre ich Krischan noch sagen. «Im Gegenteil, Lenin hat sich dagegen ausgesprochen – wie übrigens die deutschen Kommunisten auch. Bei Versailles war der Erbfeind, also Frankreich, am Werk, der zurückholen wollte, was er 1871 verloren hatte. Und mit ihm England, das seinen ersten Platz in Europa gesichert haben wollte.»

«Und, scheinbar im Hintergrund, die USA, die sich ja nicht ohne Grund in den Krieg eingeschaltet haben», warf ich ein. «Allerdings – und das scheint mir nicht uninteressant zu sein – haben sie erst Mitte 1918 Truppen in Europa eingesetzt, zu einer Zeit also, zu der der Krieg für Deutschland praktisch verloren war. Am Ende wollten sie jedenfalls dabei sein.»

«Bleibt nur die Frage», setzte Krischan das Gespräch fort, «ob sie einkalkuliert hatten, dass der junge Sowjetstaat das Kriegsende überleben würde.»

«Das wird sich schwer feststellen lassen», erwiderte ich. «Jedenfalls wollten sie nicht, dass er überhaupt am Leben bleibt. Das beweist ihre intensive Beteiligung an der Intervention gegen diesen neuen Staat, von deren Erfolg sie bestimmt ebenso fest überzeugt waren, wie die anderen Staaten, die an ihr teilnahmen, vor allem natürlich Frankreich und England.»

«Das wiederum ist gar nicht so verwunderlich», meinte Krischan. «Denn seien wir doch ehrlich, wer ausser den Kommunisten selbst hat es denn für möglich gehalten, dass der Sowjetstaat, der gerade erst gegründet worden war, der sosehr an den Folgen des Krieges zu leiden hatte und dem es buchstäblich an allem fehlte, diesen Interventionskrieg, der ja zugleich ein Bürgerkrieg gegen die keineswegs schwache Konterrevolution war, überleben würde!»

«Und nun», griff ich den Gedanken auf, «soll offenbar Herr Hitler, der sich immer mehr erlauben darf, das schaffen, was ihnen damals nicht gelungen ist.»

Immer wieder kamen wir auf diesen Punkt zu sprechen. Denn natürlich wussten die Herren, die in London, Paris und New York die Regierungsgeschäfte führten, sehr genau, was der Führer bei jeder Gelegenheit von dem «Grossdeutschen Reiche» schwafelte. Und es war ihnen durchaus klar, dass er damit sein Vorhaben ankündigte, alles in «seinem Reich» zu vereinen, was die deutsche Sprache spricht.

«Vielleicht reden sie sich zuweilen ein», sagte einer von uns, «dass all das nur ein Phantasiegebilde des grossmäuligen Führers sei. Aber das tun sie nur, weil dann ihr Weltbild stimmt. Und im Zentrum dieses Weltbildes steht eben der für sie unverrückbare Satz, dass es in der Welt nur einen einzigen wirklichen Feind gibt, und das ist der Kommunismus. Auch dieser Hass – anders kann man es gar nicht nennen – macht offenbar blind. Deshalb sehen sie nicht und wollen sie nicht sehen, dass Hitler nicht nur den Vorsatz hat, auf jeden Fall den Bolschewismus ‚auszurotten‘, sondern dass er weit mehr will, nämlich die Weltherrschaft.»

Nur mit dieser Blindheit war es ja auch zu erklären, was diese Länder damals alles hinnahmen, mit der Wirkung, dass Hitler von Mal zu Mal unverschämter wurde. Als wir uns über den Fall Österreich – mit dem ja Hitlers Okkupationspolitik begonnen hatte – unterhielten, nahmen wir uns vor, einmal zu überprüfen, was denn dieser Mann, der ständig so redete, als habe er das deutsche Nationalbewusstsein gepachtet, obwohl er von Hause aus gar kein Deutscher, sondern ein Österreicher war, selbst dazu gesagt hatte. Wir besorgten uns deshalb aus einer Bibliothek ein Exemplar seines Buches «Mein Kampf» und brauchten, als wir es hatten, nicht lange zu suchen. Denn gleich im ersten Absatz steht zu lesen, es gelte ihm (also Hitler), «als glückliche Bestimmung, dass das Schicksal ... (ihm) zum Geburtsort gerade Braunau am Inn» zugewiesen

habe, also ein «Städtchen an der Grenze jener beiden deutschen Staaten, deren Wiedervereinigung ... als eine mit allen Mitteln durchzuführende Lebensaufgabe erscheint»!

So einfach war das. Da wurde mit der grössten Selbstverständlichkeit aus Deutschland und Österreich ein deutscher Staat gemacht, und schon war die Frage der deutschen Nation – zu der angeblich alle gehören, die deutsch sprechen – für diesen Teil Europas gelöst.

«Beim nächsten Schritt ist dann der Einmarsch deutscher Truppen in ein anderes Gebiet, in dem deutsch gesprochen wird, schon keine kriegerische Handlung mehr», bemerkte ich.

«Das ist es doch», erwiderte Krischan. «Wie du weisst, hat man im offiziellen Deutschland der Weimarer Republik, wenn es um Österreich ging, niemals solch ein Wort wie ‚Annektierung‘ gebraucht, sondern immer nur vom «Anschluss» Österreichs an das Reich gesprochen. Der war nun erfolgt. Österreich war «heimgekehrt». Wie das auf bestimmte Kreise wirkte, habe ich so richtig bei einigen Herrn in den Köllmann-Werken erlebt, vor allem bei dem Chef Gustav Köllmann. In der ersten Vorstandssitzung nach dem Einmarsch in Österreich gab er zu Beginn eine fast feierliche Erklärung dazu ab und betonte, wie gut es sei, dass alles ohne Waffengewalt und ohne Blutvergiessen abgelaufen sei. Damit war dann allerdings gleich das Stichwort für den nächsten Tagesordnungspunkt gegeben, der sich mit dem Stand der Umstellung des Betriebes auf bestimmte Rüstungsaufgaben beschäftigte. Denn damals begann in den Köllmann-Werken die Produktion von Getrieben vor allem für Flugzeuge und Panzer anzulaufen.»«

Neue Freunde in Leipzig

Krischan fühlte sich, das wusste ich aus unseren Gesprächen, in Leipzig zuerst ziemlich allein. Gewiss, nachdem er seine Feh gefunden hatte, wurde das schon sehr anders. Aber es fehlten ihm Menschen, Freunde, mit denen er Gedanken austauschen und über das sprechen konnte, was uns alle bewegte in dieser Zeit.

Doch dann hörte ich aus manchem, was er berichtete, heraus, dass sich da etwas geändert haben musste. Allerdings nannte er zunächst

noch keine Namen. Und ich fragte nicht, wie das unserer stillschweigend getroffenen Vereinbarung entsprach. Denn wir waren uns klar darüber: Bei allem Vertrauen, das wir zueinander hatten, musste jeder selbst entscheiden, wann er was sagte.

Als wir an einem späten Nachmittag, nachdem er zu uns nach Hause gekommen war, noch einen kleinen Spaziergang machten, fragte er mich: «Habe ich dir eigentlich schon erzählt, dass die Feh einige Tage in Paris war?»

«So nebenbei erwähnt hast du es wohl mal», antwortete ich. «Aber Näheres weiss ich nicht.»

«Sie hatte schon einige Male von einer Freundin gesprochen, die ihrer Meinung nach nicht nur deshalb emigriert war, weil sie mit einem jüdischen Menschen verheiratet war, sondern auch aus politischen Gründen, und fragte mich eines Tages, ob sie diese Freundin, die in Paris lebte, nicht einmal besuchen solle. Da ich, wie du dir denken kannst, sehr daran interessiert war, auf diese Weise von Dingen Kenntnis zu erhalten, von denen wir hier auf normalem Wege nichts erfahren, riet ich ihr zu. Sie ist dann auch gefahren und hat, abgesehen von vielen Informationen der Art, wie ich sie haben wollte, etwas sehr Wichtiges mitgebracht, nämlich Namen von Menschen, wie ich sie suchte, von solchen, mit denen man über alles sprechen könne. So etwas fehlte uns in Leipzig bis dahin völlig. Ich war vorher nie in Leipzig gewesen und kannte schon deshalb niemanden. Und Feh, die ja, wie du weisst, aus einem grossbürgerlichen Haus stammt, hatte zwar von sich aus einen Abscheu gegen den Nationalsozialismus entwickelt, aber sie hatte keinerlei Verbindungen zu echten Antifaschisten. Doch als sie aus Paris zurückkam, konnte sie mir voller Stolz berichten, dass ihre Pariser Freundin, mit der sie offenbar darüber gesprochen hatte, ihr den Namen eines Ehepaars Sacke genannt hatte, zu dem sie gehen solle.

«Und die habt ihr gefunden?» fragte ich. «Ja, wenn auch mit einigen Schwierigkeiten. Feh hatte nämlich nur den Namen und keine Adresse mitgebracht. Wir suchten im Leipziger Adressbuch, fanden auch die Adresse, doch dort wohnten die Sackes nicht mehr. Wir erfuhren aber, wo sie hingezogen waren, und dorthin ist Feh dann zunächst allein gegangen und hat die Frau Sacke angetroffen. Diese empfing sie erst einmal mit der nötigen Vorsicht, wenn nicht sogar mit Misstrauen. Doch das gab sich nach und nach. Ich ging sehr bald mit zu Sackes, lernte sie als präch-

tige Menschen kennen und durch sie den Maler Alfred Frank und seine Frau, alte Kommunisten. Und so gewann ich in Leipzig echte Freunde, mit denen wir relativ häufig zusammenkommen und mit denen wir über alles sprechen.»

«Das ist natürlich sehr gut», sagte ich. «Aber du kannst allein daraus, dass diese Verbindung über Paris zustande gekommen ist, ersehen, wie schwierig es ist, solche Verbindungen zu finden, namentlich für Menschen, die – wie wir beide – echte politische Arbeit, ich meine damit solche, die an eine feste Organisation gebunden ist, noch nicht geleistet haben. Denn die kurze Zeit in der Roten Studentengruppe hat dazu nicht im Entferntesten ausgereicht. Und ich habe in Berlin noch niemanden gefunden.»

«Ich weiss, wie schwer das ist», erwiderte Krischan. «Aber ich verspreche dir, dass ich dir soviel wie möglich von dem, was ganz wichtig ist, berichten werde. Natürlich mit den Begrenzungen, an die ich gebunden sein werde.»

Krischan hat sich an das Versprechen gehalten. Auf diese Weise erfuhr ich in den folgenden Jahren so manches aus dem politischen Geschehen, was dem deutschen Durchschnittsbürger jener Zeit unbekannt blieb. Doch wenig erfuhr ich über die Menschen, die an der eigentlichen Widerstandsarbeit, in die Krischan in dieser Zeit – das wurde mir immer

Krischans Reisen

Ich blättere in Krischans Reisepass. Ausgestellt am 29. November 1935 vom Polizeidirektor in Tilsit für den Gerichtsreferendar Wolfgang, Hermann, Christian Heinze, geboren am 25. Januar 1911 in Angermünde, Gestalt: gross, schlank, Gesicht: oval, Farbe der Augen; grau, Farbe des Haares: blond, besond. Kennzeichen: keine, Geltungsbereich: In- und Ausland, gültig bis 29. November 1940.

Aus dem Pass ist zu ersehen, dass Wolfgang Heinze im März 1937 bei der Stadt- und Girobank Leipzig gegen 8.84 RM 100,- Kronen eingetauscht hat und zwei Tage in der Tschechoslowakei war. Im Mai 1937 holte er sich 50,- Kronen, offenbar nur für einen Tag. Und im Februar 1938 waren es sogar 570,- und im März 1938 600,- Kronen. Krischan

lief sehr gern Ski und erzählte mir damals, dass er einige Male für kurze Zeit zum Skifahren in die Tschechoslowakei gereist sei, dass es dort besonders gutes Skigelände gäbe und dass er von dort auch einige «sehr interessante» Bücher mitgebracht habe. Aus dem Lächeln, das dabei über sein Gesicht ging, entnahm ich, dass das keine ganz harmlosen Bücher gewesen waren. Meine kurz andeutende Frage beantwortete er mit einem Kopfnicken.

Mit dem März 1938 hören die Eintragungen in dem Pass für Reisen in die Tschechoslowakei zunächst auf. In der grossen Politik ereignete sich einiges, was für solche Reisen nicht günstig war. Mitte Mai begann es an den Grenzen zur Tschechoslowakei unruhig zu werden. Nicht ganz unerwartet nach dem, was vorher von Berlin aus gegen die Tschechoslowakei gehetzt und über den dort gedungenen sudetendeutschen Faschisten Henlein in Gang gesetzt worden war, wurden an der Grenze zu diesem Land, das offenbar das nächste Opfer der nazistischen Aggression werden sollte, Truppen der Wehrmacht in ungewöhnlicher Stärke konzentriert. Doch dieses Druckmittel hatte nicht die gewünschte Wirkung. Gestützt auf die übergrosse Mehrheit der Bevölkerung, die demonstrativ zum Ausdruck brachte, dass sie sich nicht an das faschistische Deutschland abtreten und seine erst nach dem ersten Weltkrieg erlangte staatliche Selbständigkeit nicht wieder verlieren wollte, antwortete die Prager Regierung mit einer Teilmobilisierung und entsandte Truppen in das Sudetenland, dorthin also, wo die Sudetendeutschen lebten, die nach Hitlers Vorstellungen ebenfalls – wie vorher die Österreicher – «heim ins Reich» geführt werden sollten.

Die Gelegenheit für Frankreich, seinen Beistandspflichten aus dem vor Jahren mit der Tschechoslowakei abgeschlossenen Bündnisvertrag nachzukommen, war gegeben. Doch die französische Regierung dachte nicht daran, dies zu tun. Die sich hier anbietende neue Speerspitze gegen die Sowjetunion sollte nicht abgestumpft, sie sollte geschärft werden. Darüber einigte sich die Regierung in Paris sehr schnell mit der konservativen Regierung in London. Beide verlangten von der Regierung der Tschechoslowakei, sie solle den Forderungen Hitlers stattgeben und die vorwiegend von Deutschen' bewohnten Gebiete, älsö das sogenannte Sudetenland, an Hitlerdeutschland abtreten.

Damit war der erste Schritt auf dem Weg, der zu dem berühmten Münchener Abkommen führte, getan. Und es dauerte keine zwei Wochen, da hatten vier Staaten – Frankreich und Grossbritannien, Deutschland und Italien

Čs. pobran. kontrol. stanice
 PODMOKLY.
 27. III. 1937
 PRÍJEZD
 HRENSKO.
 29. III. 1937
 PRÍJEZD - ODJEZD

Čs. pobran. kontrol. stanice
 PODMOKLY.
 27. III. 1937
 ODJEZD

Čs. pobran. kontrol. stanice
 PODMOKLY.
 18. V. 1937
 PRÍJEZD

Vorgemerkt für Monat März 38 Gegenwert
 Berlin, von RM. 53.- in Ne. Währung
 den 24. 3. 38 Dresdner Bank Deposittankasse 47
hierauf zugewandt
Reisenbahn
 überliefert über 100.- überlassen.
 Gegenwert von RM. 23.- Reiseverkehr 1. 3. 38
 Berlin Freigrenze Monat März 38
 den 5. März 38 Dresdner Bank Deposittankasse 47

Čs. pobran. kontrol. stanice
 PODMOKLY.
 17. IV. 1938
 ODJEZD

417
 Mandykles svečiu - Als Kurgast
 registruota 27-8 1938
 angemeldet
 išregistruota 6.9 1938
 abgemeldet
 Nidos Valsčiaus Viršaitis
 Amtsvorsteher Niddon

Freigrenze Monat Mai 1937

Nr. 100.- = Rm 8.24

haben wir heute in Nöben
ausgehändigt

Leipzig, am 20. Mai 1937

Stadt- und Girobank Leipzig

[Handwritten signature]

30 dr. und 4 Pf. 26.3.37
M. Mann.

Freigrenze Monat Mai 1937

Nr. 50.- = Rm 4.42

haben wir heute in Nöben
ausgehändigt

Leipzig, am 13. Mai 1937

Stadt- und Girobank Leipzig

[Handwritten signature]

Reisecheck Nr. 570.- überlassen
Gegenwert von RM 27.-, Reiseverkehr C. P. B.
Berlin

Freigrenze Monat Februar
Nr. 30.- | Dresdner Bank Depositenkasse

[Handwritten signature]

1938 IX. - 6.
ISVYKSTANT

Kurortinis *Vilnia*

Nr. 6341

Vienkartinei kelionei i Lietuva ir atgal su teise sustoti Lietuvoje *su* dienu.

Für einmalige Reise nach Litauen und zurück mit Aufenthalt von *30* Tagen in Litauen.

Galioja nuo *1938 VIII 18*

galutis vom *1938 VIII 17*

bis zum *1938 VIII 17*

Berlynas, 1938 *VIII 17*

J. Štork

Lietuvos Pasiuntinybės Berlyne Sekretorius.

Per 24 val. befois subregistracii patalpinu. Paltinaišiu Annahmung können 24 Stunden abgeholt werden.

Ši viza suteikiama beiseis anelab spalgyvams. Lietuvos ir darba gauti.

Wolfgang Heine Šios vizo savininkas *1938 - R. 4*
ir vyksta i *Vilnia* ir kitose Lietuvos vietose su šia viza gyvenant *Kitose Lietuvos vietose su šia viza gyvenant*
reikiamais.



KLAIPĖDA
1938 VII. 23.
ATVYKSTANT

Reiseverkehr

Memelgebiet

Am 21.8.

1938.

Kreditkarte

im Werte von 130,-

~~Reisebüro~~ Reisebüro ...

ausgegeben
11.8.1938

L. Nr. 2235

Reisebüro ...
G. m. b. H.
Lalpelg G I, Markt 4
(Abtlg. Pauschalreisen)

L. Nr. 2235

į - iš - registruotas kurortininku
An Ab - gemeldet als Badegast
Kaipėda 14.8. 1938
Memel

Miesto Pašto Valdyba
Stauspūlis erwaltung

[Handwritten signature]

Chojnice - Starogard - Tazew -

Wielenburg

Laußburg

Erbilino - Wejherowo - Heda - Kallitz - Glinick - Tazew -

Wielenburg

N. Heinze

Konsul H. P.

in Lipsa

Podpis osoby

WIZA PRZEJAZDOWA Nr. 504

przejazd do DEHN WESCHOW.

Przejazd odbywa się w ciągu 1 i powrotny domowymi w ciągu 1 przez każdy punkt graniczny —

W — i w —

Przejazd może być rozpoczęty w ciągu 10 dni od daty wystawienia wzięcia i przed 10 dni 0-1 za każdego razem.

Wiza ważna do dnia MIESIĄC 19 — r. włącznie

Dn. 16 3. 1939 19 — r.

KONSUL — H. P.

w/z

E. Nastasowicz

– in München darüber entschieden, was ein anderer souveräner Staat, der nicht einmal zu den Verhandlungen hinzugezogen worden war – nämlich die Tschechoslowakei –, zu tun hatte. Er hatte einen Teil seines Staatsgebietes an das Deutsche Reich abzutreten. Und so geschah es.

Es ist verständlich, dass die Tschechoslowakei nach diesen Ereignissen für Krischan kein angenehmes Reiseziel mehr war.

Deshalb versuchte er es einige Monate später am anderen Ende des Deutschen Reiches. Reiseverkehr Memelgebiet steht in grosser Schrift auf der nächsten Seite des Passes und darunter der Vermerk, dass das Reisebüro Leipziger Messeamt am 2. August 1938 einen Kreditbrief im Werte von RM 130,- ausgegeben hat. Krischan nutzte ihn für einen Urlaub in Nidden und fand dort eine Landschaft, die ihm sehr gefiel; er hat mir viel von ihr erzählt.

Anfang 1939 unternahm er dann noch einmal den Versuch, in die Tschechoslowakei zu kommen. Aus seinem Reisepass ist zu ersehen, dass er am 17. Februar 1939 einen Reisescheck über 2.000,- Kronen erworben hat. Aber es kam wieder etwas dazwischen. Ungeachtet aller Zusicherungen Hitlers, dass er in Europa keinerlei Gebietsansprüche mehr erheben werde, ging die Annexion der Tschechoslowakei weiter. Am 14. März 1939 wurde die Slowakei für «unabhängig» erklärt und damit zu einem formal selbständigen Staat faschistischer Prägung, der zehn Tage später durch einen deutschslowakischen Vertrag unter den «Schutz» Nazideutschlands gestellt wurde. Am 15. März wurden die restlichen tschechischen Gebiete der Tschechoslowakei von deutschen Truppen besetzt. Und am 16. März gab es keinen tschechoslowakischen Staat mehr. Es gab – neben der «selbständigen» Slowakei – nur noch ein «Protektorat Böhmen und Mähren», an dessen Spitze ein «Reichsprotektor» stand. Es war der frühere Aussenminister Freiherr von Neurath.

Unter diesen Umständen kam eine Reise nach dort für Krischan überhaupt nicht mehr in Betracht. Nach der Eintragung in seinem Reisepass wurde der Reisescheck über 2'000,- Kronen am 21. März 1939 «unbenutzt zurückgegeben».

Dabei hatte dies eine besondere Reise werden sollen. Die erste nämlich, die Feh und Krischan als Eheleute antreten wollten, eine sogenannte Hochzeitsreise also. Ich wusste schon seit einiger Zeit, dass die beiden zu heiraten gedachten, kannte aber den Termin noch nicht. Ihn erfuhr ich erst durch eine Einladung besonderer Art – eine Einladung, die nicht nur



Oberst - Siegelnummer 20

Marsdenburg, am 7.4.39
Am Hauptamt 4.

Infanterieaufstellung

Sie möge Ihre Frau geben für am 12.11.39 ab 13.11.39 und am
18.11.39 ab 12.11.39. Aufgebotter Persönlichkeit für postum-
lische Verfügung zu stellen. Einverständigungen werden
gemäß §§ 11 & 14 der 20. AVO zu 16. DVO zum Hauptamt am
20.11.39 (RGBl. I 842) erfolgt.

Näher über Ihre genehmigten Fälle mögen Sie
zu sagen sein.

i. A. Trüßl.

V.
2) Tippische möge Tippische sind
offener zu sein.
L. M. A. S.

im buchstäblichen Sinne des Wortes Krischans Handschrift trug. Eigenwillig war sie, voller Humor und dabei so formuliert, dass sie dem, der zu lesen verstand, einiges sagte.

Die erste Seite mit den Kinderfotos und dem «Endlich» hatte beinahe etwas Rührendes. Und der Text auf der zweiten Seite sprach für sich:

Gestellungsbefehl

Sie nebst Ihrer Frau haben sich am 17. III. 39 ab 19 Uhr und am 18. III. 39 ab 12 Uhr betr. vorstehender Feierlichkeit zur persönlichen Verfügung zu halten. Zuwiderhandlungen werden gemäß §§ 4ff. der 20. AVO zur 16. DVO zum Ehegesetz vom 20. 12. 39 (RGI. I, S. 842) verfolgt.

Näheres über Ihren gemeinschaftlichen Einsatz erfahren Sie zu gegebener Zeit.

i. A. Fehlig

V.

1. Teppiche nebst Tischdecken sind schonend zu behandeln
2. U. A. w. g.

Kaum verkennbar ist, dass der Verfasser dieses Textes – der alle Einladungen mit der Hand geschrieben hatte – die mit der Eheschliessung verbundenen Zeremonien nicht allzu ernst nahm. Das entsprach den Ansichten, zu denen wir in unserer Studentenzeit bei Diskussionen über solche Dinge wie feierliche Eheschliessungen gekommen waren. Sie fanden übrigens ihre Bestätigung bei der standesamtlichen Trauung, an der ich als Trauzeuge teilnahm, besonders bei der «feierlichen» Ansprache des Standesbeamten.

Bei der eigentlichen Hochzeitsfeier sah ich dann zu meiner Freude Clamor und Erich Köllmann wieder, die beiden anderen also, die ausser Krischan und mir in unseren letzten Studentenjahren zu dem kleinen Kreis gehört hatten, in dem die Probleme, die uns beschäftigten und die immer schwieriger wurden, beraten und besprochen wurden. Daran, diesen Kreis anlässlich seiner Hochzeit noch einmal zusammenzubringen, hatte es Krischan sehr gelegen. Nicht zuletzt deshalb hatte er sich mit einer Hochzeitsfeier grösseren Ausmasses, als er es eigentlich wollte, einverstanden erklärt. Wir haben dann gemeinsam gute Gespräche gehabt – und uns auch amüsiert.

Das Interessanteste über die Reisen erfuhr ich viele Jahre später von Feh. Es waren eben nicht nur Urlaubsreisen gewesen, um Ski zu fahren

oder sich an Landschaften zu erfreuen. Die Reisen dienten mehr und mehr einem anderen Zweck, dem nämlich, an Bücher heranzukommen, die es im Nazideutschland nicht gab. In Prag hatte Krischan in der Strasse «Am Graben» einen Buchladen entdeckt, der marxistische Literatur in deutscher Sprache verkaufte und auch verlieh. Da das Geld, das er mit sich führte, nicht ausreichte, um viel zu kaufen, lieh er auch Bücher aus und las sie während des Urlaubs. Ausserdem überwies er eine Zeitlang monatlich 10 Reichsmark, um beim nächsten Besuch ein Guthaben in Anspruch nehmen zu können. Ein Teil der Bücher war beim Einkauf schon in Tarneinbänden gebunden, die es erleichterten, sie durch den Zoll zu bringen. Doch auch Bücher, bei denen so etwas nicht geschehen war – zum Beispiel «Die deutsche Ideologie» von Karl Marx und Friedrich Engels – brachten Krischan und Feh über die Grenze, oft in einem anderen Abteil versteckt. Feh hat dann in Leipzig einen Kursus besucht, um das Buchbinden zu lernen, und einer Reihe von Büchern selbst einen solchen Tameinband gegeben.

Auch in Memel und Kowno hat Krischan Bucheinkäufe vorgenommen. Hier kannte er aus seinem Aufenthalt in Tilsit eine kleine Schiffsroute, auf der es mit der Zollkontrolle nicht so genau genommen wurde. Sie nutzte er nicht selten für Tagesreisen nur zum Büchereinkauf, wobei er auch belletristische Literatur mitbrachte, die in Deutschland nicht zu bekommen war.

Viele der Bücher wurden dann in Leipzig in der Freundesgruppe, die sich immer mehr zu einem Teil einer Widerstandsorganisation entwickelte, reihum verliehen und waren dann Grundlage für ausgiebige Diskussionen.

Den letzten Versuch, die Grenze des Deutschen Reiches nach Osten, also in das Memelland, zu überschreiten, unternahm Krischan Anfang 1939. Das zeigt ein Visum des polnischen Konsulats in Leipzig vom 16. März 1939, für das die Gebühren bereits bezahlt waren. Doch zu der Reise kam es nicht mehr. Am 23. März 1939 besetzte die Naziwehrmacht das Memelgebiet. Die Vorbereitungen für den Überfall auf Polen und damit für den zweiten Weltkrieg hatten begonnen.

Wie der zweite Weltkrieg begann

Wie selbstverständlich schreibt sich heute ein Satz wie der, dass die Vorbereitungen für den zweiten Weltkrieg begonnen hatten. Nach all dem, was sich seit damals ereignet und wozu es am Ende geführt hat, nach dem, was inzwischen darüber geschrieben worden ist, erscheint es wie eine unabweisbare logische Folge von Ursache und Wirkung.

Doch im Jahr 1939, als sich das ereignete, wovon hier zu sprechen ist, war das keineswegs so klar. Natürlich zerbrachen wir uns die Köpfe darüber, wie denn das nun weitergehen sollte mit Danzig, mit dem sogenannten polnischen Korridor und mit der reaktionären polnischen Regierung, die zwar nicht wollte, dass Polen von der Hitlerwehrmacht überfallen wurde, die aber ihren Hauptfeind nicht in dem nationalsozialistischen Deutschen Reich, sondern in der sozialistischen Sowjetunion sah. «Wer soll sich da noch zurechtfinden?» so ungefähr fragte ich Krischan eines Abends, als wir wieder diskutierend zusammensassen. «Ich weiss, meine Informationen, zusammengesetzt aus den Meldungen und Kommentaren der Nazipresse, aus sporadischem Abhören der Feindsender und aus dem, was man in Gesprächen so hört, sind nicht die zuverlässigsten und nicht die am leichtesten zu begreifenden Quellen. Aber wir haben doch in den nun schon sieben Jahren Naziherrschaft gelernt, aus ihnen einige Erkenntnisse zu schöpfen. Doch bei dem, was sich jetzt tut, bin ich mit meiner Weisheit am Ende.»

«Ich verstehe das durchaus», antwortete Krischan. «Wir zerbrechen uns in unserem Freundeskreis in Leipzig auch den Kopf über diese Dinge. Allerdings haben wir einen Vorteil. Unser Freund George Sacke, von dem ich dir schon erzählt habe, verfügt über ein ungemein fundiertes historisches Wissen und versteht es, dies in die richtigen Kategorien einzuordnen. Sein Spezialgebiet ist die Geschichte Osteuropas – wozu ja bekanntlich auch die Sowjetunion gehört. Wahrscheinlich mit dadurch bedingt, dass er in Bessarabien aufgewachsen ist, einem Gebiet, das zum Zarenreich gehörte, nach der Oktoberrevolution aber von Rumänien okkupiert wurde, beschäftigt er sich seit Langem besonders mit der Sowjetunion und ihrer Geschichte. Verständlicherweise bringt ihm das in unserer Zeit auf der einen Seite eine Reihe von Schwierigkeiten. Auf der anderen Sei-

te aber hat er dadurch die Möglichkeit, zumindest Teile der sowjetischen Presse zu lesen. Und dadurch erfahren wir in unserem Freundeskreis einiges mehr als der normale deutsche Staatsbürger.»

«Das ist ja alles sehr gut und schön», antwortete ich. «Aber es hilft mir nicht weiter. Was wisst ihr konkret darüber, was sich da tut zwischen den Westmächten und Polen, zwischen diesen Mächten und Hitlerdeutschland, zwischen ihnen und der Sowjetunion? Und was weiss ich, zwischen wem noch.»

«Schon deine Frage zeigt, wie kompliziert das alles ist. Denn die Frage ist gar nicht so verrückt, wie sie klingt. Genau da liegt die grosse Problematik. Alles wäre ja nicht halb so kompliziert, wenn man nicht immer wieder den Eindruck gewinnen würde, dass die Westmächte im Grunde gar kein Interesse am Zusammengehen mit der Sowjetunion gegen den Hitlerstaat haben. Sie erheben zwar ihre Stimme – beispielsweise im Völkerbund – gegen die brutalsten Massnahmen des Naziregimes. Aber damit hat es sich. Zum ernsthaften Tun sind sie nicht bereit. Sie verhandeln zwar mit der Sowjetunion. Aber auch diese Verhandlungen führen zu nichts. Offenbar sind ihnen die im Hintergrund geführten Verhandlungen mit Hitler viel wichtiger. Wie das ausgehen wird, werden wir sicher erst erfahren, wenn es soweit ist.»

Weiter kamen wir damals nicht. Doch wir brauchten uns dessen nicht zu schämen. Wir waren nicht die einzigen, die nicht klar sahen. Viele Jahre später erst, nach der Niederschlagung des Faschismus und nach Ablauf der ersten Jahre des Aufbaus, die mir keine Zeit für historische Forschungen über Ereignisse liessen, die zwanzig Jahre und mehr zurücklagen, kam mir der Aufruf des Exekutivkomitees der Komintern zum 50. Jahrestag des 1. Mai – das war ausgerechnet der 1. Mai 1939 – zu Gesicht, in dem ich zu meiner Verwunderung Folgendes las: «Bei dem ersten ernsthaften Zusammenstoss des Faschismus mit einem militärisch kräftigen Gegner wird von dem faulen faschistischen System der ‚Bündnisse‘ und Protektorate nicht ein Stein auf dem anderen bleiben. Im Hinterland der faschistischen Eroberer reift die Saat der nationalrevolutionären Kriege, reift im Bewusstsein der unterjochten Massen die Idee des revolutionären Sturms heran.»

Franz Dahlem, der seinen Erinnerungen den Titel «Am Vorabend des zweiten Weltkrieges» gegeben hat, schreibt dazu: «Leider hat die tat-

sächliche spätere Entwicklung gezeigt, dass diese unsere Einschätzung nicht der damaligen realen Lage entsprach.»

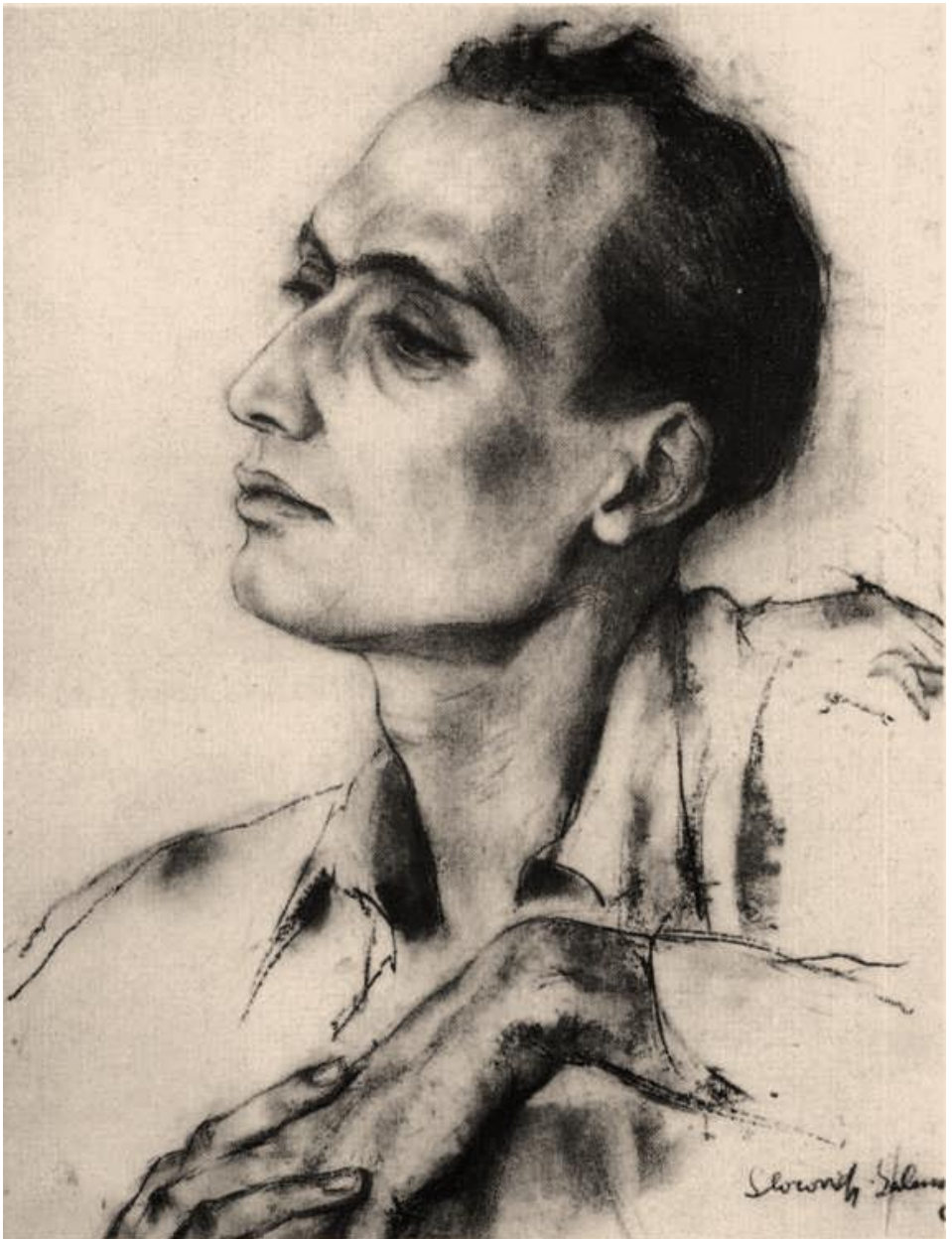
Es ist hier nicht möglich, den Ursachen für eine solche Fehleinschätzung nachzugehen, die sicher sehr tief liegen und deren Analyse äusserst erregend wäre. Doch da sie sogar der Komintern unterliefe, erscheint es verständlich, dass wir, die wir bei unserem Bemühen, einigermaßen klar zu sehen, mehr oder weniger auf uns selbst angewiesen waren, zu keiner befriedigenden und vor allem richtigen Antwort kamen.

Die aufschlussreichste Antwort auf die Fragen, die uns damals so sehr bewegten, erhielten wir von jemandem, dessen Anliegen es ganz sicher nicht war, uns in unserem Suchen nach einer Lösung zu helfen, nämlich von Adolf Hitler. In seiner Reichstagsrede vom 28. April 1939 legte er nämlich mit einer Hemmungslosigkeit, von der schwer zu sagen ist, ob er sie bewusst einsetzte, um alle zu schocken, oder ob sie ein Ausfluss seines Grössenwahnsinns war, dar, welche Aggressionspläne – und damit welche Kriegsziele – das faschistische Deutschland verfolgte. Er kündigte den von ihm im Januar 1934 mit Polen abgeschlossenen Nichtangriffspakt und stellte erneut seine territorialen Forderungen, die vor allem Danzig und den sogenannten polnischen Korridor betrafen. Er kündigte das im Juni 1935 mit Grossbritannien vereinbarte Flottenabkommen. Er verlangte die Rückgabe der ehemals deutschen Kolonien. Und er forderte von Frankreich die Rückgabe Elsass-Lothringens, des Gebietes also, dessentwegen die beiden Staaten seit einem halben Jahrhundert «Erbfeinde» waren.

«Etwas klüger geworden sind wir ja nun», erklärte Krischan, als wir uns nach dieser Reichstagsrede zum ersten Mal wieder trafen. «Denn jetzt hat der Hitler in aller Öffentlichkeit erklärt, dass er nicht nur gegen Osten, sondern auch gegen Westen marschieren will. Ob die Herren in London und Paris nun endlich verstehen, worauf es jetzt ankommt, dass sie nämlich zum Abschluss eines Verteidigungsabkommens mit der Sowjetunion kommen müssen?»

«Ich weiss immer weniger, wie es weitergehen soll», gestand ich. «Fühlen Engländer und Franzosen sich so stark, dass sie keine Angst vor den Hitlertruppen haben? Oder wollen sie Hitler noch mehr Zugeständnisse machen, damit er endlich die Sowjetunion angreift – was natürlich nur über Polen möglich wäre, das sie dann aufgeben würden? Oder kommen sie zur Vernunft und zu einem Abkommen mit der Sowjetunion und neh-

Wolfgang Heinze: Foto einer Kohlezeichnung der italienischen Malerin Slocovich-Salmonar



Obertertia der Oberrealschule Stralsund;
2. von links: Wolfgang Heinze (1. von links: Peter Witthöft), 1926



Wolfgang Heinze als Student im 1. Semester in Berlin
(mit Peter Witthöft), 1930

Wolfgang Heinze im 2. Semester in Innsbruck, 1951



Wolfgang Heinze 1935 mit Alfred Sulz in Tilsit



Hildegard und Wolfgang Heinze
in Leipzig, etwa 1940



Hildegard Heinze



Hildegard und Wolfgang Heinze
in Leipzig

Hildegard und Wolfgang Heinze



Hildegard Heinze mit Wolfgangs Mutter in Stralsund

Wolfgang Heinze mit Vater



Wolfgang Heinzes Eltern

Wolfgang Heinzes Vater mit Wolfgangs Neffen Christian



Hildegard Heinze und Alfred Sulz Anfang der vierziger Jahre

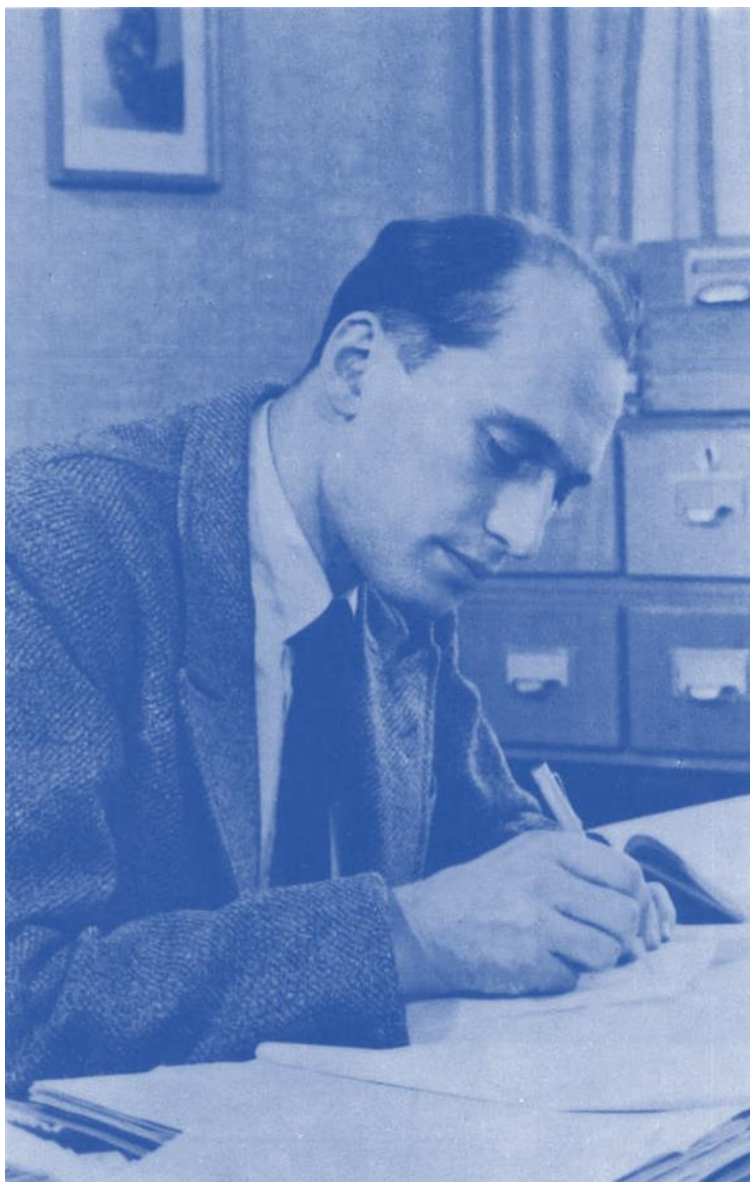


Hildegard Heinze und Dagmar Weiss
während eines Urlaubs auf Hiddensee, 1943

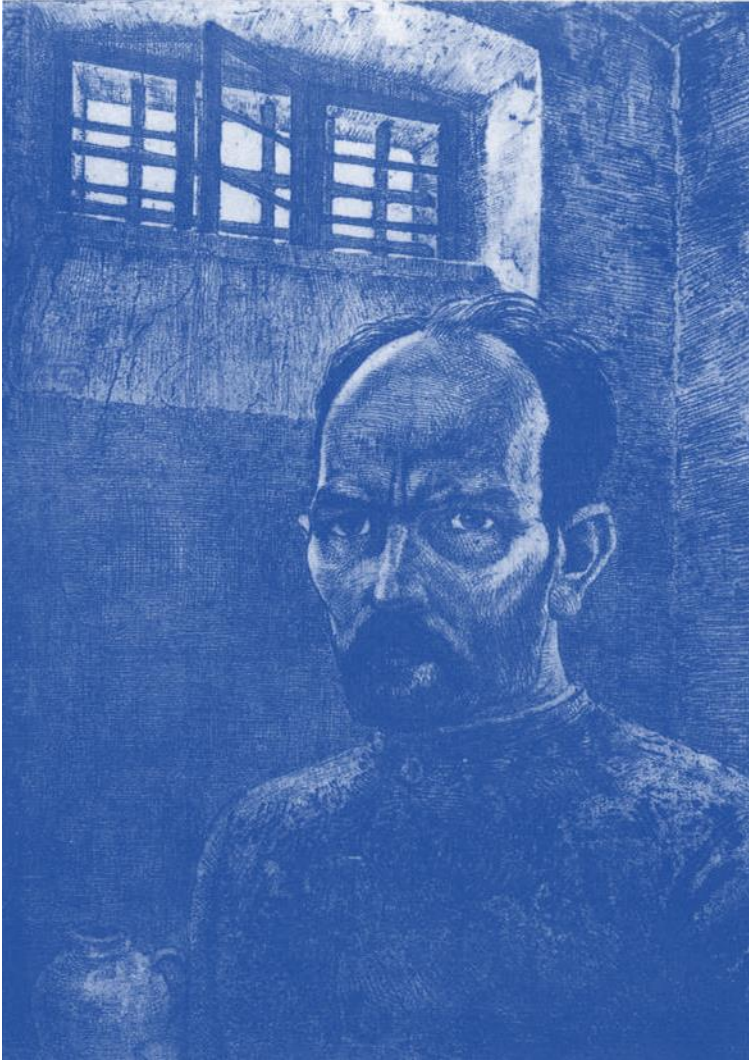
Wolfgang Heinze und Wolfgang Weiss
während eines Urlaubs auf Hiddensee, 1943



Wolfgang Heinze im Arbeitszimmer seiner Wohnung
in Leipzig



Alfred Frank: Selbstbildnis



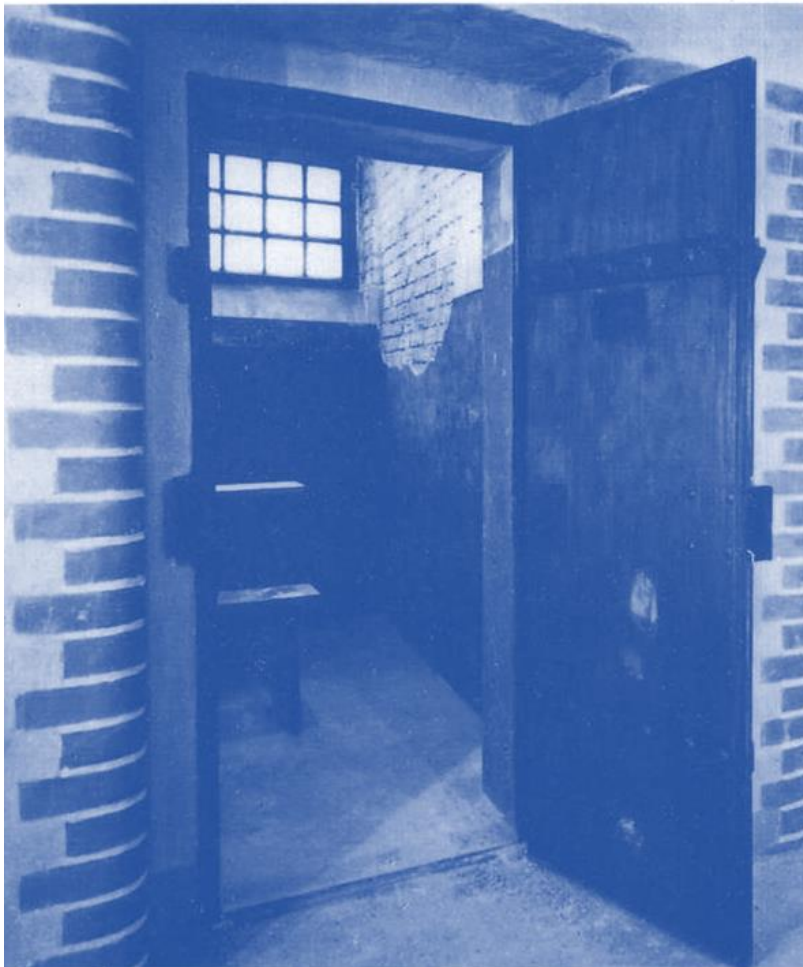
Georg Sacke



Untersuchungsgefängnis Dresden



Todeszelle im Dresdener Gefängnis



Hildegard Heinze spricht vor der FDJ-Grundorganisation
»Wolfgang Heinze«

*„Unsere Liebe und unsere Tat
unserem
sozialistischen Vaterland-
der Deutschen
Demokratischen Republik“*

FDJ
Grundorganisation
„Wolfgang Heinze“
VGB Fahrzeugtriebwerke
„Jeliet-Gurie“
Leipzig



men in Kauf, dass sie dadurch zum erklärten Feind Hitlers werden?»

Krischan zuckte mit den Schultern. «Ich weiss auch nicht mehr weiter. Einen Schimmer Hoffnung hat mir gestern Abend eine Sendung des Londoner Rundfunks gegeben. Wenn ich es richtig verstanden habe, streitet man sich nämlich jetzt auch in England darüber, was zu tun ist, und zwar nicht nur zwischen der Regierung und der Opposition, sondern sogar innerhalb der Regierungspartei selbst. Dort soll es schon recht harte Auseinandersetzungen geben, bei denen die Gegner der gegenwärtigen Regierung von vornherein einen Vorteil haben. Sie können nämlich dem Regierungschef Chamberlain eine Frage stellen, auf die er kaum eine überzeugende Antwort wird geben können. Die Frage nämlich, wie es zu erklären ist, dass er sich in München so von Hitler hat aufs Kreuz legen lassen!»

Heute wissen wir, dass der führende Mann der Opposition innerhalb der Konservativen Partei Churchill war, das heisst derjenige, der nach dem Überfall der Nazitruppen auf Frankreich, Belgien, Luxemburg und die Niederlande im Mai 1940, durch den die unmittelbare Gefahr auch für England erheblich anwuchs, Premierminister wurde, als solcher eine entscheidende Wende der britischen Politik durchsetzte und zum Mitbegründer der Antihitlerkoalition wurde. Ob uns damals der Name Churchill schon bekannt oder gar schon ein Begriff war, weiss ich nicht mehr. Doch allein die Tatsache, dass sich in England sogar ein Teil der Konservativen Partei gegen Hitlerdeutschland stellte, war für uns ein Positivum. Sollte es doch noch gelingen, den drohenden Krieg abzuwenden, fragten wir uns. Natürlich hofften wir es. Aber glaubten wir daran? Hatten wir genügend Vertrauen in die Einsichtigkeit derer, die in den grossen Ländern der kapitalistischen Welt das entscheidende Wort zu sprechen hatten? Woher sollten wir es nehmen?

Und dann kam ein neues Ereignis, das uns erregte und mit dem wir zunächst nicht zurechtkamen. Am 23. August 1939 hatte die Sowjetunion mit Hitlerdeutschland einen Nichtangriffspakt geschlossen. Wir sahen in den Zeitungen die Bilder, auf denen der sowjetische Aussenminister Molotow und der Naziaussenminister Herr von Ribbentrop bei der Unterzeichnung des Vertrages zu sehen waren, der für zehn Jahre Gültigkeit haben sollte, und auch bei dem anschliessenden «freundschaftlichen» Händedruck. Wir waren nicht froh beim ersten Anblick dieser Bilder und

beim Lesen des Vertragstextes. War es denn möglich, dass sich Kommunisten, Vertreter des ersten sozialistischen Staates in der Welt, mit den Vertretern eines Verbrecherregimes an einen Tisch setzten? Und – auch diese Frage kam auf – dass sie ihnen glaubten?

Von mir weiss ich, dass es ein sehr bald umlaufender Satz war, der mich von der Richtigkeit dieses Schrittes der Sowjetunion überzeugte: «Wenn es um den Frieden geht, muss man sich auch mit dem Teufel an einen Tisch setzen», lautete er.

Heute wissen wir, wie richtig und wichtig es war, dass die Sowjetunion damals diesen Nichtangriffspakt abgeschlossen hat. Zwar hat der Pakt den Ausbruch des Krieges nicht verhindern können. Doch er hat die Sowjetunion vor einem Krieg gegen die Übermacht der mit Hitler verbündeten Westmächte – der dann sicher sehr schnell gekommen wäre – bewahrt und ihr etwas Zeit gegeben, um ihre Streitkräfte für den Fall des Vertragsbruches Hitlers – mit dem natürlich gerechnet werden musste – zu verstärken. Und zwar so zu verstärken, dass sie als erstes Land in der Lage war, der Hitlerwehrmacht nicht nur zu widerstehen, sondern sie zurückzuschlagen, wodurch sie den entscheidenden Beitrag zur Niederwerfung des Faschismus und zur Befreiung der Völker der Welt von diesem Unheil leistete.

Der Zufall wollte es, dass Daggi und ich am 1. September 1939 in Leipzig waren und die ersten Meldungen vom Überfall der Naziwehrmacht auf Polen und damit vom Ausbruch des zweiten Weltkrieges zusammen mit Krischan und Feh hörten, und zwar im Forsthaus Rackwitz in Markleeberg, wohin wir zum Mittagessen gegangen waren.

Obwohl wir im Innersten und seit längerem mit «so etwas» – genauer kann ich das, was jeden von uns zu jener Zeit innerlich bewegt hatte, nicht formulieren – gerechnet hatten, lösten diese Nachrichten bei uns einen Schock aus. Zunächst wussten wir nicht, was wir nun sagen sollten.

Dann kamen wir als erstes auf den Nichtangriffspakt zu sprechen. «Siehst du», sagte Krischan zu Feh, «wir, die wir die Meinung vertreten haben, dass dieser Schritt der Sowjetunion richtig war, weil er die einzige Möglichkeit war, die Westmächte von Hitler zu trennen, haben recht gehabt. So schwer es uns auch gefallen ist, uns zu diesem Standpunkt durchzuringen.»

«Ich glaube», antwortete Feh, «die, die anderer Meinung waren, werden sich heute sehr überprüfen. Ich war ja zunächst auch nicht deiner Mei-

nung. Aber mich hat vor allem Georg Sacke überzeugt, der am konkretesten argumentiert hat – der ja aber auch das konkreteste Wissen hat, weil er mehr zu lesen kriegt als wir.»

Es gab eine Pause in unserem Gespräch. Jeder hing wohl seinen Gedanken nach.

Krischan sprach als erster aus, was er dachte. «Das ist nun also der formelle Beginn eines zweiten Weltkrieges», sagte er und blickte nach oben, als sähe er weit in die Zukunft hinein. «Aber die Vorspiele, die es gegeben hat, waren doch in Wirklichkeit schon Bestandteile der grossen Tragödie, die jetzt für jeden sichtbar begonnen hat. Das gilt für all das, was sich in Spanien und in Österreich, in Abessinien und in der Tschechoslowakei zugetragen hat, in den Ländern also, in denen mit Gewalt legale Regierungen abgesetzt wurden. Und es gilt für die Fälle, in denen ganze Völker gewaltsam dem einverleibt wurden, was sich dann «Grossdeutsches Reich» nannte, und selbständige, souveräne Staaten von der Landkarte gestrichen wurden.»

«Es ist die Methode, die sie auch im Inneren angewandt haben», fügte ich hinzu. «Zunächst haben sie nach ihrer Machtergreifung die deutsche Bevölkerung nach und nach spüren lassen, was Faschismus ist. Und dann haben sie in ständig zunehmendem Masse demonstriert, dass Grausamkeiten und Terrormassnahmen untrennbare und nicht wegdenkbare Bestandteile des Faschismus sind. Aber begonnen hat es am 30. Januar 1933. Und all jene, die das finanziert und manipuliert haben, tragen mit die Verantwortung für das, was danach geschehen ist.»

«Und so geht es weiter», rief Krischan. «Noch wissen wir nicht, ob England oder Frankreich ihren Bündnisverpflichtungen gegenüber Polen nachkommen werden. Aber ganz unabhängig davon, ob sie das tun werden oder nicht: Die Verantwortung für den Ausbruch dieses Krieges tragen sie auch. Und wahrscheinlich werden sie dafür keinen geringen Preis zahlen müssen.»

Wenige Tage später wussten wir, dass Frankreich und England Deutschland den Krieg erklärt hatten. Auf dem Weg zu dem, was als «Antihitlerkoalition» in die Geschichte eingegangen ist, war damit ein erster Schritt getan, dessen reale Auswirkungen sich allerdings erst Jahre später zeigten. Denn zunächst setzten die beiden Staaten ihre während des spanischen Krieges praktizierte und durch das Münchener Abkommen dokumentierte sogenannte Befriedungspolitik fort. Sahen sie doch in dem, was Hitler durch seinen Überfall auf Polen ausgelöst hatte, einen

«drole de guerre», zu Deutsch einen «seltsamen Krieg», den sie für sich selbst nicht so ganz ernst nahmen. Noch weiter gingen die USA, die am 5. September 1939 sogar ihre Neutralität in Bezug auf den Krieg gegen Polen erklärten.

Was sich aus einer solchen Politik für einen grossen Teil der Länder Europas ergeben hat, ist bekannt. Der Preis, den sie dafür zahlen mussten, war hoch. Doch solange einige von ihnen wähten, ihr Wunschtraum, dass Hitlerdeutschland und die Sowjetunion sich gegenseitig zerfleischen würden, ginge in Erfüllung, schien ihnen der Preis gar nicht hoch genug sein zu können. Erst als sie sahen, dass dieser Traum ausgeträumt war, als sie erkannten, dass die Rote Armee die Naziwehrmacht zu zerschlagen begann, wurde ihnen klar, dass sie anfangen mussten, mit der Antihitlerkoalition ernst zu machen. Da erst, am 6. Juni 1944, als an der deutschen Niederlage nicht mehr zu zweifeln war, entschlossen sie sich zu der seit Langem fälligen und seit Langem versprochenen Eröffnung der «zweiten Front» – nicht zuletzt von der Befürchtung getrieben, die Rote Armee könnte sonst das ganze Deutschland besetzen.

All das konnten wir damals nicht voraussehen. Wir verfolgten die Kriegshandlungen auf Landkarten, auf denen wir mit Fähnchen vermerkten, wo welche Truppen standen. Wir verfolgten die Blitzkriege der Hitlerwehrmacht und verfluchten die dabei von ihr erzielten Siege. Wir waren erschüttert, als der Krieg gegen die Sowjetunion begann, obwohl wir dies seit Kriegsbeginn befürchtet hatten, und liessen – trotz dem anfänglichen Vordringen der Nazitruppen nun auch in die Sowjetunion – nicht von der Hoffnung, dass damit der unaufhaltsame Abstieg Hitlers begonnen hatte.

Zu den Methoden der Nazijustiz

Als Wolfgang Heinze am 3. August 1944 verhaftet wurde, waren nahezu fünf Jahre des Krieges vergangen, und hatte er mehr als sechs Jahre lang als Mitglied der Leipziger Widerstandsorganisation das seine im Kampf gegen den Faschismus und damit gegen diesen Krieg getan. Er war eines der Opfer der grossen Verhaftungswelle, die am 4. Juli mit der Festnahme von Anton Saefkow und Franz Jacob – den beiden noch in Frei-

heit befindlichen Mitgliedern der Leitung der illegalen Berliner Widerstandsorganisation – begonnen hatte und die, einer der härtesten Schläge war, die der Gestapo im vorletzten Kriegsjahr gelangen. Sie schlug zu, als ihr – über einen Spitzel – zur Kenntnis gekommen war, dass ein Treffen zwischen diesen beiden führenden Kommunisten und zwei Mitgliedern des Kreisauer Kreises – den Sozialdemokraten Justus Leber und Adolf Reichwein – stattgefunden hatte. Die Gefahr, dass die Verschwörer, die – wie Himmler wusste – Verbündete oder zumindest Sympathisierende bis in die hohe Generalität hinein hatten, und die Kommunisten zusammenfinden könnten, war zu gross. Deshalb wurden die an dem ersten Gespräch Beteiligten verhaftet, bevor es zu dem zweiten kommen konnte.

Für die kommunistische Widerstandsorganisation war das ein schwerer Rückschlag. Denn die von Anton Saefkow, Franz Jacob und Bernhard Bästlein geführte Berliner Widerstandsgruppe hatte seit 1943 begonnen, nicht nur in Berlin selbst, sondern – durch ihre Verbindungen insbesondere nach Sachsen und Thüringen – für weite Gebiete Deutschlands eine führende Rolle zu spielen, die durchaus Keime für eine zentrale Leitung der illegalen Organisation der deutschen Kommunisten aufwies – wobei die nominelle Zugehörigkeit zur KPD keine Voraussetzung dafür war, dass Antifaschisten, die Widerstandsarbeit leisteten, dazugerechnet wurden. So hätte beispielsweise Wolfgang Heinze auf die Frage, als was er sich politisch fühle, mit Sicherheit geantwortet: «Als Kommunist.»

Dass Wolfgang Heinze wichtige Widerstandsarbeit geleistet hat, ist sicher. Doch schwer ist es, die richtige Form für die Darstellung dessen zu finden, was er getan hat. Jedenfalls für mich, bei dem verschiedene Quellen der Erinnerung zusammenfliessen: Als erstes das, was mir Krischan in den Jahren von 1938 bis 1944 bei unseren Zusammenkünften erzählt hatte, wobei kaum Namen fielen – soweit ich mich erinnere nur die Namen Alfred Frank und Georg Sacke – und wenig Konkretes berichtet wurde; beides hätte ja den Prinzipien der konspirativen Arbeit widersprochen. Als zweites das, was ich bei unserem ersten Gespräch im Untersuchungsgefängnis am 25. Oktober 1944 von ihm hörte und was nicht viel mehr als eine Konkretisierung dessen war, was ich schon – aus seinen Berichten – wusste. Als drittes die Vernehmungsprotokolle der Gestapo, die Anklageschrift sowie Hauptverhandlung und Urteil, die – bis auf die juristischen Verdrehungen im Urteil – fast völlig übereinstimm-

ten. Und schliesslich – das ist die zwar späteste, aber sicherste Quelle – das, was ich feststellte und erfuhr, als ich Jahre nach dem Prozess für dieses Buch in Archiven und Bibliotheken nachforschte und mit den wenigen, die dabeigewesen und noch am Leben waren, sprach.

Ich sehe deshalb nur den Weg, das, was wirklich geschehen, insbesondere was von Wolfgang Heinze an Widerstandsarbeit geleistet worden ist, dem gegenüberzustellen, was die Gestapo «ermittelt» hatte und was dann über die Anklageschrift Inhalt des Urteils des Volksgerichtshofes wurde. Das gibt mir zugleich die Gelegenheit, das Wesen und die Praktiken der Nazijustiz sowie ihrer «Ermittlungsbehörde» – der Gestapo – an einigen konkreten Beispielen zu demonstrieren und damit zu entlarven.

Dass gegen diese Justiz sehr schwer aufzukommen war, vor allem, wenn es um politische Prozesse ging, hatte ich als Verteidiger einige Male zu spüren bekommen. Und selbst, wenn ich geglaubt hatte, im Kampf gegen sie obgesiegt zu haben, konnte ich mich getäuscht haben.

So ging es mir in einem Verfahren vor dem Volksgerichtshof, in dem ich eine Frau verteidigte, der vorgeworfen wurde, sie habe als Inhaberin einer kleinen Gaststätte an der Grenze zwischen Deutschland und Frankreich deutschen und französischen Antifaschisten einen Raum für ihre Zusammenkünfte zur Verfügung gestellt. Der einzige Zeuge war ein im Dienst der Gestapo tätiger agent provocateur, den ich durch konsequente Befragung so in die Enge treiben konnte, dass nichts mehr von seiner Aussage übrigblieb. In der nach der Zeugenvernehmung üblichen Pause trat ein älterer netter Justizwachtmeister an mich heran und sagte: «Na, Herr Doktor, ob Sie heute nicht ein bisschen weit gegangen sind?!» Sicher war ich das, aber es hatte gewirkt. Die Frau wurde freigesprochen. Doch zur Freude war kein Anlass. Sie wurde sofort in ein KZ überführt, und ich habe nie wieder etwas von ihr gehört.

Wirre Fragen kamen da auf. Hatte ich es «zu gut» gemacht? Wäre es für die Frau nicht «besser» gewesen, sie hätte eine Zuchthausstrafe bekommen?

Ich nenne das nur als Beispiel für das, was ich alles in Erwägung ziehen musste, wenn es darum ging, den Mandanten, der mein Freund war, vor dem Schlimmsten zu bewahren. Denn ich wusste, dass der übermächtige Gegner mit allen Mitteln arbeitete. Das begann mit dem Faktor

Der Oberreichsanwalt
beim Volksgerichtshof.
Geschäftszeichen: 9 J 235/44

Berlin W.9, den 13. November 1944
Bollevastraße 15
Fornsprecher:

Erzucht: ent

15 NOV 1944

Erzucht:

In der Strafsache gegen die Konteristin Charlotte Georgi
und Andere

wegen Vorbereitung zum Hochverrat
werden Sie als Wahlverteidiger des Angeklagten Wolfgang Heinze
auf

Freitag, den 24. November 1944, um 9 Uhr,

in der in Dresden, Justizstraße, Richterpalast, 2. Senat, 2. Senat
vor den 2. Senat des Volksgerichtshofs

in — Stockwerk des Volksgerichtshofs am U. S. Ballhaus

straße 15, stattfindenden Hauptverhandlung geladen.

Zur Vermeidung aller Unzuträglichkeiten, die sich aus
Ihren etwaigen Nichterscheinen ergeben, werden Sie hierdurch
dringend ersucht, alsbald hierher mitzuteilen, ob mit Sicherheit
auf Ihr Erscheinen gerechnet werden kann, da andernfalls noch
rechtzeitig vor der Verhandlung ein Verteidiger von Amts wegen
bestellt werden müßte.

Die Akten liegen in der Geschäftsstelle des 2. Senats
des Volksgerichtshofs zur Einsicht bereit.

Zur Hauptverhandlung sind geladen:

Als Wahlverteidiger:

Rechtsanwalt Wolfgang Weiss in Berlin W 15, Meinekestr. 20

f. Wolfgang Heinze

Rechtsanwalt Salimath und Rudolf Dix in Berlin-Grünwald,

Berkowstr. 90 für Wilfried Heine

Rechtsanwalt Dr. Paul Beyke in Berlin W 35, Bülowstr. 5

für Dr. Schulmerich

Als Pflichtverteidiger:

Rechtsanwalt Poage in Dresden, Pragerstr. 13

für Georgi, Reifenscheid und Kühn

Rechtsanwalt Dr. Bürgmann in Dresden, Krasschstr. 29 für Wittig.

Gahn

Rechtsanwalt Dr. Vogel in Dresden, Siktstr. 33

f. Richard und Erna Lehmann

Auf Anordnung

Herrn Rechtsanwalt Wolfgang Weiss

Berlin W 15,

Justizstr. 15,

Form V. 41

Meinekestr. 20



Zeit, der in diesem Verfahren auf die infamste Weise ins Spiel gebracht wurde. Einige Daten beweisen das.

Am 25. Oktober, also fast drei Monate nach seiner Verhaftung, hatte ich als Verteidiger zum ersten Mal die Möglichkeit, meinen Mandanten zu sprechen und von ihm zu hören, wessen er beschuldigt wurde. Bereits eine Woche vorher aber war man sich bei dem Oberreichsanwalt bereits über alles klar gewesen. Denn am 19. Oktober war dort die Anklageschrift fertiggestellt und unterschrieben worden. Doch dann liess man sich wieder fast drei Wochen Zeit, bis man sie am 7. November an den Verteidiger und an den Angeklagten übersandte, bei denen sie am 10. November einging, wobei dem Angeklagten, wie es in §201 der Strafprozessordnung vorgesehen war, eine Frist gesetzt wurde, innerhalb derer er zu erklären hatte, ob er «die Vornahme einzelner Beweiserhebungen vor der Hauptverhandlung beantragen wolle». Über einen solchen Antrag hätte das Gericht logischerweise vor der Hauptverhandlung entscheiden müssen. Doch so etwas scherte den «Vorsitzer» des 2. Senats des Volksgerichtshofs nicht. Er hatte dem Angeklagten nämlich eine Erklärungsfrist von ganzen fünf Tagen gesetzt und beraumte den Termin zur Hauptverhandlung bereits am 10. November an, genau an dem Tag also, an dem dem Angeklagten die Anklageschrift zuzuging und damit die Erklärungsfrist von fünf Tagen zu laufen begann. (Interessant ist, dass diese Erklärungsfrist in dem nie durchgeführten Prozess gegen Ernst Thälmann, bei dem man nicht an Eile, sondern am Gegenteil interessiert war, 28 Tage betrug.) Die Ladung zu der auf den 24. November anberaumten Hauptverhandlung ging dem Verteidiger und dem Angeklagten dann am 15. November zu, also neun Tage vor der Hauptverhandlung und an dem Tag, bis zu dem der Angeklagte seinen Antrag auf Vornahme von Beweiserhebungen *vor* der Hauptverhandlung hätte vorlegen müssen.

Ich erhielt mit der Ladung zur Hauptverhandlung endlich auch die Genehmigung zur Akteneinsicht, die ungemein wichtig war, weil ich ja erst durch sie erfuhr, was von den Aussagen der Angeklagten, insbesondere aber Wolfgang Heinzes, im Ermittlungsverfahren – also vor der Gestapo – in die Protokolle aufgenommen worden war.

Da die Hauptverhandlung in Dresden stattfinden sollte, befanden sich auch die Akten dort, und ich konnte sie nur dort einsehen. Wegen der für eine solche Reise im November 1944 zu erledigenden Formalitäten konnte ich aber erst am 17. November fahren, so dass mir für die eigent-

liche Vorbereitung der Hauptverhandlung – also für die Akteneinsicht, den Vergleich ihres Ergebnisses mit der Anklageschrift, das entscheidende Gespräch mit meinem Mandanten und schliesslich meine Auswertung all dessen – ganze sieben Tage blieben.

Das waren die Praktiken der Nazijustiz, vor allem ihres höchsten Gerichts, das für die Verteidiger, die die «Ehre» hatten, vor ihm auftreten zu dürfen, noch ein «Merkblatt I» parat hatte, das ihnen mit der Weisung, es «vertraulich» zu behandeln, übergeben wurde. Da dieses Merkblatt für sich selbst spricht, wird es im Wortlaut abgedruckt.

Als ich es jetzt wieder durchlas, stellte ich fest, dass ich die meisten der Gebote und Verbote nicht beachtet habe. Ich habe nichts von dem vernichtet, was ich damals notiert oder abgeschrieben hatte; ich habe es aufgehoben, was jetzt dem Schreiben dieses Buches sehr zugute kommt. Ich habe auch weder den Volksgerichtshof noch den Oberreichsanwalt von dem unterrichtet, was ich mit anderen Menschen über vieles von dem, was Gegenstand der Anklage war, gesprochen habe. Gerade in solchen Gesprächen habe ich ja versucht, irgendwelche Hilfen für die Verteidigung zu finden. Dies alles war möglich. Die Tatsache, dass ich das «Merkblatt I» sowie all meine sonstigen Unterlagen – mit Ausnahme der Anklageschrift, die ich gleich nach Beendigung der Hauptverhandlung zurückgeben musste – noch im Besitz habe, beweist es.

4056 a-!. 115 III

Hochverrat

Merkblatt I

für Verteidiger, die vor dem Volksgerichtshof in Sachen auftreten, die vertraulich zu behandeln sind.

1. Die Tatsachen, die dem Verteidiger bei seiner Tätigkeit in Hochverratsachen bekannt werden, sind vertraulich zu behandeln. Das Bekanntwerden selbst solcher Tatsachen, die dem Nichtfachmann bedeutungslos scheinen, kann wichtige öffentliche Interessen gefährden.
2. Die Genehmigung der Wahl eines Verteidigers sowie die Bestellung eines Pflichtverteidigers bezieht sich nur auf die Person des in der Genehmigungs- bzw. Bestellungsverfügung genannten Rechtsanwalts. Dieser hat sämtliche Anwaltsgeschäfte, die durch die Verteidigung notwendig werden, selbst vorzunehmen. Er darf weder einen mit ihm in einem Sozietätsverhältnis stehenden Rechtsanwalt noch einen an-

deren Mitarbeiter damit beauftragen. Auch der amtlich bestellte Vertreter des zugelassenen Verteidigers darf nicht ohne besondere Genehmigung des Vorsitzenden des Gerichts tätig werden. Die erforderlichen Schreibarbeiten dürfen nur den als zuverlässig erprobten Büroangestellten übertragen werden. Diese sind jeweils besonders auf die vertrauliche Behandlung der Sache hinzuweisen und über den § 353c StGB zu belehren.

3. Der Verteidiger hat die ihm in einer Hochverratsache zugehenden Schriftstücke unter Verschluss aufzubewahren. Die Fertigung von Abschriften der Anklageschrift ist unzulässig; diese ist nach Schluss der Hauptverhandlung unaufgefordert zurückzugeben. Auch Aktenauszüge, Aufschreibungen über den Verlauf der Hauptverhandlungen und sonstige handaktliche Notizen sind, soweit sie Aufschluss über den wesentlichen Inhalt der Strafsache geben, spätestens 3 Monate nach dem Abschluss des Verfahrens zu vernichten.
4. Kommen dem Verteidiger vertraulich zu behandelnde Sachen durch Luftangriffe oder durch andere Ereignisse abhanden, so hat er ihren Verlust unter genauer Bezeichnung der Aktenstücke unverzüglich dem Abwehrbeauftragten des Volksgerichtshofs anzuzeigen.
5. Falls der Verteidiger es ausnahmsweise für notwendig erachtet, im Interesse der Sache mit anderen Personen als den von ihm verteidigten Angeklagten mündlich oder schriftlich in Verbindung zu treten, darf er Mitteilungen über den Sachverhalt nur im Einverständnis mit dem Vorsitzenden des Gerichts oder (vor Einreichung der Anklageschrift) mit dem Sachbearbeiter der Reichsanwaltschaft beim Volksgerichtshof machen. Ein Schriftwechsel oder eine mündliche Besprechung mit Ausländern oder mit Personen, die im Auslande wohnen, ist ebenfalls nur mit diesem Einverständnis statthaft.
6. Eine Verletzung der vorstehenden Anordnungen kann unter Umständen ein Strafverfahren, insbesondere wegen Vergehens gegen § 353^c StGB, nach sich ziehen.
7. Soweit Verfahren als «geheim» bezeichnet werden, gelten besondere Richtlinien.

Berlin, den 2. Juni 1944 Der Präsident des Volksgerichtshofs Dr. Freisler.

Merkblatt I

für Verteidiger, die vor dem Volksgerichtshof in Sachen auftreten, die vertraulich zu behandeln sind.

1. Die Tatsachen, die dem Verteidiger bei seiner Tätigkeit in Hochverrassachen bekannt werden, sind vertraulich zu behandeln. Das Bekanntwerden selbst solcher Tatsachen, die dem Nichtfachmann bedeutungslos scheinen, kann wichtige öffentliche Interessen gefährden.
2. Die Genehmigung der Wahl eines Verteidigers sowie die Bestellung eines Pflichtverteidigers bezieht sich nur auf die Person des in der Genehmigungs- bzw. Bestellungsverfügung genannten Rechtsanwalts. Dieser hat sämtliche Anwaltsgeschäfte, die durch die Verteidigung notwendig werden, selbst vorzunehmen. Er darf weder einen mit ihm in einem Sozietätsverhältnis stehenden Rechtsanwalt noch einen anderen Mitarbeiter damit beauftragen. Auch der amtlich bestellte Vertreter des zugelassenen Verteidigers darf nicht ohne besondere Genehmigung des Vorsitzenden des Gerichts tätig werden. Die erforderlichen Schreibarbeiten dürfen nur den als zuverlässig erprobten Büroangestellten übertragen werden. Diese sind jeweils besonders auf die vertrauliche Behandlung der Sachen hinzuweisen und über den § 353 c StGB. zu belehren.
3. Der Verteidiger hat die ihm in einer Hochverrassache zugehenden Schriftstücke unter Verschluß aufzubewahren. Die Fertigung von Abschriften der Anklageschrift ist unzulässig; diese ist nach Schluß der Hauptverhandlung unaufgefordert zurückzugeben. Auch Aktenauszüge, Aufschreibungen über den Verlauf der Hauptverhandlungen und sonstige handaktliche Notizen sind, soweit sie Aufschluß über den wesentlichen Inhalt der Strafsache geben, spätestens 3 Monate nach dem Abschluß des Verfahrens zu vernichten.
4. Kommen dem Verteidiger vertraulich zu behandelnde Sachen durch Luftangriffe oder durch andere Ereignisse abhanden, so hat er ihren Verlust unter genauer Bezeichnung der Aktenstücke unverzüglich dem Abwehrbeauftragten des Volksgerichtshofs anzeigen.
5. Falls der Verteidiger es ausnahmsweise für notwendig erachtet, im Interesse der Sache mit anderen Personen als den von ihm verteidigten Angeklagten mündlich oder schriftlich in Verbindung zu treten, darf er Mitteilungen über den Sachverhalt nur im Einverständnis mit dem Vorsitzenden des Gerichts oder (vor Einreichung der Anklageschrift) mit dem Sachbearbeiter der Reichsanwaltschaft beim Volksgerichtshof machen. Ein Schriftwechsel oder eine mündliche Besprechung mit Ausländern oder mit Personen, die im Auslande wohnen, ist ebenfalls nur mit diesem Einverständnis statthaft.
6. Eine Verletzung der vorstehenden Anordnungen kann unter Umständen ein Strafverfahren, insbesondere wegen Vergehens gegen § 353 c StGB. nach sich ziehen.
7. Soweit Verfahren als „geheim“ bezeichnet werden, gelten besondere Richtlinien.

Berlin, den 2. Juni 1944.

Der Präsident des Volksgerichtshofs
Dr. Freister.

Mich wunderte damals das alles nicht mehr. Ich kannte es. Krischan hatte ich zwar zuweilen von solchen Dingen berichtet. Aber als er jetzt unmittelbar selbst erfuhr, wie die Nazibehörden sich hemmungslos über jegliche auch formalen gesetzlichen Vorschriften hinwegsetzten, hat ihn das wohl doch betroffen gemacht. Denn als ich ihn am 18. November im Untersuchungsgefängnis in Dresden besuchte, fragte er gleich, ob ich seinen Brief erhalten hätte, den er am 10. November, dem Tag also, an dem ihm die Anklageschrift zugestellt worden war, an mich geschrieben hatte. Ich musste das verneinen. Ich fand den Brief erst nach meiner Rückkehr in Berlin im Büro vor. Er lautete:

«Sehr geehrter Herr Rechtsanwalt Weiss!

Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie baldigst mich besuchen könnten, um einige wichtige Angelegenheiten zu besprechen. Für Ihre Bemühungen danke ich Ihnen bestens im Voraus.

Mit ergebenstem Gruss

Ihr W. Heinze.»

Betroffen war ich zunächst über diesen so formellen Brief meines Freundes, von dem ich so viele inhaltsvolle Briefe erhalten hatte. Doch das dauerte nur einen Augenblick. Ich verstand. Er hatte, wie es ihm gemäss war, überlegt, was er wollte, und dementsprechend gehandelt. Er hatte die Anklageschrift erhalten und wollte mich schnell sprechen. Also gab er seinem Brief eine Form, die mit ziemlicher Sicherheit garantierte, dass er jede Kontrolle schnell durchlief. Zwar ging es dann doch nicht so schnell. Aber ich war rechtzeitig – falls man dieses Wort in dieser Situation überhaupt verwenden kann – bei ihm.

Bei dem Gespräch, das wir miteinander über die neue Lage – zwischen Anklageschrift und Hauptverhandlung (also Urteil) – führten, kamen wir einer weiteren zumindest merkwürdigen Methode der Nazijustiz auf die Spur.

Aus der Anklageschrift ergab sich, dass es in dem Strafverfahren «gegen Georgi und Andere» insgesamt zehn Angeklagte gab. Ich fragte Krischan deshalb als erstes, wen er davon ausser seiner Feh und Josef Schölmerich noch kenne.

«Niemanden!» antwortete er und lächelte dabei mit seiner mir so bekannten und in bestimmten Situationen so sympathischen Überlegen-

Ordn. Nr. 2088/44
Bei Sendungen an mich auf folgendem
Umhänge links oben angeben

Name: Heinze

ESwaren, Genussmittel, Tabakwaren, Seife, Zahnputzmittel, Pomaden, Salben usw. wurden nicht angenommen.
Geld zur Bestreitung persönlicher Bedürfnisse kann in der Anstaltskasse dienstags und freitags von
9 bis 13 Uhr eingezahlt werden. Zusendung aller Gegenstände anderer Art bedarf der vocherigen
Genehmigung. Keine Briefmarken senden!

Untersuchungshaftanstalten Dresden (Hauptanstalt), Dresden A 24, George-Bähr-Str. 5,

Siehe ganzes Ihre Postamt etc. Vsp!
Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie baldmöglichst
auf meine Wünsche, um wenigstens einige Angelegenheiten
mit mir zu sprechen
Für die Dauer meines Aufenthalts hier in Dresden

Mit herzlichen Grüßen
H. Heinze

Eingegangen:
12 NOV. 1944
Breditz

heit, dass ich einen Augenblick an der Ernsthaftigkeit seiner Antwort zweifelte. Er sah das wohl und fügte hinzu: «Du kannst es glauben. Ich habe die Namen zum ersten Mal gelesen.» Und dann kam der entscheidende Satz: «Was interessiert die denn das! Es reicht doch auch so!»

Ich musste feststellen, dass Krischan, allein in seiner Zelle, etwas gespürt hatte, worauf ich bei all meinem Studium der Akten und der einschlägigen Gesetze nicht gekommen war. Und mir wurde jetzt auch klar, warum die Namen von Frank und Loeber, deren umfangreiche Aussagen vor der Gestapo ich bei der Einsicht in die Akten gelesen hatte, in der Anklageschrift weder als Angeklagte noch als Zeugen erschienen. Zu beantragen, sie als Zeugen zu laden, wäre ein typischer Fall für die Stellung eines Beweisantrages nach dem erwähnten §201 der Strafprozessordnung gewesen. Doch ich sprach darüber nicht mit Krischan. Wozu? Die Frist für die Stellung eines solchen Antrages war abgelaufen.

Welcher Methode der Nazijustiz wir da auf die Spur gekommen waren, wie zu erklären war, dass Krischan mit sieben Menschen zusammen auf der Anklagebank sass, die er noch nie gesehen hatte, deren Namen er bis dahin noch nicht einmal kannte, habe ich erst viele Jahre später, bei den Recherchen für dieses Buch, feststellen können.

Ich sah dabei auch die Akten des Polizeigefängnisses Leipzig durch, in denen ich auf das «Gefängnistagebuch Bd. II» stiess, in dem genau vermerkt ist, wer zu welcher Zeit verhaftet worden ist. Aus dem Gefängnistagebuch ist zu ersehen, dass die grosse Verhaftungswelle, von der schon gesprochen wurde, in Leipzig am 19. Juli einsetzte. Morgens um 6 Uhr 10 begann es, und abends um 22 Uhr 30 endete es; der letzte der zweiundzwanzig an diesem Tag Verhafteten war Georg Schumann. Unter ihnen befanden sich Otto Engert, Kurt Kresse, Karl Jungbluth, Alfred Frank, Arthur Hoffmann, Georg Schwarz, William Zipperer – also fast alle, die im Laufe der Jahre in der Leipziger Widerstandsarbeit eine führende Rolle gespielt hatten – und ihre Frauen. In den nächsten Tagen – vom 20. bis 27. Juli – wurden dann noch sechs Männer und eine Frau verhaftet. Das wurden die Angeklagten der ersten beiden Prozesse. Es begann am 21. November mit dem Verfahren gegen den später sogenannten Dreierkopf: Georg Schumann, Otto Engert, Kurt Kresse. Es ergingen drei Todesurteile. Das zweite Verfahren – gegen Hoffmann und andere – nahm zwei Tage in Anspruch. Es fand am 22. und 23. November statt, und zwar gegen 15 Angeklagte, die noch im Juli verhaftet worden waren. Fünf von ihnen, Alfred Frank, Arthur Hoffmann, Karl Jungbluth, Georg Schwarz und William Zipperer, wurden zum Tode verur-

teilt. Zu den Angeklagten dieses Verfahrens gehörten auch Gertrud Frank und Fritz Loeber, der zu 6 Jahren Zuchthaus verurteilt wurde.

Das Verfahren gegen Georgi und andere, in dem auch Wolfgang und Hildegard Heinze zu den Angeklagten gehörten, richtete sich gegen die, die im August (am 3. und 4. sowie am 10. und 17.) in die Hände der Gestapo geraten waren. Die Hauptverhandlung gegen sie war die letzte in dieser Reihe und wurde am 24. November durchgeführt. Wolfgang Heinze und Richard Lehmann wurden zum Tode verurteilt.

Wann und mit wem jemand vor den Volksgerichtshof gestellt wurde, hing also einzig und allein davon ab, wann er von der Gestapo ergriffen worden war.

Das kann man schon nicht mehr als Methode einer Justiz bezeichnen. Das entspricht dem Abschlachten der Tiere nach der Reihenfolge, in der sie auf dem Schlachthof eintreffen.

Gegen die – sowohl nach der Anklageschrift wie in der Wirklichkeit – entscheidenden Partner Wolfgang Heinzes bei seiner illegalen Tätigkeit, nämlich Alfred und Gertrud Frank sowie Fritz Loeber, wurde also bereits am 22. und 23. November verhandelt. Dabei stand zwar ihre Verbindung zu Wolfgang Heinze ebenso mit zur Anklage wie am folgenden Tag in dem Verfahren, in dem Wolfgang Heinze der am schwersten belastete Angeklagte war. Doch das interessierte weder die Gestapo noch die nazistische Justiz. Deshalb wurden Angeklagte aus dem einen Verfahren, die etwas mit Angeklagten aus anderen Verfahren zu tun gehabt hatten, diesen auch nicht etwa als Zeugen gegenübergestellt. Wozu denn? Die Aussagen vor der Gestapo lagen doch vor.

Es ging eben nicht um Recht und Gerechtigkeit. Es ging darum, Anweisungen, die von sehr weit oben ergangen waren, möglichst schnell auszuführen. Hinzu kam, dass die Gestapo «Platzmangel» hatte. Das ist einem Schreiben des Reichssicherheitshauptamtes an den Oberreichsanwalt beim Volksgerichtshof vom 11. August 1944 zu entnehmen, mit dem diesem die «bei der Stapostelle Leipzig entstandenen Vorgänge mit der Bitte um Kenntnisnahme und weitere Veranlassung» übersandt wurden und in dem der Oberreichsanwalt gebeten wurde, «möglichst bald über die in diesem Zusammenhang von der Stapostelle Leipzig festgenommenen Personen zu verfügen, da dort zur Zeit erheblicher Haft-raummangel besteht, so dass weitere Zugriffe zur Zeit nicht durchgeführt werden können».

«Weitere Zugriffe» waren das also für die Herren beim Reichssicherheitshauptamt, wenn sie Menschen verhafteten, die sie quälen, foltern, verurteilen und hinhängen wollten. Auch daraus, welche Sprache gesprochen wird, welche Wörter verwendet werden, lassen sich Schlüsse auf den ziehen, der sie spricht oder schreibt.

Mir war diese Formulierung damals noch nicht bekannt, da ich solch ein Schreiben als Verteidiger natürlich nicht zu lesen bekam. Aber ich wusste trotzdem ziemlich gut, mit wem wir es zu tun hatten. Deshalb verwendete ich die wenigen Tage, die mir bis zur Hauptverhandlung blieben, soviel wie möglich dazu, mir noch einmal ins Gedächtnis zu rufen, was mir Krischan im Laufe der Jahre von seiner Tätigkeit in den Köllmann-Werken und von den Gesprächen mit seinen Leipziger Freunden berichtet hatte – denn um diese beiden Komplexe ging es im Grunde –, und es mit dem zu vergleichen, was in den Vernehmungsprotokollen und in der Anklageschrift stand und damit die Grundlage der Hauptverhandlung sein würde. Ausserdem nahm ich mir das Strafgesetzbuch vor und bemühte mich, das, was aus den Vernehmungsprotokollen zu entnehmen war, unter die Paragraphen zu subsumieren, die in der Anklageschrift genannt waren.

Ich tat es, und zwar bewusst ganz nüchtern, vom rein Juristischen ausgehend, und musste ein weiteres Mal feststellen, was ich schon einige Male in politischen Prozessen erlebt hatte: wie wenig damals ausreichte, um einen Menschen in einem dem Namen nach gerichtlichen Strafverfahren zum Tode zu bringen.

Was also wurde Wolfgang Heinze in der Anklageschrift konkret vorgeworfen,? Ich muss einzelne Sätze zitieren, um zu demonstrieren, wie so etwas aussah.

Ausgehend davon, dass «der Angeschuldigte Wolfgang Heinze ... zu der Überzeugung gekommen (war), dass der militärische und wirtschaftliche Zusammenbruch Deutschlands unvermeidlich sei» – dieses «Überzeugtsein» war kein Straftatbestand! –, warf man ihm vor:

«Er führte häufig politische Gespräche mit dem ... Kunstmaler Alfred Frank ..., dessen politische Einstellung ihm bekannt war ... Er war sich darüber klar, dass Frank im kommunistischen Sinne tätig war ...»

«Frank übergab dem Heinze gelegentlich einer politischen Aussprache ein Stück der ‚Plattform‘. Heinze las das Flugblatt und wurde bei dieser

Gelegenheit von Frank auf die Ziele des NKFD hingewiesen.»

«Heinze seinerseits vertrat gegenüber Frank die Auffassung, dass man im Fall eines Zusammenbruchs an den Schutz politischer Gefangener und an die Aufstellung von Geisellisten denken müsse.»

«Einige Zeit später übergab Frank dem Angeschuldigten Heinze ein Stück des Flugblatts ‚Widerstand‘.»

«Nach einer Aussprache über die Lohnfrage bat Frank den Heinze, seine Gedankengänge kurz zu skizzieren und ihm die Niederschrift zur Weiterleitung ‚an seine Freunde« zu übergeben. Heinze ... fertigte eine kurze Ausarbeitung über die angebliche Benachteiligung der Arbeiter durch nationalsozialistische Massnahmen (Lohnstopp) und übergab sie dem Frank ...»

«In den Köllmann-Werken war ... der Angestellte Fritz Loeber beschäftigt. Heinze, der die politische Einstellung des Loeber kannte, rief diesen ungefähr im Juni 1944 zu sich, eröffnete ihm, dass er zu seinen Gesinnungsfreunden gehöre, und beauftragte ihn, über die Stimmung in der Gefolgschaft der Köllmann-Werke Erkundungen einzuziehen ... Heinze beabsichtigte, die von Loeber einzuziehenden Nachrichten dem Frank weiterzuleiten.»

«Der Angeschuldigte Heinze hörte in seiner Wohnung wiederholt mit den Eheleuten Frank und seiner Ehefrau ... deutschsprachige Nachrichtensendungen des Senders London ab ...»

So stand es in der Anklageschrift. Völlig unerwähnt blieb – was sogar in den Vernehmungsprotokollen stand –, dass Wolfgang Heinze erklärt hatte, er habe die Flugblätter nicht weitergegeben, sondern sofort vernichtet, über die sogenannte Geiselliste sei nur einmal gesprochen und eine solche Liste sei nie aufgestellt worden, er habe auch nur einmal mit Loeber gesprochen und einen Stimmungsbericht nie erhalten, weil sie beide kurz nach dem Gespräch verhaftet worden seien. Dass alles interessierte den Herrn Oberreichsanwalt offenbar nicht. Für ihn existierte nur das, was die Anklage, die er zu erheben hatte, einigermaßen zu stützen geeignet war. Und die ging immerhin auf Hochverrat, Vorbereitung zum Hochverrat, Feindbegünstigung, Zersetzung der Wehrkraft und Verstoß gegen die «Verordnung über ausserordentliche Rundfunkmassnahmen».

Was sollte ich also tun?

In die Anklageschrift war zwar das, was Wolfgang Heinze entlastete, nicht aufgenommen worden, aber sie enthielt auch nichts, was er bei sei-

nen Vernehmungen nicht selbst erklärt hatte. Und da dies dem Oberreichsanwalt genügt hatte, um seine Anklage zu erheben, würde es auch dem Volksgerichtshof genügen, um sein Urteil zu begründen. Als Verteidiger musste ich also versuchen, das Gericht davon zu überzeugen, dass nach dem Ergebnis des Ermittlungsverfahrens – an dem sich erfahrungsgemäss in der Hauptverhandlung nichts ändern würde – weder aus den Aussagen des Angeklagten noch aus den Aussagen anderer entnommen werden könne, dass die Tatbestände der schweren Strafgesetze, nach denen er angeklagt war und verurteilt werden sollte, erfüllt seien.

Dieser Versuch, den ich natürlich unternehmen würde, versprach nach meinen Erfahrungen kaum einen Erfolg. Deshalb schien mir nach reiflicher Überlegung die einzige Chance, das Schlimmste abzuwenden, darin zu liegen, das Gericht mit dem Hinweis darauf, dass dem Angeklagten nicht nachgewiesen sei, dass er Flugblätter verbreitet habe, dass eine Geiselliste von ihm aufgestellt worden sei, dass er einen Stimmungsbericht aus den Köllmann-Werken – den er ja nicht bekommen hatte – weitergegeben habe, dahin zu bringen, einen sogenannten minder schweren Fall anzunehmen und deshalb von der Verhängung der Todesstrafe abzusehen.

Das war das Ergebnis meiner Überlegungen am Abend des 17. November 1944 in meinem Hotelzimmer in Dresden. Scheinbar war der Weg klar, den zu gehen ich Krischan am nächsten Tag, wenn wir in seiner Zelle im Untersuchungsgefängnis miteinander sprechen würden, vorschlagen wollte. Doch der Gedanke, dass wahrscheinlich alles Mühen umsonst sein würde, liess mich nicht los und nicht zur Ruhe kommen. Bis ich mir sagte, dass ich am nächsten Tag meine ganze Kraft für das Gespräch brauchen würde, und mich zur Ruhe zwang.

Doch das Gespräch wurde anders, als ich es mir vorgestellt hatte. Eigentlich aber so, wie ich es mir bei ernstlichem Nachdenken hätte vorstellen müssen. Gerade weil ich Krischan so gut kannte.

Ohne ein Wort darüber zu verlieren, beschränkten wir uns – beide wissend, dass es die letzte Gelegenheit dafür war – darauf, das gründlich durchzusprechen, was für die wenige Tage später stattfindende Hauptverhandlung geklärt werden musste. Deshalb klammerten wir alles aus, was für diese Hauptverhandlung keine Bedeutung mehr haben konnte. Wir sprachen nicht – ich schrieb das schon – über die Erklärungsfrist von fünf Tagen. Wozu? Es wäre ohne Sinn gewesen in dieser Situation. Wir spra-

chen nicht über das, was die Gestapo nicht erfahren hatte; wir mussten darauf setzen, dass es nicht zur Sprache kam.

Und wir sprachen auch nicht über das, was mich am meisten bedrückte und wovon ich nicht wusste und nicht wissen konnte, wie Krischan inzwischen damit fertig geworden war: darüber, dass das Urteil mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit bereits feststand.

Sehr schnell wurden wir uns darüber einig, dass wir eine möglichst kluge, zugleich aber vertretbare Linie für die Verteidigung finden mussten, eine Linie also, die weder ein völliges Aufgeben der eigenen Position verlangte noch dem Gegner die Gelegenheit bot, zu erklären, das habe er schon immer vermutet.

Unter diesen Gesichtspunkten gingen wir anhand meiner Notizen von der Akteneinsicht Krischans Aussagen bei seinen Vernehmungen durch, verglichen sie mit dem, was andere bei ihren Vernehmungen zu den entsprechenden Punkten gesagt hatten, und überlegten, ob er seine Aussagen in der Hauptverhandlung ändern sollte. Obwohl diese Aussagen in der Anklageschrift, die wir daraufhin genau durchsahen, zum Teil auch verfälscht waren, einigten wir uns dahin, dass er seine Aussagen nicht ändern sollte, auch deshalb nicht, weil sie in fast allen Punkten, zu denen andere befragt worden waren, mit deren Aussagen in erstaunlicher Weise übereinstimmten. Nur zu einem Punkt – der Frage nämlich, wann ihm Alfred Frank zum ersten Mal eine Flugschrift übergeben hatte – würde er seine Aussage ändern, weil sie die für ihn so wichtige Frage betraf, seit wann er was wusste. Hierauf wird noch zurückzukommen sein.

Nachdem wir auf diese Weise Punkt für Punkt der Anklage durchgegangen waren, sprachen wir noch einmal über die taktische Linie der gesamten Verteidigung und kamen zu dem Ergebnis, dass es ebenso richtig wie wichtig sei, dass er bei den Ausgangspositionen blieb, die er bei seinen ersten Vernehmungen genannt hatte: in erster Linie also das Betroffensein über das Schicksal seines Vaters, den er stets als ehrlichen und guten Menschen geschätzt hatte; sodann Zweifel an der NS-Politik, weil sie seiner Meinung nach in wirtschaftlicher Beziehung nicht richtig gewesen sei und weil sie sich – von daher vor allem gesehen – auch in der grossen kriegerischen Auseinandersetzung nicht bewährt habe; dazu das Niedergeschlagensein über den Bombenschaden in seiner Wohnung, durch den vieles vernichtet worden war, woran er sehr hing; und

schliesslich völliges Überarbeitetsein, worauf es zurückzuführen sei, dass er seit Beginn des Jahres 1944 in immer grösseren Mengen Pervitin genommen habe, was seinen Nervenzustand sehr beeinträchtigt habe. All das habe dazu beigetragen, dass er bei den Gesprächen mit seinem Freund Alfred Frank vor allem, der für ihn über lange Zeit nichts als ein sehr begabter Maler gewesen sei, zu einer resignierenden Haltung gegenüber vielen Problemen gekommen sei, wobei es ihn gar nicht sosehr interessiert habe, ob einzelne Dinge, die dabei zur Sprache kamen, zutrafen oder nicht. Auch das habe sicher dazu beigetragen, dass er einiges nicht ganz richtig eingeschätzt habe.

Das war im grossen die Linie, auf die wir uns einigten. Wir wollten versuchen, sie einzuhalten.

Es war ein langes Gespräch, bei dem wir uns eigentlich mehr so verhielten, als sprächen wir über einen Dritten, für den wir einen gangbaren Weg suchten. Und waren, dessen bin ich sicher, im Inneren darüber einer Meinung, wie unsagbar gering die Chancen waren, mit alldem etwas zu erreichen.

Krischan bat mich dann noch, eine Reihe von persönlichen Dingen zu erledigen, die er auf einem kleinen Zettel notiert hatte. Es war ein Zettel von der Art, wie er sie mir bei dem letzten Besuch – nach der Hauptverhandlung, nach dem Todesurteil – in grösserer Zahl mitgab und auf denen so manches stand, was im Gedächtnis behalten zu werden verdient. Einiges davon wird in diesem Buch zu lesen sein.

Zur Hauptverhandlung vor dem Volksgerichtshof

Am 23. November 1944 fuhr ich wieder nach Dresden, weil auf den nächsten Tag die Hauptverhandlung vor dem 2. Senat des Volksgerichtshofs «in Dresden, Justizgebäude, Münchenerplatz, Schwurgerichtssaal» anberaumt war. Am Abend ging ich in dem Hotelzimmer – es war zufälligerweise dasselbe wie beim vorigen Mal – noch einmal alles durch. Aus meinen Handakten ist zu ersehen, dass ich, um bei der Verhandlung nicht im Strafgesetzbuch blättern und suchen zu müssen, die strafgesetz-

lichen Bestimmungen, um die es ging, mit der Hand abgeschrieben hatte.

Der Verhandlungsbeginn am 24. November war auf 9 Uhr festgesetzt. Ich war früh genug im Verhandlungssaal, um Krischan, als er hereingeführt wurde, mit einem Händedruck begrüßen zu können. Zu besprechen hatten wir in dem Augenblick nichts mehr. Dafür konnte ich auch Feh noch kurz begrüßen, die ich ja seit drei Monaten nicht gesehen hatte, die aber einen sehr gefassten Eindruck machte.

Dann sah ich mir die anderen Angeklagten an. Ausser Josef Schölmerich kannte auch ich niemanden. Besonders betrachtete ich Charlotte Georgi, weil das Verfahren unter ihrem Namen lief. Da ich noch nicht wusste, weshalb das so war, nahm ich an, sie hätte eine ganz besondere, wahrscheinlich führende Rolle in der Widerstandsbewegung gespielt.

Zu längeren Betrachtungen hatte ich keine Zeit. Ich konnte gerade noch mit den beiden Rechtsanwälten Dr. Boyke und Dr. Nieland ein paar Worte wechseln, als auch schon Gericht und Staatsanwalt in ihren Roben den Saal betraten, worauf sich alle für die Begrüssung durch den «deutschen Gruss» zu erheben hatten.

Den Vorsitzenden des Senats Dr. Crohne kannte ich schon aus anderen Verfahren. Er war zwar kein so völlig unerträglicher Herumbrüller wie der Volksgerichtshofpräsident Roland Freisler, aber als dessen Stellvertreter – wie sollte es anders sein – nicht besser als dieser. Ausser ihm gab es unter den insgesamt fünf Richtern noch einen Juristen, den Oberlandesgerichtsrat Dr. Grosspietsch – das war der sogenannte Berichtstatter, der also, der die eigentliche Arbeit, wie Abfassung des Urteils usw., machte. Dazu kamen der SA-Brigadeführer Liebel, der Polizeipräsident von Grolmann und der Oberbereichsleiter Lemmel. Darüber, was von einem so zusammengesetzten Gericht an Objektivität zu erwarten war, braucht kein Wort verloren zu werden.

Die Verhandlung begann – wie üblich und vom Gesetz vorgesehen – mit der sogenannten Vernehmung zur Person. Sie verlief bei allen schnell und formal – bis auf die Wolfgang Heinzes, der als vierter vernommen wurde.

Schon bei dieser nur seine Person betreffenden Vernehmung wurde spürbar, wie das Gericht gerade zu ihm stand. «Sie sind also der Fabrik-

direktor Wolfgang Heinze, der es zugleich mit den Kommunisten hielt», so ungefähr begann Herr Dr. Crohne seine Vernehmung.

Ich hatte mit Krischan über die seltsame Berufsbezeichnung Fabrikdirektor, die schon in der Anklageschrift verwendet worden war und später auch im Urteil wieder erschien, kurz gesprochen. Aber wir hatten das neben all dem, was an Wesentlichem zu besprechen war, nicht so wichtig genommen. Erst bei der Betonung, die Dr. Crohne diesem Wort gab, und dann später, als ich mir alles wieder und wieder ins Gedächtnis rief, wurde mir klar, dass auch diese Formulierung sehr bewusst gewählt worden war, um Wolfgang Heinze von vornherein in ganz besonderer Weise zu belasten. Denn wer das Wort Fabrikdirektor hört, hat in seiner Vorstellung das Bild des Direktors einer Fabrik, eines Mannes also, dem die Fabrik – ganz oder zumindest zu einem erheblichen Teil – gehört.

Das traf natürlich auf Wolfgang Heinze in gar keiner Weise zu. Ich brauche das nicht mit meinen eigenen Worten zu beweisen, sondern kann mich auf ein Schreiben berufen, das der Generaldirektor der Köllmann-Werke Gustav Köllmann noch am 19. Mai 1944 – zweieinhalb Monate später war Wolfgang Heinze bereits verhaftet! – unterschrieben hat:

An den Leiter des Arbeitsamtes Leipzig, Reichstreuhand,

Leipzig

Heinze

19.5.1944

Herr Heinze wurde im Jahre 1938, nachdem er bereits 1936 und 1937 als Referendar sich mit den Fragen der Buchhaltung und Betriebsabrechnung als Volontär vertraut gemacht hatte, zur Erledigung der in unserem Hauptwerk anfallenden juristischen Fragen angestellt. Im Januar 1940 wurde ihm in Anerkennung dieser Fähigkeit Prokura erteilt.

Seit diesem Zeitpunkt hat sich sein Aufgabengebiet in mannigfaltiger Beziehung erweitert. Er hat nicht nur alle juristischen Fragen des Vertragsrechtes, des Preisrechtes und des Arbeitsrechtes zu klären, ihm sind auch schwierige Aufgaben der Verwaltung und Organisation anvertraut worden, die das Wachsen unserer Firma mit sich brachte. So erhielt er z.B. den Auftrag, eine Gefolgschaftsstiftung ins Leben zu rufen und zu betreuen und im Jahre 1941 ein Gefolgschaftsbüro einzurichten. Gleich-

falls war er an der Einrichtung unseres Arbeitsvorbereitungsbüros und an der Erstellung des Lohngruppenkataloges massgeblich beteiligt.

Bereits im Jahre 1941 wurde Herr Heinze zum Personalchef ernannt. Einer Aufzählung der Arbeitsgebiete bedarf es nicht, da die mit diesem Amt verbundenen Arbeiten bekannt sein dürften. Im Jahre 1942 wurde ihm zusätzlich die Leitung des Aufbaues unserer Ausländerlager und die Betreuung der Ausländer anvertraut.

Als Personalchef hat Herr Heinze nicht nur die Betreuung der Gefolgschaft des Hauptwerkes selbständig zu erledigen, sondern auch die Richtlinien für die Personalpolitik für unsere 5 Tochterwerke mit insgesamt 3'000 Mann Belegschaft zu überwachen. Als Anerkennung für die Erledigung dieses umfangreichen Aufgabengebietes hat Herr Heinze im Dezember 1943 von der Geschäftsleitung das Recht erhalten, sich Direktor zu nennen. Als engster Mitarbeiter des Betriebsführers ist er ausserdem an allen bedeutenden Organisations- und Verwaltungsfragen innerhalb des Konzerns beteiligt und vertritt den Betriebsführer, wie ja auch dem Herrn Reichstreuhänder bekannt ist, häufig bei Besprechungen und Verhandlungen mit Dienststellen und Behörden. Eine vergleichbare Tätigkeit ist in unseren Werken nicht vorhanden. Wir sind der Überzeugung, dass der Vergleich mit der Bezahlung Entsprechender Posten in gleichgearteten Fällen unseren Antrag rechtfertigt.

gez. Gustav Köllmann

Mir, als Wolfgang Heines Verteidiger, wurde die Abschrift dieses Schreibens von den Köllmann-Werken am 27. Oktober 1944 mit folgendem Anschreiben übersandt:

«Unter Bezugnahme auf die gestern gehabte Besprechung teilen wir Ihnen mit, dass wir Gelegenheit genommen haben, Ihren Wunsch Herrn Generaldirektor Köllmann vorzutragen, und dass er sich damit einverstanden erklärt hat, Ihnen eine Abschrift des am 19.5. an den Leiter des Arbeitsamtes gerichteten Briefes zu übersenden, die wir hier beifügen.»

Einen Tag nach meinem Besuch in den Köllmann-Werken, von dem ich schon berichtet habe, ging dieses Schreiben also an mich ab. Wie war diese Eile, dieses Engagement zu deuten, muss man sich fragen. Sicher waren es keine Kommunisten, mit denen ich gesprochen hatte und die sofort mit dem Herrn Generaldirektor, der nicht in Leipzig war, telefonierten und den Brief absandten. Aber sie alle waren offenbar von dem

Menschen Wolfgang Heinze beeindruckt. Hielten sie es einfach für ausgeschlossen, dass ein Mann, der in ihrem Betrieb zu einer solchen Stellung gelangt war – «Eine vergleichbare Stellung ist in unseren Werken nicht vorhanden», heisst es in Köllmanns Brief –, so etwas tun konnte? Bei Gustav Köllmann schien es so zu sein. Denn sonst hätte er, der immerhin Wehrwirtschaftsführer und PG war und der unmittelbar nach der Verhaftung Wolfgang Heinzes von der Gestapo erfahren hatte, dass diese «aufgrund eines schweren politischen Vergehens erfolgt sei», sich sicher nicht damit einverstanden erklärt, dass mir als Verteidiger sofort nach meinem Besuch in den Köllmann-Werken die Bescheinigungen, um die ich gebeten hatte –, und die alle positiv im Sinne der Verteidigung waren – übersandt wurden.

Und die anderen? Waren sie – mehr oder weniger bewusst – der Meinung, dass ein Mensch wie Wolfgang Heinze bei seinem Tun keinesfalls etwas Schlechtes im Sinn gehabt haben konnte? Oder wollten sie sich nur für den Tag X – den Tag also, an dem es mit Hitler und seinem Reich zu Ende sein würde und der, darüber waren sie sich klar, in nicht ferner Zeit kommen würde – absichern? Es ist nicht mehr feststellbar. Ich halte, so seltsam das klingen mag, die letzte Variante für die unwahrscheinlichste. Denn niemand aus den Köllmann-Werken hat sich im Laufe des Strafverfahrens auch nur mit einem Wort gegen Wolfgang Heinze ausgesprochen. Seine Persönlichkeit hatte auch in diesem Konflikt, der sich sicher im Inneren so manch eines Köllmann-Mitarbeiters abgespielt hat, den Sieg davongetragen.

Das sind «Fragen zur Person» des Angeklagten Wolfgang Heinze. Allerdings in einem völlig anderen Sinn, als die es meinten, die in dem Termin Fragen zur Person stellten.

Ich habe das soeben zitierte Schreiben Gustav Köllmanns in meinem Plädoyer auszugsweise vorgetragen. Und habe es mit der – jetzt schon an das Gericht und beinahe provokatorisch gerichteten – Frage verbunden, ob es denn möglich sei, dass ein Mensch, der in einem so wichtigen Rüstungsbetrieb ein offenbar unbegrenztes Vertrauen besass und mit den wichtigsten Aufgaben betraut wurde, zugleich mit einer Widerstandsgruppe im Betrieb Verbindung hatte.

Als ich dann noch hinzufügte, dass Wolfgang Heinze ja schliesslich noch im Dezember 1943 uk-gestellt worden sei, konnte sich der Vorsitzende, der mich im Laufe der Verhandlung mehrfach unterbrach und zu-

rechtwies, nicht enthalten, bissig zu bemerken: «Uk-gestellt für die KPD.»

Ich kann mir vorstellen, dass sich Krischan über diese Bemerkung innerlich gefreut hat.

Im Übrigen gab es bei den «Vernehmungen zur Person» nichts Bedeutsames mehr. Sehr bald ging das Gericht zur Verhandlung «zur Sache» über. Auch von ihr war – darüber waren wir uns klar – nicht viel zu erwarten, zumal in der Anklageschrift als Beweismittel lediglich «die Einlassungen der Angeschuldigten» sowie «die Strafregister, die nachgereicht werden», angegeben waren. Nicht ein einziger Zeuge war geladen.

Bei der Verhandlung gegen die drei vor Wolfgang Heinze in der Anklageschrift Genannten – Charlotte Georgi, Dora Militzer und Albert Oehme – bestätigte sich, was nach Krischans Erklärung anzunehmen war: Was ihnen vorgeworfen wurde, hatte mit dem, weshalb Wolfgang Heinze vor Gericht stand, konkret überhaupt nichts zu tun, sondern nur das eine gemeinsam, dass auch sie im Rahmen der von Schumann, Engert und Kresse geleiteten Widerstandsorganisation tätig gewesen waren.

Zu dem aber, was sie nun konkret getan hatten, ergab sich recht wenig. Vor allem schien alles sehr isoliert getan worden und ohne Zusammenhang zu sein. Als ich das feststellte, kamen mir die Fragen in Erinnerung, die ich bei meinem ersten Besuch Krischans im Untersuchungsgefängnis mit ihm erörtert hatte: Was weiss die Gestapo? Und vor allem: Wie ist sie zu ihrem Wissen gekommen?

Damals konnten wir diese Fragen nicht beantworten. Und die Hauptverhandlung brachte auch keine Antwort auf sie. Doch inzwischen sind die Fragen geklärt. Heute wissen wir, dass ein Spitzel am Werk war.

Das ergibt sich aus Erinnerungsberichten, die mehrere Leipziger Widerstandskämpfer nach 1945 niedergeschrieben haben, darunter auch Fritz Loeber, der Verbindungsmann Wolfgang Heinzes zur Widerstandsgruppe in den Köllmann-Werken, der unmittelbaren Kontakt zu dem Spitzel gehabt hat, natürlich ohne eine Ahnung davon zu haben, mit wem er es da zu tun hatte.

Doch gibt es noch ein anderes Beweismittel, das unwiderlegbar ist, weil es von der Stelle stammt, in deren Auftrag der Spitzel tätig geworden war.

In dem schon zitierten Schreiben des Reichssicherheitshauptamtes vom 11. August 1944 an den Oberreichsanwalt beim Volksgerichtshof

Reichssicherheitshauptamt

s.Zt. Potsdam, den 11. August 1944.

IP A Z 2. Nr. 301/44 G.

Sonderkommission

6. August!

An den

Herrn Oberreichsanwalt
beim Kollisionsgericht
s.Hd.v. Oberstaatsanwalt S p a r

Kaiser-Wilhelmstr. 8.

Betrifft: Nationalkomitee, hier Strafsache ./.
S a e r k o w und Andere.

Vorgang: Dortiges As. Nr. 6-257/44 G.

Anlagen: 3 Band Akten.

Anliegend übersende ich die im Rahmen
einer Ermittlungsaktion bei der Stapostelle Leipzig
entstandenen Vorgänge mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung.

Ich bitte, möglichst bald über die in diesem
Zusammenhang von der Stapostelle Leipzig festgenom-
menen Personen zu verfügen, da dort zur Zeit erheblicher
Haftmangell besteht, so daß weitere Ermittlungen
nicht durchgeführt werden können.

Der in den Vorgängen der Stapostelle Leipzig
mehrfach genannt Fritz BRÜDERLEIN ist
V.-Mann, der auch in diesem Komplex mitgearbeitet hat.
Aus sicherheitspolizeilichen Gründen bitte ich daher,
B r ü d e r l e i n auch während der Hauptverhandlung
nicht zu erwähnen.

Im Auftrage:



Spitzing

nämlich, in dem dieser gebeten wurde, «möglichst bald über die ... festgenommenen Personen zu verfügen, da ... erheblicher Haftraummangel besteht...», findet sich ein letzter Absatz, der schlaglichtartig erhellt, mit welchen Methoden von der Gestapo und der Nazijustiz gearbeitet wurde.

Er lautet:

«Der in den Vorgängen der Stapoleitstelle Leipzig mehrfach genannte Fritz Brüderlein ist V-Mann, der auch in diesem Komplex mitgearbeitet hat. Aus sicherheitspolizeilichen Gründen bitte ich daher, Brüderlein auch während der Hauptverhandlung nicht zu erwähnen.»

Und am Rande dieses Schreibens steht, handschriftlich vermerkt: «Brüderlein schon ermittelt, ist verstorben.»

Ob dieser Randvermerk den Tatsachen entspricht, ist noch nicht ganz geklärt. Ich habe vor nicht langer Zeit einen Leipziger Widerstandskämpfer gesprochen, der behauptete, Brüderlein lebe noch, und zwar in der BRD.

Der Volksgerichtshof ist offenbar davon ausgegangen, dass der Vermerk richtig war. Denn in der Begründung des Urteils, das in dem Verfahren gegen Hoffmann und andere erging, erscheint der Name Brüderlein mehrmals, einmal sogar in einer auffälligen Formulierung. Als es um die Begründung des Urteils gegen Georg Schwarz geht, der auch die Todesstrafe erhielt, heisst es nämlich: «Etwa 14 Tage später (das heisst etwa Ende März 1945 – *W.W.*) ging er noch einmal zu Engert und hatte mit diesem und dem Kommunisten Fritz Brüderlein eine Aussprache über die organisatorische Ausgestaltung der Organisation.» Nur Brüderlein wird mit der Charakterisierung «Kommunist» bedacht. Sicher nicht ohne Grund.

Über Brüderlein gibt es ausserdem eine eidesstattliche Erklärung von Kehler, in der es heisst:

«Derselbe gehörte seit 1923 der KPD in Leipzig an, war in verschiedenen Parteifunktionen tätig ... und zuletzt UB-Leiter in Libertwolkwitz. Brüderlein war nach der Machtübernahme der Nazis 1933 noch weiter illegal tätig, emigrierte dann nach der Tschechoslowakei und fiel dort beim Einmarsch der Deutschen der Gestapo in die Hände und erhielt 2 und ein halbes Jahr Zuchthaus. Nach Verbüssung der Strafe kam er nicht in Schutzhaft, sondern wurde freigelassen und arbeitete seit 1941 als Spitzel der Gestapo. Diese Tätigkeit wurde ihm erleichtert, da er als ehemaliges Mitglied der KPD alle alten Genossen kannte, und die Genossen dem Brüderlein grosses Vertrauen entgegenbrachten.»

Herrn
Rechtsanwalt
Wolfgang Weiss
(1) 221111-215
Meinackstrasse 20

./.

./.

Dt./No

20. November 1944.

Herrn Wolfgang Weiss

Die Deutsche Getriebe GmbH., Berlin - S 7 68, Ritterstr. 85, deren Geschäftsführer Herr H e i n x e war, bat uns heute fernschlieflich, Ihnen Unterlagen zu übersmitteln, aus denen die Tätigkeit des Herrn H. für diese Gesellschaft hervorgeht.

Anlässlich eines Un-Antrages für H., den wir am 15.12.43 an das Rüstungsamt Leipzig richteten, hiess es wie folgt:

" Ausserdem ist H. Geschäftsführer unserer Konzern-Firma Deutsche Getriebe GmbH., Berlin, und Führer von Verhandlungen für einen von Wa Prüf 6 (Osnabrück) erteilten Entwicklungsauftrag für ein neues Getriebe zu einem Pannanwagen, der geeignet ist, den T 34 zu überflügeln. Für die weitere Entwicklung dieses hochwichtigen und vorzüglichen Auftrages ist H. unbedingt erforderlich.
Wir bitten höflichst um Genehmigung unseres Antrages und be-fürwortende Weitergabe an das zuständige WK. "

Der weiteren Begründung unseres Antrages übersandte uns die Deutsche Getriebe GmbH in diesem Zusammenhang ein Schreiben mit Datum vom 20.12.1943, dass wir Ihnen in der Anlage ebenfalls zur Kenntnisnahme überreichen.

1 Anlage

Hil Hitler !
Küppers-Lark
Aktiengesellschaft

Jawohl, ihm wurde Vertrauen entgegengebracht. Ist es verwunderlich? Ist gar jemandem, der das tat, ein Vorwurf zu machen?

Ich meine, nein. Schliesslich war Brüderlein seit 1923 Mitglied der KPD gewesen, hatte Parteifunktionen gehabt, war 1933 nicht umgefallen und hatte zweieinhalb Jahre Zuchthaus überstanden. Und suchte nach seiner Entlassung aus dem Zuchthaus sehr bald die alten, ihm bekannten Genossen auf und beteiligte sich – allem Anschein nach – an der illegalen Arbeit. Er gab Flugblätter weiter, besorgte einen Vervielfältigungsapparat, nahm an Grundsatzgesprächen über die Organisation der Widerstandsarbeit teil, kannte den Genossen Engert und traf nicht selten mit ihm zusammen, hatte also unmittelbarste Beziehungen zur illegalen Leitung. So unmittelbar, wie sie wegen des von der Leipziger Gruppe strengstens eingehaltenen Konspirationsprinzips, nach dem niemand mehr als zwei oder drei andere kennen sollte, nur die wenigsten hatten. Und all das lief drei Jahre lang, von 1941 bis 1944.

Nein, man kann keinem von diesen tapferen Menschen, die über Jahre hinweg die schwere Bürde der illegalen Arbeit getragen haben, einen Vorwurf daraus machen, dass sie ihm vertraut haben.

Ganz besonders auch deswegen nicht, weil sie ihren – zumindest innerlich abgegebenen – Schwur, nichts zu verraten, was die Gestapo nicht schon wusste, gehalten haben, weil sie stark geblieben und weder physischem noch psychischem Druck erlegen sind.

Und was die Gestapo wusste, war eben wenig. Denn sowenig wie möglich und so viel nur wie unbedingt nötig hatten sie – wieder getreu den Prinzipien der Konspiration – an den nächsten, in diesem Fall also an Brüderlein, weitergegeben. Deshalb wussten weder Brüderlein noch die Gestapo, noch der Oberreichsanwalt, noch der Volksgerichtshof, was tatsächlich geschehen, was geleistet worden war, insbesondere auch von Wolfgang Heinze.

Gerade das aber soll hier dargelegt und berichtet werden, weil es das Entscheidende ist.

Dazu bedarf es zunächst einer zeitlichen Klarstellung. Die in der Zeit vom 21. bis 24. November 1944 vor dem Volksgerichtshof Dresden durchgeführten Strafverfahren befassten sich lediglich mit Vorgängen, die sich in den Jahren 1943 und 1944 zugetragen hatten. Das zeigte schon die Urteilsformel im ersten dieser Verfahren, das gegen Georg Schumann, Otto Engert und Kurt Kresse durchgeführt wurde. Sie lautete:

«Die Angeklagten, alte aktive Kommunisten, haben in den Jahren 1943/44 in Leipzig und anderen Orten den Kommunismus neu zu organisieren versucht, und zwar auf der Grundlage des Nationalkomitees Freies Deutschland (N.K.F.D.).»

Und es wurde in dem Verfahren gegen Georgi unter anderem in dem Teil der Urteilsformel bestätigt, der die zum Tode Verurteilten betraf:

«Die Angeklagten *Wolfgang Heinze* und *Richard Lehmann* haben sich in den Jahren 1943/1944 in Leipzig in den Dienst einer auf der Grundlage des vom Ausland geleiteten ‚Nationalkomitees Freies Deutschland‘ aufgebauten kommunistischen Organisation gestellt, an der Verwirklichung ihrer Ziele durch eigene Ratschläge, Werbung und Weitergabe von Flugblättern mitgearbeitet und Feindsendungen abgehört; Lehmann hat diese auch weiterverbreitet.»

Aber die Widerstandstätigkeit Wolfgang Heinzes und zahlreicher anderer Antifaschisten begann nicht erst im Jahre 1943. Für Wolfgang Heinze und Hildegard Heinze begann sie, davon wurde schon berichtet, im Jahre 1938, als es ihnen gelungen war, zunächst mit dem Ehepaar Sacke und dann auch sehr bald mit dem Ehepaar Frank in Beziehungen zu treten. Doch nach der Urteilsbegründung hatte sich erst «in den letzten Jahren ... zwischen den Eheleuten Heinze und den Eheleuten Frank auch ein familiärer Verkehr entwickelt». Und dann erst war es nach dem Urteil Alfred Frank – der Gestapo und damit dem Volksgerichtshof als alter Kommunist bekannt – in «politischen Aussprachen» gelungen, «Heinze nach und nach vollkommen in das kommunistische Fahrwasser zu ziehen».

Darüber, dass Wolfgang Heinze schon seit Jahren in diesem Fahrwasser schwamm, dabei schon einige Fährnisse überwunden, aber auch Leistungen besonderer Art erbracht hatte, ist bei der Darlegung der geistigen Entwicklung Krischans, insbesondere auch bei der Darstellung seiner politischen Konzeptionen und Analysen in keineswegs einfachen Situationen, schon einiges berichtet worden. Mir kommen, gerade wenn ich an die letzte Zeit vor dem Ausbruch des Krieges, der zum zweiten Weltkrieg wurde, zurückdenke, Erinnerungen an unseren letzten Vorkriegsurlaub auf der Insel Hiddensee, den wir zwar nicht gemeinsam, aber doch zur selben Zeit dort verbracht haben. Gemeinsam nicht, weil Krischan und Feh – zusammen mit Hermann, wie Krischan seinen Vater nur nannte – mit dem geliebten Segelboot von Stralsund auf die Insel gekommen waren, während Daggi und ich mit dem kleinen Dampfer nach dort gelangt waren und ein zwar recht einfaches, aber wunderschönes Quartier gefunden hatten, nämlich beim Leuchtturmwärter. Wir haben dort richtig Urlaub gemacht, sind geschwommen und haben uns in der Sonne geräkelt, haben auch Spässe getrieben. Und doch kam es immer wieder, bei herrlichstem Wellengang und schönstem Wetter, zu sehr ernstern, in die Tiefe gehenden und einen Ausweg suchenden Gesprächen.

Der Name Alfred Franks fiel in diesen und späteren Gesprächen des Öfteren. Doch dass er der «Maler mit dem Stern» war (oder wurde) wusste ich ebenso wenig, wie mir etwas davon bekannt wurde, dass er – ganz allein, um niemanden zu belasten – seine Kunst unmittelbar agitatorisch nutzte und einsetzte.

Für Krischan hatte damals – so sehe ich es jetzt – die Zeit begonnen, in der er sich grundsätzlich auf das vorbereitete, was er dann an Wider-

standsarbeit leistete. Dabei war Alfred Frank sicher derjenige, zu dem er die intensivsten politischen Beziehungen hatte. Mit ihm vor allem führte er die grundsätzlichen Gespräche über das Wesen des Sozialismus, wie es sich aus dem richtig verstandenen Marxismus ergibt, und über die Wege, die einzuschlagen sind, um zu ihm zu gelangen. Mit ihm vor allem unternahm er immer wieder den Versuch, die allgemeine politische Situation dieser Zeit zu analysieren, um auf Grund einer solchen Analyse zu Schlussfolgerungen für die konkrete politische Arbeit – die natürlich nur eine illegale sein konnte – zu gelangen.

Bald stellte Krischan fest, dass Alfred Frank einen Kreis kommunistischer und anderer Antifaschisten um sich gesammelt hatte. Es dauerte nicht lange, da gehörten auch Hildegard und Wolfgang Heinze zu diesem Kreis.

Die Mitglieder des Kreises trafen sich zwar nicht nach einem festen Terminplan, aber doch ziemlich regelmässig alle vier bis fünf Wochen. Dabei gab es auch eine Art Schulung, nicht selten über ein Thema, das vorher vereinbart worden war. Auch marxistische Bücher, die in Umlauf gegeben worden waren, wurden diskutiert. Einen Teil dieser Bücher hatte Wolfgang Heinze von seinen «Urlaubsreisen» in andere Länder mitgebracht. Meist stammten sie aber von Georg Sacke, der als Historiker über so manches Buch verfügte, das sonst nicht greifbar war.

Georg Sacke, der ursprünglich ein bürgerlich-liberaler Wissenschaftler gewesen war, hatte sich in den zwanziger Jahren, als er Vorlesungen an der Volkshochschule hielt, immer mehr dem Marxismus genähert, und zwar vor allem unter dem Einfluss von Alfred Frank, der ebenfalls dort wirkte. Nachdem er im Herbst 1932 zum Doktor der Geschichtswissenschaften promoviert hatte, wurde er als Privatdozent für die Geschichte Osteuropas an der Leipziger Universität zugelassen. Doch bereits am 1. April 1933 wurde er mit der Begründung fristlos entlassen, dass seine «marxistische Auffassung historischer Prozesse und positive Einstellung zur Sowjetunion» eine «weitere Mitarbeit unzulässig erscheinen liessen». Seine Frau Rosemarie Sacke schrieb später, dass er «zum Eintritt in die KPD reif war, als sie 1933 verboten wurde».

Bei den Diskussionen in der Gruppe um Alfred Frank waren seine historischen Kenntnisse und sein durch wissenschaftliche Studien geschulter Blick auf bestimmte politische Ereignisse häufig von grosser Bedeutung für die Klärung von deren Hintergründen.

Aber auch Wolfgang Heinzes Diskussionsbeiträge wurden sehr bald mit Spannung erwartet, weil sich in ihnen sowohl sein theoretisches Wissen wie seine Fähigkeit niederschlugen, politische Ereignisse zu analysieren. Hinzu kam das, was ältere Genossen – insbesondere Alfred Frank selbst – aus ihren langjährigen praktischen politischen Erfahrungen in die Gespräche einbrachten. So kam es in dieser Gruppe nicht nur zu theoretischen Auseinandersetzungen über politische Grundsatzprobleme, sondern zugleich zu lehrreichen Klärungen solcher Fragen, die für die konkrete Widerstandsarbeit der einzelnen Mitglieder der Gruppe wichtig waren. Und Alfred Frank, der die Verbindung zur Leitung der Widerstandsorganisation hatte, konnte das, was er bei diesen Gesprächen und Diskussionen von den anderen über ihre illegale Tätigkeit erfuhr, an diese Leitung weitergeben. Dabei stammte nicht wenig von dem, was er so weitergab, von Wolfgang Heinze und bezog sich auf das, was in den Köllmann-Werken geschah.

Die Gruppe traf sich meist in der Wohnung von Gertrud und Alfred Frank, zuweilen aber auch in Heinzes Wohnung in der Kochstrasse.

Als Georg Sacke im Jahr 1940 nach mehrjähriger Arbeitslosigkeit eine Stelle als Referent am Weltwirtschaftsinstitut in Hamburg fand und nach dort übersiedelte, litt darunter zwar die ständige Verbindung zu ihm. Doch sie riss nicht ab. Denn Georg Sacke, der bei seiner Arbeit in diesem Institut Presseerzeugnisse und sonstiges wichtiges Material aus dem Ausland in die Hände bekam, brachte davon soviel wie möglich seinen Leipziger Freunden zur Kenntnis. Und Wolfgang Heinze berichtete ihm von dem, was er in den Köllmann-Werken als «Geheimzuhaltendes» erfuhr und wovon er in Leipzig Alfred Frank unterrichtete. Bei einem Besuch, den die Sackes den Heinzes Ostern 1944 in Leipzig machten, wurden sie von Wolfgang Heinze darüber informiert, dass inzwischen in der Sowjetunion das Nationalkomitee Freies Deutschland gegründet worden sei. Ausserdem übergab er ihnen ein Exemplar des Flugblattes «Widerstand», das, im Gepäck von Rosemarie Sacke verpackt, nach Hamburg gebracht und dort – zusammen mit der Nachricht von der Gründung des NKFD – verbreitet wurde. Denn Rosemarie und Georg Sacke hatten in Hamburg bereits wieder einen Kreis Gleichgesinnter gefunden.

Bei seiner Vernehmung vor der Gestapo hat Krischan die Beziehungen zu der Familie Sacke als «ausschliesslich familiäre» bezeichnet, zurück-

zuführen darauf, dass «die Ehefrau Sacke und meine Frau ... Schulfreundinnen» gewesen seien, und erklärt, dass sich diese Beziehungen «durch den etwa 1940 erfolgten Wegzug der Sacke's nach Hamburg gelöst» hätten. Und als die Eheleute Sacke die Heinzes «zwei bis drei Tage nach dem 20. Juli 1944 ..., anlässlich ihrer Anwesenheit in Leipzig flüchtig ... besucht» hätten, sei «über politische Dinge ... überhaupt nicht gesprochen» worden. Weiter heisst es dann in dem Vernehmungsprotokoll: «Sie (die Sackes – *W.W.*) teilten uns mit, dass sie eben hätten Frank's besuchen wollen, sie aber nicht in der Wohnung angetroffen hätten. Hausbewohner hätten ihnen erzählt, dass Frank festgenommen worden sei. Auf Grund meiner politischen Beziehungen zu Frank bekam ich durch diese Information einen Schreck, liess mir aber äusserlich nichts anmerken. Beiläufig sagte ich zu Dr. Sacke, man könne die Festnahme der Eheleute Frank so verstehen, als wenn es sich um Massnahmen wegen des Führer-Attentats handelt. Sacke's haben dann nichts weiter verlauten lassen und sind kurze Zeit danach fortgegangen. Sie sagten mir noch, dass sie ihre Ferien in Lobenstein, wo sie ein Grundstück hätten, verbringen wollen.»

Mit diesen Erklärungen, die leicht hätten widerlegt werden können, gaben sich Gestapo, Oberreichsanwalt und Volksgerichtshof zufrieden. Der Name Sacke erschien in dem Urteil im Zusammenhang mit Wolfgang Heinze überhaupt nicht. Die Vernehmung der Eheleute Sacke, die sich ja nicht in Leipzig, sondern in Hamburg befanden, hätte der Gestapo zu viel Mühe gemacht. Und da ohnehin feststand, welche Urteile gegen Wolfgang Heinze und Alfred Frank ergehen würden, brauchte man den Fall Sacke nicht mehr.

Dabei wäre die Vernehmung der Eheleute Sacke ohne Schwierigkeiten möglich gewesen. Denn beide waren am 15. August 1944 in Hamburg verhaftet und ins Konzentrationslager eingeliefert worden, Rosemarie Sacke nach Kiel-Hassee, Georg Sacke nach Hamburg-Neuengamme. Georg Sacke gehörte zu denen, die im Zusammenhang mit dem misslungenen Versuch der Gestapo, politische Häftlinge mit der «Kap Arkona» zu verschiffen, ums Leben kamen.

Über die Verbindungen Krischans zu Alfred Frank gingen Gestapo und Volksgerichtshof nicht so einfach hinweg. Denn bei ihm handelte es sich um einen in Leipzig seit Langem bekannten Kommunisten, dem schon als Landsturmmann im ersten Weltkrieg das Verbrecherische des imperialistischen Krieges ins Bewusstsein gekommen war und der deshalb bereits damals begonnen hatte, gegen diesen Krieg zu arbeiten, weshalb er

dann in den Soldatenrat gewählt wurde. Und er ging diesen Weg weiter. Unmittelbar nach ihrer Gründung trat er der Kommunistischen Partei bei, stellte von da an seine künstlerischen Fähigkeiten zu einem grossen Teil in den Dienst der politischen Arbeit und spielte später in der «Assoziation bildender Künstler Deutschlands» eine führende Rolle. Er wurde ständiger Mitarbeiter der «Sächsischen Arbeiterzeitung» und unterstützte die Agitationsarbeit der KPD durch den Entwurf zahlreicher Plakate. Er vermittelte der arbeitenden Bevölkerung Kenntnisse über Wesen und Funktion der Kunst durch Vorlesungen an der Volkshochschule und an der MASCH, also der Marxistischen Arbeiterschule. Sie war wie in vielen anderen Städten auch in Leipzig nach dem Vorbild der 1927 in Berlin gegründeten und von Hermann Duncker geleiteten MASCH errichtet worden. Diese öffentlichen Arbeiterbildungsanstalten waren auf Initiative der KPD entstanden und hatten die Aufgabe, den Werktätigen Kenntnisse auf dem Gebiet des Marxismus-Leninismus zu vermitteln, aber auch ihre Allgemeinbildung zu fördern und ihnen Gelegenheiten zur kulturellen Betätigung zu geben.

Nach dem Machtantritt des Faschismus in Deutschland änderte Alfred Frank nicht das Wesen, sondern nur die Methoden seiner Arbeit und wurde wegen seiner Beteiligung an Flugblattaktionen im Jahr 1934 zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Auch das brachte ihn nicht von seinem Weg ab. Er blieb der «Maler mit dem Stern» und wirkte auf seine Art und mit seinen Möglichkeiten weiter gegen den Hitlerfaschismus.

In viele Exemplare des Leipziger Telefonbuchs von 1942/1943 drückte er einen den Sowjetstern darstellenden Stempel ein; mit Hilfe eines Schablonendrucks malte er auf die Strassen und an Mauern öffentlicher Gebäude einen Totenkopf mit Hakenkreuz und dazu die Worte: «Hunger! Das alles verdanken wir dem Führer!» Eine Kopfprämie von 50'000,- Reichsmark setzte die Gestapo für die Ergreifung des Täters aus. Doch sie erfuhr nie, wer es gewesen war, auch nicht bei den Vernehmungen Alfred Franks durch die Gestapo nach seiner Verhaftung am 19. Juli 1944.

Dabei war Alfred Frank einer von denen, die bei diesen Vernehmungen vor der Gestapo am meisten gemartert wurden. Das ergibt sogar der «vorläufige Abschlussbericht» der Gestapo vom 2. August 1944, in dem es heisst, dass Frank überhaupt erst nach «körperlichen Zwangsmass-

nahmen» Aussagen gemacht habe – ein Zugeständnis, das man in Gestapo-berichten nicht häufig zu lesen bekommt.

Von seiner tapferen Frau Gertrud, die überlebte, weil sie «nur» eine Zuchthausstrafe erhielt, gibt es einen Bericht über das, was man ihr und ihrem Mann angetan hat. Darin heisst es: «Am 19. Juli 1944 früh wurden Alfred und ich verhaftet und mit der Strassenbahn in das Polizeipräsidium gebracht. Bei den nun einsetzenden Verhören wurde zunächst Alfred vorgenommen. Da er keine Aussagen machte, wurde er wiederholt in den Folterkeller im Hofgebäude gebracht und musste dort die furchtbarsten Folterungen über sich ergehen lassen.

Reichlich eine Woche nach unserer Verhaftung wurde ich gegen 18 Uhr ... nach unten in das Präsidium geholt. Dort stand eine Gruppe SS-Männer, darunter Laue und Heller, welche ich schon kannte ... Laue sagte: ‚Willst du jetzt aussagen – jetzt ist noch Zeit.‘ Ich stand vor ihnen und rührte mich nicht. Einer sagte: ‚Los, geh in deine Zelle, morgen bist du dran.‘ ...

Anderntags vor 8 Uhr wurde ich aus meiner Zelle geholt. Unten wurden mir Fesseln angelegt, ich wurde in einen PKW gesetzt und nach der Auenstrasse gefahren. Es ging über einen Hof in einen Souterrainraum, der mit weissen Kacheln ausgeschlagen war, unten war Zementfussboden, oben an der Decke war eine Stange befestigt. Zunächst schloss man meine Fesseln noch enger zusammen. Es sollte Eindruck auf mich machen, und es schmerzte sehr. Es waren ja auch meine ersten Fesseln.

Man knipste das Licht aus und liess mich so eine Weile im finstern Raum allein. Ich dachte an Tatjana, die russische Genossin! Das gab mir Kraft, alles Weitere verbissen zu ertragen. SS-Mann Laue mit Bleistift und Block kam mit noch einem anderen herein. Der andere war sehr jung und klein und trug weisse Tennisschuhe. Er hatte einen dünnen langen Stock in der Hand und wippte mit diesem in der Luft herum. Ich bekam einen Knebel in den Mund und ein nasses Tuch um den Hals. Der Kleine band mir meine Hände auf dem Rücken zusammen und zog mich an einem Strick langsam hoch bis an die Stange, die sich an der Decke befand. Sie liessen mich hängen, machten den Raum finster und gingen hinaus. Beide kamen wieder herein und sagten mir, wenn ich reden wollte, liessen sie mich wieder herunter. Ich schwieg – mir war, als ob ich aus meiner menschlichen Hülle herausgekrochen sei.

Sie liessen mich am Strick herunter, zogen mich aus, banden meine

Beine zusammen und hängten mich umgekehrt an die Stange mit dem Kopf nach unten. Der kleine Mann schlug nun mit der Gerte auf mich ein. Zuerst auf den Rücken, auf das Gesäss, auf die Beine, Waden und Fusssohlen. Ich merkte, dass ich blutete und hatte unbeschreibliche Schmerzen. Sie fassten meinen Puls, denn ich sollte bei Besinnung bleiben, um doch noch Aussagen zu machen. Plötzlich ging die Tür auf, und mein Mann wurde mit genau solchem Knebel, wie ich ihn im Munde hatte, hereingeführt. Er musste zusehen, wie man mich weichmachen wollte, und man schlug umso mehr auf mich ein. Ich dachte sofort: Wenn er nur nichts sagt! Sie führten ihn aber wieder hinaus, er hatte nichts gesagt. Mich hat man dann noch öfter so gewechselt, Kopf unten, Beine oben und umgekehrt, dabei immer mit der Gerte auf mich losgeschlagen.

Ich dachte an den Tod, wie schön er sein müsste; ich wünschte ihn sehnlichst herbei!

Obwohl man mich noch heftiger schlug, merkte ich jetzt die Schmerzen nicht mehr so. Ich musste wohl fast ohne Verstand gewesen sein. Plötzlich krachte ich auf den Boden, der Strick war gerissen. Man schleifte mich hinaus ...»

Fast fünfzig Jahre alt war Gertrud Frank, als sie von diesem sehr jungen und kleinen Mann, der weisse Tennisschuhe trug und beim Hereinkommen mit seinem dünnen langen Stock in der Luft wippte, mit ebendiesem Stock so grausam misshandelt wurde. Sie hätte seine Mutter sein können ...

Im September 1984 schrieb mir Charlotte Georgi, mit der ich noch einmal gesprochen hatte, Ähnliches darüber, wie sie behandelt worden war: «Nach einem Vormittag im Folterkeller, in dem ich, an den auf dem Rücken gefesselten Händen aufgehängt, mit nassem Tuch ins Gesicht und mit Knüppeln bis zur Bewusstlosigkeit geprügelt, am Boden liegend an den Haaren gezogen und mit Zweckenstiefeln getreten wurde, brachte man mich in die Zelle des Polizeigefängnisses zurück.» Nimmt es wunder, dass sie das heute, nach vierzig Jahren, noch so im Gedächtnis hat, als sei es gestern geschehen?

Und beide Frauen haben geschwiegen. Obwohl sie vieles wussten. Gerade über Alfred Frank, mit dem Charlotte Georgi seit ihrem Eintritt in die KPD im Jahr 1924 Verbindung gehabt hatte und den sie Anfang des Jahres 1944 wieder aufsuchte, nachdem sie vorher schon bei Kurt Kresse gewesen war, um sich für die illegale Arbeit zur Verfügung zu stellen. Sie

schwiegen und schützten dadurch die, mit denen sie in einer Front standen und gekämpft hatten. Und für das, was sie zugeben mussten, weil die Gestapo es durch den Spitzel Brüderlein schon wusste und deshalb ein Leugnen ohne Sinn gewesen wäre, wurden sie zu hohen Strafen verurteilt: Gertrud Frank zu sechs Jahren und Charlotte Georgi zu acht Jahren Zuchthaus.

An Wolfgang Heinzes Verbindungen zu Alfred Frank, zu diesem «fanatischen Kommunisten», wie er in einem Bericht der Gestapo genannt wurde, «der sich für illegale Bestrebungen ständig aktiv eingesetzt» hatte, durch dessen «langjährige Überwachung» festgestellt worden war, «dass er stets einen grösseren Kreis von Gesinnungsgenossen in seiner Wohnung versammelt hatte», ging der Volksgerichtshof also nicht vorbei. Sie spielten vielmehr eine wesentliche Rolle in der Hauptverhandlung und belasteten Wolfgang Heinze in entscheidendem Masse. Dabei unterliess es der Senatsvorsitzende nicht, besonders zu betonen, dass Alfred Frank als einer der engsten Mitarbeiter der Leitung der illegalen kommunistischen Organisation am Tage vorher zum Tode verurteilt worden war – eine Mitteilung, die Wolfgang Heinze natürlich sehr hart traf.

Zu der Urteilsbegründung

Wir wissen, dass noch am Tage der Hauptverhandlung auch gegen Wolfgang Heinze das Todesurteil ausgesprochen wurde. Ein solches Urteil bedurfte – wie jedes Urteil – einer Begründung. Worauf sich ein Gericht bei dieser Begründung einzig und allein stützen konnte und durfte, besagte eindeutig Paragraph 264, Absatz 1 der Strafprozessordnung, der lautete: «Gegenstand der Urteilsfindung ist die in der Anklage bezeichnete Tat, wie sie sich nach dem Ergebnisse der Verhandlung darstellt.»

Auf das Ergebnis der Verhandlung (gemeint ist die Hauptverhandlung – *W.W.*) kam es also an. Nur was in ihr selbst festgestellt, also – auf welche Weise auch immer – bewiesen worden war, konnte zur Begründung des Urteils herangezogen werden. Darin überhaupt liegt Sinn und Zweck der Hauptverhandlung. Sonst wäre sie überflüssig.

Wäre der Volksgerichtshof so verfahren, hätte er zu seinen Urteilen nicht kommen können. Jedenfalls nicht zu dem Todesurteil gegen Wolfgang Heinze, von dem allein hier berichtet werden soll und kann. Zuwenig war es, was nach dem Ergebnis der Hauptverhandlung als bewiesen angesehen werden konnte. Da die Richter aber zu dem Todesurteil kommen mussten und wollten, scheuten sie sich nicht, mit den primitivsten Fälschungen dessen, was die Hauptverhandlung ergeben hatte, zu arbeiten. Einige Beispiele werden das belegen.

Dass Wolfgang Heinze von den mit ihm Angeklagten niemanden kannte vor dem Prozess als seine Frau und den Arzt Dr. Schölmerich, habe ich schon berichtet. Etwas anderes hatten auch die Vernehmungen bei der Gestapo und vor allem die Hauptverhandlung nicht ergeben. Doch das passte dem hohen Volksgerichtshof nicht in seine Konzeption, und so nahm er es nicht zur Kenntnis. Für ihn gehörten die Angeklagten Wolfgang Heinze, Richard Lehmann und Charlotte Georgi plötzlich zusammen. Denn diese drei Angeklagten haben sich nach der Urteilsbegründung «schon massgeblich am Wiederaufbau der KPD in Leipzig beteiligt. Sie haben an der Verwirklichung der hochverräterischen Ziele Engerts durch die Herstellung von Artikeln für propagandistische Zwecke, durch Ratschläge über den Schutz ihrer verhafteten Gesinnungsgenossen und über die Aufstellung von Geisellisten, durch Einbeziehung politischer Informationen, Teilnahme an politischen Aussprachen, Werbung von Mitgliedern und Weiterverbreitung von Flugblättern mitgearbeitet.»

Das liest sich so – und sollte sich sicher so lesen –, als seien diese drei Angeklagten, die sich bis zu dem Prozess nicht gekannt und nie gesehen hatten, seit Jahren gemeinsam für die KPD tätig gewesen und hätten gemeinsam oder zumindest im Einverständnis miteinander ihre «hochverräterischen Ziele» mit den hier aufgeführten Handlungen verfolgt.

Das war die erste Fälschung des Sachverhalts. Die zweite bestand darin, dass den drei Angeklagten Handlungen zur Last gelegt werden, deren Begehung jedenfalls Wolfgang Heinze nicht nachgewiesen worden war. Eine Gegenüberstellung dessen, was das Urteil hierzu ausführt, mit dem, was dazu nach dem Ergebnis der Hauptverhandlung als bewiesen angesehen werden konnte, zeigt das.

So spricht das Gericht von der «Herstellung von Artikeln für propagandistische Zwecke». Als Beweis hierfür hätte es sich lediglich auf die

Aussagen von Wolfgang Heinze selbst beziehen können, da es andere Beweise zu diesem Punkt nicht erhoben hatte. Dann bleibt aber als einziges, was hierunter – wenn auch nur mit einiger Anstrengung – subsumiert werden könnte, die insgesamt sechs Zeilen umfassende Ausarbeitung über Lohnfragen (Gegenstand: Ungerechtigkeit des nur für Arbeiter geltenden Lohnstopps), die Krischan, wie er zugegeben hat, Alfred Frank «zur Weiterleitung an seinen illegalen Kreis» übergeben hatte. Das ist doch keine «Herstellung von Artikeln».

Als nächstes wirft das Gericht den Angeklagten vor, sie hätten «Ratschläge über den Schutz ihrer verhafteten Gesinnungsgenossen und über die Aufstellung von Geisellisten» erteilt. Erwiesen ist hierzu lediglich ein einziges Gespräch Wolfgang Heinzes mit Alfred Frank über dieses Problem; nichts weiter, insbesondere keine Anfertigung einer solchen Liste.

Weiter ist die Rede von der «Einziehung politischer Informationen und Teilnahme an politischen Aussprachen». Beides hat Wolfgang Heinze – in eben solcher Allgemeinheit – zugegeben. Aber damit war – selbst nach nazistischer sogenannter Rechtsprechung – weder der Tatbestand des Hochverrats noch der der Feindbegünstigung erfüllt, den das Gericht hierfür heranzieht.

Und wenn das Gericht erklärt, die Angeklagten – also auch Wolfgang Heinze – hätten «Werbung von Mitgliedern» betrieben, so ist dazu zu sagen, dass in dem Verfahren gegen Wolfgang Heinze nicht ein solcher Fall auch nur zur Sprache gekommen ist. Schliesslich gibt es auch keinen Beweis für eine «Weiterverbreitung von Flugblättern», die das Gericht Wolfgang Heinze ebenfalls zur Last legt. Ja, der Volksgerichtshof selbst trifft dort, wo er sich konkret mit dem befasst, was Wolfgang Heinze – nachgewiesenermassen! – getan hat, keine solche Feststellung.

Aber: Der Volksgerichtshof statuiert, dass Wolfgang Heinze – «gemeinschaftlich» mit Richard Lehmann und Charlotte Georgi – gegen die Ziffer 3 des Paragraphen 83, Absatz 3 des Strafgesetzbuches verstossen hat, wonach ein besonders schwerer und deshalb in aller Regel mit der Todesstrafe zu ahndender Fall der Vorbereitung zum Hochverrat vorliegt, «wenn die Tat auf Beeinflussung der Massen durch Herstellung oder Verbreitung von Schriften ... gerichtet war».

Die Methode wird sichtbar. Wo der festgestellte, sich aus dem Ergebnis der Hauptverhandlung ergebende Sachverhalt nicht dem entspricht,

Berlin, den 19. Oktober 1944.

Box 4

H.V.- Sachel

K a f f e

A n k l a g e s c h r i f t

gegen:

- Bl.3 1.) die Kontoristin Charlotte Mari- G e o r g i geborene
Arnold, geboren am 4. Dezember 1903 in Leipzig, zuletzt
ebendasselbst wohnhaft gewesen, verheiratet,
Bl.3 angeblich nicht bestraft,
Bl.2 vorläufig festgenommen am 3. August 1944 und seit-
Bl.93 dem in Haft, zuletzt in der Untersuchungsheftanstalt
in Leipzig,
- Bl.7 2.) die Kontoristin Anna Dora M i l l i t z e r geborene
Schammer, geboren am 10. August 1906 in Leipzig-Cosnewitz,
verheiratet, zuletzt in Leipzig wohnhaft gewesen,
Bl.7 angeblich nicht bestraft,
Bl.6 vorläufig festgenommen am 4. August 1944 und seit-
Bl.24 dem in Haft, zuletzt in der Untersuchungsheftanstalt
in Leipzig,
- Bl.24 3.) den Kochenmeister Eoul Albert O s h m e, geboren am
12. Februar 1907 in Leipzig, zuletzt ebendasselbst wohnhaft
gewesen, verheiratet,
Bl.24 angeblich nicht bestraft,
Bl.23 vorläufig festgenommen am 4. August 1944 und seit-
Bl.96 dem in Haft, zuletzt in der Untersuchungsheftanstalt
in Dresden,
- Bl.15 4.) den Fabrikdirektor Volfgang Herrmann Christian H e i n z
geboren am 25. Januar 1911 in Angermünde, verheiratet, zu-
letzt in Markleeberg wohnhaft gewesen,
Bl.15 angeblich nicht bestraft,
Bl.1 vorläufig festgenommen am 3. August 1944 und seit-
Bl.98 dem in Haft, zuletzt in der Untersuchungsheftanstalt
in Dresden,
- Bl.85-88 genehmigter anwaltlicher:
Rechtsanwalt Wolfgang Weiss in Berlin W 15, Meineke-
straße 20

Die hochverräterischen Betriebe der kommunistischen Funktionäre Engert und Schumann.

Die Entwicklung der Kriegslage im Jahre 1943, insbesondere die Kämpfe bei Stalingrad und die Italienkrise, gaben den kommunistischen Umsturzbestrebungen neuen Auftrieb. Ehemalige kommunistische Funktionäre fanden sich erneut zusammen und versuchten, ihre zunächst lose Verbindung untereinander und mit Gesinnungsgenossen durch organisatorische Maßnahmen zu verstärken, um wieder eine schlagkräftige KPD ins Leben zu rufen. Dieses Ziel sollten auch die Bildung illegaler Betriebszellen sowie die Herstellung und Verbreitung kommunistischer Flugblätter dienen. Dabei stützten sich die führenden kommunistischen Kreise vor allem auf die Propaganda des im feindlichen Ausland gebildeten "Nationalkomitees Freies Deutschland" (NKFD). In einzelnen ergeben sich Taktik und Arbeitsweise dieser Kommunisten in den Jahren 1943/44 aus den in der Strafsache 8 J 157/44g gegen Baefkow und Andere (Berliner Hauptgruppe) sowie in den damit zusammenhängenden Verfahren erwichenen Material, auf das Bezug genommen wird.

In Leipzig waren es vor allem der Milchverteiler Max Engert und der Werkzeugschlosser Georg Schumann, geschulte und bereits vor der Machtübernahme in wichtigen Funktionärstellen hervorgetretene Kommunisten, die seit 1943 bewußt und planmäßig auf die Wiederbelebung der illegalen KPD hinarbeiteten. Bei ihrer Propaganda stützten sie sich auf die Erzeugnisse der "Nationalkomitees Freies Deutschland". Engert hatte vor allem die Aufgabe, in Leipzig Anhänger zu gewinnen, während sich Schumann hauptsächlich damit befand, Verbindungen zu auswärtigen Gruppen herzustellen. Bei ihrer Tätigkeit bedienten sie sich insbesondere zweier Flugblätter, die sie mit Hilfe anderer Gesinnungsgenossen verfaßt und hergestellt hatten. Die eine der beiden Flugblätter ("Plattform" genannt) war in erster Linie klassenkämpferisch eingestellte Kreise bestimmt, während sich die andere Flugblätter ("Widerstand" genannt) entsprechend den Parolen des Nationalkomitees unter dem Anschein einer gewissen Neutralität an weitere dem Nationalsozialismus ablehnend gegenüberstehende Kreise zu wenden versuchte. Hinsichtlich ergeben sich aus der Anklageschrift 9 J 157/44g gegen die Vorgenannten.

Die Taten der Angeschuldigten:

1.) Charlotte G e o r g i, Albert O e h m e und Dora
M i l l i t z e r.

Bl. 52/3

Die Angeschuldigte. G e o r g i war bereits seit dem Jahre 1928 oder 1929 mit dem Kunstmaler Alfred Frank aus Leipzig bekannt. Frank war Anhänger der kommunistischen Lehre und hatte sich im Laufe des Jahres 1943 dem Engert zu illegaler Mitarbeit zur Verfügung gestellt. Ungefähr im April 1944 suchte die Angeschuldigte Georgi den Frank, dessen Linkseinstellung ihr bekannt war, auf. Frank erklärte im Laufe des Gesprächs, die Kriegslage sei für Deutschland sehr gefährlich, es seien aber Leute vorhanden, die die Sache in die Hand nehmen würden, wenn Deutschland den Krieg verlöre. Die Georgi war sich darüber klar, daß Frank damit ehemalige Kommunisten meinte, die auf einen Sturz der nationalsozialistischen Regierung hinarbeiteten. Frank fragte dann die Georgi, ob sie ehemalige Gesinnungsgenossen kenne, die zu illegaler Mitarbeit bereit seien. Die Angeschuldigte Georgi erwiderte, sie kenne niemanden, der dafür in Frage käme. Frank forderte sie daraufhin auf, nach geeigneten Leuten Umschau zu halten. Die Angeschuldigte Georgi ließ den Frank durch ihr Verhalten erkennen, daß sie bereit wäre, auf sein Ansinnen einzugehen. Schließlich übergab Frank der Georgi ein Stück der Schrift "Widerstand" und forderte sie auf, das Flugblatt durchzulesen und weiterzugeben. In ihrer Wohnung las die Georgi dann das Flugblatt, dabei fiel ihr besonders auf, daß darin die Arbeiterschaft zur Sabotage aufgefordert wurde.

Bl. 4/42,
24/25

Noch am Abend desselben Tages suchte die Georgi den Mitangeschuldigten O e h m e auf, mit dem sie gut bekannt und dessen politische Linkseinstellung ihr geläufig war. Sie gab dem Oehme das Flugblatt "Widerstand" zum Lesen und fragte ihn, wie er darüber denke. Oehme las das Flugblatt durch, gab es der Georgi zurück und sagte ihr, er wolle mit derartigen Dingen nichts zu tun haben. Der Angeschuldigte Oehme hatte erkannt, daß die Georgi mit illegal arbeitenden Kommunisten in Verbindung stand, unterließ es aber, von seinen Wahrnehmungen einer zuständigen Stelle Anzeige zu machen.

Bl. 42,
2/9

Am darauf folgenden Tage erhielt die Georgi den Besuch der Mitangeschuldigten M i l l i t z e r. Die Georgi übergab der Militzer das Flugblatt. Da diese nicht alles lesen konnte, berichtete sie ihr auch mündlich über den Inhalt der Flug-
Flugschrift

Flugschrift. Die Militzer gab dem das Flugblatt der Partei zurück und erklärte, sie wolle mit der Sache nichts zu tun haben. In der Folgezeit hat die Angeschuldigte Militzer, die die Frage ihrer Wahrnehmungen erkannt hatte, bei keiner zuständigen Stelle Anzeige erstattet.

2.) Wolfgang Heins und Hildegard Heins i. U. S. S. R.

Bl. 17/19R

a) Der Angeschuldigte Wolfgang Heins war zu der Überzeugung gekommen, daß der militärische und wirtschaftliche Zusammenbruch Deutschlands unvermeidlich sei. Er führte häufig politische Gespräche mit dem bereits genannten Kunstmaler Frank aus Leipzig, dessen politische Einstellung ihm bekannt war. Ungefähr im Spätsommer 1943 gab Frank dem Heins zu erkennen, daß er im kommunistischen Sinne illegal arbeite; er sprach dabei von "seinen Leuten" oder "seinen Freunden", mit denen er politisch zusammenarbeite. Der Angeklagte Heins war sich darüber klar, daß Frank im kommunistischen Sinne illegal tätig war. Frank übergab dem Heins gelegentlich eine politische Aussprache ein Stück der "Flattform". Heins las das Flugblatt durch und wurde bei dieser Gelegenheit von Frank auf die Ziele des WKFD hingewiesen. Heins seinerseits vertrat gegenüber Frank die Auffassung, daß man im Fall eines Zusammenbruches an den Schutz politischer Gefangener und an die Aufstellung von Geisellisten denken müsse. Einige Zeit später übergab Frank dem Angeschuldigten Heins ein Stück des Flugblattes "Widerstand". Nach einer Aussprache über die Lohnfrage bat Frank den Heins, seine Gedankengänge kurz zu skizzieren und ihm die Niederschrift zur Weiterleitung "an seine Freunde" zu übergeben. Heins leistete der Aufforderung Folge, fertigte eine kurze Ausarbeitung über die angebliche Benachteiligung der Arbeiter durch nationalsozialistische Massnahmen (Lohnstopp) und übergab sie dem Frank zur Weiterleitung an seine illegalen Mitarbeiter.

Bl. 19R,
32/32R

In den Koellmann-Werken war der ^{im} Verfahren 9 J 21c/44 wegen Vorbereitung zum Hochverrat angeklagte kaufmännische Angestellte Fritz Loeber beschäftigt. Heins, der die politische Einstellung des Loeber kannte, rief diesen ungefähr im Juni 1944 zu sich, eröffnete ihm, daß er zu seinen Gesinnungsgenossen gehöre, und beauftragte ihn, über die Stimmung der Gefolgschaft der Koellmann-Werke Erkundungen einzuziehen. Loeber sagte zu und erklärte, er habe ein paar Leute im Betrieb an der Hand, die ihm Mitteilungen zutragen könnten. Heins beabsichtigte, die von Loeber einzuziehenden Nachrichten dem :

dem Frank mitzuteilen.

Bl. 18, 19
21, 28

Der Angeschuldigte Heinse hörte in seiner Wohnung wiederholt mit den Eheleuten Frank und seiner Ehefrau, der Mitangeschuligten Hildegard Heinse, deutschsprachige Nachrichten sendungen des Senders London ab. Auch mit dem Mitangeschuligten Schülmerich hörte er Anfang 1944 einen Feindsender ab. Er bediente bei diesen Gelegenheiten das Empfangsgerät jeweils selbst.

Bl. 20R/22

b) Die Angeschuldigte Hildegard Heinse war ebenfalls mit Frank bekannt geworden. Sie wohnte wiederholt den Aussprachen ihres Ehemannes mit Frank bei. Insbesondere war sie bei jener Aussprache zugegen, bei der Frank dem Wolfgang Heinse ein Exemplar der "Plattform" übergab, ihn über das N.F.D. aufklärte und sich mit ihm über politische Gefangene und Geisallisten unterhielt. Die Angeschuldigte Heinse zog aus dem Verhalten des Frank den Schluß, daß dieser mit Leuten in Verbindung stand, die gegen das Reich arbeiteten. Obwohl sie sich der Tragweite ihrer Wahrnehmungen bewußt war, unterließ sie es, einer zuständigen Stelle Mitteilungen zu machen.

Bl. 18, 21

Die Angeschuldigte Heinse nahm auch im Lauf des Jahres 1944 mindestens zweimal mit ihrem Ehemann und den Eheleuten Frank an Abhören von Feindsendern teil.

3. JOSEF SCHÜLMERICH:

Bl. 28/29R

Der Angeschuldigte Schülmerich war vor mehreren Jahren mit Wolfgang Heinse bekannt geworden und hatte sich im Lauf der Zeit mit ihm angefreundet. Die politische Einstellung des Heinse hatte er als "ungewöhnlich" erkannt. Vom Spätsommer 1943 an unterhielt sich Heinse wiederholt mit dem Angeschuligten Schülmerich über seine politischen Ansprachen mit Frank. Dabei berichtete er dem Schülmerich, er habe ein staatsfeindliches Flugblatt gelesen; auch sprach er dem Schülmerich gegenüber von "Nationalkomitee Freies Deutschland". Im Frühjahr 1944 hörte Schülmerich in der Wohnung des Heinse gemeinsam mit diesem eine deutschsprachige Sendung des Senders London ab.

Schülmerich erkannte die Tragweite seiner Wahrnehmung, unterließ es aber aus Freundschaft für Heinse, eine Anzeige zu erstatten. Da Schülmerich innerlich den staatsfeindlichen Bestrebungen, die ihm bekannt geworden waren, mindestens in einem gewissen Grade wohlwollend gegenüberstand, geht aus folgendem Vorfall hervor: Schülmerich war mit der Ärztin

Dr. Blank

was das Gesetz, das zur Anwendung gebracht werden soll, verlangt, wird er in der Urteilsbegründung so verdreht, dass er den Anforderungen des Gesetzes zu genügen scheint.

Wieder anders ging der Volksgerichtshof vor, als es darum ging, das «gemeinsame» Handeln der Angeklagten Wolfgang Heinze, Richard Lehmann und Charlotte Georgi in die Urteilsbegründung hineinzubringen. Hier wird nicht einmal mehr der Versuch einer Begründung unternommen. Hier wird behauptet. Ohne ein einziges Wort der Begründung für ein angeblich gemeinsames Handeln heisst es an der entscheidenden Stelle des Urteils – da nämlich, wo es um die Subsumierung der angeblich begangenen Taten unter ein bestimmtes Strafgesetz geht: «Damit haben sich die Angeklagten der gemeinschaftlichen Vorbereitung zum Hochverrat und der Feindbegünstigung (hier weiss man nicht, ob das «gemeinschaftlich» sich auch darauf beziehen soll – *W.W.*) schuldig gemacht.»

Warum dieser juristische Dreh? Man brauchte ihn, um zu dem schwersten der beim Hochverrat vorgesehenen Straftatbestände zu gelangen, nämlich dem Paragraphen 83, Absatz 3, Ziffer 1, wonach als erste – und damit als die fast stets zur Anwendung gelangende – Strafe die Todesstrafe angedroht war, «wenn die Tat darauf gerichtet war, zur Vorbereitung des Hochverrates einen organisatorischen Zusammenhalt herzustellen oder aufrechtzuerhalten».

Und wie war das mit der «Feindbegünstigung»? Was das war, verriet der von den Nazis in das alte Strafgesetzbuch eingeschobene Paragraph 91b: «Wer im Inland es unternimmt, während eines Krieges gegen das Reich der feindlichen Macht Vorschub zu leisten oder der Kriegsmacht des Reiches Nachteil zuzufügen, wird mit dem Tode oder mit lebenslangem Zuchthaus bestraft.»

Erneut die Frage: Welche der oben aufgeführten Handlungen, deren Begehung sogar einmal unterstellt werden soll, fiel unter diese Strafdrohung? Offensichtlich keine, denn um Handlungen geht es, um konkretes Tun, nur das ist Gegenstand strafgesetzlicher Regelungen, besonders solcher, die die Todesstrafe androhen.

Doch die Herren des Volksgerichtshofes belasten solche Skrupel nicht. Sie finden eine «Begründung»: «Durch ihre illegale Tätigkeit haben die Angeklagten, wie sie nicht bestreiten, den militärischen Zusammenbruch des Reiches und im Zusammenhang damit den Sturz des nationalsozialistischen Regimes herbeiführen und in Deutschland eine Räterepublik nach sowjetischem Muster errichten wollen.»

Welche «illegale Tätigkeit» sie damit meinten, sagten sie nicht. Aber es gelingt ihnen, mit einem neuen juristischen Dreh das «Schreckgespenst» der Errichtung «einer Räterepublik nach sowjetischem Muster» in die Urteilsbegründung einzuführen, von der bis dahin in dem ganzen Urteil nicht mit einem Wort die Rede gewesen war. Zu Beginn des Urteils wurde vielmehr recht zurückhaltend von den Forderungen nach «einer Regierung des werktätigen Volkes» oder «nach Bildung einer Volksfrontregierung» gesprochen. Dabei wurden allerdings nachprüfbare Aufrufe der Leipziger Widerstandsorganisation und des Nationalkomitees Freies Deutschland zitiert. Doch diese waren den Herren vom Volksgerichtshof sicher nicht glaubwürdig genug. Da griffen sie in ihre Verleumdungskiste.

Dass ein Urteil, das auf solche Weise zustande gekommen ist, nichts mehr mit dem zu tun hat, was unter dem Namen «Rechtsprechung» verstanden zu werden pflegt, ist offenkundig. Doch darum, «Recht» zu sprechen, ging es den sogenannten Richtern beim Volksgerichtshof auch gar nicht. Es ging ihnen vielmehr darum, den Auftrag, den sie von Herrn Himmler oder gar von Herrn Hitler selbst erhalten hatten, zur Zufriedenheit des Auftraggebers auszuführen.

Man möge mir, der ich nun einmal Jurist bin und mich als Verteidiger meines Freundes Wolfgang Heinze vor vierzig Jahren mit diesen Problemen herumgeschlagen und mir damit die Rügen des Herrn Cr. Crohne eingehandelt habe, diese scheinbar nur das Juristische betreffenden Ausführungen nicht verübeln. Es geht nämlich nicht um «Juristisches» in dem Sinn, wie es meist verstanden wird. Es geht um härteste Klassenauseinandersetzung. Es geht um den schon einmal zitierten Satz von Marx und Engels, dass das Recht nichts ist als der zum Gesetz erhobene Wille der herrschenden Klasse. Es geht um den Nachweis, dass diejenigen, die sich Richter des Volksgerichtshofes nannten, nichts anderes waren als Mordgehilfen der Henker, die ausführten, was sie vorbereitet hatten. Sie unterschieden sich im Grunde durch nichts voneinander. Gemeinsam begingen sie ungezählte Morde, die bis heute ungesühnt blieben.

Was in den Köllmann-Werken wirklich geschah

Das meiste von dem, was bisher zu dem Urteil und seiner Begründung dargelegt wurde, bezog sich auf die Beziehungen Wolfgang Heinzes zu Alfred Frank und seinem Kreis. Noch ist nichts zu dem gesagt, was in dem Urteil zu dem Verhalten Wolfgang Heinzes in den Köllmann-Werken zu lesen ist, zu dem also, was das Wesentliche in seiner Widerstandstätigkeit und für ihn das Wichtigste war, was im Grunde aber auch den absoluten Schwerpunkt dessen bildete, was ihm im gesamten Verfahren, beginnend mit den Vernehmungen durch die Gestapo, weitergeführt in der Anklageschrift des Oberreichsanwalts und bestätigt durch das Urteil des Volksgerichtshofs, zum Vorwurf gemacht wurde.

Doch wie schlug sich das in dem Urteil nieder? Nicht einmal ein Drittel dessen, was in dem Urteil über Wolfgang Heinze gesagt wird, bezieht sich auf sein Verhalten und auf sein Tun in den Köllmann-Werken. Man hatte ihm eben zu diesem wichtigsten Punkt des gesamten Prozesses nur sehr wenig nachweisen können. Denn ausser den eigenen Aussagen Wolfgang Heinzes gab es dazu nur die Aussage Fritz Loebers, der nach den Ermittlungsergebnissen der Gestapo – und damit nach den Vorstellungen des Oberreichsanwalts und des Volksgerichtshofs – der einzige war, mit dem Wolfgang Heinze in den Köllmann-Werken illegale Verbindungen gehabt hatte. Doch Fritz Loeber war am Tage vorher von demselben Senat des Volksgerichtshofs zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt worden, und zwar unter anderem auch wegen seiner Verbindung zu Wolfgang Heinze. Ihn danach noch einmal als Zeuge zu derselben Sache zu vernehmen, hielt Herr Dr. Crohne als Vorsitzender des Senats, wie schon erwähnt, für unnötigen Aufwand. Deshalb war Fritz Loeber nicht geladen worden und konnte nicht als Zeuge befragt werden. Doch auch wenn er geladen worden wäre, hätte sich kaum etwas geändert. Denn seine Aussage stimmte nicht nur inhaltlich, sondern teilweise sogar wörtlich mit der Aussage überein, die Wolfgang Heinze zu diesem Punkt im Ermittlungsverfahren gemacht hatte. Die beiden hatten sich offenbar genau darüber verständigt, was sie gegebenenfalls aussagen und zugeben würden.

Wolfgang Heinze hatte, über seine Verbindung zu Fritz Loeber befragt, Folgendes erklärt:

«Dieser war bis zu seiner im Juli 1944 erfolgten Festnahme als kaufmännischer Angestellter bei der Firma Köllmann tätig. Mir war bekannt, dass er links eingestellt war. Auf Grund meiner politischen Diskussionen mit Frank liess ich deshalb Loeber vor mehreren Wochen in mein Büro kommen und erklärte ihm zunächst, dass mir seine politische Einstellung bekannt sei, er könne Vertrauen zu mir haben. Ich liess durchblicken, dass er mich zu seinem Gesinnungsfreund zählen könne. In diesem Zusammenhang bat ich ihn, mir einmal über die Stimmung unserer Gefolgschaft Informationsmaterial zu beschaffen. Ich hatte die Absicht, mich dann hierüber mit Frank zu unterhalten. Loeber erklärte sich hierzu bereit und sagte, dass er ein paar Leute im Betrieb an der Hand hätte und mich unterrichten würde, wenn etwas Besonderes zu berichten wäre. Eine weitere Unterhaltung in diesem Sinne habe ich nicht mit ihm geführt.»

Diese Aussage bestätigte Krischan in der Hauptverhandlung. Und da in dem am Tag zuvor abgeschlossenen Prozess ebenfalls nichts mehr festgestellt worden war, musste sich der Volksgerichtshof damit zufriedengeben.

Vielleicht war es der Ärger des Vorsitzenden des Senats, des Herrn Dr. Crohne, über das magere Beweisergebnis gerade zu diesem Punkt der Anklage, der ihn in jenes Gebrüll ausbrechen liess, von dem schon mehrfach in Berichten über die Leipziger Widerstandsorganisation und insbesondere über die Strafverfahren zu lesen war. Doch es darf auch hier nicht fehlen, weil es offenlegt, wie wenig die Gestapo herausbekommen hatte und wie sehr die hohe Naziclique sich bereits durch das Wenige gefährdet sah.

So hörte sich nach den Erinnerungen des Mitangeklagten Kurt Kühn an, was Dr. Crohne damals in den Saal schrie:

«Dieser Mensch, ein Jurist(!), liess als Direktor einer Fabrik, eines Rüstungsbetriebes, Arbeiter in sein Büro kommen, anrühige Elemente, die aus dem Zuchthaus kamen, und bot sich ihnen als Kampfgefährte an.(!) ,Ich bin euer Mann, ich bekenne mich zu eurer illegalen Bewegung.(!) Ich kenne eure politische Plattform(!), schürt die Unzufriedenheit gegen Hitler! Wir müssen Widerstand leisten, soweit das nur irgend möglich ist! Ist das zu glauben für den Direktor einer Fabrik? Sie sind ein ganz

grosser Lump. Sie haben mit Kommunisten gemeinsame Sache gemacht. Sie haben nichts anderes als den Tod verdient!»

Das war die Sprache des Vizepräsidenten des höchsten Nazigerichts. Und als der Verteidiger sich erlaubte, sich gegen diese Art der Verunglimpfung eines Menschen zu wenden, bekam er zu hören, was er sich damit erlaubt hatte. Charlotte Georgi schilderte das später so:

«... Aber W. Heinze stand im Mittelpunkt der Anklage gegen die Angeklagten des Prozesses Charlotte Georgi und Genossen. Gegen ihn wühten Staatsanwalt, Richter und Beisitzer ganz besonders. Seine aufrechte Haltung, seine Ruhe und seine Aussagen, die klar und ohne Furcht gegeben wurden, reizten sie bis aufs Blut. Ganz verwerflich fanden sie aber, dass sich ein gutbürgerlicher Intelligenzler mit den Kommunisten in eine Reihe gegen das herrschende Regime gestellt hatte.

Das Plädoyer seines Verteidigers Dr. Weiss war ebenso klar und von menschlicher Wärme getragen. Das reizte die Richter noch mehr, und sie unterbrachen die Verteidigungsrede des Öfteren, ja, sie kanzelten Dr. Weiss selbst wie einen Schuljungen ab. Ich hatte den Eindruck, dass die Richter ihn am liebsten mit auf die Anklagebank gesetzt hätten.»

Aber sachlich mehr herauszubekommen, war Herrn Dr. Crohne trotz aller Brüllerei nicht gelungen. Und auch in der schriftlichen Urteilsbegründung steht nicht mehr. Fast Wort für Wort findet man dort wieder, was nach den Vernehmungen von der Gestapo formuliert worden war, nämlich:

«Im Juni 1944 trat Frank an Heinze offenbar im Auftrage Engerts mit der Bitte heran, ihm für die Zwecke der Organisation Informationen über die Stimmung unter der Arbeiterschaft seines Betriebes zu verschaffen. Heinze wandte sich daraufhin an den in den Köllmann-Werken tätigen kaufmännischen Angestellten Fritz Loeber, dessen kommunistische Einstellung ihm bekannt war, offenbarte sich ihm als Gesinnungsgenosse und ersuchte ihn, die Stimmung unter der Gefolgschaft festzustellen und insbesondere die politische Einstellung der einzelnen Gefolgschaftsmitglieder auszukundschaften, was Loeber ihm auch zusagte. Dazu kam es nur wegen der Festnahme Loebers und auch der Festnahme Heinzes nicht. Heinze wollte diese Informationen eingeständlich dem Frank für kommunistische Zwecke zur Verfügung stellen.»

Und nahezu wörtlich das gleiche steht in dem am Vortag ergangenen

Urteil in dem Verfahren gegen Hoffmann und andere, in dem Fritz Loeber zu den Angeklagten gehörte.

Nur das eine Gespräch hat Wolfgang Heinze danach also mit Fritz Loeber geführt, und zwar erst im Juni 1944, und dies war praktisch ergebnislos geblieben, weil beide verhaftet wurden, bevor Loeber auch nur einen einzigen Bericht, wie ihn Wolfgang Heinze über die Stimmung im Betrieb haben wollte, erstatten konnte.

Das, und nur das, war für den Volksgerichtshof erwiesen. Mehr wurde deshalb in dem Abschnitt der Urteilsbegründung, der die Überschrift trägt «Die Straftaten der Angeklagten und ihre Würdigung», hierzu auch nicht gesagt.

Doch es gibt in den Urteilsgründen noch einen weiteren Abschnitt, in dem die Strafen, die gegen die einzelnen Angeklagten ausgesprochen wurden, «begründet» wurden. Dort, wo es einzig und allein darum gehen durfte, aus dem in der Hauptverhandlung festgestellten Sachverhalt die rechtlichen Schlussfolgerungen zu ziehen, also darzulegen, welche Strafgesetze verletzt und welche Strafen auszusprechen sind, liest sich das so:

«Heinze und Richard Lehmann haben darüber hinaus (das heisst ausser Vorbereitung zum Hochverrat und Feindbegünstigung, worauf noch einzugehen ist – AK) auch Wehrkraftzersetzung (§5 KSSVO) begangen. Heinze hat im Auftrage Engerts die Stimmung unter der Belegschaft seines Betriebes und die politische Einstellung der einzelnen Gefolgschaftsmitglieder auskundschaften lassen. Er wollte diese Informationen eingeständlich dem Engert für kommunistische Zwecke zur Verfügung stellen. Die Absicht des Angeklagten ging also dahin, Engert die Möglichkeit zu bieten, die Arbeiterschaft dieses Betriebs kommunistisch zu zersetzen.»

Hiervon war doch in dem Urteil – ich habe es gerade zitiert – schon einmal gesprochen worden. Aber etwas anders. Und die Unterschiede sind sehr wesentlich.

Das erste Mal heisst es: «Im Juni 1944 trat Frank an Heinze ... mit der Bitte heran, ihm ... Informationen ... zu verschaffen ... Heinze wollte diese Informationen eingeständlich dem Frank für kommunistische Zwecke zur Verfügung stellen.» Beim zweiten Mal hingegen, als es um die Schlussfolgerungen – hier um die Verhängung der Todesstrafe – geht, wird etwas geändert. Jetzt wird formuliert: «Heinze hat (dass es erst im Juni 1944 war, wird «übersehen» – AK AK) im Auftrage Engerts die Stimmung ... auskundschaften lassen. Er wollte diese Informationen

eingeständlich dem Engert für kommunistische Zwecke zur Verfügung stellen ...»

Ging es hier wirklich nur um den Austausch der Namen Frank und Engert? Natürlich nicht. Es ging um viel mehr. Denn Engert gehörte, es wurde schon erwähnt, zu dem «Dreierkopf» der Widerstandsorganisation, was ihm auch vom Volksgerichtshof bestätigt wurde, in dessen Urteil es heisst, dass die «hier zur Aburteilung stehenden Angeklagten Schumann, Engert und Kresse ... als Spitzenfunktionäre seit Anfang 1943 in Leipzig auf eine Wiederbelebung der KPD hingearbeitet» haben, wobei Engert, wie der Volksgerichtshof an anderer Stelle erklärte, «vor allem die Aufgabe (hatte), in Leipzig Anhänger zu gewinnen».

Legte man also Wolfgang Heinze – gerade in dem Zusammenhang, um den es hier ging – eine direkte Verbindung zu Otto Engert zur Last, so wog das viel schwerer als seine Verbindung zu Alfred Frank, die von niemandem, der zu dem Kreis um Alfred Frank gehört hatte, bestritten worden war.

Aber Wolfgang Heinze war niemals mit Otto Engert zusammengetroffen; auch nicht mit Georg Schumann oder Kurt Kresse. Er kannte nicht einmal deren Namen, auch nicht aus früheren Jahren, was nicht verwunderlich war, da er ja erst 1936 nach Leipzig gekommen war und in dem Kreis, in den er dann kam – eben die Gruppe um Alfred Frank – bereits die eisernen Gesetze der illegalen Arbeit herrschten. Als man ihm einmal vorschlug, ihn mit der Leitung bekannt zu machen, hat er das unter Berufung auf ebendiese Gesetze abgelehnt.

Doch der Volksgerichtshof brauchte eine Verbindung zu solch einem Mann wie Engert, um für die Beschuldigungen, die er gegen Wolfgang Heinze erhob, wenigstens den Anschein einer Begründung zu haben. Dass er dabei zu solch primitiven Mitteln wie der Verfälschung des in der Hauptverhandlung von ihm selbst festgestellten und an anderer Stelle seines eigenen Urteils formulierten Sachverhalts griff, nimmt nach dem, was hier schon dargestellt wurde, nicht wunder.

Auf die Spitze getrieben wird die Methode, dem Angeklagten etwas zur Last zu legen, wofür es auch nicht die Spur eines Beweises gab, als das Todesurteil begründet werden soll. Denn hier heisst es: «Die Strafe dieser beiden Angeklagten (nämlich Wolfgang Heinzes und Richard «Lehmans – W.W.) konnte ... nur die Todesstrafe sein. Von einem minder schweren Fall kann hier überhaupt nicht die Rede sein. Heinze hat als

Direktor eines der grössten Leipziger Rüstungsbetriebes, für dessen Leistungsfähigkeit er dem deutschen Volke mitverantwortlich ist, die Hand zu einer kommunistischen Zersetzung der mehrere hundert Mann betragenden Gefolgschaft dieses Werkes geboten, wodurch dem Reiche bei einem Gelingen seines Planes ein nicht wiedergutzumachender Schaden erwachsen musste. Auf die gleiche Art begann auch der Zusammenbruch im Jahre 1918. Eine Wiederholung dieser Ereignisse zu verhüten ist Aufgabe des Volksgerichtshofes.»

Der Sache nach war Wolfgang Heinze damit – von seinem Standpunkt aus – ein grosses Lob ausgesprochen worden. Denn von dem historisch törichten Hinweis auf die Ereignisse des Jahres 1918 abgesehen, hat Wolfgang Heinze einiges in seiner Widerstandsarbeit geleistet, was «dem Reiche ... einen nicht wiedergutzumachenden Schaden» zugefügt hat, wobei der Schaden noch grösser und irreparabler gewesen wäre, wenn seiner Tätigkeit nicht durch den Verrat eines Spitzels ein Ende gesetzt worden wäre.

Doch gerade das kam in dem gesamten Strafverfahren nicht zur Sprache. Und das hatte seinen Grund darin, dass in dieser Zeit – es war schon Juli/August 1944, die zweite Front war eröffnet, der nationale Aufstand des französischen Volkes hatte begonnen und, was das Wesentlichste war, die Rote Armee war bis an die Grenze Ostpreussens vorgedrungen – solche Strafverfahren in grösster Eile durchgepeitscht werden sollten. Deshalb unterzogen sich weder die Gestapo noch die Oberreichsanwaltschaft, noch der Volksgerichtshof der Mühe, den Dingen wirklich auf den Grund zu gehen. Ihnen genügte es, wenn sie Tatbestände konstruieren konnten, die nach ihren Massstäben ausreichten, um den Befehlen, die sie von oben bekommen hatten, nachzukommen und die Urteile vorzubereiten und zu fällen, die von ihnen verlangt wurden.

Doch hier soll den Dingen auf den Grund gegangen werden.

Welch umfangreiches und wichtiges Arbeitsgebiet Wolfgang Heinze in den Köllmann-Werken gehabt hat, kann kaum deutlicher formuliert werden, als es in dem schon zitierten Schreiben des Generaldirektors Gustav Köllmann vom 19. Mai 1944 an den Leiter des Arbeitsamtes, Reichstreuhand, Leipzig geschehen ist. Dies kannte ich in der Hauptverhandlung. Doch den wirklichen Umfang seiner illegalen Arbeit in dem Betrieb kannte ich damals noch nicht und hätte deshalb eine Antwort auf die Frage, die sich durch das ganze Verfahren hinzog und trotz-

dem ungeklärt blieb, die Frage nämlich, wie er es geschafft hatte, alle seine Aufgaben zur Zufriedenheit der Betriebsleitung zu lösen und trotzdem das zu tun, was er politisch für notwendig hielt, nicht geben können.

Mit Krischan selbst habe ich über diese Frage nie gesprochen. Er hat sie nicht angeschnitten, und ich habe sie – unseren Abreden gemäss – nicht gestellt.

Eine erste Erklärung erschloss sich mir, als ich viele Jahre nach 1945 las, was Mitarbeiter der Köllmann-Werke, die während der Nazizeit dort tätig gewesen waren und politisch auf der richtigen Seite gestanden hatten, die aber – zumindest in den ersten Jahren nach seiner Einstellung – keine Ahnung davon gehabt hatten, dass Wolfgang Heinze zu ihnen gehörte, darüber berichteten, wie er im Betrieb aufgetreten war.

Einige der Berichte sind der FDJ-Grundorganisation des VEB Fahrzeugtriebwerkes «Joliot Curie» – diesen Ehrennamen tragen die ehemaligen Köllmann-Werke jetzt – zu danken, die inzwischen den Namen «Wolfgang Heinze» verliehen bekommen und im Kampf um diesen Namen eine Reihe solcher Mitarbeiter befragt hat.

Einer der Befragten, der Genosse Fritz Beier, der nach 1945 Vorsitzender des Bezirksvorstandes des FDGB in Leipzig wurde, hat auf die erste an ihn gerichtete Frage, die lautete: «Wie beurteilst du Wolfgang Heinze, bevor persönlicher Kontakt bestand?», die folgende sehr aufschlussreiche Antwort gegeben: «Wolfgang Heinze als Direktor der damaligen Köllmann-Werke erschien der Belegschaft als ein Mann, der seine ganze Kraft dafür einsetzte, um hohe Profite durch eine verstärkte Ausbeutung der Belegschaft für die Köllmann-AG zu erwirtschaften.»

Ähnlich ist die Äusserung Jaeneckes, der von 1933 bis 1945 in den damaligen Köllmann-Werken gearbeitet hat und Wolfgang Heinze aus dieser Zeit kannte. Seine erste Einschätzung lautete: «Er erschien mir als ein verschlossener, unnahbarer Mensch ... Er war ... bedacht, als der Syndikus, als rechte Hand des Betriebsführers, als dessen Vertreter im Unternehmerverband zu erscheinen.»

Und in dem Bericht Fritz Loebers darüber, dass nach Ausbruch des zweiten Weltkrieges der Betrieb umgestellt werden musste, um den erhöhten Anforderungen an seine Rüstungsproduktion gerecht werden zu können, und dass auch die Leitung dieser Umorganisation Wolfgang Heinze übertragen wurde, heisst es: «Die betriebliche Umstellung führte

er mit eiserner Konsequenz durch. Die gewohnte Gleichgültigkeit und Schlamperei verschaffte ihm natürlich viele Feinde.»

Über Fritz Loeber ist noch einiges zu sagen. Der Volksgerichtshof, in dessen Urteil vom 23. November 1944 in Kürze das zusammengefasst ist, was seine Vernehmung bei der Gestapo ergeben hatte, sah ihn so:

«Loeber war zuletzt Büro angestellter der Firma Köllmann in Leipzig, eines Rüstungsbetriebes. Er hat am ersten Weltkrieg teilgenommen und besitzt das E. K. II. Klasse sowie das Frontkämpferkreuz. Er hat zunächst der USPD und dann der KPD angehört. Von 1924 bis 1926 war er hauptberuflich Gewerkschaftssekretär in Hanau. Im Jahr 1927 war er kurze Zeit Mitglied der Bezirksleitung Leipzig ... Loeber hatte sich nach der Machtergreifung politisch nicht umgestellt. Als ihm im Dezember 1943 Engert durch den Angeklagten Rebber einen Gruss bestellen liess, ging er sogleich zu Engert und stellte sich diesem nach einer eingehenden Aussprache zur Verfügung ...»

War es sehr wahrscheinlich, dass ein Mensch mit dieser politischen Vergangenheit, ein Arbeiter, der sich «nach der Machtergreifung politisch nicht umgestellt» hatte, bis zum Dezember 1943 nichts gegen das Hitlerregime getan, sich dann aber, gewissermassen auf einen Wink Engerts, diesem sofort «zur Verfügung gestellt» hat? Dem Volksgerichtshof genügte es. Aber was hatte sich zwischen ihm und Wolfgang Heinze wirklich abgespielt?

Von Fritz Loeber gibt es darüber Erinnerungsberichte, aus denen zu ersehen ist, dass die Gestapo auch hier nur wenig erfahren hat. Zunächst ergibt sich daraus, dass die konspirative Arbeit zwischen ihm und Wolfgang Heinze keineswegs erst im Juni 1944 begonnen hat. Er schreibt dazu: «Kurz nach dem Überfall auf die Sowjetunion hatte ich zum ersten Mal unter vier Augen eine Aussprache mit Wolfgang Heinze. Er erklärte mir, dass er auch Antifaschist sei und mich schon längere Zeit beobachte; es sei notwendig, dass eine Zusammenarbeit mit ihm zustande käme, zumal ich doch Einblick in die Tätigkeit des Abwehrbeauftragten und den ... Geheimverkehr mit der Gestapo und Militärdienststellen habe. Wichtig sei für ihn auch eine Information über die in den einzelnen Abteilungen des Betriebes beschäftigten Genossen und Arbeiter ...»

Das war natürlich ganz etwas anderes als das, was die Gestapo – weil Brüderlein es so von Loeber erfahren und so an diese weitergegeben hatte – «ermittelt» hatte und was damit über die Hauptverhandlung

zum Bestandteil des Urteils wurde. Hier schon wird sichtbar, wie sich Wolfgang Heinze Einstieg in die Widerstandsarbeit in den Köllmann-Werken vollzog.

Doch das Zusammenfinden brauchte seine Zeit. Zunächst war es erforderlich, dass Wolfgang Heinze sich – auch und gerade den Arbeitern gegenüber – so verhielt, dass er ihnen als enger Mitarbeiter des Generaldirektors glaubhaft erschien. Denn er konnte ja nicht wissen, ob nicht irgendwo jemand sass, dessen Aufgabe darin bestand, der Betriebsleitung oder der Gestapo alles zu melden, was irgendwie seltsam und ungewohnt erschien, Langsam nur konnte er sich daranmachen, sich einen Überblick darüber zu verschaffen, wie es in der Belegschaft politisch aussah. Und erst nachdem ihm das gelungen war, durfte er es wagen, sich auf die denkbar vorsichtigste Weise diesem oder jenem gegenüber zu dem zu bekennen, worum es ihm ging. Bis dahin musste er durch bestimmte Massnahmen, die er kraft seiner Stellung durchsetzte, und durch gewisse Entscheidungen, die er traf, durchschimmern lassen, dass dahinter mehr stand als das blosse «ja» oder «nein» dessen, der es aussprach.

Auf diese Weise ist Wolfgang Heinze in den Köllmann-Werken mit aller Vorsicht, aber auch mit aller Konsequenz Schritt für Schritt vorgegangen und vorangekommen. Das lässt sich an einigen Beispielen nachweisen, an Beispielen wohlgemerkt, bei denen es um recht wichtige Dinge ging, die aber dem Spitzel Brüderlein nicht zu Ohren gekommen waren, von denen deshalb die Gestapo nichts erfuhr und die daher auch nicht Gegenstand des Strafverfahrens vor dem Volksgerichtshof werden konnten. Denn – immer wieder muss es betont werden – was Brüderlein nicht «erkundet» hatte, ermittelte auch die Gestapo nicht, weil keiner der Vernehmenen, mit welchen Mitteln die Vernehmenden auch arbeiteten, mehr aussagte, als die Gestapo, wie aus ihren Fragen zu entnehmen war, schon wusste. Auch Wolfgang Heinze nicht.

Womit also begann er in den Köllmann-Werken? Fritz Loeber schreibt darüber in einem seiner Erlebnisberichte. Das erste, was den Arbeitern und Angestellten auffiel, waren Massnahmen, die wir heute Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen nennen würden. Seiner Anregung war es zu verdanken, dass «neue einwandfreie Toiletten und entsprechende Waschräume» gebaut wurden, insbesondere auch ein «Bad für die Härterei». Das fiel jedem auf und wurde von all denen begrüsst, die den Nutzen davon hatten – unabhängig davon, wie sie politisch dachten.

Es hatte auch noch keinen politischen Anstrich. Es zeugte nur davon, dass da ein Mann am Werke war, der an das an sich Selbstverständliche – und vielleicht gerade deshalb sooft unbeachtet Bleibende – dachte. Mit solch einem Personalchef konnte man schon zufrieden sein.

Gerade als Personalchef hatte er vielfältige Möglichkeiten der Einwirkung auf die Zusammensetzung der Belegschaft, zumal er als solcher sehr bald erwirkte, dass ein Gefolgschaftsbüro – das also, was bis dahin Personalbüro und danach Kaderabteilung genannt wurde oder wird – eingerichtet wurde. Dadurch erhielt er einen genauen Überblick über die gesamte «Gefolgschaft» und konnte das entscheidende Wort bei Einstellungen und Entlassungen sprechen. Er liess dort ein Karteisystem einrichten, das es, wie der spätere leitende Mitarbeiter der Abteilung Franz Lüttich berichtete, dem Büro ermöglichte, «jederzeit zutreffende Angaben» über alle Werksangehörigen zu machen. Damit war nach den Worten von Franz Lüttich «nach kurzer Zeit ... ein Instrument geschaffen, das wirksam auf die Zusammensetzung der Werksangehörigen Einfluss nehmen konnte».

Dieses Instrument wurde sehr bewusst und mit viel Erfolg genutzt. Dabei war es eine grosse Hilfe für Wolfgang Heinze, dass er in den Funktionen, die für eine gezielte Personalpolitik von Bedeutung waren, zuverlässige Mitarbeiter hatte.

Das war einmal Fritz Loeber, der trotz seiner Vergangenheit bereits 1938 in das «Mob-Büro» versetzt wurde und als solcher die Aufgabe erhielt, eine Kartei über die fachliche Verwendungsfähigkeit und über die militärische Dienstfähigkeit aller Gefolgschaftsmitglieder einzurichten.

Nach dem schon erwähnten «Werkheft» der Köllmann-Werke waren diesem Mob-Büro von jedem «Gefolgschaftsmitglied» zu melden: «Wohnungswechsel, Stammrolleneintragung, Musterung, Nachmusterung, Einberufung und Spionage-Sabotage-Verdacht».

Ein weiterer Mitarbeiter auf dem Gebiet der Personalpolitik war der schon erwähnte Abwehrbeauftragte Beauftragte, seltsamerweise ebenfalls kein PG, sondern im Gegenteil ein Nazigegner.

Was unter personell so günstigen Bedingungen zu erreichen war, zeigt ein Bericht Fritz Loebers über die Einrichtung eines sogenannten geheimen Werkschutzes. Ein Gestapobeamter, der den Abwehrbeauftragten Beauftragten sprechen wollte, wurde, da dieser nicht im Betrieb war, zu dem Mob-Beauftragten Loeber geschickt.

Nachdem Loeber ihm, der sehr geheimnisvoll tat, erklärt hatte, dass Beaumont krank, er als Mob-Beauftragter aber auch zur Geheimhaltung verpflichtet sei, wurde ihm anvertraut, worum es ging: Die Gestapo habe erfahren, dass ein Mitglied der Leipziger Widerstandsbewegung in den Köllmann-Werken sässe. Deshalb müsse zur Beobachtung der Belegschaft ein «geheimer Werkschutz» gebildet werden. Fritz Loeber sicherte zu, dass er dies veranlassen würde, und beriet sich anschliessend mit Wolfgang Heinze. Sie beschlossen, die entsprechende Liste selbst zusammenzustellen, und wählten dazu nach den Worten Fritz Loebers in seinem Erinnerungsbericht «die lautesten Schreier (aus), die dauernd mit der Uniform im Betrieb herumliefen, und vor allem auch die Dümmden, die jeder Arbeiter im Betrieb kannte». So wurde der «geheime Werkschutz» zusammengestellt und nach ein paar Tagen durch Handschlag vereidigt. Zum Zuge gekommen ist er nicht ein einziges Mal. Brüderlein erfuhr davon nichts; also wurde die Sache mit dem «geheimen Werkschutz» auch nicht Gegenstand des Strafverfahrens.

Das war ein Beispiel dafür, was ein Personalchef eines Rüstungsbetriebes, dessen Aufgabe es nach der Formulierung des schon mehrfach erwähnten Schreibens des Generaldirektors Köllmann an das Leipziger Arbeitsamt war, «die Richtlinien für die Personalpolitik für unsere 5 Tochterwerke mit insgesamt 3'000 Mann Belegschaft zu überwachen», zu leisten in der Lage war, wenn er sich zumindest auf einige seiner wichtigen Mitarbeiter verlassen konnte. Er konnte wirklich eine Personalpolitik besonderer Art betreiben. Und er tat es. Ihr Ziel war eindeutig und alles andere als ungefährlich. Es hiess: den Betrieb möglichst nazirein zu halten. Für die Erreichung dieses Zieles gab es zwei entscheidende Mittel. Das eine war die Einstellungspolitik, bei der es darum ging, die Richtigen einzustellen. Da die meisten Arbeiter, die eine linke oder zumindest nach links orientierte politische Vergangenheit hatten, Facharbeiter waren und diese gerade für die Rüstungsproduktion dringend gebraucht wurden, gelang es in vielen Fällen, solche Arbeiter mit dem Hinweis auf ihre Eigenschaft als erfahrene Facharbeiter einzustellen und ihnen den Vorzug vor fachlich wenig oder gar nicht qualifizierten Nazis zu geben.

Das andere Mittel war die Auswahl derer, die für die Einberufung zur Naziwehrmacht freizugeben oder aber als unabkömmlich zu bezeichnen und deshalb zu reklamieren waren. Da Fritz Loeber auf Grund seiner

Kartei für jedes Belegschaftsmitglied die notwendigen Angaben machen konnte und der Abwehrbeauftragte Beaumont am selben Strange zog, konnte Wolfgang Heinze die von ihm im Einzelfall für richtig befundene Entscheidung treffen, ohne Gefahr zu laufen, von den beiden in dieser Beziehung entscheidenden Stellen des Betriebes – dem Mob-Büro und dem Abwehrdienst – Widerspruch zu bekommen.

Selbstverständlich gibt es keine Zahlenangaben darüber, wieviel Nazis auf diese Weise aus den Köllmann-Werken an die Front geschickt und wieviel Antifaschisten – oder zumindest Nichtnazis – davor bewahrt worden sind. Eine solche ziffernmässige Zusammenstellung hätte jeglichem Prinzip illegaler Arbeit widersprochen. Aber es ist schon sehr bemerkenswert, dass von dieser Praxis – sowohl bei der Einstellung in den Betrieb wie bei der Einberufung zur Wehrmacht – nichts zu der Gestapo gedungen ist, obwohl es in einzelnen Fällen durchaus Komplikationen gegeben hatte. Weder in der Anklageschrift gegen Wolfgang Heinze noch in der Begründung des gegen ihn ergangenen Urteils wird daher dieser Komplex auch nur mit einem Wort erwähnt.

Wer auch immer über das berichtete, was Wolfgang Heinze in den Köllmann-Werken geleistet hat, sprach von seinem grossen Einsatz für die ausländischen Arbeiter. Wie Generaldirektor Köllmann betont, wurde ihm im Jahr 1942 «zusätzlich die Leitung des Aufbaus unseres Ausländerlagers und die Betreuung der Ausländer anvertraut». Hier lag also eines seiner Hauptbetätigungsfelder. Und auf ihm hat er sehr viel getan. Gerade davon hatte er mir bei seinen Besuchen so manches erzählt. Und da ich wusste, was für Folgen das für ihn auch in dem Strafverfahren würde haben können, habe ich darauf schon bei meinem ersten Gespräch mit ihm im Untersuchungsgefängnis hingewiesen. Doch es wäre nicht nötig gewesen. Denn auch dieser Komplex kam in dem Strafverfahren nicht zur Sprache, war also der Gestapo nicht zur Kenntnis gekommen.

Trotzdem darf er hier nicht übergangen werden. Nicht nur, weil das ein beachtlicher Teil des politischen Wirkens von Wolfgang Heinze war. Sondern vor allem auch deshalb, weil es Zeugnis davon ablegt, dass er den proletarischen Internationalismus nicht nur in seiner Bedeutung erkannt und deshalb propagiert, sondern ihn auch praktiziert hat – mit viel Risikobereitschaft, mit grossem Mut und mit Erfolg.

Er hat dafür gesorgt, dass die ausländischen Arbeiter in dem Auslän-

derlager, das unter seiner Leitung zu errichten war, einigermaßen gut untergebracht wurden. Er hat für die, die völlig unzureichend bekleidet waren, Stoffe und eine Nähmaschine organisiert, damit die Frauen für sich und auch für die Männer wenigstens etwas zusammenschneiden konnten. Er hat vor allem mit Nachdruck darauf gedrungen und es – nach einer harten Auseinandersetzung in einer Direktionssitzung – durchgesetzt, dass die ausländischen Arbeiter nicht so schlecht mit Nahrungsmitteln versorgt wurden, wie es einige wollten und wie es in zwar «geheimen», aber doch offiziellen Rundschreiben verlangt wurde. Mit seiner in der Direktionssitzung vorgebrachten Begründung, auch die ausländischen Arbeiter seien an der so überaus wichtigen Rüstungsproduktion beteiligt und der Betrieb könne nicht die Verantwortung für die Qualität einer Produktion übernehmen, an der völlig entkräftete Arbeiter beteiligt seien, hatte er Erfolg. Unter bewusster Umgehung einschlägiger Anweisungen liess er danach speziell für die ausländischen Arbeiter aus ländlichen Bezirken Kartoffeln und Gemüse heranschaffen. Über Mitarbeiter, die sein Vertrauen besaßen, liess er auch – auf dem Weg des Gesprächs von Mann zu Mann – die Belegschaftsmitglieder auffordern, von sich aus den ausländischen Arbeitern etwas zukommen zu lassen. Und er hatte Erfolg damit.

Gerade bei der Betreuung der ausländischen Arbeiter hat Krischan so viel getan, dass es nicht möglich ist, alles aufzuzählen. Deshalb sei als Zeugnis dafür, von welchem Ausmass dies war, vor allem aber auch von welchem Humanismus, von welcher Achtung des Menschen in jedem dieser «Fremdarbeiter» es getragen war, einiges von dem wiedergegeben, was einer von ihnen viele Jahre später berichtet hat.

Zunächst geht es da um eine Ansprache, die Wolfgang Heinze Weihnachten 1943 vor den ausländischen Arbeitern der Köllmann-Werke gehalten hat. Er sagte damals Folgendes:

«Im Auftrage des Betriebsleiters Herrn Köllmann überbringe ich Ihnen zum heutigen Heiligen Abend herzliche Wünsche.

Wir beabsichtigten, einer gewissen Zahl von Ihnen die Gelegenheit zu geben, die Weihnachtsfeiertage zu Hause zu verbringen. Ausserdem hofften wir, für die Hiergebliebenen eine kleine Feier zu veranstalten, damit die Trennung von Ihren Familien Ihnen nicht so schwerfallen würde. Aber leider konnten wir weder das eine noch das andere erfüllen. Sie wissen, dass eine Urlaubssperre ist, die bis zum 15. Januar 1944 dau-

Adressat Wolfgang Hillmann • su Weihnachten 1943 «n die ausländischen Arbeiter in den Kammern-
Werken in Leipzig.

Im Auftrage des Betriebsleiters Herrn Hillmann überreiche ich Ihnen zum heutigen Heiligen
Abend herzliche Wünsche.

Wir beabsichtigten, einer gewissen Zahl von Ihnen die Gelegenheit zu geben, die Weihnachts-
feiertage zu Hause zu verbringen. Ausserdem hofften wir, für die da gebliebenen, eine kleine
Feier zu veranstalten, damit die Trennung von Ihren Familien Ihnen nicht so schwer fallen
wird. Aber leider, weder das Erste noch das Zweite konnten wir erfüllen. Sie wissen, dass eine
Urlaubssperre ist, die bis zum 15. Januar 1944 dauern wird. Bis zu diesem Tag dürfen wir nie-
manden von den Ausländern in Urlaub schicken. Das ist noch nicht bestimmt, welche Züge
nach dem 15. Januar 1944 zu diesem Zwecke zur Verfügung gestellt werden, so dass un-
ser vorfristiger Antrag abgelehnt wurde. Wir hoffen aber, dass diese Urlaubssperre nach dem
15. Januar aufgehoben wird und wir werden uns gleich bemühen, für Sie die Genehmigung zu
erhalten.

Auch die, von uns beabsichtigte, kleine Feier konnte nicht verwirklicht werden – die Anglo-
Amerikaner haben uns Strich durch die Rechnung gemacht. Unser Festsaal sieht zur Zeit nicht
gut aus. Mit Mühe und Bot ist es uns gelungen, für Sie ein paar Kleinigkeiten zu besorgen –
sie sollen Ihnen gut schmecken. Davon erkennen Sie bitte, dass wir Ihnen vor allem das erset-
zen wollten, was nie zu ersetzen ist – die Feier des Heiligen Abends in Kreise Ihrer Familien.

le

IHA £ .

ern wird. Bis zu diesem Tag dürfen wir niemanden von den Ausländern in Urlaub schicken. Es ist noch nicht bestimmt, welche Züge nach dem 15. Januar 1944 zu diesem Zweck zur Verfügung gestellt werden, so dass unser vorfristiger Antrag abgelehnt wurde. Wir hoffen aber, dass diese Urlaubssperre nach dem 15. Januar aufgehoben wird, und wir werden uns dann gleich bemühen, für Sie die Genehmigung zu erhalten.

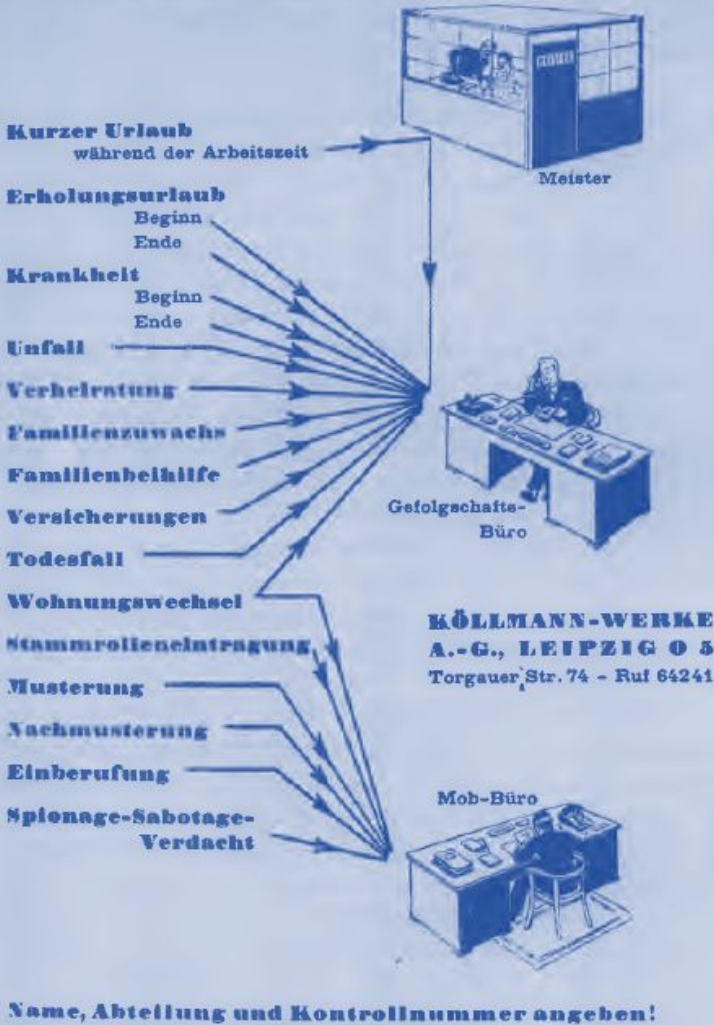
Auch die von uns beabsichtigte kleine Feier konnte nicht durchgeführt werden – die Anglo-Amerikaner haben uns einen Strich durch die Rechnung gemacht. Unser Festsaal sieht zur Zeit nicht gut aus. Mit Mühe und Not ist es uns gelungen, für Sie ein paar Kleinigkeiten zu besorgen – sie sollen Ihnen gut schmecken. Daran erkennen Sie bitte, dass wir Ihnen vor allem das ersetzen wollen, was nie zu ersetzen ist – die Feier des Heiligen Abends im Kreise Ihrer Familien. Schliesslich wollte ich Ihnen im Namen des Betriebsleiters unseren Dank für die Arbeit, die Sie im vorigen Jahr geleistet haben, aussprechen und auch für das Verständnis, welches Sie in dieser schweren Zeit erwiesen haben.

Glauben Sie, dass diese Tatsache uns nie aus dem Sinn gehen wird und dass wir sie nie vergessen werden. So wie Sie, so hoffen auch wir, dass für uns alle die Zeit kommen wird, welche das Ende des Krieges bringt, damit Sie zu Ihren Familien zurückkehren können.»

Es ist nicht anzunehmen, dass im Jahre 1943 viele solche Weihnachtsansprachen vor ausländischen Arbeitern, die in deutschen Betrieben arbeiteten, gehalten worden sind. Sie war auch in keiner Weise mit den Richtlinien über die Behandlung dieser Arbeiter zu vereinbaren. Das beweist ein am 1. März 1944 von dem Gauobmann der Deutschen Arbeitsfront, Gauverwaltung Sachsen unter «Vertraulich! Nicht zur Veröffentlichung bestimmt» an die Betriebsführer von Rüstungsbetrieben versandter Befehl des Chefs des Kriegsgefangenenwesens, in dem es unter anderem heisst: «Die Behandlung der in Arbeit eingesetzten Kr. Gef. ist... einzig und allein darauf abzustimmen, die Arbeitsleistung auf das höchstmögliche Mass zu bringen und sofort scharf einzuschreiten, wenn die Kr. Gef. nachlässig, faul oder widerspenstig sind. Die Kr. Gef. sind nicht zu betreuen, sondern so zu behandeln, dass das geforderte Höchstmass an Arbeitsleistung erzielt wird.»

So sehr wird das Betreuen ausländischer Arbeiter abgelehnt, dass das Wort sogar in Anführungsstriche gesetzt wird. Welcher Mut gehörte also

Was muß wo gemeldet werden?:



Seite aus dem Werkheft des Köllmann-Konzerns

dazu, eine so viel Menschlichkeit enthaltende, über ein Betreuen weit hinausgehende Ansprache zu halten!

Dass der Text dieser Ansprache erhalten blieb, ist einem der Vertrauensleute zu verdanken, die Krischan in den einzelnen nationalen Gruppen wählen liess und die dann auch die Männer und Frauen seines Vertrauens wurden. Es war der Tscheche Josef Novotny, jetzt Lehrer in Kutna Hora. In einem ausführlichen Brief vom 31. Dezember 1970 an Krischans Feh, von deren Überleben er erst zu dieser Zeit Kenntnis erhielt, heisst es nach einigen einleitenden Bemerkungen, in denen er sich entschuldigt, dass sein «Deutsch nicht so gut sein wird, ich bin nämlich kein Deutscher, sondern ein Tscheche»:

«Ihren ehemaligen Mann, Herrn Wolfgang Heinze, habe ich sehr gut gekannt. Wir haben uns sogar befreundet, er sprach mich oft mit den Worten ‚lieber Freund Novotny‘ an. Im Jahre 1942 war ich mit vielen tschechischen Kameraden bei der Firma Köllmann-Werke dienstverpflichtet. Hier war als Personaldirektor Ihr Mann. Nach ein paar Wochen hat mich Ihr Mann von der Maschine ins Personalbüro versetzt, und zwar als Dolmetscher für Tschechisch und Russisch – das war für mich viel besser, da ich vordem nie an einer Maschine stand. Als solcher kam ich dienstlich sehr oft mit Herrn Heinze zusammen. Nach ein paar Monaten, als wir einmal in seinem Büro ohne seine Sekretärin ... sass, sagte mir Herr Heinze ganz offen diese Worte, die ich mir bis heute merke: ‚Herr Novotny, nach dem Kriege kommen Sie in Ihre *freie* Heimat zurück.‘ Sofort habe ich festgestellt, dass ich mit einem Antifaschisten zu tun habe. Seit dieser Zeit haben wir ganz offen zusammen gesprochen. Wir alle, ausländische Arbeiter bei Köllmann’s, waren überzeugt, dass Herr Heinze ein sehr guter Mensch ist ... Ich als Dolmetscher musste fast jeden Tag in die Stadt fahren, wie wir sagten, um verschiedene Amtswegen für meine Kameraden zu erledigen ... Diese Wege habe ich im Auftrage Ihres Mannes meistens gemacht, und dabei hat mich Herr Heinze oft gebeten, auch verschiedene Wege für ihn zu erledigen, oft waren das Briefe, und da sagte mir Herr Heinze, dass ich die Briefe persönlich abgeben soll und soll vorsichtig dabei sein. Ich habe es natürlich auch so gemacht, wenn ich den Herrn nicht dort antraf, wo er sein sollte, habe ich den Brief zurückgebracht, aber wer die Herrn waren, weiss ich nicht mehr genau ... Ich war auch ein paar Mal bei Ihnen im Süden, ich glaube, es war schon

Markkleeberg als Sie ausgebombt waren, da sassen wir auf der Terrasse in den Strohstühlen ...

Einmal hat mich Herr Heinze sehr überrascht. Es war im Sommer 1944, ich glaube im Juli. Herr Heinze hat mich zu sich gerufen und als ich zu ihm ins Büro kam ..., sagte er zu mir: ‚Herr Novotny, fahren Sie bitte nach Hause für ein paar Tage.‘ Ich erwiderte, dass es nicht nötig ist, ... aber er drängelte, dass ich noch heute fahren soll, er gibt mir den kurzen Wochenendurlaub. Also, ich bin gefahren. Wir haben uns die Hände gegeben, ich sollte von ihm meine Mutter grüssen. Das war das letzte Mal, dass wir uns die Hände reichten. Als ich am Montag ins Lager kam, sagten mir meine Kameraden, dass Herr Heinze verhaftet wurde ... Und dann, als die Amerikaner nach Leipzig kamen, ich denke, es war am 18. April, bei einer Fahrt in die Stadt, sah ich an den Ecken grosse Plakate angeklebt mit der Aufschrift ‚Leipzig Katym, und auf diesem Plakat las ich den Namen von Herrn Heinze, aber, was ich dabei fühlte, können Sie sich, Frau Heinze, nicht vorstellen. Noch mehr überrascht war ich, als ich noch zwei Namen sah; das waren die Namen der Herren, denen ich die Briefe von Ihrem Mann oft brachte. Es war für mich schrecklich. Und erst da habe ich verstanden, warum mich Herr Heinze so dringend nach Hause schickte. Ihr Mann war ein sehr guter Mensch, er wollte mich damit schützen, ich denke mir, er musste von der Gefahr, die ihn erwartete, doch schon etwas wissen ...»

Ein anderer, einige Jahre früher geschriebener Brief Novotnys enthält etwas nähere Angaben über die Empfänger der Briefe, die Krischan ihm mitgegeben hatte:

«Mit den Briefen fuhr ich am meisten zu einem Herrn Franke – oder so ähnlich hiess er –, ich merkte mir den Namen, da er so hiess, wie meine ehemalige Wirtin in Leipzig, er war, glaube ich, ein Fotograf – das weiss ich natürlich nicht mehr genau, aber ich denke, er hatte dort so etwas wie ein Atelier. Und zu einem Herrn zu der Firma Stör, eine Textilfabrik irgendwo im Westen Leipzigs, seinen Namen weiss ich leider nicht mehr.»

Daran, dass der eine Empfänger Alfred Frank war, kann wohl kein Zweifel bestehen. Wer der andere war, ist nicht mehr zu erkunden gewesen. Doch das, was aus den beiden Briefen zu entnehmen ist, ist trotzdem überaus bedeutsam. Zeigt es doch, dass Krischan Nachrichten, die eilig waren – sonst hätten sie bis zum nächsten Zusammentreffen Zeit gehabt,

und allzu häufig durften diese nicht stattfinden! –, an Alfred Frank und damit an «die Leitung» und an noch jemand anderen geschickt hat. Das waren mit Sicherheit wichtige Informationen, und aller Wahrscheinlichkeit nach in der Mehrzahl solche, von denen er als Vertrauensperson, als «Geheimnisträger» Kenntnis erhalten hatte.

Der Post konnte er solche Briefe nicht anvertrauen. Und einen Boten oder einen anderen Mitarbeiter des Betriebes wollte er für solche Dienste nicht einsetzen. Denn noch wusste in den Köllmann-Werken ausser Fritz Loeber kaum jemand, dass Wolfgang Heinze nicht nur einer der Direktoren der Köllmann-Werke, sondern zugleich ein aktiver Widerstandskämpfer war. Dabei sollte es nach seiner Vorstellung solange wie möglich bleiben. Und es blieb so. Denn bis zum Dezember 1943, so berichtete später Fritz Beier, seien er wie auch andere Genossen der Meinung gewesen, «dass Wolfgang Heinze nur als ein Mensch handelte, der nicht in jeder Beziehung mit der Gewaltherrschaft und dem Terror der Faschisten einverstanden ist».

Dass es Krischan gelang, sein mit so hohem Einsatz verbundenes Doppelspiel so lange durchzuhalten, war darauf zurückzuführen, dass er jeden Schritt, den er innerhalb des gefährlichen Bereiches der Widerstandsarbeit tat, vorher genau überlegte. Deshalb gab er die Briefe, von denen hier die Rede war, nicht irgendjemandem, sondern dem tschechischen Dolmetscher, der aus ganz anderen Gründen in die Stadt fuhr, der die Briefe mitnahm, weil die Wohnung oder der Betrieb der Adressaten auf seinem Wege lag, und der auf etwaige Fragen mit bestem Gewissen antworten konnte, dass er von nichts etwas wisse. Deshalb schickte er Briefe dieser Art zumeist vorsorglich an zwei Empfänger. Deshalb hielt er sich in Gesprächen mit den Herren aus der Betriebsleitung, sobald es um die Politik ging, sehr zurück und liess nur zuweilen eine Bemerkung fallen, die etwas kritisch war, aber durch einen meist spöttischen Witz verharmlost wurde. Deshalb hatte er in der Diele seiner Wohnung ein Hitlerbild hängen, das den Gast, der die Wohnung betrat, als erstes begrüßte. «Das muss hängen, wenn Herr Köllmann uns besucht», war die Antwort, die er uns gab, als wir zu ihm kamen, bevor wir die Frage ausgesprochen hatten. Ich brachte das in Verbindung mit manchem, was er mir berichtet und erzählt hatte, und meine Vorstellung von seiner Tätigkeit und seinem Wirken, vor allem in den Köllmann-Werken wurde um einiges klarer.

Dem Volksgerichtshof ist es – trotz allem, was seine sogenannten

Richter sich wahrscheinlich vorgestellt hatten – nicht gelungen, zu einer auch nur annähernd richtigen Einschätzung Wolfgang Heinzes zu kommen. Für sie blieb es eben undenkbar, dass ein Mensch, der in einem Rüstungsbetrieb eine solche Stellung innehatte, der das volle Vertrauen des Wehrwirtschaftsführers und Parteigenossen Gustav Köllmann genoss, ein überzeugter Kommunist war.

Die Flugschriften und das NKFD

Viel ist in dem Urteil des Volksgerichtshofs von Flugblättern die Rede, insbesondere von der «Plattform» und von dem «Widerstand». Auch in den Abschnitten, die sich mit dem befassen, was Wolfgang Heinze zur Last gelegt wird, werden sie mehrfach erwähnt.

Er selbst hatte bereits vor der Gestapo zugegeben, dass er beide Flugblätter von Alfred Frank bekommen, dass er eines von ihnen auch gelesen habe, während das andere kaum lesbar gewesen sei, dass er mit Alfred Frank über den Inhalt der Flugblätter – mit dem er nicht einverstanden gewesen sei – gesprochen, sie dann aber zerrissen und ins Klosett geworfen habe.

Mehr hat er nicht zugegeben, mehr hat kein anderer hierzu ausgesagt, mehr ist ihm also nicht nachgewiesen worden.

Dem entspricht es, dass in dem Teil des Urteils, in dem es um die Feststellung dessen geht, was auf Grund der Hauptverhandlung als erwiesen anzusehen ist, ebenfalls nicht mehr zu lesen ist.

Doch das hinderte den Volksgerichtshof nicht, an der bereits zitierten Stelle des Urteils, in der es um die «Begründung» der auszusprechenden Strafe geht, pauschal zu erklären, Wolfgang Heinze habe «an der Verwirklichung der hochverräterischen Ziele Engerts» auch durch «Weiterverbreitung von Flugblättern mitgearbeitet».

Schon bei meinem ersten Gespräch mit Krischan im Untersuchungsgefängnis wies er mich darauf hin, dass bezüglich des Zeitpunktes, zu dem er das Flugblatt «Plattform» erhalten habe, eine Richtigstellung erfolgen müsse. Er habe bei der Vernehmung gesagt, dass dies im Herbst 1943 geschehen sei. Tatsächlich habe er das Flugblatt aber erst im Frühjahr 1944 erhalten, was er deshalb so genau wisse, weil es in der Woh-

nung mit Garten gewesen sei, die sie erst nach der im Dezember 1943 erfolgten Ausbombung ihrer Wohnung in der Kochstrasse bezogen hatten. Diese Richtigstellung war im Übrigen für unsere Verteidigungsstrategie sehr wichtig, zu deren Hauptpunkten es gehörte, dass die politischen Beziehungen zu Alfred Frank überhaupt erst im Frühjahr 1944 begonnen hätten.

Doch obgleich dies von Wolfgang Heinze in der Hauptverhandlung so dargestellt, von Hildegard Heinze unter besonderem Hinweis darauf, dass sie sich an die Situation in dem Haus mit Garten genau erinnert, bestätigt und von mir in meinem Plädoyer mit Nachdruck herausgestellt wurde, schob der Volksgerichtshof es beiseite. Erneut erwies sich, dass für dieses Gericht nicht, wie das Gesetz es vorschrieb, das Ergebnis der Hauptverhandlung, sondern das der Vernehmungen vor der Gestapo massgeblich war.

Nicht nur wegen der Bedeutung, die dem Zeitpunkt der Übergabe der Flugschriften an Wolfgang Heinze für die Beurteilung seines Verhaltens durch den Volksgerichtshof zukam, sondern auch zur Gewinnung eines richtigen Bildes von der damaligen politischen Situation, insbesondere der Widerstandstätigkeit, erscheint es angebracht, etwas näher auf diese Flugschriften einzugehen.

Im Zentralen Parteiarchiv im Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED ist unter dem Flugblatt «Plattform» – dessen genauer Titel lautete: «Leitsätze über die Liquidierung des imperialistischen Krieges und der Naziherrschaft» – als Datum angegeben: Februar 1944. Doch aus Erinnerungsberichten von Widerstandskämpfern ist zu entnehmen, dass dies die dritte Fassung war, auf die sich die leitenden Leipziger Genossen nach einer Reihe von grundsätzlichen Diskussionen geeinigt hatten. Da es die einzige Fassung ist, die die Nazizeit überdauert hat, kann zu den Streitpunkten, um die es damals ging, nicht Stellung genommen werden. Auch lässt sich danach nicht mit Sicherheit feststellen, wann Alfred Frank Krischan dieses Flugblatt gegeben hat und welche Fassung das war. Das zweite Flugblatt mit dem Titel «Widerstand gegen Krieg und Naziherrschaft», das unter dem Namen «Widerstand» bekannt wurde, sollte die erste Nummer einer illegalen Zeitung sein, von der drei Nummern erschienen sind. Es kam Anfang März 1944 heraus.

Flugblätter verlieren etwas von ihrem Sinn und Wert, wenn sie von dem, der sie erhält, nur gelesen und dann vernichtet werden. Das wusste

Verwirklichen kann diese Politik nur die Arbeiterklasse unter Führung ihres Vortrupps, der Kommunistischen Partei. Der Sieg der Revolution, setzt jedoch die aktive Teilnahme aller Werktätigen an ihr voraus. Der Gegensatz zwischen Stadt und Land muß deshalb beseitigt und ein festes und dauerhaftes Bündnis mit den Bauern geschlossen werden. Alle Opfer der faschistischen und imperialistischen Politik, die einen Ausweg aus der Katastrophe suchen, müssen sich mit den Arbeitern zum gemeinsamen Kampf gegen Krieg und Faschismus verbünden. Um diese anti-faschistische Volkfront über alle politischen und konfessionellen Meinungsverschiedenheiten hinweg herauszubilden, schließt die Kommunisten unbedingt ihrer selbständigen Bestrebungen über:

1. Sturz des Naziregimes.
2. Bildung einer Regierung des werktätigen Volkes.
3. Bewaffnung der Arbeiter.
4. Abruch aller Beziehungen zum Naziführer und Naziregime. Durchführung der Autonomie Truppenbewegungen der Gefangenen.
5. Sofortiges Friedensangebot auch an alle anderen Länder. Bestrebung ist von Beginn an, einen totalen Friedensvertrag mit territorialer Unabhängigkeit anzuknüpfen und jede Form der Selbstbestimmung sofort durchzusetzen gewährleisten wird.
6. Abschluß eines Bündnisses mit der SU zum Zwecke der engeren Zusammenarbeit auf allen Gebieten der Politik, Wirtschaft und Kultur, sowie der Hofführung eines allgemeinen Friedens.
7. Wiederherstellung der Freiheit aller unterdrückten Völker im Zuge der sozialistischen Bewegung.
8. Sühne aller im In- und Ausland verübten Gräueltaten der Nazis. Strengste Bestrafung aller Kriegsverbrecher. Beschlagnahme deren Eigentums und Vermögens. Beschlagnahme des Eigentums und Vermögens der Kriegsgewinnler, Schieber und Spekulanten, so wie der Naziführer.
9. Auflösung der NSDAP und aller Untergliederungen. Verhaftung der Naziführer. Auflösung der Geheimen Staatspolizei.
10. Ermäßigung aller politischen Strafen. Freilassung von den Militärgerichten verurteilten Soldaten. Straffreiheit für die aus der sozialen Not heraus entstandenen Straftaten.
11. Wiederherstellung der demokratischen Rechte des Volkes, wie: Freiheit der Person, der Meinung, der Presse, der Versammlung, der Vereinigung. Sicherstellung der Religionsfreiheit.
12. Wieder Einführung des achtstündentages. Aufhebung aller Dienstverpflichtungen, sowie der Beschränkung der Freizügigkeit. Abbau des Lohnstufen für alle Arbeiter und Angestellten. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit an die Frauen. Aufhebung der Männerarbeit für alle Anlässe der Gleichstellung mit den Landlichen Arbeitern hinsichtlich der Stellenangelegenheit und Vergütung.
13. Umfassende Hilfsmaßnahmen für die Opfer des Krieges und der revolutionären Erhebung. Bereitstellung von Wohnraum, Kleidung und Essrat für die besonders Bedürftigen.
14. Anerkennung des Eigentums der Bauern und Werktätigen in Handel, Handwerk und Gewerbe. Abbau aller Nazigesetze die ihre Entwicklung hemmen. Aufbau leistungsfähiger Genossenschaften vor allem in der Landwirtschaft und in der Warenverteilung (Handel). Förderung und Unterstützung dieser Bestrebungen durch den Staat. Selbstverwaltung an Stelle bürokratischer Willkür und Formalwirtschaft.

Analys. 24. 9. 44.

Leitlinie über die Liquidierung des imperialistischen Krieges und der Nazi-Herrschaft. (Plattform)

Der gegenwärtige Krieg beruht auf den Interessengegensätzen der kapitalistischen Staaten und wird von ihnen als imperialistischer Krieg, "d.h. als ein Eroberungs-, Raub- und Plünderungskrieg, als ein Krieg um die Neuaufteilung der Welt geführt." (Lenin) Die Beherrschung der Absatzmärkte, Rohstoffquellen, Verkehrswege und die Sicherung von Machtstützpunkten sind die eigentlichen Ziele aller an Kriege beteiligten kapitalistischen Länder. Träger der imperialistischen Politik ist das Monopolkapital, wobei es grundsätzliche Unterschiede zwischen den bürgerlich-demokratischen und faschistisch-autoritären Ländern nicht gibt. Durch die Unterdrückung des Kleinbürgertums und der Arbeiter, die in der Ausbeutung anderer Völker die einzige Möglichkeit des sozialen Aufstieges sehen, erhält der Imperialismus seine Massenbasis. In Deutschland und Italien ist das der Nationalsozialismus bzw. Faschismus, bei den Westmächten der Reformismus und die ihm artverwandten bürgerlichen Parteien.

In die imperialistische Auseinandersetzung einzugreifen, lag der Sowjetunion (SU) fern, erst der Überfall des deutschen Imperialismus zwang sie zum Krieg. Es geht den deutschen Imperialisten hierbei nicht nur um die Eroberung russischer Gebiete mit ihren reichen Bodenschätzen und Kornkammern und die Verklammerung ihrer Bewohner, sondern vor allem um die Zerstörung des Bollwerks der proletarischen Revolution. Dieser Krieg, der von beiden Seiten mit rücksichtsloser Härte geführt wird, weist alle Merkmale des Klassenkrieges auf. Sind somit die Gründe und Ursachen der SU für ihre Teilnahme an Kriege wesentlich andere als die ihrer zeitweiligen Bündnispartner England-Amerikas, so erst recht ihre Kriegsziele. Das einzige, wirklich gemeinsame Ziel das Sowjetrußland mit seinen Verbündeten anstrebt, ist die Vernichtung der faschistischen Kriegsmacht, wobei es die Hauptlast des Kampfes trägt. In der Verteidigung ihrer sozialistischen Heimat entwickeln die russischen Arbeiter und Bauern jene gewaltigen ideellen und materiellen Kräfte, die entscheidend für die militärische Niederlage des Faschismus und seiner Kriegspolitik sind.

Von den Kapitalisten und Nazi-Machthabern in das Verderben geführt, steht das deutsche Volk nun vor der folgenschweren Entscheidung seiner Geschichte. Um ihre Existenz als Ausbeuterklasse zu retten, ist die deutsche Bourgeoisie bereit, vor dem englisch-amerikanischen Imperialisten zu kapitulieren und ihnen ganz Deutschland als Aufmarschbasis und Waffenhilfe für ihre künftige Auseinandersetzung mit der SU auszuliefern. Seiner politischen und wirtschaftlichen Selbstständigkeit beraubt, müßte Deutschland zu einer Kolonie fremder Ausbeuter herabsinken. Doppelt verklamt unter die ausländischen und deutschen Kapitalisten, wäre den deutschen Volk der Aufstieg zum Sozialismus verwehrt und sein Untergang gewiß. Es bleibt ihm daher kein anderer Ausweg, als der des rücksichtslosen Kampfes gegen die Kriegsverbrecher und die rasche Liquidierung des imperialistischen Krieges. Nur in enger Zusammenarbeit mit der siegreichen Sowjetunion, die keinerlei Eroberungsabsichten gegenüber anderen Völkern hegt, kann sich das deutsche Volk die nationale und soziale Freiheit sichern. In Wege der revolutionären Erhebung muß es die alten Gewalten stürzen, die kapitalistische Macht niederreißen, mit den Methoden der Vergewaltigung anderer Völker brechen und auf den Fundamenten der Arbeit und des Friedens die wirkliche sozialistische Ordnung begründen. Die unverzügliche Beendigung des Krieges mit Sowjetrußland und der baldige Abschluß eines Bündnisses mit ihm, ist der erste Schritt auf dem neuen Wege. Auf dieser Grundlage vereinigen sich die Interessen des deutschen und russischen Volkes mit denen aller Völker. Dieses Bündnis enthält reale Sicherheiten vor den fortbestehenden Angriffen der Imperialisten und ist die Voraussetzung der endgültigen Befriedung Europas und seiner sozialistischen Neugestaltung.

er bei der Vernehmung dazu erklärt hat. Zum Wesen des Arbeitens mit dem Flugblatt gehört es aber auch, dass darüber, woher es kommt und wohin es geht, geschwiegen wird. Es ist daher nicht erstaunlich, dass es nur wenige Erklärungen – auch aus der Zeit nach 1945 – darüber gibt, was mit den beiden hier genannten Flugschriften «Plattform» und «Widerstand» geschehen ist, wer sie von wem erhalten und wer sie an wen weitergegeben hat. Jeder, der damit zu tun hatte, tat gut daran, das nicht in seinem Gedächtnis zu behalten.

So sind die Erklärungen Fritz Loebers, die zu anderen Punkten recht konkret sind, zu den Flugblättern sehr allgemeiner Art. Für das Jahr 1944 vermerkt er lediglich:

«Eingehende Diskussionen hatten wir unter uns über die Plattform, die eine genaue Analyse der Lage gab.» Und einige Zeilen weiter: «Die einzelnen Formulierungen der Plattform sind mir nicht mehr im Gedächtnis, die Hauptaufgabe blieb wie bisher, intensive Weiterarbeit zum Sturz des Faschismus.»

Genau im Gedächtnis geblieben ist ihm aber, woher er die «Plattform» hatte. Denn danach wurde er nach seiner Verhaftung sofort gefragt, und zwar sehr konkret: «Wo ist die Plattform, die dir Brüderlein in die Wohnung gebracht hat?» Sein nach dieser Frage sofort aufgetauchter Verdacht, dass Brüderlein, der ihm die «Plattform» in die Wohnung gebracht hatte, ihn verraten habe, wurde wenige Tage später beim Rundgang im Gefängnishof bestätigt, als ihm Otto Engert zuflüsterte: «Brüderlein hat dich verraten, er ist Gestapospitzel und hat auch uns verraten ..., von sich aus wäre die Gestapo niemals hinter unsere Arbeit gekommen.»

Wieder sehen wir: Wo die Gestapo etwas Genaueres wusste und sofort die entsprechenden Fragen stellte, war der Spitzel Brüderlein am Werk gewesen.

Dazu passt auch das, was Fritz Loeber später, in seinen Erinnerungsberichten, erklärte. Danach hat ihm Brüderlein bei der Übergabe der Plattform gesagt: «Gib sie nicht weg, bring sie mir später wieder, es ist mein einziges Exemplar.» Offensichtlich sollte dieses Exemplar bei der bevorstehenden Verhaftung Fritz Loebers gefunden und im Prozess als Beweismittel verwendet werden. Doch das gelang nicht; es war zu gut versteckt.

Nur eine kurze und wenig aussagende Äußerung hierzu gibt es auch von Fritz Beier: «Zu den Flugblättern, die im Betrieb verteilt wurden, ist

es schwer, etwas zu sagen; ich weiss auch nicht, ob sie von Heinze eingeschleust wurden.»

Nichts Genaues lässt sich also über die Flugblätter feststellen. Aber eines ist sicher: Die Flugblätter sind auch in die Köllmann-Werke gelangt, dort zur Kenntnis genommen und diskutiert worden.

Worum ging es in diesen beiden Flugblättern – oder besser Flugschriften, denn sie waren ziemlich umfangreich?

Beide Flugschriften stellen als unabdingbare erste Aufgabe den Sturz des Faschismus und formulieren dann vor allem Aufgaben für die Zeit danach. Doch obwohl zwischen ihrem Erscheinen keine lange Zeit lag, kommen sie sowohl für die Zeit danach wie für die Zeit bis dahin, also für die konkrete Widerstandsarbeit, zu verschiedenen Schlussfolgerungen. Man geht wohl nicht fehl, wenn man annimmt, dass es gerade diese Unterschiede in den Aufgabenstellungen waren, über welche es bei der Vorbereitung der verschiedenen Fassungen der Flugschriften die ernststen Diskussionen gegeben hat, von denen in so manchen Erinnerungsberichten ehemaliger Widerstandskämpfer gesprochen wird.

Die Unterschiede sind auch den Richtern des Volksgerichtshofs aufgefallen. In ihrem Urteil haben sie das wie folgt formuliert:

«Schumann und Engert verfassten zur einheitlichen Ausrichtung des von ihnen erfassten Personenkreises zunächst eine Flugschrift, die sie «Leitsätze über die Liquidierung des imperialistischen Krieges und der Naziherrschaft» oder «Plattform» benannten. Diese Hetzschrift, die sich zunächst nur an die deutschen Arbeiter richtete, enthielt u.a. die Forderungen nach Sturz des Naziregimes, Bildung einer Regierung des werktätigen Volkes, Sühne aller von den Nazis verübten Verbrechen und strenge Bestrafung der Kriegsverbrecher, Auflösung der NSDAP und aller ihrer Untergliederungen, Verhaftung der Naziführer und Auflösung der Gestapo. Später verfassten sie unter Einfluss der Berliner Gruppe eine zweite Hetzschrift unter der Bezeichnung «Widerstand», die nunmehr an alle antifaschistischen Kreise gerichtet war und demgemäss zum Unterschied von der «Plattform» die Forderung nach Bildung einer Volksfrontregierung und Wiederherstellung der demokratischen Volksrechte enthielt.»«

Es ist nicht uninteressant, dass die Nazirichter Wesentliches von dem erkannt haben, wodurch sich die beiden für die damalige ideologische Situation in der Widerstandsbewegung – vor allem auch innerhalb der

WIDERSTAND

DEUTSCHE WIDERSTANDSBEWEGUNG

Dr. H. H. H. H.

Girlich von Hutten :
Wir wollen halten inegemein
Lut doch nit streiten mich allein.
Erbarnt euch übers Vaterland,
Ihr werten Teutschen, regt die Land.

Friedrich Schiller :
Wenn der Bedrückte nirgends Recht
Kann finden, wenn unerträglich wird
Die Last - reißt er hinauf getro-
sten Mutes in den Himmel und holt
herunter seine ewigen Rechte ..

Schluss mit der Hitlerkrieg !

Für ein freies unabhängiges Deutschland !

In allen Kreisen des deutschen Volkes wächst die Erkenntnis: Hitler hat den Krieg verloren. Seine Fortsetzung erfordert nur weitere vergebliche Opfer, weitere Zerstörung von Produktions- und Wohnstätten. Gegen diesen Wahnsinn muß sich das ganze Volk erheben. Es geht um den Bestand der Nation. Alle Kräfte müssen zur Rettung von Volk und Heimat eingesetzt werden. Hierin es zuerst nur einzelne und vor allem klassenbewußte Arbeiter die unerschrocken gegen Hitlers Kriegspolitik ankämpfen, so sind es heute schon viele. Es geht vorwärts trotz alledem, trotz Gestapo und Naziterror. Die bisher gebrachten Opfer sind nicht umsonst gefallen. Getragen von einer breiten, alle mitleidlosen Massen gegen die Kriegsverbrecher ist eine wirkliche Volksfront im Entstehen. Ihre Kerntruppe ist die Arbeiterklasse. Sie trägt die Hauptlast des Kampfes und verfügt über große Kampfserfahrungen. Mit ihr müssen sich alle anderen Antifaschisten verbünden und in der

"Widerstandsbewegung Freies Deutschland"

zusammenschließen. Deutschland kann nur durch Deutsche gerettet werden!

Die "Widerstandsbewegung" ist keine Partei, sie fragt nicht nach Rang und Stand, ihr ist der Glaube und die Weltanschauung jedes Einzelnen gleichgültig, denn sie will die Zusammenfassung aller Kräfte und ihre Ausrichtung auf den Sturz der Nazis, weil nur so der Krieg beendet werden kann. Schaffende in Stadt und Land! Ungeachtet der Verschiedenartigkeit eurer wirtschaftlichen Interessen, über alle politischen und konfessionellen Streitfragen hinweg, müßt ihr euch für die Verwirklichung nachstehender Programmpunkte einsetzen :

1. Sturz des Naziregimes.
2. Bildung einer Volksregierung.
3. Beendigung des Krieges. Aufbahnung eines Friedens, der Deutschlands Freiheit und Unabhängigkeit verbürgt.
4. Bündnis mit Sowjetrußland.
5. Wiederherstellung der Freiheit aller unterdrückten Völker.
6. Rücknahme aller in Feindesland ergriffenen Naziverbrecher. Bestrafung der Kriegsverbrecher.
7. Auflösung der NSDAP und ihrer Untergliederungen. Auflösung der Geheimen Staatspolizei.
8. Freilassung aller politischen Gefangenen einschl. der von den Militärgerichten verurteilten Soldaten.

9. Wiederherstellung der demokratischen Volksrechte, wie: Freiheit der Meinung, der Presse, der Vereinigung, und der Religionsausübung.
10. Wiedereinführung des Achtstundentages. Aufhebung der Dienstverpflichtungen und des Lohnstopps. Aufhebung der Zwangsarbeit für alle ausländischen Arbeitskräfte.
11. Umfassende Hilfsmaßnahmen für die Bombengeschädigten, die Opfer des Krieges und der revolutionären Erhebung.
12. Abbau aller Gesetze die den Bauern das Verfügungsrecht über ihr Eigentum beschränken. Beseitigung aller Bestimmungen die Handel, Handwerk und Gewerbe in ihrer Entwicklung hemmen.

Gegen Krieg und Verwüstung !

Für Frieden und Freiheit !

Für unser freies, unabhängiges deutsches Vaterland !

Gegen Mord und Brand !

Für das Lebensrecht der Völker !

Widerstand bei unsam Lösung I

Nachdem in anderer Stelle berichtet wurde, wie die "Widerstandsbewegung" will und hat sollen hier die "praktischen" Aufgaben auf-

geführt werden. Ihre Zuver-

lässigkeit muß Masche ur. Masche und so ein dichtes Netz ge-

schaffen. Keine Organisationsaufgaben ohne vorherige Sammlung
keine aktiver Widerstand.
Was mit noch sind Presse und Rundfunk in Götters Händen. Ille-

Neue Riese im norischen Bau

Italien hat Finnland schlapp gemacht. Finnische Politiker haben über
Sowjet. Friedensfühler nach Rußland ausgestreckt und um die Bekanntgabe
der russischen Waffenstillstandsbedingungen nachgefragt. Rußland hat dem
entsprochen aber gleichzeitig den Finnen mit Nachdruck ihre militärische
Stärke demonstriert. Sie starteten die erfolgreiche Leningrad-Offensive
und bombardierten mit kraftvoller Wirkung finnische Häfen und Rüstungs-
zentren. Nach Finnland kam Ungarn. Die neue Offensive der Russen an der
Südfront offenbarte den Völkern Osteuropas den ganzen Ernst der Lage.
Nur es jedoch zu Schritten wie die Finlands kam, be-

trug Hitler das "verbündete" Ungarn und schuf sich eine ihm will-

kommen. Gestern Italien, heute Finnland, morgen Ungarn, über-
morgen Rumänien, Bulgarien usw

Widerstand bei unsam Lösung I

haben den Krieg satt. Alle wissen, daß auf Hitler-Deutschland kein
Friede ist. Sie müssen aber auch wissen, daß ihre eigenen militärischen,
technischen und moralischen Kräfte verbraucht sind. Kein Mensch hat
noch Lust für die hohlen Versprechungen der deutschen und eignen Fas-
schisten zu kämpfen. Deshalb hat das finnische Volk den ersten Schritt
zum Frieden und zur Wiedergeburt getan. Der Friedenstaube war der Flug
freigegeben. Hitler hat sie hoch einmal abschießen können. Unter dem Ter-
ror der Deutschen haben die Finnen die russischen Bedingungen abgelehnt.
Ungarn und die anderen läßt man garnicht erst darum fragen. Das finnische
Beispiel hätte Schule gemacht, denn die Sehnsucht nach Frieden bricht
überall überall mit elementarer Wucht Bahn. Abgen die Nazis noch einen
letzten verzweifelten Versuch machen, sich in Finnland, Ungarn und den
"verbündeten" Ländern mit ihrer Macht zu behaupten, sie werden
aufgehetzt dieser Völker nur noch gründlicher verspielen.

Rechtlich und faktisch sind Italien, Finnland und Ungarn bereits aus
dem Krieg ausgeschieden. Deutschland hat außer Japan keine wirklichen
Verbündeten mehr. Das ist die Logik des faschistischen Zerfalls. Aus den
militärischen Mißerfolgen Hitlers im Osten entwickelt sich die politische
Krise der Faschisten und kündigt ihr Untergang. Das Fallende muß
sich dem "Neuen Schlußfolgerung" müssen alle Antifaschisten aus den

Widerstand bei unsam Lösung I

An einer Teuflicher Handlar! Du machst mit der Rechten das Zeichen
des Kreuzes doch mit der Linken indeß schlägst du die
Völker ans Kreuz. (Platen)

KPD – charakteristischen Dokumente voneinander unterschieden. Und durchaus seltsam mutet es an, wenn man liest, wie in diesem typischen Naziurteil fast mit Selbstverständlichkeit Formulierungen übernommen werden, die von den Kommunisten geprägt worden waren und zu ihrem Sprachschatz gehörten. Und zwar, ohne sie durch irgendwelche Zusätze oder Fälschungen zu verunglimpfen. Nein, sie wurden verwendet, als seien es die objektiv richtigen Begriffe – was ja stimmt, von den von Herrn Goebbels erzogenen Propagandisten aber niemals zugegeben worden wäre.

Doch keineswegs alles, worauf es bei den verschiedenen Thesen und Forderungen in den beiden Flugblättern ankam, war vom Volksgerichtshof für die Urteilsbegründung übernommen worden. Das beginnt bei den Titeln, die sich in einer sehr wesentlichen Formulierung voneinander unterscheiden: «Leitsätze über die Liquidierung des imperialistischen Krieges und der Naziherrschaft» heisst es in der «Plattform» und «Widerstand gegen Krieg und Naziherrschaft» im «Widerstand». Ist es ein Zufall, dass die einfache und für jeden eingängige Formulierung «Widerstand gegen Krieg und Naziherrschaft» nicht zitiert wurde?

Und wenn man die Auswahl, die der Volksgerichtshof vor allem hinsichtlich der verschiedenen Forderungen vomahm, überprüft, so sieht man, dass auch sie recht bewusst vorgenommen wurde. Von der Forderung «Bewaffnung der Arbeiter», die in der Plattform an zweiter Stelle stand, im «Widerstand» aber fehlte, wird nichts gesagt. Das ging den Herren sicher zu weit; und wie sollten sie erklären, dass sie im zweiten Dokument fehlte? Und dass auch die Plattform, als der offensichtlich «revolutionärere» Aufruf an das deutsche Volk, die «Wiederherstellung der demokratischen Rechte des Volkes» forderte, also genau das, was in dem «Widerstand» als «Wiederherstellung der demokratischen Volksrechte» bezeichnet wird, passte ihnen offensichtlich nicht; so etwas wollen doch die «echten» Kommunisten nicht.

Völlig ausgelassen wurden die Forderungen, die die Beendigung des Krieges und die schnellstmögliche Herstellung des Friedens betreffen – wobei gerade dies der Punkt war, in dem sich die beiden Dokumente am meisten unterschieden. «Abbruch aller Kriegshandlungen gegen die SU» und «Sofortiges Friedensangebot auch an alle anderen Länder» hiess es in der «Plattform». «Beendigung des Krieges. Anbahnung eines Friedens ...» war es im «Widerstand» formuliert. Die Unterschiede in den Formulierungen zeigen, dass es in dieser Frage noch keine Klarheit gab

– auch nicht bei allen, die zu den leitenden Kräften der Widerstandsorganisationen gehörten.

Darüber, was – in beiden Dokumenten, wenn auch mit etwas verschiedenen Akzentuierungen – über die zukünftige Bündnispolitik mit Bauern, Handwerkern und Gewerbebetreibenden gesagt wurde, findet sich in dem Urteil ebenfalls kein Wort. Die Gründe liegen auf der Hand.

Dass es daneben auch eine direkte Fälschung bei der Aufzählung der Forderungen gibt, verwundert nicht. Bemerkenswert ist aber, dass das, was dabei herauskam, sachlich gar nicht verkehrt war. Nach dem Urteil wird in dem Flugblatt «Widerstand» die Bildung einer Volksfrontregierung gefordert. Das stimmt nicht; gefordert wurde dort die Bildung einer Volksregierung. Doch wenn man diese Forderung der entsprechenden in der «Plattform» gegenüberstellt, die in dem Urteil richtig zitiert wird («Bildung einer Regierung des werktätigen Volkes»), weiss man, dass im Flugblatt «Widerstand» tatsächlich so etwas wie eine Volksfrontregierung gemeint war.

«Weiss man» schreibe ich, und habe damit sicher recht. Doch «wusste» «man» es damals auch so genau? Und vor allem: An wen ist zu denken, wenn aus heutiger Sicht von diesem «man» gesprochen wird?

Wir wissen heute, dass das Wesen der Volksfrontpolitik, die später von so grosser Bedeutung wurde, bereits auf dem VII. Weltkongress der Kommunistischen Internationale, der im Sommer 1935 in Moskau stattfand, und dann konkret für Deutschland auf der IV. Parteikonferenz der KPD, der sogenannten Brüsseler Konferenz, die im Oktober desselben Jahres durchgeführt wurde, durchdacht wurde und zu entsprechenden Beschlüssen führte. Wilhelm Pieck nannte die Resolution dieser Konferenz sogar «das bedeutendste Dokument, das die Partei bisher geschaffen hat», und zwar «durch die hohe und komplizierte Aufgabe, die der Partei in der taktischen Neuorientierung zur Schaffung der Einheitsfront und der antifaschistischen Volksfront gestellt» war.

Doch wer wusste das damals? Und vor allem: Wer war überzeugt davon, dass diese Orientierung die notwendige, für die Bekämpfung des Faschismus einzig erfolgversprechende Richtlinie war? Was war da alles zu überwinden an Sektierertum und an Vorbehalten gegenüber der Sozialdemokratie, mit der zu einer Einheitsfront, ja zu einer Einheitspartei – wie sie dann Anfang 1939 auf der Berner Konferenz der KPD zum ersten

Mal mit allem Nachdruck gefordert wurde – zu gelangen, das erste und oberste Gebot sein musste! Und was hing davon alles ab, insbesondere auch bezüglich des künftigen Verhältnisses zur Sowjetunion! In der «Plattform» hiess es nach den schon zitierten Ziffern 4 («Abbruch aller Kriegshandlungen gegen die Sowjetunion») und 5 («Sofortiges Friedensangebot auch an alle anderen Länder») unter Ziffer 6: «Abschluss eines Bündnisses mit der SU zum Zweck der engsten Zusammenarbeit auf allen Gebieten der Politik, Wirtschaft und Kultur.» Im «Widerstand» aber stand nach der Ziffer 3 («Beendigung des Krieges. Anbahnung eines Friedens») in Ziffer 4 nur: «Bündnis mit Sowjetrußland».

Das waren doch Unterschiede, die etwas zu bedeuten hatten. Und ohne Zweifel standen die Forderungen im «Widerstand» der Volksfrontpolitik näher als die der «Plattform».

Mir kommen, wenn ich diese unterschiedlichen Formulierungen gegenüberstelle, Diskussionen aus jenen Jahren in den Sinn, in denen der Standpunkt vertreten wurde, dass Deutschland, wenn mit der Revolution von 1918 ernst gemacht worden wäre, schon damals sehr bald zu einer Sowjetrepublik hätte werden können und dass es das Ziel der deutschen Kommunisten sein müsse, dies nach dem Sturz des Naziregimes zumindest anzusteuern.

Auch insoweit sind wir heute klüger geworden. Aber wer kann uns verübeln, dass wir damals manchenmal so dachten und so argumentierten? Gehörte nicht zu unserer Vorstellung vom Sozialismus und vom Kommunismus, dass wir zu ihm über die Weltrevolution gelangen würden! Und waren wir nicht der Ansicht – zu deren Stützung wir uns auf nicht wenig Worte unserer Klassiker und ihrer Interpreten berufen konnten – , dass dieser historische Prozess seinen Anfang in den industriell und wirtschaftlich am meisten entwickelten Ländern nehmen werde?

Diese gesamte Problematik gehörte doch zu dem, worüber wir stunden- und nächtelang stritten und diskutierten, wobei wir ganz sicher nicht die einzigen waren, die das taten.

Und in den Köpfen derer, die unter den komplizierten Bedingungen der Illegalität – als man nicht schnell mal zu einem Mitglied des ZK gehen konnte, um sich Rat zu holen – solche Forderungen formulierten und zu einem Aufruf zusammenfügten, gab es natürlich auch Gedanken dieser Art, die nicht ohne Einfluss blieben – ja, nicht ohne Einfluss bleiben konnten! – auf das, was sie formulierten.

Als Krischan bei seiner Vernehmung vor der Gestapo befragt wurde, welchen Charakter denn seine Zusammenkünfte mit Alfred Frank gehabt hätten, antwortete er:

«Ich bestreite nicht, dass die Zusammenkünfte mit Frank primär politischer Natur waren. Bei einem solcher Treffs ... übergab mir Frank in meiner Wohnung das erste Mal eine illegale Flugschrift. Nach meiner Erinnerung handelte es sich um die ‚Plattform‘. Ich habe diese im Beisein von Frank durchgelesen und mit ihm darüber gesprochen. Durch diese Flugschrift wurde mir zum ersten Mal das NKFD ein Begriff. Ich brachte Frank gegenüber zum Ausdruck, dass diese Art der illegalen Arbeit mir in keiner Weise zusage. Mit Rücksicht auf die Weiterentwicklung des Zeitgeschehens müsse nach meiner Meinung in ganz anderer Form gearbeitet werden.

Es sei z.B. zur Zeit nicht möglich, den Staatsapparat mit seiner gegenwärtigen militärischen Macht ohne Weiteres aus den Angeln zu heben.

Es müsse vielmehr abgewartet werden, bis die militärische Macht des ns. Deutschland durch Feindmassnahmen so weit zerbrochen sei, dass damit auch der Machtapparat des Ns. aufgehört habe, zu existieren.»

Mit dieser Antwort hat Krischan etwas getan, was bei seinen Aussagen vor der Gestapo einmalig ist. Er hat eindeutig und klar das ausgesprochen, was seiner eigenen politischen Meinung entsprach, die er so auch in Gesprächen mit mir einige Male vertreten hatte. Sie ging dahin, dass der nazistische Staatsapparat, nachdem die organisierte Arbeiterklasse durch die barbarischen Vernichtungsmethoden der Nazifaschisten praktisch zerschlagen worden war, nicht mehr von innen her gestürzt werden könne; nachdem es soweit gekommen sei, müsse das von aussen geschehen. Die Geschichte hat ihm recht gegeben.

Unwichtig ist, dass Krischan, als er von dem NKFD sprach – ob bewusst oder unbewusst, wissen wir nicht –, auf die falsche Flugschrift verwiesen hat. Denn von dem NKFD war nicht in der «Plattform», sondern erst im «Widerstand» die Rede.

Das Nationalkomitee Freies Deutschland war am 12./13. Juli 1943 gegründet worden. Sein Manifest vom 13. Juli 1943, gerichtet «an die Wehrmacht und an das deutsche Volk», wurde zur entscheidenden Richtlinie für die gesamte antifaschistische Tätigkeit bis zur Zerschlagung des Faschismus. Wann Krischan von beidem, von der Gründung

wie von dem Manifest des NKFD, Kenntnis erhalten hat, war genau nicht mehr festzustellen. Wenn er aber die «Plattform» im Gespräch mit Alfred Frank wirklich so kritisiert hat, wie er es vor der Gestapo erklärte, ist anzunehmen, dass er das Manifest gekannt hat. Denn seine Kritik liegt genau in der Linie des Manifestes, wie übrigens die Flugschrift «Widerstand» auch, jedenfalls wenn man sie mit der «Plattform» vergleicht, in der als eine der Hauptthesen formuliert war: «Im Wege der revolutionären Erhebung muss das deutsche Volk die alten Gewalten stürzen, die kapitalistische Macht niederreißen, mit den Methoden der Vergewaltigung anderer Völker brechen und auf den Fundamenten der Arbeit und des Friedens die *wirkliche sozialistische Ordnung begründen.*»

Das war im Frühjahr 1944 eine unrealistische Forderung. Von ihr war in dem Manifest des NKFD nichts zu finden. In ihm wurden vielmehr die politischen Richtlinien, die auf dem VII. Weltkongress der Komintern aufgestellt worden waren, aufgenommen und weitergeführt. Das wird sichtbar, wenn man dem Satz aus der «Plattform» über die revolutionäre Erhebung als Pflicht des deutschen Volkes den an die «Schaffenden Männer und Frauen in der Heimat» gerichteten Appell des Manifestes gegenüberstellt, denen zugerufen wird: «Ihr seid die Mehrheit! Macht sie zur Stosskraft durch Organisation! ... Leistet Hitler keine Gefolgschaft mehr! Lasst Euch nicht mehr missbrauchen zur Mithilfe an der Verlängerung des Krieges! Kämpft mit allen Mitteln, jeder auf seine Weise, an seinem Platz im gesellschaftlichen, Staats- und Wirtschaftsleben!»

Das war der Aufruf zur Sabotage, gerichtet an alle, wo immer sie auch tätig waren. Ein jeder sollte sich an ihr beteiligen, auf seine Weise, an seinem Platz.

Die Panzergetriebe

Mag Krischan diesen Appell aus dem Manifest des NKFD gehört oder gelesen haben oder nicht – entsprechend gehandelt hat er. Auf ungewöhnliche Weise und mit ungewöhnlicher Auswirkung.

Das gilt es noch zu berichten. Wobei etwas weit auszuholen ist.

Anfang des Jahres 1927 wurde in Hannover die «Deutsche Getriebe GmbH» mit einem Stammkapital von RM 20'000,- gegründet, deren

Gesellschafter ein Herr Schiffer aus Hannover mit einem Geschäftsanteil von RM 9'000,-, der Oberingenieur Otto Mylius aus Hannover mit einem Anteil von RM 2'000,- und Direktor Gustav Köllmann aus Leipzig mit einem Anteil von RM 9'000,- waren. Zum Geschäftsführer wurden die Herren Mylius (der Kopf des Unternehmens) und der Kaufmann Hans Werse bestellt. Gegenstand des Unternehmens war nach der Neufassung des Gesellschaftsvertrages vom 8. September 1952 «der Erwerb und die Verwertung von Patenten sowie die Konstruktion und der Verkauf von Maschinen- Ausrüstungen und Getrieben aller Art sowie aller verwandter Artikel, insbesondere der Schienen-Kraftfahrzeuge bis zum vollständigen Fahrzeug».

Der Sitz des Unternehmens wurde bald nach Berlin verlegt, und im Oktober 1930 übernahm Otto Mylius alle Geschäftsanteile. Als er am 24. Mai 1941 verstarb, trat der frühere Gesellschafter Gustav Köllmann, inzwischen Generaldirektor der Köllmann-Werke AG, an dessen Witwe mit dem Angebot heran, die Geschäftsanteile zu übernehmen. Was ihn dazu veranlasste, ist dem Protokoll einer Aufsichtsratssitzung der Köllmann-Werke zu entnehmen, die am 24. Juli 1941 in Leipzig stattfand. Punkt 6 der Tagesordnung galt der «Begründung betr. Deutsche Getriebe Gesellschaft, Berlin».

Dazu heisst es in dem Protokoll:

«Die DGG in Berlin betreibt ein Konstruktionsbüro und beschäftigt sich in der Hauptsache mit der Konstruktion und Lieferung von Getrieben für Eisenbahnbetriebswagen ... Die Firma ist im In- und Ausland eingeführt und erzielte 1936-1940 folgende Umsätze ..., davon 62% Export. Auftragsbestand RM 4'704 Tausend, davon 80% Wehrmichtsaufträge.

Der alleinige Inhaber ..., Herr Mylius, ist vor Kurzem verstorben. Seine Witwe beabsichtigt, die Anteile im Ganzen zu verkaufen, und fordert für das Stammkapital von RM 59'600,- Reserve RM 113'400,-, also RM 173'000,- Eigenkapital, eine Entschädigung von RM 250'000,-.

Mit Rücksicht auf die langjährigen umfangreichen Getriebelieferungen ... und in Anbetracht dessen, dass die Firma in der Hauptsache Behörden beliefert, hat der Vorstand Interesse am Erwerb der Geschäftsanteile ...

Es wurde beschlossen, der Frage des Erwerbs grundsätzlich näher zu treten und Kaufverhandlungen auf der Basis von RM 100-150'000,- zu führen.»

Die Kaufverhandlungen wurden geführt und endeten am 10. September 1941 mit einem Vertrag, über den die Köllmann-Werke die «Herrn des Aufsichtsrates und des Vorstandes» ihres Unternehmens mit Schreiben vom 29. September 1941 wie folgt unterrichteten:

«Betr. Anteile der Deutschen Getriebe G.m.b.H. (Prot. 24. 7. Ziffer 6) ...

Schliesslich setzen wir Sie noch davon in Kenntnis, dass wir 100% Anteile im Einverständnis mit Herrn Nordmann und Herrn Generaldirektor Köllmann für RM 260'000,- gekauft haben und dass Aussicht besteht, dass wir voraussichtlich bis zu 45% dieser Anteile ohne Verlust weiter veräussern können.

Es wäre uns angenehm, wenn Sie uns Ihre Zustimmung zu dem bereits durchgeführten Kauf und dem beabsichtigten Weiterverkauf dieser Anteile erteilen würden ...»

Nachdem alle Mitglieder des Vorstandes und des Aufsichtsrates schriftlich ihre Zustimmung erteilt hatten, wurden am 24. Oktober 1941 der Rechtsanwalt Paul Nordmann zum Vorsitzenden des Aufsichtsrats der DGG bestellt und zum «weiteren Geschäftsführer» – neben dem verbleibenden Hans Werse – der Assessor Wolfgang Heinze.

In den Monaten Juni bis September 1941 waren die Verhandlungen geführt worden, in deren Ergebnis alle Anteile der Deutschen Getriebe GmbH von den Köllmann-Werken gekauft wurden. Es waren die Monate, in denen sich Entscheidendes in dem von Hitlerdeutschland entfesselten zweiten Weltkrieg ereignete. Mehr als zwei Jahre dieses Krieges waren schon vergangen und hatten der Naziwehrmacht Erfolg über Erfolg gebracht. Mit ihren «Blitzkriegen» hatten sie einen nach dem anderen ihrer europäischen Gegner überrannt. Dabei hatten sie sich vor allem auf die gepanzerten und motorisierten Kräfte gestützt. Diese schienen, so schreibt der Militärhistoriker Gerhard Förster in seinem Buch «Totaler Krieg und Blitzkrieg» (Berlin 1967, S. 148), «dem Wesen der Blitzkriegskonzeption besonders zu entsprechen», weshalb «ihre Entwicklung von den ... Führungsstellen besonders vorangetrieben» wurde. Und in dem von Förster und anderen herausgegebenen Buch «Der zweite Weltkrieg» (Berlin 1972, S. 255) heisst es: «Die faschistischen Führungsorgane hatten in den Panzerdivisionen das wichtigste Mittel der offensiven Kriegsführung gesehen und sie als Elite behandelt und bevorzugt.» Der sowjetische Autor W.D. Mostowenko stellt dazu in seinem Buch «Panzer gestern und heute» (Berlin 1961, S. 8)

fest: «Die damalige Rote Armee traf auf die stärkste Armee der kapitalistischen Welt, auf die Armee des faschistischen Deutschlands, die über eine vollkommene Panzertechnik verfügte als die der Armeen aller übrigen kapitalistischen Länder.»

Hitler wollte auch gegen die Sowjetunion einen solchen Blitzkrieg führen, glaubend, die Überlegenheit seiner Panzerwaffe werde sich auch dort bewähren.

Doch was ereignete sich? Lassen wir hierzu als ersten einen Zeugen besonderer Art sprechen, den Generaloberst Guderian, der später, am 28. Februar 1943, von Hitler zum Generalinspekteur der Panzertruppen – einen Rang und eine Funktion, die es bis dahin nicht gab – ernannt wurde. In seinem Buch «Erinnerungen eines Soldaten», 1951 in Heidelberg erschienen, findet sich der bemerkenswerte Satz: «Der Ende Juni 1941 vor unserer Front auftauchende Panzer T-34 offenbarte uns die russische Neukonstruktion.»

Im «Abriss der Geschichte der Panzerwaffe» (Berlin 1977, S. 177/178) wird das bestätigt: «Das erstmalige Auftauchen der Panzer vom Typ KW und T-34, deren Existenz der deutschen Aufklärung entgangen war, hatte nicht nur bei den deutschen Truppen, die damit Bekanntschaft machten, eine Schockwirkung. Auch die Stäbe mussten konsterniert feststellen, dass sie diesen Panzern nichts Gleichwertiges entgegenzusetzen hatten.»

Darüber wurde, so berichtet Guderian, am 4. August 1941 in einer Lagebesprechung im Hauptquartier der Heeresgruppe Mitte in Nowy Borissow gesprochen, an der ausser Hitler und Guderian unter anderen auch Heusinger teilnahm. Als Guderian dem «Führer» dabei «die starke Überlegenheit der Russen an Panzern» entgegenhielt, soll Hitler der Ausruf entfahren sein: «Wenn ich gewusst hätte, dass die Panzeranzahlen der Russen, die Sie in Ihrem Buch (es geht um das 1937 erschienene Buch Guderians «Achtung Panzer» – *W.W.*) erwähnt haben, tatsächlich stimmen, dann hätte ich – glaube ich – diesen Krieg nicht angefangen.»

Mag Hitler diesen Ausruf, der bei Nehring «Die Geschichte der deutschen Panzerwaffe 1916 bis 1945» (Berlin 1969, S. 242) zitiert ist, wirklich getan haben oder mag es sich um eine Anekdote handeln: Der sowjetische Panzer T-34 war ^{war} ^{en} deutschen Panzern überlegen, als beide 1941 zum ersten Mal aufeinandertrafen, und blieb es bis zum Ende des Krieges.

Viel ist darüber geschrieben worden, von Militärexperten, von Historikern, von Generälen und Politikern, im Osten wie im Westen. Die tref-

fundeste Erklärung hat wohl Mostowenko gegeben, der über die deutschen Panzer, die in den «Blitzkriegsaktionen» der Hitlerwehrmacht vor allem eingesetzt worden waren, Folgendes schrieb: «Diese Panzer waren bereits vom Entwurf her entsprechend der berüchtigten ‚Hauptstrassentaktik‘ für den Einsatz auf guten Strassen und im Sommer bestimmt. Die Bewaffnung aller ... Panzer der Hitlerarmee war auf die Demoralisierung und Aufreibung der lebenden Kraft des Gegners gerichtet. Der Feuergeschwindigkeit wurde grössere Bedeutung beigemessen als der Feuerkraft ... Schwere Panzer waren weder in die Armee eingeführt, noch befanden sie sich in der Produktion ...» (S. 121)

Zu solchen Erkenntnissen kam die militärische Führung der Naziwehrmacht, die so etwas in diesem Krieg zum ersten Mal erlebte, ebenfalls. Dabei ist es für den damaligen Stand ihrer Technik auf diesem Gebiet recht aufschlussreich, dass, wie Guderian ebenfalls berichtet, einige Frontoffiziere auf Grund ihrer Erfahrungen mit den deutschen und den sowjetischen Panzern vorschlugen, «den russischen T-34 nachzubauen, um auf schnellste Art die ausserordentlich unglückliche Lage der deutschen Panzertruppen zu verbessern».

Doch dieser Gedanke fand nach Guderian bei den deutschen Konstrukteuren «keinen Anklang», wofür, wie er schreibt, «wohl weniger die Eitelkeit der Erfinder ausschlaggebend (war) als die Unmöglichkeit, mit der erforderlichen Schnelligkeit wesentliche Bestandteile des T-34, besonders seinen Aluminium-Dieselmotor nachzubauen ...» Und: «Auch in der Legierung des Stahls waren wir durch Rohstoffbeschränkungen den Russen gegenüber benachteiligt ...» (S.253)

Da die Möglichkeit des Nachbaus also ausschied, galt es, einen anderen Weg zu finden. Denn dass es ohne schwere Panzer nicht weitergehen würde, war den entscheidenden Stellen der Naziwehrmacht inzwischen klageworden. Sie hatten auch schon einige entsprechende Entwicklungsaufträge erteilt. Bereits im Juli 1941 – also unmittelbar nach den ersten Erfahrungen im Panzerkrieg mit den sowjetischen Truppen – war die Firma Krupp beauftragt worden, eine ursprünglich als Flak-Kanone gedachte Waffe in eine schwer-kalibrige Panzerkanone umzuarbeiten. Kurze Zeit danach ging an die Firma Henschel & Sohn in Kassel der Auftrag, «für diese Kanone schnellstmöglich einen schweren Panzer zu schaffen».

Für solch einen neuen Panzer musste auch ein neues Getriebe kon-

struiert und gebaut werden. Als der in solchen Dingen auf Grund seiner Erfahrungen aus dem ersten Weltkrieg bewanderte Generaldirektor Gustav Köllmann davon erfuhr, sah er ein lohnendes Geschäft auf sich zukommen, das jedoch noch lohnender werden würde, wenn sein Konzern nicht nur mit dem Bau – der in den Köllmann-Werken selbst erfolgen würde –, sondern auch mit der Konstruktion des neuen Getriebes beauftragt werden würde. Das war offenbar der Grund dafür, dass Köllmann gerade in dieser Zeit die für eine solche konstruktive Arbeit wie geschaffen erscheinende DGG, die er 1927 mitgegründet hatte, für 260'000,-, also weit teurer als vorgesehen, kaufte und seinem Konzern einverleibte.

Zwar dauerte es dann noch einige Zeit, bis am 20. März 1942 die Firma Henschel & Sohn ihren ersten Auftrag zur Lieferung von Turmgetrieben für das sogenannte Tigerprogramm an die Köllmann-Werke vergab. Doch es war ein Auftrag, der, wie Köllmann es erwartet hatte, zu einer Auftragsserie wurde. Dies beweist ein Schreiben der Firma Henschel & Sohn an den Reichsminister für Bewaffnung und Munition vom 13. Oktober 1943, das mit dem Satz beginnt: «Die Köllmann-Werke-AG in Leipzig bauen für uns die Turmantriebe zu sämtlichen Tigerpanzerwagen, welche wir in Auftrag bekommen haben und bekommen werden.»

Konstruktion und Bau dieses Panzers – des Tigers I – liefen offenbar relativ schnell. Bereits am 20. April 1942 wurde der Prototyp vorgeführt, und im August desselben Jahres begann der Serienbau. Noch im Jahr 1942 wurden 83 solche Panzer ausgeliefert; im Jahr 1943 kamen 649 hinzu.

Doch der von der Naziführung erträumte Erfolg blieb aus. Mostowenko schrieb dazu: «Die ersten Gefechtsberührungen mit dem Panzer VI (Tiger I) erfolgten im Februar 1943 an der Leningrader Front ... In der Schlacht bei Kursk fanden in ihrem Umfang noch nie dagewesene Panzerkämpfe statt, bei denen Tausende von gegnerischen Panzern vernichtet wurden. Unter diesen befanden sich die neuen schweren Panzer ...» (S. 134)

Anscheinend hatte man die Mängel des Tiger I auch bei den massgeblichen Stellen der Hitlerwehrmacht erkannt. Denn schon seit Herbst 1942 lief ein Entwicklungsauftrag für den Tiger II. Wieder war die Firma Henschel & Sohn der mit dem Bau des Panzers beauftragte Betrieb, und wieder erhielten die Köllmann-Werke den Auftrag zur Konstruktion und zum Bau der Turmantriebe.

Genauere Daten für diese Aufträge waren nicht mehr feststellbar. Doch müssen sie im frühen Herbst 1942 erteilt worden sein, denn bereits am 6. Oktober 1942 wandten sich die Köllmann-Werke mit einem Schreiben an die Firma Henschel & Sohn, in dem es hiess: «... Wir bemerken dazu, dass die Annahme der Aufträge für die Turmantriebe unter der Voraussetzung erfolgte, dass uns die in Frage stehende Maschine, wie ursprünglich zugesagt, im Oktober geliefert würde ...»

Die Korrespondenz der beiden Betriebe über diese und andere von den Köllmann-Werken dringend benötigte Maschinen zog sich über Monate hin. Erst am 16. April 1943 konnte die Firma Henschel & Sohn den Köllmann-Werken mitteilen, dass die letzte dieser Maschinen «auf Grund einer Anweisung des OKH ... sofort zugestellt» würde.

Das war für die Bereitstellung von Maschinen für die Produktion eines so dringend benötigten Getriebes sicher eine recht lange Zeit. Doch auch wenn die Maschinen früher gekommen wären, hätten die Köllmann-Werke nicht mit ihrer Arbeit beginnen können, weil die Deutsche Getriebe GmbH die Konstruktionsarbeiten noch nicht abgeschlossen hatte.

Allen, die etwas mit diesen Aufträgen zu tun hatten, war klar, dass sie nicht nur – wie vieles andere auch – kriegswichtig waren, sondern dass sie von kriegsentscheidender Bedeutung werden konnten. Woraus folgte, dass die von ihnen zu leistenden Arbeiten in möglichst guter Qualität und in möglichst kurzer Zeit erbracht werden mussten, wenn erreicht werden sollte, was von der Führung der Naziwehrmacht und vor allem von dem «Führer» persönlich erwartet wurde: der dem T-34 überlegene deutsche Panzer.

Daraus die richtigen Schlüsse für die Organisation und die Kontrolle dieser Arbeiten zu ziehen, war in erster Linie die Aufgabe dessen, der die Hauptverantwortung für die Arbeiten trug. Und das war – sowohl in den Köllmann-Werken wie in der Deutschen Getriebe GmbH – Wolfgang Heinze. Dafür liegen schriftliche Belege beider Betriebe gerade aus dieser Zeit vor.

Da Wolfgang Heinze 1911 geboren war, gehörte er zu einem der Jahrgänge, von denen der weitaus grösste Teil zur Wehrmacht einberufen war. Deshalb musste für ihn von Zeit zu Zeit ein UK-Antrag gestellt werden. Die Hauptbegründung für einen solchen UK-Antrag der Köllmann-Werke vom 16. Dezember 1943 lautete:

«... Ausserdem ist H. Geschäftsführer unserer Konzernfirma Deutsche Getriebe GmbH, Berlin und Führer von Verhandlungen für einen von Wa

Prüf 6 (Guderian) erteilten Entwicklungsauftrag für ein neues Getriebe zu einem Panzerwagen, der geeignet ist, den T-34 zu überflügeln. Für die weitere Entwicklung dieses hochwertigen und vordringlichen Auftrages ist H. unbedingt erforderlich. Wir bitten höflichst um Genehmigung unseres Antrages und befürwortende Weitergabe an das zuständige WBK.»

Die Deutsche Getriebe GmbH wandte sich am 20. Dezember 1943 mit dem gleichen Anliegen direkt an den «Herrn Inspekteur der Panzertruppen», also an Guderian, und schrieb:

«Nach Abschluss der konstruktiven Entwicklung des uns von dort erteilten Auftrages auf:

Konstruktive Entwicklung und Fertigung von Wechselgetrieben mit Einbauteilen und Steuerungsorganen zum Einbau in Panzerkraftwagen haben wir nunmehr den Auftrag auf Fertigung dieser Aggregate den Köllmann-Werken Akt. Ges. in Leipzig, zu deren Konzern wir gehören, erteilt.

Die Auftragserteilung erfolgte seinerzeit nach eingehenden Besprechungen mit Herrn Heinze von den Köllmann-Werken in Leipzig, der gleichzeitig auch Geschäftsführer der Deutschen Getriebe GmbH ist.

Da Herr Heinze über alle Einzelheiten der Konstruktion und alle technischen Einzelheiten, die bei der Fertigung zu beachten sind, unterrichtet ist, halten wir seine Anwesenheit bei den Köllmann-Werken in Leipzig zur Überwachung der Fertigung und für die Einhaltung der zugesagten Lieferung für dringend erforderlich. Da die UK-Stellung des Herrn Heinze zur Zeit in Leipzig gefährdet ist, bitten wir deshalb, die weitere UK-Stellung von dort aus dringend zu befürworten.»

Noch am selben Tag wurde auf diesem Schreiben vermerkt:

«Inspekteur der Panzertruppen

Berlin, den 20.12.43

Insp. d. Pz. Tr. befürwortet die weitere UK-Stellung des Herrn Heinze auf Grund der bes. Dringlichkeit des o. a. Auftrages

Der Chef des Stabes i. A.
Schmidgen Oberstleutnant»

A b s c h r i f t

DGG. Deutsche Getriebe G.m.b.H. Berlin W 62
Budapester Straße 16/18
Telegramm-Adresse: Myliusgetriebe Berlin
Telefon: Berlin 25 02 24.

An den

Herrn Inspekteur der Panzertruppen
O.K.H. In. 6

Berlin-Wilmersdorf
Fehrbelliner Platz 4

Uk./GU/M

20.12.1943.

Nach Abschluß der konstruktiven Entwicklung des von uns dort erteilten Auftrages auf:

konstruktive Entwicklung und Fertigung von
Wechselgetrieben mit Einbauteilen und Steuerungsorganen
zum Einbau in Panzerkampfwagen,

haben wir nunmehr den Auftrag auf Fertigung dieser Aggregate den Köllmann-Werken A.G. in Leipzig, zu deren Konzern wir gehören, erteilt. Die Auftragserteilung erfolgte seinerzeit nach eingehenden Besprechungen mit Herrn Heinze von den Köllmann-Werken in Leipzig, der gleichzeitig auch Geschäftsführer der Deutschen Getriebe GmbH. ist.

Da Herr Heinze über alle Einzelheiten der Konstruktion und alle technischen Einzelheiten, die bei der Fertigung zu beachten sind, unterrichtet ist, halten wir seine Anwesenheit bei den Köllmann-Werken in Leipzig zur Überwachung der Fertigung und für die Einhaltung der zugesagten Lieferung für dringend erforderlich. Da die Uk-Stellung des Herrn Heinze zur Zeit in Leipzig gefährdet ist, bitten wir deshalb, die weitere Uk-Stellung von dort aus dringend zu befürworten.

Deutsche Getriebe GmbH.

Unterschrift

Inspekteur der Panzertruppen

Berlin, den 20.12.43

Insp.d.Pz.Tr. befürwortet die weitere Uk-Stellung des Herrn Heinze aufgrund des bes.Dringlichkeit des o.s.Auftrages.

Der Chef des Stabes

I.A. Schmigen

Oberstleutnant

Vom Dezember 1943 stammen diese beiden Schreiben. Ein Jahr und drei bis vier Monate vorher hatte die DGG ihren Konstruktionsauftrag für den Turmantrieb des Tiger II erhalten. Und als der UK-Antrag am 20. Dezember 1943 geschrieben wurde, hatte sie ihre Konstruktionsarbeiten gerade abgeschlossen. Denn in dem Antrag heisst es: «Nach Abschluss der konstruktiven Entwicklung ... haben wir *nunmehr* den Auftrag ... den Köllmann-Werken ... erteilt.»

Für einen auf diesem Gebiet nicht Kundigen ist es schwer, zu beurteilen, ob 15 bis 16 Monate eine normale oder eine lange oder gar eine viel zu lange Zeit für eine solche konstruktive Entwicklung sind. Da Wolfgang Heinze zwar, wie aus den UK-Anträgen zu entnehmen ist, sehr genau über «alle Einzelheiten der Konstruktion» unterrichtet, aber eben doch kein Fachmann auf diesem technischen Gebiet war, ist das sicher auch für ihn eine schwer zu beantwortende Frage gewesen.

Doch ist anzunehmen, dass ihm das gar nicht unsympathisch war. Denn notfalls – wenn man ihm insoweit Vorwürfe machen sollte – hätte er sich auf diese mangelnde Fachkenntnis berufen können.

Mit einem Vorwurf dieser Art musste er beispielsweise rechnen, als eines Tages der Inspekteur der Panzerwaffen, Generaloberst Guderian, höchstpersönlich in der Budapester-Strasse in Berlin, wo die DGG ihren Sitz hatte, erschien und ziemlich lautstark zum Ausdruck brachte, dass ihm die Entwicklungsarbeiten zu lange dauerten – wobei er sicher nicht wusste, dass die UK-Stellung des Hauptverantwortlichen für diese Arbeiten hauptsächlich der Befürwortung seiner Dienststelle zu danken war. Der Krach mit dem obersten Panzerchef hatte sich auch in den Köllmann-Werken in Leipzig herumgesprochen. Das berichteten einige Mitarbeiter nach 1945. Doch Einzelheiten waren nicht bekannt geworden.

Auch Feh kann sich nur daran erinnern, dass Krischan ihr einmal, als er von einer Fahrt nach Berlin zurückgekommen war, etwas Derartiges erzählt hat. «So etwas geht eben nicht schneller», sei dem Herrn General geantwortet worden, als er sehr eindringlich und sehr wenig freundlich nach dem Stand der Dinge gefragt habe. Krischan habe dann zu ihr mit einem vielsagenden Lächeln noch gesagt: «Die können lange warten. Wir beeilen uns nicht.»

Ende 1943 war der Auftrag zum Bau der Turmantriebe von der DGG an die Köllmann-Werke gegangen. Ende 1945 war aber auch die Zeit, in der Leipzig von Luftangriffen besonders heimgesucht wurde. Heinzes verloren damals ihre Wohnung in der Kochstrasse, in der ich so manches

Mal mit ihnen zusammengesessen hatte. Auch die Köllmann-Werke wurden getroffen. Die dort angerichteten Schäden waren so schwer, dass Teile der Produktion verlagert werden mussten, und zwar nach Hartha, in den Textilbetrieb, mit dem schon im Oktober 1943 für alle Fälle ein entsprechender Vertrag abgeschlossen worden war.

In der Aufsichtsratssitzung der Köllmann-Werke vom 12. Oktober 1943, in der der Vorsitzende des Aufsichtsrates dies bekanntgab, wurde zugleich von der Absicht des Vorstandes berichtet, «nach Hartha die Fabrikation von Turmantrieben für Tiger zu verlegen». Dazu hiess es in dem Protokoll: «Das bis jetzt in Leipzig hergestellte Modell läuft im Februar 1944 aus, das dann einsetzende neue Modell soll in Hartha hergestellt werden – soweit Raum vorhanden ist, soll noch eine Anzahl anderer Maschinen mit nach Hartha verlagert werden.»

Von dem *dann* einsetzenden Modell sprach man, was bedeutete, dass man für die gesamte Umstellung – den Auslauf der alten und Anlauf der neuen Produktion – die Zeit bis Ende Februar 1944 einkalkuliert hatte. Dabei war man allerdings davon ausgegangen, dass beides parallel lief, was möglich war, solange das eine in Leipzig und das andere in Hartha geschah.

Nach dem Bombenschaden mussten beide Produktionen an einem Ort, nämlich in Hartha, organisiert werden. Da galt es, neue Überlegungen anzustellen und dabei vor allem zu beachten, dass die Arbeitsbedingungen in Hartha noch gänzlich unbekannt waren und dass die Verlagerung von Produktionen eine Reihe von unvermeidbaren Schwierigkeiten mit sich bringen würde.

Mit dieser Situation hatte Wolfgang Heinze als der Hauptverantwortliche für diesen ganzen Komplex fertig zu werden. Wie er daranging, hing wesentlich davon ab, was er erreichen wollte. Wollte er die Turmantriebe für den Tiger II möglichst schnell bereitstellen, so musste er alles daran setzen, die vorgesehenen Termine trotz aller Schwierigkeiten einzuhalten. Sah er hingegen hier eine willkommene Gelegenheit, den Zeitpunkt ihrer Bereitstellung hinauszuschieben, so musste er all diese Schwierigkeiten in den Vordergrund rücken und dafür nutzen, die Termine nicht einzuhalten.

Wolfgang Heinze wählte den zweiten Weg. Zu genau wusste er, welches Gewicht die nazistische Armeeführung und der Führer persönlich auf den schnellstmöglichen Einsatz des Tiger II legten. Hofften sie doch, dieser würde dem sowjetischen T-34 nicht nur standhalten, sondern ihn

«überflügeln». Doch ganz unabhängig davon, ob diesem neuen Panzer der Naziwehrmacht das gelingen würde oder nicht, war jeder Tag, den er später zum Einsatz kam, ein Gewinn für die andere Seite, deren Ziel die Zerschlagung der Naziwehrmacht und damit des deutschen Faschismus war. Dass die Erreichung dieses Zieles nur noch eine Frage der Zeit war, wusste Wolfgang Heinze. Damit wusste er auch, wie wichtig es war, diese Zeit zu verkürzen. Und dazu konnte er einen Beitrag leisten, wenn er die Bereitstellung der Turmantriebe für den Tiger II und damit dessen Einsatz verzögern half. Gelang ihm dies, so hatte er das getan, wozu das NKFD in seinem Manifest alle Deutschen aufgerufen hatte, dazu nämlich, dass ein jeder auf seine Weise und an seinem Platz mit allen Mitteln seinen Kampf gegen das Hitlerregime und dessen Krieg führen solle.

Über seine Möglichkeiten, im Stadium der Entwicklungsarbeiten für den neuen Turmantrieb in diesem Sinne wirksam zu werden, wurde schon gesprochen. Im Stadium der Produktion lagen die Dinge in vielerlei Beziehung anders. Auf der einen Seite war es riskanter. Einmal deshalb, weil das, was jetzt geschah oder nicht geschah, ohne Schwierigkeiten zu kontrollieren war. Zum anderen, weil an den Arbeiten viel mehr Menschen beteiligt waren. Und schliesslich, weil man jetzt, wo die Produktion laufen sollte, sowohl bei Henschel & Sohn wie bei den militärischen Kontrollstellen auf Lieferung wartete.

Auf der anderen Seite waren die Umstände aber auch günstiger als vorher. Da war einmal die Verwirrung, die ein Bombenangriff auslöst, der sowohl in den Wohnungen wie in den Arbeitsstätten der Betroffenen Schaden angerichtet hat. Dazu kam die schon erwähnte teilweise Betriebsverlagerung, deren Auswirkungen durch die mit ihr verbundene Produktionsumstellung noch verstärkt wurden. Und nicht zu unterschätzen war der immer spürbarer werdende innere Widerstand auch derer, die es nicht geschafft hatten, den Schritt zum aktiven Widerstand zu tun oder dazu ungeeignet waren, die aber jetzt durchaus bereit waren, sich an einer Sabotage durch Nichtstun – eine Form, die zuweilen sehr wirksam sein kann! – zu beteiligen.

Was Krischan dann tat, entsprach genau dem, was er so vielsagend in dem einen Satz angedeutet hatte: «Die können lange warten. Wir beeilen uns nicht.» Denn in dem Negativum «Wir beeilen uns nicht» lag bei einem Menschen wie Krischan für den Fall, dass bestimmte Voraussetzun-

K. S. L. I. M. A. N. N. - W. E. R. K. E.
Aktiengesellschaft
Leipzig 05.
Fergauer Straße 74-80

An das

Rüstungskommando Leipzig des
Reichministers f. Rüstung und
Kriegsproduktion

Markkleeberg b. Leipzig

Betr.: 32 III - Aktion.

Antrag auf Austausch.

Das Gefolgschaftsmitglied

Name, Vorname: Heinze, Wolfgang

Geb.-Dat.: 28.1.11

Beschäftigt in Fertigung: -

Zuletzt ausgeübte Tätigkeit: Leiter in der Verwaltung.

Fählichkeitsgrad: Ers. Res. I kv

Zust.-Arb.-Amt: Leipzig

Zust. WK: Leipzig I

Betreuende Dienststelle: Rüstungskommando Leipzig,

hatten wir zur Einberufung für die III. Rate Ende Januar 1944 gemeldet.
Laut untenstehender Begründung bitten wir um Freistellung des Vergewaltigten.

Als Ersts geben wir Ihnen das nachstehend aufgeführte Gfa. an:

Name, Vorname: Händke, Friedrich Karl

Geb.-Dat.: 28.4.08

Beschäftigt in Fertigung: Luftwaffe u. K. Fine

Zuletzt ausgeübte Tätigkeit: Härterearbeiter

Fählichkeitsgrad: Ers. Res. I kv

Zust. Arb. Amt: Leipzig

Zust. WK: Leipzig I

Betreuende Dienststelle: Rüstungskommando Leipzig.

Begründung: Heinze ist Direktor in der Verwaltung. Durch die von Reichminister f. Bewaffnung u. Munition (Rüstungsamt) in Berlin angeordnete Verlagerung zur Firma Richard Möbius in Hartha ist H. s. St. unentbehrlich für Arbeitseinsatzfragen und Verhandlungen mit Behörden und Dienststellen. Ausserdem ist H. Geschäftsführer unserer Konzernfirmen Deutsche Getriebe S. m. b. H. Berlin und Führer von Verhandlungen für einen von H. Präf 6 (Gaderian) erteilten Entwicklungsauftrag auf ein neues Getriebe zu einem Panzerwagen, der geeignet ist, den T 34 zu überflügeln. Für die weitere Entwicklung dieses hochwichtigen und verdringlichen Auftrages ist H. unbedingt erforderlich.

Wir bitten höflichst um Genehmigung unseres Antrages und befristete Weitergabe an das zuständige WK.

Leipzig, den 16. Dezember 1943

K. S. L. I. M. A. N. N. - W. E. R. K. E.
Aktiengesellschaft

gen gegeben waren, zugleich das Positivum «Wir verlangsamen, wo wir es vermögen» oder – für den hier zur Rede stehenden Fall richtiger «Ich verlangsame, wo ich es vermag.» Denn über diesen Teil seiner Widerstandsarbeit hat Krischan mit niemandem gesprochen. Er wusste, was er da tat und welchen Einsatz er wagte. Er hat es allein auf sich genommen. Er hat niemanden damit belastet.

Nur einer von den «Zeugen aus der Zeit» hat überhaupt etwas zu diesem Komplex gesagt, nämlich der schon erwähnte Fritz Beier. Er hatte zu denen gehört, die im Zusammenhang mit der Verlagerung eines Teiles der Köllmann-Produktionen nach Hartha dorthin versetzt worden waren, und hatte bereits vorher erfahren, dass in Hartha nicht mehr die alten, sondern neue Turmantriebe gebaut werden sollten. Er wusste auch den Grund: Die alten seien zu «stossanfällig» gewesen, was bedeutete, dass, wie er es formulierte, «selbst das Geschoss eines schweren Maschinengewehres auf den Turm dieses Getriebe beschädigen» konnte. «Ich war mehr als erstaunt», erklärte er, «dass wir in Hartha die Serie von (alten – W.W.) Getrieben für den Panzerturm des Tigerpanzers weiter produzierten.»

Aus seiner Sicht produzierten sie damit Ausschuss. Er fragte deshalb Wolfgang Heinze, der alle zwei Wochen nach Hartha kam, «was denn mit diesem ‚Ausschuss‘ werden sollte». Die Antwort war: «Heben Sie ruhig den Ausschuss mit auf, den können wir noch gebrauchen.»

Anfang Mai 1944 wurde Fritz Beier in Hartha zur Polizei bestellt und befragt, warum keine von den wichtigen Getrieben für den Panzerbau aus dem Werk kämen. Er antwortete, dass es üblich sei, solche Getriebe erst dann auszuliefern, wenn die gesamte Kommission abgeschlossen sei. Als er das Wolfgang Heinze bei seinem nächsten Besuch in Hartha berichtete, ging dieser sofort zu der dortigen Polizeistelle und bestätigte, was Fritz Beier erklärt hatte.

Diesem war die Sache aber schon nicht mehr geheuer. «Mir wurde von diesem Zeitpunkt an offensichtlich», erinnerte er sich später, «dass mit der Produktion dieser Getriebe irgendetwas nicht in Ordnung sei und dass offensichtlich die Produktion der neuen Getriebe sabotiert werde.» Im Oktober 1944, also zwei Monate nach der Verhaftung Wolfgang Heinzes, bestätigte sich seine Vermutung: Die «alten» Getriebe, die in Hartha

produziert worden waren, wurden von einem Altwarenhändler abgeholt, in Loren verladen und in einem Hochofen eingeschmolzen.

Später berichtete man Fritz Beier noch, dass Wolfgang Heinze in einer Direktionssitzung die weitere Produktion der alten Getriebe damit begründet hätte, dass sie einen weit höheren Profit brächte als die Produktion der neuen. Das habe die Direktionsmitglieder überzeugt, und sie hätten zugestimmt. Da ein Protokoll über eine solche Direktionssitzung in den Archiven nicht zu finden war, lässt sich ein direkter Beweis für einen solchen Beschluss nicht führen. Das ist aber auch nicht das Wichtige in der Aussage von Fritz Beier. Viel wichtiger ist, dass aus ihr zu entnehmen ist, dass im Mai 1944 noch immer nicht mit dem Bau der neuen Turmantriebe begonnen worden war. Wieder waren also zwei bis drei Monate ins Land gegangen, ohne dass die Köllmann-Werke etwas für den Tiger II getan hatten.

Darüber, was dann in den Monaten Juni und Juli 1944 geschehen ist, gibt es keine zuverlässigen Berichte. Ein Ingenieur, der damals bei der DGG arbeitete und mit dem ich über diese Frage gesprochen habe, meinte zwar, von den bei der DGG entwickelten Turmantrieben dieser Art sei überhaupt keiner mehr gebaut worden. Doch hat hier wahrscheinlich – was in dieser Zeit nicht verwunderlich war – der Informationsdienst von Hartha nach Berlin versagt. Denn aus einer – wegen ihrer Zeit seltsam anmutenden – Korrespondenz zwischen den Köllmann-Werken und der Firma Henschel & Sohn ergibt sich das Gegenteil. Mit ihrem Schreiben vom 30. September 1945 übersandten die Köllmann-Werken nämlich der Firma Henschel & Sohn eine Aufstellung der von ihnen nicht mehr erledigten Aufträge mit der bemerkenswerten Mitteilung: «Mit dem Tage der Besetzung unserer Stadt durch amerikanische Truppen haben wir die Fabrikation der uns von Ihnen in Auftrag gegebenen Turmantriebe ... und Ersatzteile eingestellt.» Die Aufträge datierten, soweit sie die Turmantriebe selbst betrafen, vom 28. Februar und vom 5. August 1944. Am 28. Februar waren 221 und am 5. August 1286 solcher Getriebe bestellt worden.

Was besagen die Daten und Ziffern dieses Schreibens?

Zunächst: Die Korrespondenz zwischen den ehemaligen Rüstungsbetrieben Köllmann und Henschel, die sich auf eindeutige Rüstungsaufträge für den Hitlerkrieg bezog und bei der es im Grunde nur darum ging, wer denn nun den Schaden tragen sollte, der durch die Niederlage des faschistischen deutschen Staates in dem von ihm entfesselten Krieg ent-

Köllmann Werke AG



ZAHNRÄDER-SCHNEIDRÄDER-FRÄSER-GETRIEBE-MASCHINEN

LEIPZIG O 5

PERNEUF. 44041
HAUSAPPARAT

TEXTIL- u. s. w.
KOLLMANNWERKE

FABRIKANLAGE,
VORGAUSE STR. 70-80

SANZERNROUPE

POSTSTAMP

RECHENUNG LEIPZIG

STAMP 2047

BIBLIOTHEK

22 NOV. 1944

Blatt:

Herrn
Rechtsanwalt
Wolfgang Weiss
(1) Berlin-W 15
Maineckstrasse 20

IHRE ZEICHEN

/./

IHRE NACHRICHT VOM

/./

UNSER ZEICHEN

Bt/Ro

LEIPZIG O 5

20. November 1944.

Inter. Deutsches Getriebe

Die Deutsche Getriebe GmbH., Berlin - SW 60, Ritterstr. 85, deren Geschäftsführer Herr H e i n z e war, bat uns heute fernmündlich, Ihnen Unterlagen zu übermitteln, aus denen die Tätigkeit des Herrn H. für diese Gesellschaft hervorgeht.

Anlässlich eines Uk-Antrages für H., den wir am 16.12.43 an das Rüstungskommando Leipzig richteten, hiess es wie folgt:

" Ausserdem ist H. Geschäftsführer unserer Konzernfirma Deutsche Getriebe GmbH, Berlin, und Führer von Verhandlungen für einen von Wa Prüf 6 (Guderian) erteilten Entwicklungsauftrag für ein neues Getriebe zu einem Panzerwagen, der geeignet ist, den T 34 zu überflügeln. Für die weitere Entwicklung dieses hochwichtigen und vordringlichen Auftrages ist H. unbedingt erforderlich.
Wir bitten höflichst um Genehmigung unseres Antrages und beauftragende Weitergabe an das zuständige WSK. "

Zur weiteren Begründung unseres Antrages übersandte uns die Deutsche Getriebe GmbH in diesem Zusammenhang ein Schreiben mit Datum vom 20.12.1943, dass wir Ihnen in der Anlage ebenfalls zur Kenntnisnahme überreichen.

1 Anlage.

Heil Hitler !

Köllmann Werke
Aktien-Gesellschaft

Wolfgang Weiss



Vertrieb des Autogramms: Paul Meißner
Karl-Marx-Platz, Leipzig
- Reichsstadt
- des Postamt

110 2/1672 6

standen war, begann mehr als fünf Monate nach der Kapitulation und zog sich über Monate hin.

Sodann: Die Besetzung Leipzigs durch die amerikanischen Truppen erfolgte in der Zeit vom 16. bis 19. April 1945. Bis dahin also hatten die Köllmann-Werke – in denen ja kein Wolfgang Heinze mehr wirksam werden konnte – Turmantriebe für den Tiger II gebaut.

Weiter: Da die ersten Aufträge der Firma Henschel an die Köllmann-Werke im Herbst 1942 erteilt wurden, in der Aufstellung der unerledigten Aufträge aber nur die erscheinen, die am 28. Februar und am 5. August 1944 erteilt worden waren, müssen die vor dem 28. Februar 1944 erteilten Aufträge bezahlt, also auch ausgeführt worden sein.

Und schliesslich: Da zwischen dem 28. Februar 1944, an dem nur 221 Turmantriebe bestellt wurden, und dem 5. August desselben Jahres, an dem eine Bestellung über immerhin 1'286 solcher Getriebe erfolgte, keine Bestellungen an die Köllmann-Werke gegangen waren, musste zumindest ein Teil der Bestellungen vom Februar inzwischen erledigt, das heisst, es musste eine Reihe solcher Turmantriebe gebaut worden sein. Da dies aber bis zum Mai 1944 – wie Fritz Beier berichtet – nicht geschehen war, kann davon ausgegangen werden, dass die ersten dieser Turmantriebe erst im Juni oder Juli 1944 gebaut worden sind. Das entspricht auch einer «Statistik der Panzerproduktion 1939/44», die in dem Buch «Die deutschen Panzer 1926-1945» der Autoren von Senger und Ettorelin (2. Auflage, München 1965, S. 342) nachzulesen ist und in der der Tiger II erstmals im Jahre 1944 erscheint. Und es findet seine Bestätigung in dem, was der sowjetische Autor Mostowenko (auf S. 142-144 seines schon zitierten Buches) schreibt, dass es nämlich noch im Jahre 1944 zum Einsatz der Panzer des Typs Tiger II gekommen sei – allerdings wieder ohne den von der Naziführung erhofften Erfolg. Denn, so heisst es bei Mostowenko, «die bei der faschistischen Armee durchgeführte Umbewaffnung der Panzer erreichte ihren Zweck nicht, da die sowjetischen Panzer hinsichtlich aller Kampfeigenschaften überlegen blieben ... Bei den Endkämpfen des ... Krieges bewiesen die sowjetischen Panzer noch einmal ihre Überlegenheit ...»

Gebaut und zum Einsatz gebracht wurden nur sehr wenige Panzer vom Typ Tiger II: 577 im Jahr 1944 und 107 in den vier Monaten des letzten Kriegsjahres. Das waren Zahlen, die im Vergleich zu anderen Panzerproduktionen kaum des Erwähnens wert sind. Denn für die Nazi-

wehrmacht waren, in diesen beiden Jahren ausser den Panzern dieses Typs immerhin 7'524 andere Panzer produziert worden. Und die sowjetische Industrie, die nach dem Überfall der faschistischen Truppen grösstenteils in die weit entfernten Ostgebiete hatte verlagert und dort neu aufgebaut werden mussten, stellte der Roten Armee in den Jahren 1944 und 1945 insgesamt 41'800 Panzer zur Verfügung.

Kriegsentscheidend, wie es Hitler und seine militärische Führung gehofft hatten, konnten die Tiger II also weder von der Qualität noch von der Quantität her werden. Trotzdem bedeuteten ihr verspäteter Einsatz und ihre geringe Anzahl für die faschistische Wehrmacht einen Nachteil und waren damit für die Rote Armee von Nutzen.

Als Wolfgang Heinze am 3. August 1944 verhaftet wurde, konnte er das im Einzelnen nicht wissen und überblicken. Aber er konnte sich sagen, dass er seinen Teil dazu beigetragen hatte, dass der Tiger II, der den sowjetischen T-34 «überflügeln» sollte und auf den Hitler und seine Wehrmachtsführung alle Hoffnungen gesetzt hatten, erst sehr spät und nur in sehr geringer Zahl geliefert und zum Einsatz gebracht werden würde. Und er konnte sich weiter sagen, dass mit dem, was er da getan hatte, niemand würde belastet werden können, weil niemand etwas davon erfahren hatte. Demzufolge wusste auch die Gestapo nichts davon, und es konnte weder in die Anklageschrift aufgenommen noch zur Begründung des Todesurteils herangezogen werden.

Doch – hier bestätigte sich, was ich vermutet hatte – den Volksgerichtshof interessierte es nicht, was die vor seinen Schranken stehenden Männer und Frauen ausser dem, was sie vor der Gestapo zu Protokoll gegeben hatten, noch getan hatten. Deshalb stellten die Richter, die das Urteil zu sprechen hatten, auch keine darüber hinausgehenden Fragen, sondern ergingen sich stattdessen in masslosen und unwürdigen Beschimpfungen der Angeklagten.

Das führte dazu, dass sich diese sehr bald so verhielten, wie es der Verteidigungsstrategie entsprach, die Krischan und ich für ihn festgelegt

hatten. Sie bestätigten, was sie bei ihren Vernehmungen vor der Gestapo zugegeben hatten – natürlich ohne dass zur Sprache kam, wie die Aussagen zustande gekommen waren – und blieben die aufrechten Menschen, als die sie sich vorher in ihrem Widerstandskampf bewährt hatten. Und nicht einer machte auch nur den Versuch, etwas, was ihm zur Last gelegt wurde, auf einen anderen abzuwälzen.

Dass sich die besondere Wut der Richter gegen Wolfgang Heinze als einen Menschen richtete, der Direktor in einem Rüstungsbetrieb und zugleich Gesinnungsgenosse von Kommunisten gewesen war, wurde schon berichtet. Abgesehen davon, dass diese Richter nicht wussten, was er wirklich geleistet hatte, überstieg es sicher ihr Vorstellungsvermögen, zu verstehen, was für ein Mensch da vor ihnen stand. Was gerade er durch seine von Anfang an geschickte und durchüberlegte Art und Weise, auf die Fragen der Vernehmer zu antworten, vor der Gestapo geheimgehalten, wie viele Menschen er dadurch vor der Verhaftung und all dem, was darauf folgte oder jedenfalls folgen konnte, bewahrt hat, ist mir jetzt erst, bei der Durcharbeitung des gesamten Materials, klargeworden. Damals wusste auch ich es nicht. Er aber wusste es. Und ich meine, dass er gerade deshalb so stark und seinen Henkern gegenüber so souverän war.

Vielleicht haben diese sogar etwas von dieser ungebrochenen Kraft und diesem inneren Stolz, die er ausstrahlte, gespürt. Ich kannte den Blick, mit dem er die, die sich seine Richter nannten, betrachtete. Mit ihm konnte er einem Gegner gegenüber seine Überlegenheit in einer Weise zum Ausdruck bringen, die diesem keine andere Möglichkeit der Erwiderung liess, als zu schweigen oder zu brüllen. Der Stellvertreter des Vorsitzenden des Volksgerichtshofes, Dr. Cronhe, brüllte ihn an, als er ihn sah und hörte.

Soll ich von meinen Bemühungen sprechen, in der Hauptverhandlung etwas für meinen Mandanten zu erreichen? Oder von dem, was ich im Plädoyer gesagt habe? Meine handschriftlichen Notizen darüber befinden sich noch in meinen Akten. Ihr Inhalt ist in dem, was ich hier berichtet habe, enthalten und verarbeitet. Sicher habe ich mich damals vor dem obersten und schändlichsten Gericht des Nazistaates anders ausgedrückt – aber der Sache nach habe ich so argumentiert, wie ich es hier versucht habe, zu erklären, wenn ich von unserer Verteidigungsstrategie sprach. Wozu es also wiederholen? Zumal meine Befürchtung richtig gewesen war: Krischan vor dem Todesurteil zu bewahren war unmög-

wegen Vorbereitung zum Hochverrat u.ä.
hat der Volksgerichtshof, 2. Senat, auf Grund der Hauptverhandlung vom 24. November 1944, an welcher teilgenommen haben als Richter:

Vizepräsident des VGH. Dr. Crohne, Vorsitz,
Oberlandesgerichtsrat Dr. Großpietsch,
SA-Brigadeführer Liebel,
Polizeipräsident von Grolmann,
Oberbereichsleiter Lammel,

als Vertreter des Oberreichsanwalts:
Oberlandesgerichtsrat Dr. Drullmann,
für Recht erkannt:

I.

Die Angeklagten Wolfgang Heinke und Richard Lehmann haben sich in den Jahren 1943/1944 in Leipzig in den Dienst einer auf der Grundlage des vom Auslande geleiteten "Nationalkomitee Freies Deutschland" aufgebauten kommunistischen Organisation gestellt, an der Verwirklichung ihrer Ziele durch eigene Ratschläge, Werbung und Weitergabe von Flugblättern mitgearbeitet und Feindsendungen abgehört; Lehmann hat diese auch weiter verbreitet. Sie werden deshalb wegen Wehrkraftzersetzung, Feindbegünstigung und Vorbereitung zum Hochverrat zum

T o d e

und dauernden Ehrverlust verurteilt.

II.

Die Angeklagte Georgi hat an der Verwirklichung dieser Ziele in geringerem Umfange mitgewirkt. Sie wird deshalb wegen Feindbegünstigung und Vorbereitung zum Hochverrat zu acht Jahren Zuchthaus und acht Jahren Ehrverlust verurteilt.

III.

Die Angeklagte Erna Lehmann hat die hochverräterischen kommunistischen Umtriebe durch die Beherbergung eines flüchtigen kommunistischen Funktionärs unterstützt. Sie wird daher wegen Beihilfe zur Feindbegünstigung und Vorbereitung zum Hochverrat zu drei Jahren Zuchthaus und drei Jahren Ehrverlust verurteilt.

Aus dem Urteil des Volksgerichtshofes

lich. Und wie die faschistischen Instanzen auf mein Verhalten als Verteidiger reagiert haben, ist nicht nur aus dem, was Charlotte Georgi berichtet, sondern insbesondere aus der Reaktion des Reichssicherheitshauptamtes zu entnehmen, die zu Beginn dieses Buches zitiert ist. Dass ich es nicht schlecht gemacht habe, sagte mir Krischan bei unserem letzten Gespräch. Man möge es mir nicht verübeln, wenn ich das, was er dazu sagte, und was ich nicht vergessen werde, hier wiedergebe. «Ich habe mir immer gedacht», sagte er, «dass du ein guter Verteidiger sein müsstest. Heute habe ich es festgestellt.»

Als er das sagte, sassen wir uns bereits in seiner Zelle gegenüber. Was hatte sich vorher noch an Bemerkenswertem ereignet? Vor der Urteilsverkündung hatte es eine nicht sehr lange Pause gegeben, während der sich die Angeklagten und ihre Verteidiger in dem Vorraum des Sitzungssaales aufhielten und etwas miteinander sprechen konnten. An mehr aus dieser Pause kann ich mich nicht erinnern. Unsere Nerven waren wohl zu sehr angegriffen, als dass sie das Gedächtnis für Unwesentliches arbeiten liessen.

Als wir wieder in den Sitzungssaal hineingerufen wurden, fühlten wir wohl alle, dass Unabwendbares auf uns zukommen würde. Und so war es dann auch. Zwei Todesurteile – gegen Wolfgang Heinze und Richard Lehmann – wurden ausgesprochen und Freiheitsstrafen, die zwischen acht Monaten und acht Jahren lagen.

Alle Angeklagten nahmen die Urteile mit bewundernswerter Ruhe und Gelassenheit zur Kenntnis. Krischan hatte mit der Todesstrafe gerechnet, das wusste ich; und Richard Lehmann wohl auch. Und den anderen war es sicher ziemlich gleichgültig, ob sie zu acht Monaten oder zu acht Jahren verurteilt waren. Denn auch sie wussten, dass das Ende des Dritten Reiches dicht vor der Tür stand und dass deshalb ihre Strafen – unabhängig davon, wie hoch sie waren – viel früher, und zwar am selben Tag enden würden.

Danach kam das für mich Schwerste: das letzte Gespräch mit Krischan. Allein mit ihm, in der Zelle des Untersuchungsgefängnisses in Dresden. Ich war zwar fest entschlossen, alles Denkbare zu unternehmen, um zu

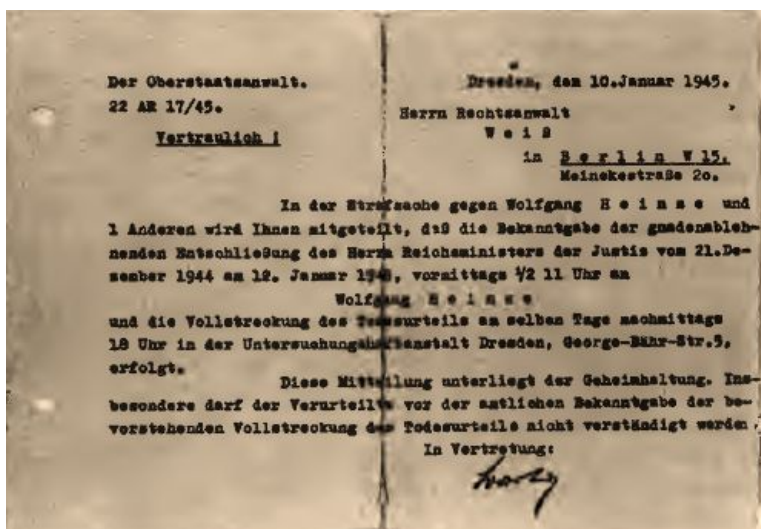
erreichen, dass dieser Mensch am Leben blieb, der mir so nahestand, wie kaum jemand sonst in meinem Leben. Ich wusste auch aus unseren vorher geführten Gesprächen, dass er damit einverstanden war. Denn er selbst wie auch ich waren überzeugt davon, dass solche wie er gebraucht werden würden, dringendst, wenn das Naziunheil vorüber war und es darum ging, das Neue zu bauen. Es musste doch möglich sein, ihn über die wenigen Monate hinwegzuretten ... Und doch. Glaubte ich ernsthaft daran, dass es gelingen würde?

Es ist nicht einfach für mich, dieses Gespräch jetzt, nach mehr als vierzig Jahren, zu rekonstruieren – weniger wegen der inzwischen vergangenen Zeit als wegen der Last, die sich da wieder auf mich niedersenkt. Ich werde es deshalb gar nicht versuchen, sondern das sprechen lassen, was aus der Zeit stammt.

Zuvor ist jedoch von dem zu berichten, was noch geschah. Ich werde versuchen, das mit wenigen Worten und so nüchtern wie möglich zu tun.

Am 10. Januar 1945 erhielt ich auf dem üblichen Gefängnisbriefpapier einen Brief von Krischan, den er am 6. Januar abgeschickt hatte. In dem Brief, der wieder mit der förmlichen Anrede «Sehr geehrter Herr Rechtsanwalt!» beginnt, bat er mich um die Erledigung einiger persönlicher Dinge – wobei er die Gelegenheit wahrnahm, mir wie nebenbei mitzuteilen, dass er auf Grund einer Sprecherlaubnis die Gelegenheit gehabt hatte, am 19. Dezember 1944 mit Feh zu sprechen –, ging dann noch einmal auf einige sachliche Fragen ein, die das Strafverfahren betrafen, und beendete den Brief mit dem Satz: «Im Übrigen bin ich mit dem Inhalt der Gesuche voll und ganz einverstanden und danke Ihnen von ganzem Herzen für die Mühen, denen Sie sich unterziehen, um mir zu helfen. Ich grüsse Sie als Ihr W. Heinze.»

Ich merke, es geht nicht mit dem nüchternen Bericht. Wie könnte ich von dem letzten Brief meines Freundes, der in solch eine Sprache gezwängt werden musste und für mich so viel sagte, ohne innere Erregung sprechen? Zumal ich wenige Tage später wusste, dass an dem Tag, als er diesen Brief schrieb, die letzte Entscheidung bereits gefallen war. Das erfuhr ich aus dem nächsten Brief, der in meinem Anwaltsbüro einging und den der Oberreichsanwalt am 10. Januar 1945 aus Dresden an mich abgeschickt hatte. Darin wird mir als Verteidiger von Wolfgang Heinze mitgeteilt, «dass die Bekanntgabe der gnadenablehnenden Entschliessung



des Herrn Reichsministers der Justiz vom 21. Dezember 1944 am 12. Januar 1945 vormittags ½ 11 Uhr ... und die Vollstreckung des Todesurteils am selben Tag nachmittags 18 Uhr in der Untersuchungsanstalt Dresden, Georg-Bähr-Str. 5, erfolgt».

Ich weiss nicht mehr genau, ob dieser unter «Vertraulich!» versandte Brief noch am 12. oder erst am 13. Januar bei mir eintraf. (Seltsamerweise fehlt auf ihm der übliche Eingangsvermerk; wahrscheinlich habe ich den Brief, auf den ich wie auf keinen anderen wartete, sofort an mich genommen, ohne ihn durch das Büro gehen zu lassen.) Auf jeden Fall kam er zu spät. Ich hatte mit Krischan abgesprochen, dass ich kommen würde, wenn es möglich wäre. Es war nicht mehr möglich ...

Es kam die nächste Frage: Wie verhindern wir, dass Krischans Eltern – Agnes und Hermann, anders sprach er nicht von ihnen; wir haben das übernommen; unser Sohn, seine Frau und seine Kinder reden uns nur mit unseren Vornamen an –, wie verhindern wir, dass sie und seine Schwester Evchen die schlimme Nachricht auf dem seelenlosen Behördenweg erhalten? Da ich nicht fahren konnte, beschlossen wir, dass meine Frau die schwere Aufgabe übernahm. Daggi hat es getan. Viel Kraft gehörte dazu und das gute Herz, das sie immer hatte. Wir hatten abge-

sprochen, dass zunächst nur Hermann, der Vater, die Wahrheit erfahren sollte. Daggi ist mit ihm durch den nahen Park gegangen und hat mit ihm gesprochen. Es war sehr schwer, hat sie danach berichtet. Agnes und Evchen wurde zunächst gesagt, Krischan sei bei dem Bombenangriff auf Dresden ums Leben gekommen, bei dem das Untersuchungsgefängnis getroffen worden und es einigen Häftlingen sogar gelungen war, zu fliehen. Ich hatte Daggi einen Brief mitgegeben, den ich am 21. Januar 1945, also am Tag der Hinrichtung, an Hermann Heinze geschrieben hatte. Ich glaube, ich finde heute keine besseren, vor allem keine mein damaliges Fühlen unmittelbarer ausdrückenden Worte. Ich schrieb damals: «Ich bin der letzte, der mit Ihrem Wolfgang allein, Auge in Auge und von Herzen zu Herzen gesprochen hat. Wenn auch damals die Entscheidung noch nicht endgültig gefallen war, so war er, gerade unter dem Eindruck der Hauptverhandlung, in einer Stimmung, die ihn Dinge sagen und Gedanken aussprechen liess, die man nur sagt, wenn man vor dem letzten Schritt steht. Trotz der überaus starken seelischen Belastung durch die fast den ganzen Tag währende Verhandlung und trotz allem, was er vorher in den Zeiten der Ungewissheit und des Schwankens zwischen Hoffen und Verzweifeln durchgemacht hatte, war er von einer wunderbaren Ruhe und Gefasstheit, ja man kann es beinahe eine Abgeklärtheit nennen. Diese Stunde, die letzte, die ich mit Krischan, dem einzigen Menschen, den ich Freund genannt habe, verbracht habe, werde ich niemals vergessen. Ich war der, der hätte Trost spenden müssen – und ich habe von ihm noch Kraft empfangen.»

So war es wirklich. Und deshalb war es nicht ein «letztes Gespräch» in dem Sinne, wie man es meist versteht. Gewiss besprachen wir auch noch einige Dinge alltäglicher Art, die einfach noch zu erledigen waren. Aber im Übrigen redeten wir über die Probleme, die uns, seit wir uns kannten, beschäftigt hatten. Nur mit dem Unterschied, dass aus vielem, was Krischan sagte, eine Weisheit klang, wie sie von einem Vierunddreissigjährigen nicht oft zu hören ist. Dazu kam eine Klarheit und Eindeutigkeit seiner Ansichten darüber, wie die Entwicklung der Gesellschaft weitergehen müsse und würde, die faszinierend war. Welches Gewicht er dabei darauf legte, dass die Jugend auf die richtige Weise auf den richtigen Weg gebracht würde, wurde bereits zu Beginn dieses Buches betont.

Wie schon bei meinen ersten beiden Besuchen gab er mir einige der

kleinen, unscheinbaren Zettel, auf denen er in Ermangelung anderen Papiers – aber sicher auch, damit sie als Kassiber geeignet waren – mit Bleistift und in einer winzigen Schrift etwas von dem niedergeschrieben hatte, was ihn in seinen Gedanken besonders beschäftigt hatte, zum Teil wieder, wie in früheren Jahren, in Form von Gedichten. Mit solchen «letzten Worten» von Wolfgang Heinze und mit seinen letzten Briefen soll dieses Buch abgeschlossen werden.

Am Rande meines Briefes an Hermann Heinze steht: «Das beiliegende Gedicht gab mir Krischan für Sie am 25.X.44.» Wissend, dass der Tag der Übersendung dieses Gedichts damals – es war der Tag meines ersten Besuchs Krischans im Untersuchungsgefängnis – noch nicht gekommen war, aber in nicht ferner Zeit kommen würde, hatte ich es sorgsam aufbewahrt.

Hier ist es:

Den Eltern

Kinder wachsen aus dem Herzen
Langsam in die Welt hinein
Heute noch im lustig Scherzen
Sind Eltern morgen schon allein.

So war es zu allen Zeiten,
Niemand solches ändern kann.
Schmerz tritt stets der Freud zur Seiten.
Also will's der Welten Plan.

Eltern müsst darob nicht weinen,
Anders nicht wird Euer Tun.
Tragt doch auch den Schmerz zu zweien,
Und auch der wird einmal ruhn.

Wohnen wir auch in der Ferne,
Euer Haus und Heimat bleibt
Euer Herd nur gibt die Wärme,
Da der Jugendtraum gedeiht.

Sollt Ihr je den Wunsch verspüren,
Euern Kindern nah zu sein,
Offener sind keine Türen,
Freudiger kann niemand sein.

Seid auch böse nicht Euren Kindern,
Wenn ihr Weg Euch Kummer bringt.
Keine Liebe kann sie hindern
Vor dem Schicksal, das sie zwingt.

Gebt dem Schmerz dann keine Stätte.
Ihr habt Eure eigne Welt.
Lieb' und Freud' sei Eure Kette,
Die Euch fest zusammenhält.

Wahres Glück birgt nicht die Fülle,
Wahre Freud' ist eigne Sach.
Schafft Euch beides in der Stille,
Bis das Lebenswerk vollbracht.

Schon damals, als ich das Gedicht zum ersten Mal las, zu einer Zeit also, zu der wir beide noch nichts in den Händen hatten von dem, was bei Gestapo und Nazijustiz zusammengekittet wurde, um Krischans Leben auszulöschen, schon damals wurde mir klar: Er weiss Bescheid. Er weiss, dass er seine Eltern, die er sehr liebt, nicht Wiedersehen wird. Deshalb gab er mir das Gedicht, als er mich das erste Mal nach seiner Verhaftung sah. Er wusste zwar, worum es ging und wie hoch sein Einsatz gewesen war. Er konnte aber nicht wissen, ob nicht auch er – wie so viele andere – statt in den Gerichtssaal in ein Konzentrationslager transportiert werden würde, von wo er keine Möglichkeit mehr hatte, seinen Eltern noch einmal zu sagen, dass er sie liebte.

Krischan hatte auch einen ganz jungen Freund: den Sohn seiner Schwester, den 1940 geborenen Christian. Auch für ihn schrieb er ein Gedicht. Es ist fast nicht glaubbar, dass dieses Gedicht in dem Kerker entstand, in dem ihm von Tag zu Tag klarer wurde, dass er aus ihm in kurzer Zeit zu seinem letzten Gang antreten würde. Und trotzdem schrieb er dies:

Chrischan, der kleine Lok. Fuhrmann
Denkst Du noch an Kamerika
Und Eiermarkt Shanghai?
Wie rasend schnell fuhr sie, die Bahn,
Und manchmal auch entzwei.

Der Grossvati als Kondukteur
Legt schnell die Schienen an.

Spätya, so klein Lok. Fug. man

Junge die auf die Karneval
in. ferner Markt Schenkerei?
Wen selbst spinnell fuge für die Befug
in. in ungenau auf, ungenau.

So ferner die alt Kontrakt
langt spinnell die Spinnerei an.
Sturmeie ungenau Volgsang die Homent
in. in ferner Lok Fug in man.

Die Dinge gabe mir mal Frauen
stief Länder in. in. in. in.
für ferner, so nur 10 10.
trug gleich ein Spinnell ungenau.

für ferner in. in. in. in.
Gott mein Fährer gaffe,
in. in. in. in. in. in. in.
als ungenau in. in. in. in.

für ferner, ferner ungenau,
als ungenau gleich mit in. in. in.
all in. in. in. Lok für man ferner
ferner mit ferner ferner

Derweil macht Wolfgang die Honneurs
Und Chrischan Lok. Fuhrmann.

Die Reise geht mit viel Trara
Durch Länder, übers Meer.
Ein Elefant, der uns so sah,
Frass gleich vor Schreck nicht mehr.

Ein kleines wildes Walfischkind
Grad eine Flunder griff.
Es lies die Flunder frei geschwind,
Als unser Bähnlein pfiif.

Ein Negerlein, schwarz angemalt,
Das brach gleich aus in Tränen,
Als es den Lok. Fuhrmann gewahrt,
Schneeweiss mit blonden Strähnen.

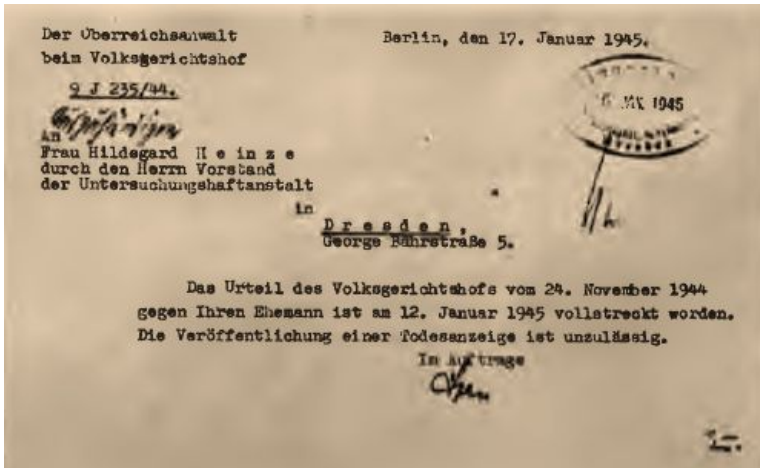
Ein Löwe, der ein Zicklein sah
Und schon im Magen währnte,
Vergass das Zicklein ganz und gar,
Als er den Zug erspähte.

Das Zicklein aber, das war froh.
Es sprang sogleich hinweg,
Versteckte sich im tiefen Stroh
Und war halbtot vor Schreck.

So ging es bis Kamerika,
Von dort nach Hiddensee.
Und als der Dampf hier alle war,
Tat es so sehr nicht weh.

Der Lokfuh. ging ans Telefon
Und ruft nach Peenemünd.
Gleich hilft der Vati seinem Sohn
Und schickt sein Schiff geschwind.

Das lädt das kranke Bähnlein auf.
Mit allem drum und daran,
Damit ist die Geschichte aus
Vom kleinen Lok. Fuhrmann.



Der Lok. Fuhrmann ist jetzt sechsundvierzig Jahre alt. Ich bin überzeugt, dass er sich heute noch über das Gedicht freut.

Welche Kraft, welche innere Stärke gehörten dazu, in der Situation, in der sich Krischan befand, so etwas zu schreiben! Etwas, dem nicht eine Spur anzumerken ist von dem, was ihn bewegte und bewegen musste. Etwas, das nur getragen war von dem Wunsch und dem Willen, seinem kleinen Lok. Fuhrmann eine Freude zu bereiten.

Ich will dies Gedicht nicht vergleichen mit dem, was andere geschrieben haben, die allein in einer Gefängniszelle saßen und deren Gedanken nach draussen gingen, dorthin, wo die ihnen liebsten Menschen, wo ihre Freunde waren, zu denen zu gehen, mit denen zu sprechen ihnen nicht möglich war. Und die es dennoch schafften, diesen Menschen Ermutigendes zu schreiben, ihnen von Schönerem zu berichten, das sie trotz allem zu erleben und weiterzugeben in der Lage waren. Natürlich denke ich, wenn ich an so etwas erinnere, zuerst an die nicht vergessbaren Briefe, die Rosa Luxemburg aus dem Gefängnis an ihre Freundin Sonja, die Frau Karl Liebknechts, richtete. Doch sind, soweit ich es zu übersehen vermag, die meisten solcher Briefe zu einer Zeit geschrieben worden, zu der der Spruch darüber, was mit dem, der schrieb, geschehen würde, bereits gefallen war. Der schrieb, wusste, was er vor sich hatte,

und fand, wenn es ihm gelang, damit fertig zu werden, gerade dadurch die innere Grösse, Besonderes auf besondere Weise zu schreiben.

Zeugnisse dieser Art gibt es von Krischan auch. Doch die scheinbar durch nichts belastete, völlig unbeschwert klingende Heiterkeit in dem Gedicht für seinen kleinen Lok. Fuhrmann, geschrieben zu einem Zeitpunkt, zu dem er zwar mit allem rechnen musste, aber eben noch nichts mit Sicherheit wusste, dürfte etwas Seltenes sein.

Im Spätsommer 1944 war Krischan verhaftet worden. Den Herbst, in dem er so gern durch die Felder ging, um sich daran zu freuen, dass die Ernte eingebracht war, musste er hinter Gittern verbringen. Er konnte diesen Herbst nicht sehen. Er konnte nur an ihn und über ihn denken. Und über ihn sprechen. In zwei Gedichten, von denen Teile in dieses Buch übernommen wurden, hatte er das schon früher getan. Voller Zorn im Jahr 1933, als er den überlauten Zug zum ersten nazistischen Erntedankfest durch die Strassen ziehen sah, und voller Trauer im Jahre 1935 in Tilsit, als der Herbst an ihm vorbeigegangen war: «Du ahntest kaum, dass schon die Zeit der Ernte war gekommen», schrieb er damals. Und jetzt?

Wo blieb der Herbst mit seinem Glanz,
Mit seinen Früchten ohne Zahl?
Wer pflanzte auf der Ernte Kranz
Und zechte mit beim Erntemahl?

Das Jahr sah keine frohen Feste
Und war mit Kummer angefüllt
So bis zum Rand, dass auch das Beste
Noch schien in Leiden eingehüllt.

Wohl schien am Himmel hell die Sonne,
Wohl reifte golden gelb das Korn.
Doch eh die Sensen noch begonnen,
Erschienen kraftlos sie geworden.

Wir wollen unsere Zweifel stürzen,
Die unsre Zellenluft gebärt.
Der Tag muss kommen, muss in Kürze
Sich füllen neu mit Werk und Wert.

Mehr als vorbeigegangen war der Herbst an Krischan in diesem Jahr. Er hatte keinen Glanz für ihn gehabt und auch kein Erntemahl bereite-

stellt. Und doch weiss er: «Der Tag muss kommen ...» Aber schwer ist ihm zumute. Da nimmt er auf, was er vor Jahren noch mit den wie eine Entschuldigung klingenden Worten überschrieben hatte «Ich bin ja noch ein Kind!», um trotzdem aufzuschreien: «Oh Herr zerreisse mich!» Ohne zu erklären, wer es ist, den er mit «Oh Herr» anruft – ganz sicher nicht der «liebe Gott!» –, endet sein Gedicht jetzt mit der grossen Anklage:

Zu furchtbar ist dein Werk, oh Herr!
Mein Herz kann diese Qual nicht fassen,
Die du der Menschheit überlassen.
Wo bleibt die Kraft, das zu ertragen?

Krischan hatte die Kraft, und er fand sie wieder. Er bewies das am 23. November 1944 vor dem Mordgericht Hitlers und am 12. Januar 1945 vor dem Mörder, der sich Henker nannte.

Und sein Streben, den Dingen auf den Grund zu gehen, das wir über mehr als fünfzehn Jahre verfolgen konnten, verliess ihn nicht. An faustisches Denken gemahnt das Gedicht, das als letztes von ihm hier eingefügt werden soll und dem er die Überschrift gab:

Niemand ist gross genug, dich zu begreifen, o Welt

Schon der Staub, wirbelnd im Sonnenlicht,
Zeugt von der Kraft, aus der stets neu du dich schaffst.
Und auch das Höchste, der Mensch,
Nicht zehnmal mehr an Wundem birgt er
Als der Tropfen im Meer.

Hohen Hauptes zwar geht er,
Leihet Namen den Dingen
Und lotet, dir stets auf der Fährte,
Mit Zirkel und Zahl nach dem Grund deiner Spuren,
Doch nie ganz dich erreichend.

Geschöpft aus dem Dunkel
Bleibt er dem Kreise Trabant
Und gefährdet bei Tag und bei Nacht,
Wie Pflanze und Tier.

Dein winzigstes Wesen, verwirren schon kann es
Die zahllose Vielfalt harmonischer Regeln,
Die Leben allein und Bestand ihm geben,
So dass er zurückfinde, woher er kam.

Geist und Gestalt, was Krone und Höchstes ihm dünkte,
Reihen von Neuem sich ein dem Geflecht,
Von dem Webstuhl erstellt:
Nicht mehr als Krone,
Doch auch ein Wunder noch im Zerfall
Und wegzudenken nicht aus dem Plane,
Nach dem die Ordnung du webst, oh Welt.

Wie mag Krischan die Zeit zwischen dem 6. Januar 1945, an dem er noch einen Brief an mich schrieb, und dem 12. Januar, an dem ihm «vormittags um 1/2 11 Uhr» mitgeteilt wurde, dass sein Leben nur noch Stunden währen würde, verbracht haben? Wir wissen es nicht und werden es nie erfahren. Kann es sich jemand vorstellen, kann es jemand nachdenken, der es nicht selbst durchgemacht, der es nicht selbst erlebt hat?

Ich glaube das nicht. Ich will deshalb auch gar nicht den Versuch machen, dazu etwas zu sagen.

Anders wurde alles für ihn, nachdem ihm auf die Minute genau mitgeteilt worden war, wann er die letzten Schritte auf dieser Erde gehen werde, die Schritte, die ihn dahin führen sollten, wo seinem Leben ein Ende gesetzt werden, wo das für den Lebenden nicht Denkbare und nicht Vorstellbare, wo der Tod für ihn beginnen würde.

In diesen letzten Stunden seines Lebens gingen seine Gedanken noch einmal nach Stralsund, der Stadt seiner Kindheit und seiner Jugend, der Stadt, in der Agnes und Hermann, seine Eltern, die ja noch nichts wussten, auf Nachricht von ihm oder über ihn warteten.

Aus den Untersuchungshaftanstalten Dresden (Hauptanstalt), Georg-Bähr-Strasse schreibt er ihnen, und der Brief trägt das Datum 12. Januar 45, das Datum seines Todestages.

Dies ist der wesentliche Inhalt des letzten Briefes, den Wolfgang Heinze geschrieben hat:

«Liebe Eltern, liebes Evchen. Ich schicke den Brief, meinen letzten, an Evchen, damit sie ihn Euch zur rechten Zeit übermittelt. ... Nun habe ich noch einige Wünsche, meine letzten, die ich habe.

Nehmt meinen Tod nicht schwerer, als er es verdient. Ich sterbe ruhig und gefasst und fühle die Unabwendbarkeit so stark, dass ich ihn als Schicksal hinnehme.

Ich habe dank Eurer Liebe ein reiches Leben gehabt, an äusserem Erleben und inneren Erkenntnissen, reicher als die meisten, die doppelt so alt wurden. Ich möchte nun, dass Ihr den Kopf nicht hängen lasst, sondern Euch von dem Leben nehmt, was es geben kann. Die Feh wird Euch zur Seite stehen, auch meine Freunde. Sie werden Euch behilflich sein, ein neues Heim zu finden und Euch noch das vom Leben zu geben, was es geben kann. Nehmt es hin, es ist mein Wunsch. Noch eins: Die Feh, die ich noch sprach, möchte Euch gern eine gute Tochter sein. Sie hat Euch gern und möchte mich, so gut sie kann, vertreten. Ihr sollt wissen, dass wir uns sehr geliebt haben und dass wir so zusammengehörten, dass meine Gedanken ihre Gedanken waren. Nehmt sie als Eure Tochter auf, hört auf sie, sie wird Euch nie verlassen und Euch immer zur Seite stehen. Das ist meine Zuversicht und stärkster Trost bei dem Gedanken, dass ich Euch für alle Liebe nicht selbst mehr danken kann, als es durch diesen Brief geschieht. Haltet zusammen und stützt Euch, so wird Euch alles weniger treffen. Die Zeit gibt Millionen von Menschen Schicksale auf, die vielleicht noch schwerer zu tragen sind als unsere. Wachst mit der Schwere der Zeit, wie Feh und ich es taten.

Und nun liebe Agnes, lieber Hermann, liebes Evchen lebt wohl, haltet mich in guter Erinnerung und grüsst die gute Tante Grete, Wolfi, Walter und Christian von mir. Ich danke Euch nochmals für alle Liebe und sterbe in dem Bewusstsein, dass Ihr tapfer sein werdet, wie ich es bin und der Bekannte, der bei mir ist.

Euer Wolfgang

Verzeiht mir, dass ich Euch diese Sorge bereitet habe, aber die Wege des Schicksals sind stärker als unsere Wünsche.»

Schon vorher, am 31. Dezember 1944, hatte er an seine Feh geschrieben. Bereits wissend, was kommen wird, und es auf seine Weise aussprechend. So, wenn er schreibt: «Vielleicht ist dieser Brief zum Jahreschluss mein letzter. Er gehört Dir, und die Eltern werden es verstehen.» Oder: «Meine Gedanken wirst Du denken und sie werden durch Deine Hände Gestalt gewinnen, und auf dem letzten Wege werde ich wissen: ein Teil von mir lebt und wird erfüllen, was mir am Herzen liegt.» Und auch dann, wenn er sich noch einmal zu dem bekennt, was er im Jahre

1927 als erstes in seinem Tagebuch angesprochen hatte, was ihn sein Leben lang nicht losliess und was offenbar bis zuletzt in seinen Gedanken war, und zwar als etwas für ihn ganz Wesentliches: zur menschlichen Vernunft nämlich, die unumgänglich notwendig ist, um das Richtige menschlich zu gestalten.

So schrieb er dazu:

«Ich habe in diesen Wochen so manches überdacht: Ich glaube nach wie vor an die Mission des menschlichen Verstandes und der Vernunft, gegen die Dummheit zu kämpfen und die Menschen aus der Barbarei zu führen. Ich glaube weiter, dass es möglich ist, der Menschheit den Frieden zu bringen, da zum ersten Male an den Leiden der Überfluss schuld ist und seine Folgen durch Planung von Produktion und Konsumtion beseitigt werden können. Gelingt dies, so wird auch eine neue Moral, die seit 2'000 Jahren nicht Schritt gehalten hat mit der Wissenschaft, nicht ausbleiben und die Beziehungen, die Liebe, Freundschaft und andere Zuneigungen erschliessen, werden das Leben mit neuen Werten erfüllen. Die Voraussetzungen für die Durchführbarkeit dieser Fragen hat die Wissenschaft seit Jahrzehnten geschaffen.»

Inhalt

Vorwort	5
Ein Faksimile	7
Ein Tag im August 1944	12
Der erste Besuch im Untersuchungsgefängnis	22
In den Köllmann-Werken	32
Rückblick auf eine Freundschaft	36
Die Tagebücher	40
Die Reichstagsauflösung	56
Die Studentenzeit in Berlin	74
Die Stehkonvente	85
Die Rote Studentengruppe	91
Die letzten Monate vor dem Machtantritt der Faschisten	96
Der 30. Januar 1933	107
Der Reichstagsbrand	110
Was sollten wir tun?	121
Erstes Staatsexamen und Referendarzeit	126
Berufliche Pläne und Erfahrungen	134
Die eigentliche Arbeit im Beruf beginnt	150
Neue Freunde in Leipzig	160
Krischans Reisen	162
Wie der zweite Weltkrieg begann	174
Zu den Methoden der Nazijustiz	180
Zur Hauptverhandlung vor dem Volksgerichtshof	198
Zu der Urteilsbegründung	215
Was in den Köllmann-Werken wirklich geschah	225
Die Flugschriften und das NKFD	244
Die Panzergetriebe	256
Das Todesurteil	273
Letzte Worte	276